

Eine neue Allianz gegen zu viel Zuwanderung; Nordische Länder verstärken Zusammenarbeit im Bereich Migrationspolitik und verschärfen Asylrecht

Die Welt

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 221

Length: 1010 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

Nordeuropa vertieft seine Wende hin zu einer restriktiven **Asylpolitik**. Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Island haben sich auf gemeinsame Rückkehrprogramme geeinigt, um die Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung zu erleichtern. Auf einem Treffen in Kopenhagen Ende Oktober beschlossen die Justiz- und **Migrationsminister** der Länder, künftig gemeinsame Abschiebeflüge zu organisieren - mit Unterstützung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex.

Zwar haben die Länder bei ihrem Treffen ganz spezielle Maßnahmen beschlossen. Doch markiert die Ankündigung auch ganz allgemein einen Wendepunkt Nordeuropas in der Frage, wie man künftig mit **Migration** umgehen will. Dieser dürfte auch eine Signalwirkung für die EU haben, deren Mitgliedsländer um eine gemeinsame **Asylpolitik** ringen. Und auch für Deutschland ist die Entwicklung bedeutsam: Statistiken legen nahe, dass viele **Migranten** sich mittlerweile gar nicht mehr auf den Weg nach Nordeuropa machen - sondern lieber gleich in der Bundesrepublik bleiben.

Henrik Emilsson, Forscher für internationale Migration an der Universität im schwedischen Malmö, bestätigt im Gespräch mit WELT, dass die nordischen Länder inzwischen geeinigt sind denn je, nachdem ihre Migrationspolitik lange Zeit eher einem Flickenteppich geglichen hatte. "Dänemark hatte immer die härteste Migrationspolitik, Schweden die offenste, und Norwegen lag stets irgendwo dazwischen", sagt er. Der Forscher erzählt, dass Schweden vor allem für die Dänen und manchmal auch für Norweger und Finnen als abschreckendes Beispiel galt; dass man in Schweden zu lasch gewesen sei und deshalb heute große soziale und sicherheitspolitische Probleme hätte. "Heute gibt es einen Konsens, den es lange nicht gegeben hat", so Emilsson.

Um die Jahrtausendwende hatten die späteren Extrembeispiele Dänemark und Schweden begonnen, sich in der Frage der Einwanderung auseinanderzuentwickeln: Dänemark verfolgte eine restriktive Asylpolitik, die sowohl von konservativen als auch Mitte-Links-Regierungen mitgetragen wurde. Als 2019 die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen an die Macht kamen, verschärften sie den Kurs noch weiter. Schweden dagegen blieb zunächst bei seinem traditionell liberalen Asylrecht: Für Flüchtlinge galt ein unbefristetes Bleiberecht,

Eine neue Allianz gegen zu viel Zuwanderung Nordische Länder verstärken Zusammenarbeit im Bereich
Migrationspolitik und verschärfen Asylrecht

Zuwanderer hatten die gleichen Rechte wie Staatsbürger und vollen Zugang zum Sozialsystem. Nur die rechten Schwedendemokraten, damals noch eine Kleinstpartei, hoben den dänischen Nachbarn als Vorbild heraus.

Erst infolge der Migrationskrise ab dem Jahr 2015 begann in Schweden eine Wende: Die Regierung verschärfte erstmals das Asylrecht und schaffte das unbefristete Bleiberecht ab. Nun zogen auch die schwedischen Sozialdemokraten mit, doch im vergangenen Herbst wurden sie trotzdem von einer konservativen Regierung abgelöst, die auf die Kooperation mit den starken Rechtsnationalen angewiesen ist.

Heute reisen nicht nur sie nach Dänemark, um sich in Sachen Migrationspolitik inspirieren zu lassen, sondern sogar die oppositionellen Sozialdemokraten. Der südliche Nachbar wird mittlerweile parteiübergreifend als Vorbild betrachtet. Man will die Migrationspolitik generell deutlich verschärfen und sogar die Aufnahme von Flüchtlingen künftig auf ein Minimum beschränken. Experte Emilsson unterstreicht, dass man bei den nordischen Ländern nicht mehr von einer Rechts-Links-Dimension sprechen kann: "Die Sozialdemokraten in Dänemark sind schon lange knallhart. Und in Schweden gibt es keine sozialdemokratische Gegenwehr mehr gegen eine härtere Migrationspolitik."

Anders als man hätte erwarten können, machen auch die norwegischen Sozialdemokraten keine Anstalten, zu einer weicheren Haltung zurückzukehren, nachdem sie 2021 die Macht von einer rechten Koalition zurückerobert hatten. Acht Jahre lang hatte dort die dezidiert fremdenfeindliche Fortschrittspartei mitregiert. Experte Emilsson meint, dass Norwegen nie die gleiche scharfe Rhetorik wie Dänemark benutzte, in seiner Migrationspolitik aber definitiv mehr an die südlichen Nachbarn angelehnt war als an Schweden. "Mittlerweile sind Sozialdemokraten in keinem der nordischen Länder eine Kraft, die sich für eine offene Migrationspolitik einsetzen", so der Forscher.

Finnland hatte im Vergleich zu seinen skandinavischen Nachbarn immer deutlich weniger Asylbewerber. Auch ist die Zahl der Anträge seit dem Ende der Flüchtlingskrise wieder stark zurückgegangen. Das Thema Migration war deshalb nie so zentral wie in anderen nordischen Ländern. Die neue Mitte-Rechts-Koalition spricht trotzdem von einem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Mit dabei sind die migrationsfeindlichen "Wahren Finnen", die mit dem Innen- und Justizministerium zentrale Ressorts besetzen. Die Flüchtlingsquote will die neue Regierung auf 500 Personen pro Jahr halbieren.

Die Tatsache, dass die nordischen Länder im Bereich der Zuwanderung zusammenarbeiten, ist an sich nicht neu, sagt Emilsson. Der Forscher merkt jedoch an, dass es noch vor zehn Jahren absolut keinen Konsens gab. "Heute gibt es diesen, gerade weil Schweden seine Position so stark verändert hat." Wenn alle Absichten umgesetzt werden, die die neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt hat, werde Schwedens Einwanderungspolitik bald sogar "wesentlich strenger als in Finnland und Norwegen und viel strenger als in Deutschland und Frankreich" sein, so Emilsson.

Der Wandel zeigt bereits Wirkung, wie aktuelle Zahlen beweisen: Während die Zahl der Asylbewerber in Europa im vergangenen Jahr drastisch gestiegen ist - in Deutschland in den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 sogar um 80 Prozent - fiel der Wert in Schweden im Vergleich mit dem Vorjahr um 25 Prozent. Bei diesen Zahlen gibt es einen bemerkenswerten Zusammenhang, der auf die Folgen der unterschiedlichen Asylsysteme hinweist. "Heute sehen wir, dass immer mehr Asylbewerber in Deutschland bleiben; sie ziehen nicht durch Dänemark nach Schweden weiter, weil es keinen Grund mehr dazu gibt. Deutschland bietet mindestens so guten Schutz wie Schweden", meint Emilsson.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 13, 2023

Dänemark und Österreich fordern neue EU-Asylpolitik; Immer mehr Befürworter von Drittstaatenlösung

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 227

Length: 827 words

Byline: Carolina Drüten

Body

In Nefta, einer tunesischen Oasenstadt, werden auf rund 12.000 Quadratmetern Grenzschützer mit Geldern aus Österreich und Dänemark ausgebildet. Sie sollen **Migranten** an der Weiterreise nach Europa hindern. Vorige Woche eröffneten Österreichs Innenminister Gerhard Karner und Dänemarks **Migrationsminister** Kaare Dybad Bek gemeinsam das neue Zentrum nahe der algerischen Grenze. Dreieinhalb Millionen Euro hat es gekostet, den Großteil bezahlte Kopenhagen.

Der Arbeitsbesuch in Tunesien war die erste gemeinsame Initiative Österreichs und Dänemarks auf Ministerebene. Die beiden Länder sind sich in vielen Fragen einig, wie eine europäische **Migrationspolitik** aussehen sollte. Klar ist: Drittstaaten sollen eine zentrale Rolle spielen. Diese Erkenntnis teilt man auch in Brüssel und in vielen EU-Hauptstädten. Strittig ist nur, wie weit solche Modelle gehen sollen. Österreich und Dänemark wollen grundlegendere Neuerungen in der europäischen **Migrationspolitik**. Beide sind Befürworter des "Ruanda-Modells": **Migranten**, die irregulär in EU-Länder eingereist sind, werden in ein Drittland zu schicken, um dort das **Asylverfahren** durchzuführen. So soll der Anreiz der Reise nach Europa wegfallen und **Migration** reduziert werden. Dieser Vorschlag wird derzeit auch in Deutschland diskutiert - die Bundesregierung will nach einem Vorstoß der Unionsparteien prüfen, ob **Asylverfahren** außerhalb Europas möglich sind.

Dabei war vermeintlich gerade erst ein Ausweg gefunden für das Problem, an dem die EU vor einigen Jahren fast zerbrochen wäre: Eine Asylreform wurde erdacht, um irreguläre Einwanderung zu reduzieren.

Doch nach Ansicht einiger Experten wird die Reform ins Leere laufen. Der bekannte Migrationsforscher Gerald Knaus etwa hält sie für einen "Bluff". "Die Reform wird nichts verändern, nichts bewirken, nichts reduzieren, keine Leben retten", sagt er. Ohne eine Einigung über die Rückführung von Migranten sei das Vorhaben sinnlos. Denn momentan scheitern Abschiebungen zumeist daran, dass die Herkunfts- oder Transitländer der Migranten diese nicht wieder aufnehmen wollen. "Aus Brüssel ist zu hören, dass alternative Lösungen in der Migrationsfrage von der Notwendigkeit dieser Reform ablenken", sagt Knaus. Das hält er für verantwortungslos. "Niemand will

Dänemark und Österreich fordern neue EU-Asylpolitik Immer mehr Befürworter von Drittstaatenlösung

eingestehen, dass man jahrelang an einem schlechten Kompromiss gearbeitet hat", so der Experte. "Niemand will verantwortlich sein, wenn die Reform scheitert."

Auch in einigen EU-Ländern wächst die Gewissheit, dass andere Lösungen hermüssen. Österreich und Dänemark bilden die Speerspitze dieser Bewegung. Das dänische Parlament hatte im Juni 2021 ein Gesetz verabschiedet, das Asylzentren in anderen Ländern möglich macht. Damit können die Behörden Asylbewerber in Drittländer fliegen, wo sie darauf warten müssen, dass ihr Antrag in Dänemark behandelt wird. Entsprechende Pläne gab es mit Ruanda, wohin auch die britische Regierung Asylbewerber schicken will. Nichts davon ist aber bislang umgesetzt.

Für andere EU-Länder wäre ein solcher Schritt aktuell ohnehin nicht möglich. Dänemark hat da mehr Freiheiten, weil das EU-Recht aufgrund einer juristischen Sonderregelung nur teils bindend ist. Wien fordert deshalb, die Rahmenbedingungen zu ändern. "Das rechtliche Regelwerk muss geändert werden, damit Partnerschaften mit Drittländern wie Ruanda über Asylverfahren möglich werden", sagte Österreichs Innenminister Karner zu WELT. Dies sei immer mehr Ländern bewusst geworden. "Die Allianz jener, die etwas ändern wollen, ist deutlich größer geworden", sagt Karner und spricht von einer "richtigen Entwicklung".

Tatsächlich gibt es auch in anderen Ländern Vorstöße. Italien etwa will auf albanischem Boden zwei Aufnahmezentren für Migranten errichten, die über das Mittelmeer gekommen sind. Dort sollen ihre Asylanträge geprüft werden. Auch Schweden befürwortet Verschärfungen. Die Krux liegt in einer Besonderheit des EU-Rechts, die sich Verbindungskriterium nennt. Es besagt, dass Migranten nur dann in als sicher deklarierte Drittstaaten gebracht werden dürfen, wenn sie zu diesem Land ausreichende Berührungspunkte haben. Das können zum Beispiel Transitländer auf der Migrationsroute sein; für Ruanda beispielsweise trifft dies in vielen Fällen allerdings nicht zu. Auch die Ampel scheint an der Vorgabe festhalten zu wollen. Knaus ist dafür, temporär das Verbindungsgesetz aufzuheben. "Ein Pilotprojekt zum Ruanda-Modell wäre der Paradigmenwechsel, den es jetzt braucht", sagt er. Für ihn ist eine Lösung mit Drittstaaten der einzige Weg, um die Migrationszahlen zu reduzieren und gleichzeitig die Menschenrechte und die Flüchtlingskonvention zu achten. Scheitere die EU an diesem Anspruch, werde sich die Debatte weiter radikalisieren, warnt Knaus. "Dann werden Forderungen laut, die Flüchtlingskonvention abzuschaffen oder Gesetze zu brechen. Und das wäre für die EU als Rechtsgemeinschaft eine echte Gefahr."

Das wäre für die EU eine echte Gefahr Gerald Knaus, Migrationsexperte

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 21, 2023

End of Document

Warum die "Ruanda-Lösung" ein Mythos ist

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 248

Length: 830 words

Byline: Joachim Wagner

Body

In der Asyldebatte hat die Externalisierung von Asylverfahren in sichere Drittstaaten derzeit Hochkonjunktur. Nach dem gerade veröffentlichten Entwurf ihres Grundsatzprogramms will die CDU einen "grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts" durch ein "Konzept der sicheren Drittstaaten" erreichen. In einem solchen Staat - nennen wir ihn im Folgenden fiktiv Maliganda - sollen künftig alle deutschen Asylverfahren durchgeführt werden. Bei einem positiven Ausgang soll der Drittstaat dem Asylbewerber dann "vor Ort Schutz gewähren".

Auf Betreiben von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte die Ministerpräsidentenkonferenz mit Zustimmung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang November beschlossen zu prüfen, ob Asylverfahren "zukünftig auch in Transit- und Drittländern erfolgen könnten". Der offizielle Grund der Befürworter: Die Aussicht auf Verfahren in Afrika oder Asien soll Menschen von der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer abhalten. Das ist eine humanitäre Verkleidung für weniger humane Motive: nämlich Flüchtlinge und Migranten davon abzuschrecken, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Unter Europarechtlern besteht Einigkeit darüber, dass Asylverfahren grundsätzlich in Drittländer ausgelagert werden können. Allerdings fordert das EU-Recht bisher eine "Verbindung" zwischen dem Schutzsuchenden und dem sicheren Drittstaat, in dem sein Asylverfahren stattfindet. Um diese Beschränkung aufzuheben, müsste man das europäische Asylrecht ändern. Das ist allerdings eine leichte Übung im Vergleich zu den Hürden, die sich bei der rechtlichen und praktischen Umsetzung des Maliganda-Modells auftürmen. Die hier zu beobachtende Realitätsverweigerung ihrer Protagonisten ist nur durch große Not und politische Verzweiflung zu erklären. So nehmen sie nicht zur Kenntnis, dass es etwa dem vermeintlichen Vorreiter Großbritannien seit zwei Jahren nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Flüchtling nach Ruanda auszufliegen, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und britische Gerichte das verhindert haben. Die Begründungen: Ruanda sei kein sicherer Drittstaat sei und es bestehে eine "Gefahr für Misshandlungen".

Keine Antwort finden die Befürworter des Drittstaaten-Modells auch auf die Frage, wie Schutzsuchende aus Syrien oder dem Sudan dazu bewegt werden könnten, sich freiwillig in unser fiktives Drittland Maliganda zu begeben, um dort einen Asylantrag zu stellen, anstatt sich auf den Weg nach Europa zu machen. Realistischer ist, dass

Warum die "Ruanda-Lösung" ein Mythos ist

Schutzsuchende zunächst weiter nach Europa kommen, um dann von Wien oder Frankfurt ins fiktive Maliganda geflogen werden zu müssen. "Es wäre vollkommen unrealistisch, große Zahlen von Asylbewerbern in ein Drittland zu bringen", warnt der Migrationsforscher Gerald Knaus in der "Süddeutschen Zeitung". Würde man die Asylbewerberzahlen aus den Jahren 2017 bis 2023 in Deutschland in die Zukunft fortschreiben, müssten wir in den kommenden Jahren durchschnittlich mehr als 180.000 Schutzsuchende nach Maliganda ausfliegen - in der Regel gegen ihren Willen. Laut dem Konstanzer Migrationsrechtler Daniel Thym gehen alle Drittstaaten-Modelle davon aus, dass es ausreicht, einige wenige Personen zurückzuführen, worauf die Asylbewerberzahlen in der Folge wegen des Abschreckungseffekts automatisch zurückgehen. Das aber dürfte ein frommer Wunsch bleiben.

Nach den deutschen Plänen sollen die Asylverfahren in den sicheren Drittländern entweder von deutschen Behörden oder vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR organisiert werden. Welcher Staat würde sich auf den Aufbau solcher fremder Bürokratien auf seinem Boden einlassen? Im fiktiven Maliganda müssten "bestimmte rechtsstaatliche Standards eingehalten werden, damit diese von deutschen und europäischen Gerichten als äquivalent zu Asylverfahren in Deutschland und Europa anerkannt würden", erklärt der Bonner Europa- und Völkerrechtler Christian Hillgruber. Das kann nur gelingen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im fiktiven Maliganda eine Außenstelle mit mehreren hundert Mitarbeitern errichten würde. Dieser Prozess würde Jahre dauern. Aufgrund der Rechtsweggarantie unseres Grundgesetzes hätten abgelehnte Asylbewerber im fiktiven Maliganda außerdem einen Anspruch auf effektiven Rechtsschutz. Wie soll der im Ausland sichergestellt werden?

Das Konzept der Auslagerung von Asylverfahren in sichere Drittstaaten ist für Professor Hillgruber "keine Lösung", sondern fernab jeder praktischen und rechtlichen Realität. Als ein klassischer Fall irreführender Symbolpolitik weckt das Modell in der Bevölkerung falsche Erwartungen hinsichtlich der Bewältigung der Asylkrise, von denen am Ende nur die AfD profitieren wird. Und es verhindert eine öffentliche Diskussion über die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl, dem bisher einzigen Weg, der geeignet ist, illegale Migration erheblich zu steuern.

Joachim Wagner ist Jurist und Journalist. Er war unter anderem Leiter und Moderator des NDR-Magazins "Panorama".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Der Mythos vom allein gelassenen Italien; Rom beklagt sich, mit der hohen Zahl von ankommenden Migranten überfordert zu sein. Dabei lässt es die Menschen vor allem nach Deutschland weiterziehen

Die Welt

Freitag 6. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 194

Length: 814 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Kurz vor dem informellen EU-Gipfeltreffen im spanischen Granada ist es Deutschland und Italien gelungen, ihren Streit über die Reform der EU-**Asylpolitik** beizulegen. Damit ist der Weg auch für bilaterale Gespräche zwischen den Regierungschefs Olaf Scholz und Giorgia Meloni frei.

Rom hatte Berlin in den vergangenen Wochen scharf dafür kritisiert, dass es Geld an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gibt, die im Mittelmeer **Migranten** aus Seenot retten. Meloni hatte darin eine Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten gesehen und Deutschland vorgeworfen, Willkommenskultur "mit den Grenzen anderer" zu zelebrieren, während das deutsche Außenministerium in der Finanzierung die Unterstützung einer humanitären Pflicht sah.

Unbeachtet blieb dabei, dass dieser Streit zwischen Berlin und Rom sich um ein Thema dreht, das in der Migrationsfrage bestenfalls ein Nebenschauplatz ist. Denn Zahlen des Politikforschungsinstituts Ispi zeigen, dass nur rund zwei Prozent der 133.000 Migranten, die Italien bis Ende September 2023 über das Mittelmeer erreicht haben, zuvor an Bord eines deutschen NGO-Schiffs waren.

Alle NGOs brachten zusammen nur rund acht Prozent der Menschen an Land. Die große Mehrheit von ihnen erreichte die Küste aus eigener Kraft oder dank einer Rettungsaktion der italienischen Küstenwache.

Im Grunde geht es eigentlich um eine andere Frage. Darum nämlich, wer beim Thema Migration die größere Last trägt. Denn beide Länder haben das Gefühl, deutlich mehr zu leisten und dem jeweils anderen daher nichts schuldig zu sein. Italien einerseits, weil es sich um die Migrantenströme kümmern muss, die an seinen Küsten ankommen. Und Deutschland andererseits, weil es derzeit die meisten Asylanträge in der ganzen EU erhält.

Der Mythos vom allein gelassenen Italien Rom beklagt sich, mit der hohen Zahl von ankommenden Migranten überfordert zu sein. Dabei lässt es die Menschen vor all....

Während Italien Deutschland also vorwirft, es mit der Organisation der ankommenden Migranten allein zu lassen, gibt es Stimmen aus Deutschland, die Rom vorhalten, die Migranten entgegen der Dublin-Verordnung in Richtung Norden weiterreisen zu lassen, wo Deutschland sich dann auf lange Sicht um sie kümmern muss.

Doch bei genauerem Hinschauen wird klar, dass beide Länder mit ihren Positionen dem jeweils anderen Unrecht tun. Angefangen bei Italien, das den Kraftakt unterschätzt, den Deutschland mit der Versorgung der Asylantragsteller bewältigen muss. So wurden in diesem Jahr in Deutschland bereits 77 Prozent mehr Asylanträge als im Vorjahr gestellt - Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ausgenommen. Solche Zahlen hat Deutschland zuletzt während der Flüchtlingskrise 2015/2016 bewältigt und gerade die Kommunen rufen um Hilfe, weil sie damit zunehmend überlastet sind.

Der EU-Vergleich zeigt, dass in Deutschland mit 244.000 Asylanträgen insgesamt die meisten Anträge gestellt worden sind. Gemessen an der Einwohnerzahl mussten zwar Belgien und Österreich mehr Asylanträge als Deutschland bearbeiten - in Italien waren es mit 84.290 Anträgen auf knapp 60 Millionen Einwohner allerdings deutlich weniger.

Das liegt daran, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge und Migranten, die in Italien ankommt, nicht im Land bleiben wollen. Sie haben entweder Familie oder Bekannte in anderen EU-Ländern oder von den schlechten Bedingungen gehört, die sie in den italienischen Unterkünften für Asylbewerber erwarten.

Auch erhalten die Migranten in Italien weniger Sozialleistungen - neben Unterkunft und Essen gibt es täglich 2,50 Euro Taschengeld - als etwa in Deutschland und es dauert länger, bis ihr Asylgesuch bearbeitet wird. Außerdem versuchen die italienischen Behörden teils aktiv, die Migranten davon abzuhalten, in Italien Asyl zu beantragen, wie Caterina Bove, Anwältin und Mitglied von ASGI, einer Vereinigung, die sich mit den rechtlichen Aspekten der Immigration in Italien beschäftigt, berichtet.

Das führt dazu, dass Deutschland deutlich mehr Asylbewerber versorgen muss als Italien und daher höhere Kosten hat: Einer Berechnung von WELT zufolge dürften im Jahr 2022 von Bund und Ländern mindestens 15 Milliarden Euro für soziale Hilfen für Migranten geflossen sein. Ähnliche Schätzungen sind in Italien kaum zu finden.

Doch eine Beispielrechnung, die derzeit in Migrations-kritischen und regierungsnahen Medien die Runde macht, geht davon aus, dass Italien 2023 rund 3,5 Milliarden Euro für die Versorgung der Migranten ausgeben werden wird - in einem Jahr also bis zu doppelt so viele Migranten im Land ankommen werden wie 2022.

Gleichzeitig wird aus der deutschen Perspektive häufig vernachlässigt, welche Kosten Italien durch die Organisation der Migrationsströme entstehen: So kommt zur Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber auch noch die Erstversorgung der Ankömmlinge hinzu, sowie die Seenotrettung, die die italienische Küstenwache durchführen muss, weil es keine EU-Rettungsmissionen mehr gibt. Auch die Sorge für die unbegleiteten Minderjährigen, die besonders schutzbedürftig sind, ist aufwendig und teuer.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Giorgia Meloni und Olaf Scholz: Die Stimmung zwischen beiden ist angespannt

Load-Date: October 6, 2023

Rückführungen in Diktaturen; Die USA schieben Migranten nach Kuba, Venezuela und Nicaragua ab. Menschenrechtler alarmiert

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 227

Length: 885 words

Byline: Stefanie Bolzen

Klaus Geiger

Tobias Käufer

Body

Die US-Botschaft in Havanna sendete eine Warnung an die Menschen in Kuba. "VORSICHT! Sich auf den Landweg durch Mittelamerika zu begeben, in der Hoffnung, die USA zu erreichen, ist gefährlich und aussichtslos", schrieben die Diplomaten auf X (vormals Twitter): "Die meisten Menschen, die an der südlichen Grenze der USA ankommen, haben keinen Anspruch auf politisches Asyl."

Wohlgemerkt ging diese Botschaft an die Menschen in Kuba, einer Linksdiktatur, wo Oppositionelle unterdrückt werden. Sie fallen in die Kategorie der politisch Verfolgten, die laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl haben. Aber das hindert die USA nicht, in bestimmten Fällen nach Kuba abzuschlieben, trotz schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte, die von der dortigen Diktatur begangen werden. "Wir nehmen unsere internationalen Verpflichtungen sehr ernst, wenn es um die Anti-Folter-Konvention oder andere internationale Konventionen geht", sagte Blas Nuñez-Neto, im US-Innenministerium zuständig für Migration und Grenzen, zu WELT. "Wir führen gründliche Überprüfungen durch und führen nur Personen nach Kuba zurück, denen die Abschiebung beschieden wurde und die in den USA keine legale Basis für ein Bleiberecht bekommen haben."

Ähnlich ist die Lage bei den Linksautokratien Venezuela und Nicaragua, auch dorthin schicken die USA die Migranten zurück. Mit Kuba und Venezuela, beide ideologische Intimfeinde Washingtons, gibt es sogar Rücknahme-Abkommen, die Abschiebeflüge direkt in die beiden Länder ermöglichen. Mitte Oktober ging etwa der erste Flug in Venezuelas Hauptstadt Caracas. "Im Vergleich zu September ist die Zahl der an der US-Grenze festgestellten Venezolaner um 74 Prozent gesunken. Das sehen wir klar im Zusammenhang mit den Rückführungsflügen", so Nuñez-Neto. Am vergangenen Freitag ging bereits der vierte Flug mit Flüchtlingen nach Venezuela.

Rückführungen in Diktaturen Die USA schieben Migranten nach Kuba, Venezuela und Nicaragua ab. Menschenrechtler alarmiert

Menschenrechtler reagieren empört. Amnesty International (AI) forderte umgehend ein Verbot solcher Überstellungen, "Das Leben, die Sicherheit und die Freiheitsrechte der Venezolaner sind im Falle einer Rückführung gefährdet", sagte Ana Piquer, Amerika-Direktorin für AI. Kritiker sehen die Genfer Flüchtlingskonvention verletzt. Deren Kern ist das sogenannte Non-Refoulement-Gebot: Es besagt, dass niemand in das Land zurückgebracht werden darf, aus dem er geflohen ist und in dem ihm politische Verfolgung droht. Die meisten Länder der Erde handhaben die Regeln der Konvention meist nach politischer Lage. Als souveräne Staaten müssen sie keine Sanktionen fürchten. Einzig in Europa ist das anders. Hier gibt es mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Instanz, die über die Einhaltung der Flüchtlingskonvention wacht - und den Spielraum der Staaten einengt.

Die USA hingegen haben mehr Flexibilität und versuchen, diese auch zu nutzen. Die Abschiebeflüge verstößen im Prinzip dem Refoulement-Verbot der Konvention. Die US-Regierung verweigert zugleich politisch Verfolgten nicht per se Asyl und schottet sich nicht gegen diese Menschen ab. Aber Washington versucht die unkontrollierte illegale Einreise auf dem Landweg zu verhindern. Parallel bieten die Vereinigten Staaten legale Wege in die USA an. Im sogenannten "Program Parole" stellt es jeden Monat 30.000 Plätze für Asylsuchende aus Kuba, Venezuela, Nicaragua und Haiti zur Verfügung - jenen lateinamerikanischen Ländern, in denen politische Repression herrscht.

Anders als die Abschiebeflüge nach Venezuela hat die Rückführung nach Kuba eine längere Geschichte. Bis dahin galt, wer amerikanischen Boden trockenen Fußes erreichte, hatte de facto ein Bleiberecht in den USA - nur Kubaner auf dem Seeweg wurden zurückgestoßen. Im Zuge der Tauwetter-Politik änderte der damalige Präsident Barack Obama als eine seiner letzten Amtshandlungen diese Politik. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Grundrechte für die offiziell verbotene Opposition auf Kuba erfüllte sich zwar nicht, das Abschiebeabkommen wurde trotzdem beibehalten. Heute kann fast jeder Kubaner abgeschoben werden, der illegal ins Land gelangt.

Die USA versuchen, die Einwanderung zu steuern, aber die Umsetzung fällt teils verworren aus. So verkündete die US-Regierung Ende September, 500.000 vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen an venezolanische Asylbewerber zu vergeben, die bis Juli 2023 ins Land kamen. Die Begründung: Es sei politisch verantwortungslos, in das lateinamerikanische Land abzuschieben. Aber schon Anfang Oktober kam die Kehrtwende. Nun finden für jene, die nach Juli 2023 gekommen waren, wieder Abschiebeflüge statt. Es sei "sicher", nach Venezuela zurückzukehren, hieß es nun plötzlich.

Ein anderer Baustein der Politik: Die USA versuchen, dass die Migranten nicht zwingend in die USA kommen, sondern auch in Transitländern bleiben, vor allem in Mexiko. Die Flüchtlingskonvention garantiert nur die Aufnahme in einem sicheren Staat, nicht die Einreise in ein Land der Wahl. Die "Remain in Mexico"-Politik, die unter Trump eingeführt und von Biden zeitweise fortgeführt wurde, sah vor, dass Migranten während der Asylprüfung im südlichen Nachbarland bleiben. So sollte die Zahl illegaler Einreisen reduziert werden. Zugleich bekämpfen die Behörden in mehreren Staaten in Mittelamerika die illegale Migration. Auch deshalb beantragen immer mehr Flüchtlinge inzwischen in Mexiko Asyl.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

US-Grenzschützer nehmen Migranten an der Grenze zu Mexiko fest

Load-Date: November 21, 2023

Oberstes britisches Gericht verhindert "Ruanda-Lösung"; Idee von Asylverfahren in Drittstaaten bleibt aktuell

Die Welt

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 223

Length: 925 words

Byline: Klaus Geiger

Body

Die britische Regierung ist mit ihrem Plan gescheitert, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben. Das Oberste Gericht in London nannte das Vorhaben von Premierminister Rishi Sunak am Mittwoch rechtswidrig und bestätigte damit eine Entscheidung des Berufungsgerichts vom Juni. Die Richter am britischen Supreme Court lehnten die "Ruanda-Lösung" mit dem Argument ab, dass die Gefahr bestehe, dass Asylbewerber in dem ostafrikanischen Land kein faires Verfahren erhielten. Die Idee an sich, also Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern, wurde nicht bemängelt. Auch in Deutschland und der EU wird intensiv über eine solche Regelung gesprochen.

Was war das Ziel der britischen "Ruanda-Lösung"? Die konservative Regierung von Premier Sunak will mit dem - einst von Ex-Premier Boris Johnson initiierten - Projekt die illegale Einwanderung in den Griff bekommen. Allein in diesem Jahr kamen mehr als 27.000 Menschen über den Ärmelkanal nach Großbritannien. Sie sollten nach Ruanda ausgeflogen werden, um dort deren Asylverfahren zu bearbeiten. Die Migranten sollen dann auch in Ruanda bleiben - unabhängig davon, ob sie einen positiven oder negativen Bescheid bekommen. So soll der sogenannte Pull-Effekt , also der Anreiz zur Reise nach Europa, komplett wegfallen. Es gibt ein bilaterales Abkommen mit dem ostafrikanischen Staat, dort ist auch bereits ein Gebäude für die Aufnahme von Asylbewerbern bezugsfertig, im Juni 2022 sollte ein erster Flug starten. Dieser wurde aber in letzter Minute durch ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) gestoppt. Er wies die britische Justiz an, zu prüfen, ob in Ruanda tatsächlich Asylverfahren nach europäischen Standards möglich sind. Die britische Regierung gewann in erster Instanz, verlor aber in zweiter und nun auch in letzter Instanz.

Ist das Urteil das Ende für die "Ruanda-Lösung"? Unwahrscheinlich. Die Richter bemängeln die Standards für Asylverfahren in Ruanda. Das Land hat zwar Probleme mit seinem Rechtsstaat, doch es gilt auch als eines der stabilsten des Kontinents. Experten warnen, eine solche Drittstaaten-Lösung, die auch als australische Lösung bekannt ist, grundsätzlich infrage zu stellen. So sagte der Migrationsforscher Gerald Knaus jüngst gegenüber WELT , es gebe derzeit zwar wohl keine sicheren Drittstaaten, aber dies sei kein Grund aufzugeben. "Deutschland sollte Ruanda und andere Staaten dabei unterstützen, ein sicherer Drittstaat zu werden." Der Migrationsforscher

Oberstes britisches Gericht verhindert "Ruanda-Lösung" Idee von Asylverfahren in Drittstaaten bleibt aktuell

Ruud Koopmans drückt es kategorisch so aus: "Nur eine Variante der australischen Lösung wird zu einer grundlegenden Reduzierung der irregulären Migration führen."

Woher stammt die Idee? Erprobt wurde das System als erstes in Australien. Das Land bringt seit 2001 Migranten, die per Boot über den Pazifik einreisen wollen, auf zwei kleine Inseln, die nicht zu Australien gehören. Dort wurden die Asylverfahren bearbeitet - die Menschen mussten dort bleiben, egal ob der Bescheid positiv oder negativ ausfiel. Die Unterbringung auf den Inseln war besonders in den ersten Jahren (teils bewusst) prekär, um Migranten abzuschrecken. Australien wurde wegen zahlreicher Suizide unter Asylbewerbern international heftig kritisiert. Doch vor der pazifischen Lösung ertranken auf dem Weg nach Australien Tausende Menschen auf dem Meer. In den Jahren 2014 bis 2018 starb kein einziger Flüchtling mehr - während im Mittelmeer in diesem Zeitraum 15.000 Menschen ertranken. Parallel gehört Australien zu den Ländern der Erde, die pro Kopf am meisten Asylbewerber über legale Kontingente aufnehmen.

Warum durfte Australien, was Großbritannien nun nicht darf? Einerseits betrieb Australien die Flüchtlingslager auf den Inseln selbst, während Großbritannien die Asylverfahren an Ruanda auslagern wollte. Es gibt aber auch grundsätzlich niedrigere Hürden in Australien. Dort gilt zwar die Genfer Flüchtlingskonvention. Deren Bindewirkung ist aber begrenzt. Es gibt kein internationales Gericht, das über Verletzungen der Flüchtlingskonvention wirksam wacht. In Europa ist das anders: Die Flüchtlingskonvention ist Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention - und über diese wacht der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) in Straßburg. Dieser ist unabhängig von der EU. Auch Großbritannien ist nach dem Brexit weiter seinen Richtersprüchen unterworfen. Daneben bildete sich aber auch auf EU-Ebene eine Gesetzgebung heraus, die die Flüchtlingskonvention sehr weit auslegt und auf nationaler Ebene bindend ist.

Wie geht es nun weiter? In Großbritannien dürften nun die Hardliner in Sunaks Tory-Partei ihre Forderungen verschärfen, die Vorgaben des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht mehr anzuerkennen. Es gilt aber als unwahrscheinlich, dass Sunak diesen radikalen Schritt geht. Allerdings hat sich zuletzt in Europa in Sachen Drittstaaten-Lösung viel getan. Dänemark hat bereits fertige Pläne und verhandelt auch mit Ruanda. Österreich propagiert die Lösung schon sehr lange - und hofft, zusammen mit anderen EU-Ländern eine Lösung zu erreichen, die vor Gerichten Bestand hat. An Bord wäre auch Italien, das jüngst ein Abkommen mit Albanien schloss, um einen Teil seiner auf dem Mittelmeer aufgegriffenen Migranten dorthin zu bringen. In Deutschland fordern CDU und CSU eine Drittstaaten-Lösung, in der SPD gab es zuletzt zumindest erstmals Offenheit dafür. Die Debatte dürfte sich nun so entwickeln, wie es Migrationsforscher Knaus jüngst formulierte. Die Tatsache, dass die "Ruanda-Lösung" in Großbritannien von den Gerichten gekippt wurde, sei "ein Grund zu handeln, nicht aufzugeben".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Der Fluch der langen Grenzen; Irreguläre Migration ist weiter hochattraktiv für die Betroffenen. Die EU will das ändern - und darauf hinwirken, dass viele Menschen gar nicht erst in Europa ankommen. Ein alter Ansatz, der leider auf einem Denkfehler beruht

Die Welt

Freitag 3. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 214

Length: 1106 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Man muss es leider so deutlich sagen: Die Ampel-Koalition hat bei der Regulierung von **Migration** bisher versagt. Die Zahl der **Asylanträge** in Deutschland ist in diesem Jahr um mehr als 70 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Das ist nicht das, was die Bürger von ihrer Regierung erwarten, im Gegenteil. Nun kann man Scholz, Faeser & Co. nicht vorwerfen, dass sie die Situation aussitzen wollen. Sie sind nach einer langen Phase der Lethargie im Laufe des Jahres aktiv geworden: Abschiebungen illegaler **Migranten** sind zur Priorität geworden. Aber wohin abschieben, wenn kein Land diese aufnehmen will?

Kanzler Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser sind in dieser Woche nach Nigeria und Marokko gereist, um Rücknahmeabkommen zu vereinbaren. Das dürfte im Detail sehr schwierig werden. Die beiden afrikanischen Staaten sind aus mehreren Gründen in einer sehr guten Verhandlungsposition. Als Preis für ein Rücknahmeabkommen müsste Deutschland wohl nicht nur legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger aus Nigeria und Marokko schaffen und mehr finanzielle Hilfen für Rückkehrer aus Europa in sogenannten Migrationszentren vor Ort zahlen, sondern künftig auch Visaerleichterungen oder sogar Visafreiheit garantieren. Über diesen letzten Punkt ist aber öffentlich bisher noch nicht gesprochen worden. Kein Wunder: Offene Tore für Nigerianer und Marokkaner wären der deutschen Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar. Im besten Fall werden am Ende von äußerst komplizierten Verhandlungen solche Vereinbarungen stehen, die den Grenzschutz leicht verbessern und unter strengen Bedingungen mehr Abschiebungen als bisher von Deutschland nach Nigeria und Marokko erlauben. Beide Maßnahmen dürften aber unter dem Strich so gering wirken, dass sie für die deutsche Asylstatistik kaum Bedeutung haben werden.

Nordrhein-Westfalens christdemokratischer Ministerpräsident Hendrik Wüst hat nun vorgeschlagen, die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten zu prüfen. Das ist kein neuer Vorschlag auf europäischer Ebene. Es gibt dafür in Brüssel mittlerweile, angeführt von Dänemark und Österreich, immer mehr Befürworter - etwa zwölf

Der Fluch der langen Grenzen Irreguläre Migration ist weiter hochattraktiv für die Betroffenen. Die EU will das ändern - und darauf hinwirken, dass viele Mensch....

Staaten dürften es sein. Aber für die Debatte zwischen den bürgerlichen Parteien in Deutschland bedeutet Wüsts Vorschlag eine Enttabuisierung. Der Kanzler antwortete dem CDU-Mann aus Düsseldorf im typischen Scholzomat-Duktus, also einer Mischung aus wenigen Worten, Belehrung und einem Anflug von Arroganz. Scholz sagte, man müsse bei solchen Themen einen "kühlen Kopf" bewahren und sich fragen, ob Drittstaaten bei der Migration überhaupt kooperieren wollten. "Das wäre jedenfalls mein höflicher Rat", ätzte der Kanzler in Richtung Wüst. Das war eine Frechheit. Scholz wird sich noch wundern, wie weit er mit der Migrationsdiplomatie der Ampel-Koalition kommen wird.

Die Debatte, die Wüst - und nicht CDU-Chef Friedrich Merz - in Deutschland angestoßen hat, wird den Kanzler bald auch in Brüssel einholen. Denn die Europäische Union steht weitgehend vor dem gleichen Problem wie Deutschland: Irreguläre Migration aus dem Süden nimmt zu, Schleuser agieren immer perfider, Abschiebungen funktionieren sehr schlecht und die Außengrenzen sind löchriger als ein Schweizer Käse. Auf eine neue Flüchtlingswelle aus Afrika wäre die EU nicht im Entferitesten vorbereitet. Alles wäre - trotz einiger Verbesserungen im Kleinen - wieder so wie im Jahr 2015: mit Chaos, fehlender Kontrolle und heillos zerstrittenen EU-Regierungen.

Dabei ist die EU in der Migrationsfrage schon seit Jahren aktiv: Sie verhandelte ein Abkommen mit der Türkei (2016), sie bildet die libysche Küstenwache aus (seit 2016), sie unterstützt die libyschen Grenzkontrollen mit Finanzhilfen (seit 2017), sie verabschiedete eine Partnerschaftsstrategie mit Afrika (2020), sie beschloss eine "integrierte Strategie" für die Sahelzone (2021), sie berät seit Jahren über umfangreiche Gesetzespakete für eine Reform der gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik (seit 2016) und sie einigte sich darauf, ab 2027 insgesamt 10.000 europäische Grenzschützer an den Außengrenzen einzusetzen (2019). Außerdem hat die EU-Kommission zuletzt einen "Vier-Punkte-Plan" und obendrauf noch fünf "Aktionspläne" zur Begrenzung von illegaler Migration vorgelegt. Die Kommissionsbehörde ist neuerdings auch bereit, indirekt den Bau von hohen Grenzzäunen mitzufinanzieren. Das Problem ist nur, dass entweder die Maßnahmen nicht effektiv wirken, sie komplett scheitern (Strategie für die Sahelzone) oder es keine Einigung über den richtigen Weg gibt.

Dabei ist die immanente Logik der EU-Migrationsstrategie ebenso falsch wie das deutsche Asylkonzept. Beide setzen im Kampf gegen illegale Migration darauf, dass möglichst wenige Menschen in Europa ankommen. Das gelingt jedoch wegen der langen EU-Außengrenzen und einem unzureichenden Grenzmanagement von Drittstaaten wie Libyen oder Tunesien so gut wie gar nicht.

Der entscheidende Punkt ist nun aber: Unter dem jetzigen System können illegale Migranten, sobald sie europäischen Boden betreten haben, in nahezu allen Fällen davon ausgehen, dass sie in der EU bleiben können. Darum bleibt illegale Migration nach Europa weiterhin ungeheuer attraktiv und wird sich langfristig für die Betroffenen und ihre Familien auszahlen. Daran ändern auch die Vorschläge für ein neue EU-Migrationspolitik nichts, die derzeit in Brüssel beraten werden. Weder die geplanten Turbo-Asylverfahren an den Außengrenzen, die für etwa ein Viertel der Ankömmlinge gelten sollen, werden zufriedenstellend funktionieren, noch die angestrebte faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa. Lediglich das Asylhopping zwischen EU-Ländern (Sekundärmigration) dürfte durch die neuen Gesetze schwerer werden.

Illegale Migration wird erst dann aufhören, wenn die Menschen wissen, dass sie noch vor der Asylprüfung rigoros aus der EU in ein sicheres Drittland gebracht werden, wo dann der Asylantrag überprüft wird. Länder wie Ruanda wären schon heute gegen Milliardensummen und die Unterstützung von europäischen Asylexperten und Richtern dazu bereit. Wer dann abgelehnt wird, soll entweder in seine Heimat zurückkehren oder aber unter äußerst schwierigen Bedingungen in dem jeweiligen sicheren Drittland weiterleben. Wer dagegen einen Schutzanspruch hat, kann durch eine Umsiedlung (resettlement) legal nach Europa gelangen. Für dieses Konzept müsste Paragraf 38,2 der EU-Asylverfahrensrichtline geändert werden. Aber das dürfte ein Klacks sein verglichen damit, was der EU sonst droht.

Auch der Kanzler wird sich wundern, wie weit er mit seinem Kurs der Diplomatie kommen wird

Der Fluch der langen Grenzen Irreguläre Migration ist weiter hochattraktiv für die Betroffenen. Die EU will das ändern - und darauf hinwirken, dass viele Mensch....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 3, 2023

End of Document

Das Testlabor der EU-Asylreform; Die EU will irreguläre Zuwanderung begrenzen. Einige der geplanten Maßnahmen wurden in Griechenland bereits vor Jahren getestet

Die Welt

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 211

Length: 944 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Athen

Im August und September kamen so viele Menschen über das östliche Mittelmeer nach Europa wie lange nicht. Auf den griechischen Inseln schoss die Zahl irregulärer Ankünfte in die Höhe. Auch wenn das Niveau lange nicht mit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2016 zu vergleichen war, kamen die griechischen Aufnahmeeinrichtungen rasch an ihre Grenzen. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen sprach von "besorgnis erregenden Versorgungslücken" von Migranten auf Lesbos, wo die Kapazität des Camps Mavrovouni überschritten wurde.

Die Szenen in Griechenland machen deutlich, wo die Migrationspolitik der griechischen Regierung an ihre Grenzen stößt - und offenbaren gleichzeitig die größte Schwäche der geplanten Asylreform der EU . Mit ihr will Brüssel irreguläre Zuwanderung besser steuern. Einige der geplanten Maßnahmen wurden in Griechenland bereits vor Jahren getestet. Denn das Land war eine Art Blaupause für die Asylreform der EU.

Das Vorhaben der EU-Kommission enthält zahlreiche Ergänzungen und Verschärfungen, um irreguläre Migration zu begrenzen. Menschen aus Ländern, die als sicher deklariert werden, sollen künftig ein Schnellverfahren durchlaufen und, wenn festgestellt wird, dass der Antragssteller keine Chance auf Asyl hat, zügig zurückgeschickt werden. Für die Dauer des Prozesses - im Normalfall sind maximal zwölf Wochen vorgesehen - würden jene Menschen unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Über eine Krisenverordnung könnte bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Auch könnte der Kreis der Menschen vergrößert werden, der für die strengen Grenzverfahren infrage kommt. Zudem sollen Länder an den europäischen Außengrenzen wie Italien und Griechenland in Krisenzeiten künftig entlastet werden, indem andere Staaten ihnen eine gewisse Zahl von Asylsuchenden abnehmen. Wer dazu nicht bereit ist - so unter anderem Ungarn - , soll zu einer Ausgleichszahlung verpflichtet werden. Bevor die Asylreform in Kraft tritt, stehen noch Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament an.

Das Testlabor der EU-Asylreform Die EU will irreguläre Zuwanderung begrenzen. Einige der geplanten Maßnahmen wurden in Griechenland bereits vor Jahren getestet

"Die Logik der Konzentration von Asylprozessen auf die Grenzgebiete begann als Pilotprojekt in Griechenland, und zwar mit der berüchtigten EU-Türkei-Erklärung", sagt Angeliki Dimitriadi, die das Migrationsprogramm des griechischen Thinktanks Eliamep leitet. Die Vereinbarung zwischen Ankara und Brüssel von 2016 sah vor, dass die Türkei ihre Grenze besser schützt und irreguläre Migranten, die auf den griechischen Inseln ankommen und kein Recht auf Asyl haben, zurücknimmt. Dafür zahlte die EU viel Geld. Die Prüfungen der Schutzgesuche sollten ausschließlich an der europäischen Außengrenze stattfinden, währenddessen durften Migranten nicht aufs griechische Festland. Damals scheiterte die Umsetzung des Abkommens unter anderem an der Rückführung der Migranten. Die Antragsprüfung durch die griechischen Behörden dauerte viel länger als geplant, die Lager auf den griechischen Inseln wurden um ein Vielfaches der Kapazitäten überfüllt, Mindeststandards nicht mehr eingehalten.

International bekannt wurde die frühere Flüchtlingsunterkunft Moria auf Lesbos, wo katastrophale Zustände herrschten. Außerdem nahm die Türkei zuletzt keine abgelehnten Asylbewerber mehr zurück. Auf den griechischen Inseln herrschte Dauerkrise.

Hier liegt laut Expertin Dimitriadi auch die Krux der Asylreform. Denn selbst wenn es an anderen Außengrenzen gelinge, humane Bedingungen zu gewährleisten und die Zahl der Ankünfte im Rahmen liege: "Die Frage der Rückführungen ist die Achillesferse des EU-Asylsystems", sagt sie. "Irgendjemand muss die Rückkehr dieser Menschen akzeptieren. Welches Land wird das tun, unter welchen Bedingungen und in welcher Zahl?" Eine große offene Frage sei, was mit abgelehnten Asylbewerbern passiere, die nicht zurückgeschickt werden könnten. Zwar arbeitet die EU an Abkommen mit Drittstaaten, um Rückführungen möglich zu machen. Nicht nur Staatsbürger dieser Länder sollen demnach zurückgeschickt werden können, sondern auch Angehörige anderer Staaten - wie im Falle des Türkei-Abkommens, das allerdings in dieser Hinsicht nie funktionierte. Ähnlich ist es bei der Vereinbarung zwischen Brüssel und Tunesien, die in der Praxis scheitert.

Unklar ist bislang, wie das Migrationsmanagement an den Außengrenzen laut der Asylreform konkret aussehen wird. In Griechenland wurden in den vergangenen Jahren geschlossene Zentren mit kontrolliertem Zugang errichtet, die teils wie Hochsicherheitseinrichtungen anmuten. Die Asylreform sieht zwar ebenfalls haftähnliche Bedingungen für Migranten vor; ob in Form solcher Camps, ist ebenso wie andere Einzelheiten des Vorhabens noch nicht bekannt.

Im geschlossenen Camp auf der griechischen Insel Samos soll es im Spätsommer, als die Ankunftszzahlen stiegen, ebenfalls zu Szenen der Überforderung gekommen sein, wie die Organisation Human Rights Legal Project in einer Mitteilung bekannt gab. Griechenland hatte seit Beginn der Pandemie Ankunftszzahlen auf niedrigem Niveau zu verzeichnen; der Anstieg im August und September war seitdem der erste Stresstest.

Das Modell der Asylabwicklung ausschließlich an den Außengrenzen sei auch deshalb anfällig, sagt Dimitriadi. In Krisenzeiten zeige sich dessen Schwäche. Grundsätzlich hält sie die geplante Asylreform für einen Schritt in die richtige Richtung. "Die Kommission hat mehr denn je versucht, Mechanismen für Umverteilung und Solidarität zu schaffen", sagt sie. Das Problem: Brüssel hat mit dem Solidaritätsmechanismus nicht die Macht, einzelne Staaten zur Aufnahme von Migranten zu zwingen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2023

**Kein schneller Ausweg aus der Migrationskrise; Mit einem neuen
Asylsystem will die EU den Aufstieg rechtsnationaler Parteien bei der
Europawahl stoppen. Doch die Pläne stecken voller Widersprüche und
Fallstricke**

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 190

Length: 1165 words

Byline: Klaus Geiger

Virginia Kirst

Christoph B. Schiltz

Body

Berlin, Rom und Brüssel

Die Zeit wird knapp. In gut acht Monaten steht die Wahl zum neuen EU-Parlament an. In nationalen Umfragen für den Urnengang am 9. Juni liegt die AfD in Deutschland nur knapp hinter CDU und CSU. Bei den Prognosen für den gesamten Kontinent zeichnet sich derzeit ab, dass die AfD und ihre rechtsnationalistischen Schwesterparteien rund 25 Prozent der Sitze im EU-Parlament erringen werden.

Das wichtigste Thema, das den Parteien die Wähler zutreibt, ist die seit Jahren ungelöste **Migrationsproblematik**. Wie aus dem Eurobarometer von September hervorgeht, hat kein Thema zuletzt mehr an Dringlichkeit zugenommen. Inzwischen rangiert es zusammen mit der Inflation und dem Ukraine-Krieg an der Spitze. Außerdem gibt es demnach kein Thema, bei dem die Menschen mit der EU unzufriedener sind, als die **Migration**. In Brüssel und in den Hauptstädten der wichtigen EU-Staaten ruht die Hoffnung deshalb auf einem großen Vorhaben: der Reform des Gemeinsamen Europäischen **Asylsystems** (GEAS). Spätestens seit der **Flüchtlingskrise** von 2015 ist klar, dass die aktuellen Regelungen nicht funktionieren.

Die Vision von Vordenkern der gemäßigten Parteien in Brüssel: Wenn die EU im Frühjahr den Menschen in Europa eine Einigung auf ein neues Asylsystem präsentieren kann, wird das der AfD und deren Schwesterparteien das Thema Migration aus der Hand schlagen - und damit deren Europawahl-Ergebnis dämpfen. Aber ein genauer Blick

Kein schneller Ausweg aus der Migrationskrise Mit einem neuen Asylsystem will die EU den Aufstieg rechtsnationaler Parteien bei der Europawahl stoppen. Doch die....

zeigt, dass diese Kalkulation auf einem sehr brüchigen Fundament steht. Zwar gibt es tatsächlich gute Chancen, dass es bis zum Frühjahr eine Asyl-Einigung gibt. Aber dies betrifft nur die großen Linien, die konkrete Ausgestaltung wird lange dauern und birgt Fallstricke. Im besten Fall funktioniert das neue EU-Asylsystem in Jahren - im schlechtesten Fall wird es in der Praxis ein dysfunktionaler Flickenteppich, weil die nationalen Interessen zu konträr sind.

Der Kern des neuen Asylsystems klingt simpel und entschlossen. Künftig sollen Anträge von Migranten in geschlossenen Asylzentren an der EU-Außengrenze in Schnellverfahren bearbeitet werden. Anerkannte Bewerber werden in Europa verteilt, abgelehnte werden schnell zurückgebracht in die Herkunftslander. Das Abtauchen illegaler Einwanderer gehört der Vergangenheit an. Über dieses Prinzip sind sich die EU-Staaten mehrheitlich einig, sie haben bereits im Juni zugestimmt. Nun muss noch das EU-Parlament zustimmen, am Ende von zähen Verhandlungen dürfte eine Einigung stehen. Aber ganz grundsätzliche Fragen werden auch dann noch offen sein. Etwa jene, wo die Asylzentren überhaupt stehen sollen. Schon jetzt deutet die Debatte in verschiedenen EU-Ländern darauf hin, dass hier großes Konfliktpotenzial besteht. Während man darunter in Deutschland meist eine Auslagerung der Asylverfahren in Küstenstaaten wie Italien oder Spanien versteht, verbindet Italien damit die gegenteilige Hoffnung, nur eine geringe Anzahl an Asylverfahren durchführen zu müssen. Die Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat ihren Landsleuten stets versprochen, sie werde Italien nie in das "Flüchtlingscamp Europas" verwandeln lassen. Sie wird nur eine Asylreform akzeptieren, die das gewährleistet.

Die EU-Pläne sehen vor, dass verschiedene Außengrenz-Staaten nach einem bestimmten Schlüssel eine bestimmte Anzahl an Asylanträgen in den Zentren prüfen müssen. Tatsächlich ist in einem ersten Schritt geplant, dass Italien nur 6163 Plätze für solche Verfahren bereithalten muss. Eine verschwindend geringe Zahl, bedenkt man, dass in Italien in diesem Jahr bereits mehr als 133.000 Migranten ankamen. Das Land, das mit rund 8000 die meisten Plätze vorhalten muss, ist ausgerechnet Ungarn. Das Land aber weigert sich kategorisch, überhaupt beim neuen System mitzumachen. Ungarn und Polen wurden im Kreis der EU-Innenminister überstimmt - und haben bereits angekündigt, dass sie sich dem Votum nicht beugen werden.

Hinzu kommt, dass in einem ersten Schritt die Asylbewerber aus Ländern, deren Anerkennungsquoten unter 20 Prozent liegen, in der EU per Schnellverfahren in den Zentren überprüft werden sollen. Das sind allerdings nur etwa ein Viertel aller Migranten, die in der EU ankommen. Alle anderen durchlaufen weiterhin die bisher bekannten Verfahren. Jene Asylbewerber mit Schnellverfahren wiederum, die binnen sechs Monaten nicht in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden, wechseln ebenfalls ins reguläre Verfahren. Bisher scheitert die schnelle Rückführung in der Regel daran, dass viele Staaten kein Interesse haben, ihre abgewanderten Migranten wieder ins Land zu lassen. Ob es hier Fortschritte gibt, ist völlig unklar.

Das neue Asylsystem sieht vor, dass die EU Abkommen für die Rückführung verhandeln soll - sie sind für ein Funktionieren der Schnellverfahren unabdingbar. Italiens Ministerpräsidentin Meloni ist derzeit sehr aktiv, den Boden für Vereinbarungen mit afrikanischen Ländern zu bereiten. Mit welch großen Schwierigkeiten eine solche Strategie behaftet ist, zeigte sich schon bei der Afrika-Offensive von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel ab dem Jahr 2016. Unter den Ländern, mit denen bisher Rücknahmeverträge geschlossen wurden, befindet sich kaum ein afrikanischer Staat. Hinzu kommt, dass sich schon jetzt Differenzen bei der Bewertung von Drittstaaten zeigen. Während Italiens Regierungschef auf ein Abkommen mit Tunesien setzt, sieht Deutschland das autokratische Regime in Tunis als problematischen Partner.

Eine weitere Sollbruchstelle des geplanten Systems betrifft die Verteilung jener Flüchtlinge, deren Asylgesuche anerkannt wurden. Das Schlagwort lautet flexible Solidarität: Flüchtlinge mit Asylstatus werden den Plänen zufolge nach einem bestimmten Schlüssel auf die EU-Staaten verteilt. Allerdings kann sich ein Land mit der Zahlung von 20.000 Euro pro Asylberechtigtem von der Aufnahme freikaufen. Die Summe gilt unter Experten als deutlich zu niedrig, weil die Kosten für die Integration in der Regel um ein Vielfaches höher liegen. Hinzu kommt, dass Polen und Ungarn sich grundsätzlich gegen jeden Mechanismus sperren - und angekündigt haben, weder Flüchtlinge aufzunehmen noch den Geldbetrag zu bezahlen.

Kein schneller Ausweg aus der Migrationskrise Mit einem neuen Asylsystem will die EU den Aufstieg rechtsnationaler Parteien bei der Europawahl stoppen. Doch die....

Auch Österreich hat bereits verlauten lassen, keine Menschen aufnehmen zu wollen, und verweist darauf, stark in Vorleistung gegangen zu sein, weil es im vergangenen Jahr pro Kopf betrachtet die zweitmeisten Flüchtlinge in der EU aufgenommen hat. Italien wiederum betont vor allem die Einigung auf die Flüchtlingsverteilung - und stellt sie als Sieg seines Beharrens auf europäische Solidarität heraus. Die gute Nachricht ist, dass die EU derzeit weiter denn je ist auf dem Weg, gemeinsam das Migrationsproblem anzugehen. Die schlechte ist, dass sie nicht die Kraft zu haben scheint, die schwierigen Fragen zu lösen. Bei der Europawahl aber werden die Menschen nicht auf abstrakte Kompromisse blicken. Sondern darauf, ob es gelungen ist, für einen wirksamen Schutz der Grenzen zu sorgen. Und für ein neues System, das in der Realität funktioniert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Italiens Premierministerin Giorgia Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besuchten im September die Flüchtlingsinsel Lampedusa

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Europa feiert Asylpaket, doch das Grundproblem bleibt; Die EU einigt sich auf eine Reform der Migrationspolitik. Viele der Maßnahmen greifen aber zu kurz

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 248

Length: 1282 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Es war ein Kraftakt: Die EU-Staaten, die Europäische Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen und das Europäische Parlament haben sich am Mittwoch nach 20 Stunden Verhandlungen auf eine grundlegende Reform des Gemeinsamen Europäischen **Asylsystems** (Geas) geeinigt. Seit der **Flüchtlingskrise** in den Jahren 2015 und 2016 war darum gerungen worden.

Bereits Stunden bevor die genauen Inhalte der Vereinbarung veröffentlicht wurden, beeilten sich alle beteiligten Akteure, den Kompromiss zu feiern. Von der Leyen bezeichnete das Paket als "effektive Antwort" auf die Herausforderungen der **Migrationspolitik**, und der Chef der europäischen Christdemokraten (EVP), Manfred Weber (CSU), lobte die Reform als "Meilenstein zur strikten Sicherung der Außengrenzen". Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte, sie sei ein Schlüssel, "um **Migration** insgesamt zu steuern und zu ordnen".

Wird das neue EU-Asylsystem die Verteilung von Flüchtlingen tatsächlich fairer regeln, schneller bei Asylverfahren sein, effektiver bei Abschiebungen von illegalen Migranten (die Abschiebequote in der EU liegt derzeit unter 20 Prozent) und besser beim Schutz der Außengrenzen? Und: Wird es dann weniger Asylanträge in Europa und damit auch in Deutschland geben? In diesem Jahr liefen hierzulande immerhin rund ein Drittel der mehr als eine Million Asylanträge in der EU auf. WELT stellt die wichtigsten neuen Maßnahmen vor - und bewertet sie.

Turbo-Verfahren an den Außengrenzen

Sie gelten als die wichtigste Neuerung im reformierten EU-Asylsystem. Wer aus einem Land mit geringer Aussicht auf Schutz nach Europa kommt (einer EU-Anerkennungsquote unter 20 Prozent), also etwa aus Tunesien, Marokko oder Bangladesch, soll direkt nach der Ankunft ein schnelles Asylverfahren von zwölf Wochen durchlaufen. Nach spätestens drei weiteren Monaten soll der Betroffene im Fall einer Ablehnung in ein Drittland abgeschoben werden.

Europa feiert Asylpaket, doch das Grundproblem bleibt Die EU einigt sich auf eine Reform der Migrationspolitik.
Viele der Maßnahmen greifen aber zu kurz

Entgegen der Forderung des EU-Parlaments und der Bundesregierung müssen künftig auch Frauen mit Kindern das Verfahren durchlaufen, nur unbegleitete minderjährige sind ausgenommen. Während der Asylprüfung werden die Antragssteller in bewachten und geschlossenen Einrichtungen in Grenznähe untergebracht, ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt, es gibt aber keinen Freiheitsentzug. Nach Angaben der EU-Kommission werden etwa 20 bis 25 Prozent aller Ankommenden unter dieses Verfahren fallen. Im ersten Jahr sollen 30.000 Plätze für schnelle Grenzverfahren eingerichtet werden, nach vier Jahren werden sich die Kapazitäten sukzessive auf 120.000 erhöhen.

Bewertung: Das Herzstück der Reform wird leider nur sehr wenig Entlastung für die EU-Länder bringen und letztlich so gut wie nichts ändern. Die Zahl von maximal 120.000 Plätzen für schnelle Grenzverfahren nach vier Jahren ist viel zu gering. So teilte die Bundesregierung erst kürzlich mit, dass allein im vergangenen Jahr 423.260 Menschen unter das Turboverfahren gefallen wären. Im ersten Jahr müsste zudem ausgerechnet Ungarn - ein Land, das die neuen Maßnahmen strikt ablehnt - aufgrund eines komplizierten Berechnungsschlüssels fast ein Drittel der Plätze (8495) bereitstellen. Das dürfte Budapest verweigern. Hinzu kommt auch, dass beschleunigte Grenzverfahren allein nichts ändern, solange illegale Migranten in großer Zahl nicht abgeschoben werden können, weil kein Drittland sie zurücknimmt. Die EU hat seit 2004 erst mit einem afrikanischen Land ein Rücknahmeabkommen abgeschlossen: den Kapverden. Ein weiteres Problem: Wird ein Antragssteller nach sechs Monaten nicht abgeschoben oder findet er grundsätzlich keine Aufnahme mehr innerhalb des beschleunigten Grenzverfahrens, kann er weiterziehen und anderswo einen regulären Asylantrag stellen.

Verpflichtende Solidarität

Ist ein Staat überlastet, kann er um freiwillige Unterstützung bitten. Steigt der Druck weiter, wird die Kommission alle Mitgliedstaaten verpflichten, Migranten zu übernehmen ('relocation'): Eine Verteilung nach Quoten greift, wobei Deutschland etwa 6600 Personen übernehmen müsste. Dabei sollen mindestens 30.000 Menschen verteilt werden, im Notfall aber auch deutlich mehr. Wer keine Migranten aufnimmt, kann sich mit 20.000 Euro pro abgelehntem Migranten freikaufen.

Bewertung: Die Gefahr, dass der sogenannte Solidaritätsmechanismus zu Bürokratie und viel Ärger unter den EU-Regierungen führen wird, ist groß. So verlangt Österreich etwa, die Vorleistungen der vergangenen Jahre bei der Verteilung stark zu berücksichtigen. Außerdem dürfte es Streit geben, falls deutlich mehr als 30.000 Migranten umverteilt werden müssen - was in Krisensituationen wie 2015 die Regel sein wird. Die Zahl ist also zu niedrig angesetzt. Außerdem sind die Anreize für ein EU-Land, Geld zu zahlen, anstatt Migranten aufzunehmen, sehr hoch. Die Strafgebühr ist mit 20.000 Euro viel zu gering angesetzt, denn die tatsächlichen Kosten für die Unterbringung eines Migranten liegen deutlich höher.

Krisenverordnung

Bei Massenzustrom oder der Instrumentalisierung von Migranten - wie etwa im Fall von Belarus, dessen Machthaber Alexander Lukaschenko Tausende nach Litauen schickte - sollen bis zu 100 Prozent der Ankommenden ein schnelles Grenzverfahren statt eines normalen regulären Asylverfahrens durchlaufen. Das schnelle Grenzverfahren soll in dem Fall aber vier statt drei Monate dauern können, dafür kann ein Migrant bis zu 16 Wochen statt 12 Wochen interniert werden.

Bewertung: Gut gemeint, schwer realisierbar. Es gibt nicht genügend Plätze für schnelle Grenzverfahren. Außerdem würden die Erstaufnahme-Länder wie Italien oder Spanien wieder stark belastet.

Drittstaatenregelung

Abgelehnte reguläre Asylbewerber sollen schnell in sichere Drittstaaten wie Tunesien oder Albanien abgeschoben werden, wenn es eine "Verbindung" zwischen Antragssteller und dem Land gibt.

Bewertung: Gute Idee, aber das Ziel schneller Abschiebungen dürfte eine Illusion bleiben. Außer Ruanda wird sich mittelfristig wohl kein Land in großem Umfang zur Rücknahme bereit erklären. Zudem dürfte es immer wieder Streit

Europa feiert Asylpaket, doch das Grundproblem bleibt Die EU einigt sich auf eine Reform der Migrationspolitik.
Viele der Maßnahmen greifen aber zu kurz

geben über die Frage, was denn nun ein "sicherer Drittstaat" ist und wie die "Verbindung" genau aussehen muss. Reicht eine Durchreise oder ein kurzfristiger Aufenthalt aus? Deutschland setzte bei den Anforderungen an sichere Drittstaaten in letzter Minute Nachbesserungen durch, wie etwa eine funktionierende Gesundheits- und Schulversorgung und "ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt", die die Dinge komplizierter machen dürften.

Zusätzliche Maßnahmen

Eine sogenannte Screening- und die Eurodac-Verordnung sorgen erstmalig für eine schnelle und verpflichtende Gesundheits-, Identitäts- und Sicherheitsprüfung an den Außengrenzen und den Ausbau der Eurodac-Datenbank für Fingerabdrücke. Die Novellen der Aufnahmerichtlinie und der Anerkennungsverordnung sollen sicherstellen, dass es in allen EU-Staaten möglichst einheitliche Schutzstandards, Leistungen (nach Kaufkraft) und Aufnahmebedingungen gibt.

Bewertung: Ein wesentlicher Fortschritt, von dem vor allem Deutschland profitieren wird. Es gibt weniger Anreize für Sekundärmigration, die Fristen für Rücküberstellungen innerhalb der EU werden verlängert, die Vorschriften vereinfacht und die Bewegungsprofile von Migranten transparenter. Dies alles dürfte Deutschland als Zielland entlasten.

Fazit: Die Reform des EU-Asylsystems, die ohnehin erst in frühestens zwei Jahren wirksam wird, ist weniger effektiv als behauptet. Zentrale Maßnahmen wie schnelle Grenzverfahren werden in ihrer Wirkung überschätzt. Das Grundproblem bleibt: Wer einmal den Weg in die EU geschafft hat, hat beste Chancen, bleiben zu können. Migration in die EU bleibt auch nach der Reform hoch attraktiv.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Migrationskurs der SPD löst neuen Koalitionskonflikt aus; Kanzlerpartei will Familiennachzug für Migrantengruppen wie Syrer ausweiten. FDP widerspricht

Die Welt

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 240

Length: 786 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Die **migrationspolitischen** Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages in Berlin erhöhen die Spannungen im Ampel-Regierungsbündnis - und setzen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unter Druck, der sich zuletzt für einen schärferen Kurs ausgesprochen hatte. Vor allem das Votum der Sozialdemokraten für einen erleichterten Familiennachzug von subsidiär Schutzbedürftigen sorgt für Konflikte in der Koalition.

Bei dieser Gruppe handelt es sich um **Migranten**, die zwar kein Anrecht auf **Asyl** haben, jedoch stichhaltige Gründe dafür vorbringen können, dass ihnen bei einer Rückkehr ins Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Das betrifft nach Statistiken des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** aktuell vor allem Menschen aus Syrien: Bei 97.183 **Asylanträgen** von Syrern zwischen Januar und November dieses Jahres wurde in 61.640 Fällen subsidiärer Schutz gewährt.

Katrin Göring-Eckardt, zuständige Abgeordnete für das Thema Familiennachzug in der Grünen-Bundestagsfraktion, reagierte positiv auf das Signal aus der SPD: "Das begrüßen wir sehr, und es entspricht dem Koalitionsvertrag. Viele Familien, insbesondere Kinder, warten darauf, wieder zusammen zu sein. Familien gehören zusammen", erklärte Göring-Eckardt auf WELT-Anfrage.

Scharfer Widerspruch kam hingegen aus der FDP. "Angesichts der hohen Asylbewerberzahlen und der überlasteten Kommunen ist der SPD-Antrag zur Migrationspolitik realitätsfern und sendet das völlig falsche Signal", so der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae. "Wir müssen unser Asylsystem entlasten und eine neue Realpolitik in der Migration vorantreiben. Einen erleichterten Familiennachzug wird es daher mit uns nicht geben." Vielmehr müssten Rückführungen konsequent durchgeführt werden, wenn die Ausreise nicht freiwillig stattfinde. "Denn der Rechtsstaat muss beweisen, dass er seine Entscheidungen auch durchsetzt", so Thomae. Zudem dürfe die private Seenotrettung nicht staatlich finanziert werden, "denn das würde den Schleusern direkt in die Hände spielen. Frontex sollte daher perspektivisch die Seenotrettung im Mittelmeer übernehmen".

Migrationskurs der SPD löst neuen Koalitionskonflikt aus Kanzlerpartei will Familiennachzug für Migrantengruppen wie Syrer ausweiten. FDP widerspricht

Thomae erinnerte an die Beschlüsse der vergangenen Ministerpräsidentenkonferenz. Sie seien "ein wichtiger Schritt in Richtung einer neuen Realpolitik in der Migration, die wir jetzt dringend brauchen". Ein Punkt, auf den sich die Ministerpräsidenten mit dem Kanzler geeinigt hatten, lautet: "Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wird nicht ausgeweitet." Freidemokrat Thomae nannte als wichtige Maßnahmen die Reduzierung von Anreizen für irreguläre Migration, die Prüfung von Asylverfahren außerhalb der EU und einen besseren Grenzschutz: "Das ist der Kurs, auf den wir uns als Ampel-Koalition verständigt haben und den wir jetzt entschieden weiterverfolgen müssen."

Eine ähnlich kritische Haltung vertritt die Union. "Die SPD leidet unter rasantem Realitätsverlust. Wer in einer der größten Migrationskrisen eine Ausweitung des Familiennachzugs fordert, hat jegliche Regierungsfähigkeit verloren", beklagte CDU-Innenpolitiker Alexander Throm. Nach dem Bundesparteitag vom Wochenende sei klar: "Die SPD möchte, dass noch mehr Asylbewerber in unser Land kommen sollen. Das ist das Gegenteil einer Asylwende", so Throm zu WELT. Nach seiner Ansicht müsse man "alle Möglichkeiten zur Begrenzung und zur Reduzierung von Anreizen, nach Deutschland zu fliehen, nutzen". Je größer die Community etwa von Syrern und Afghanen in Deutschland werde, desto mehr Anziehungskraft entfalte sie. "Es braucht endlich eine echte Begrenzung an all den Stellschrauben, wo dies möglich ist, wie etwa dem Aussetzen des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten."

In anderen EU-Ländern sei der Familiennachzug bereits ausgesetzt. In Deutschland sei er durch die Union in der vergangenen Wahlperiode auf 1000 Menschen pro Monat begrenzt worden. "Anstatt Fluchtwanderung zu begrenzen, will die SPD diese sogar noch fördern. Lässt Deutschland mehr Familiennachzug zu, ist doch klar, wo junge Männer hinziehen werden, um ihre Familien nachzuholen", sagte Throm. Die Ampel verschärfe so die Lage in den Kommunen, in den Kitas und am Wohnungsmarkt. "Durch das maßlose Türöffnen für Migration stärkt die Ampel die politischen Extremisten am rechten Rand. Solche Beschlüsse wie auf dem SPD-Parteitag sind das reinste Konjunkturprogramm für die AfD", warnte Throm.

Aus Sicht der AfD-Fraktion würde die SPD mit einem erleichterten Familiennachzug "einen weiteren, speziell deutschen Pull-Faktor" schaffen, so der Innenpolitiker Gottfried Curio. Als Konsequenzen nannte er: fehlenden Wohnraum, einen "weiteren Absturz des Bildungssystems", Milliarden-Kosten und die "immer weiter ausgehöhlte innere Sicherheit". Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 10, 2023

End of Document

Wege aus der Asyl-Lotterie

Die Welt

Donnerstag 16. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 223

Length: 492 words

Byline: Anna Schneider

Body

Mit dem jüngsten **Asylkompromiss** der Ampel bewegt sich Deutschland einen Schritt auf die Realität zu. Aber von einem echten Kurswechsel, der die Sogwirkung Deutschlands auf illegale **Migranten** eindämmen würde, kann wohl nicht die Rede sein - einmal ganz abgesehen davon, dass es für Olaf Scholz bald noch ein bisschen bitterer werden könnte. So ließ die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang am folgenden Morgen bei "RTL Frühstart" zwar wissen, dass dieser "Deutschlandpakt **Migration**" eine gute Grundlage sei. Sie hielt aber auch mit ihren Zweifeln nicht hinterm Berg, die sie in rechtlicher Hinsicht angesichts der Leistungskürzungen für **Asylbewerber** sowie **Asylverfahren** in Drittstaaten hegt.

Ob das alles denn nun insgesamt für die Grünen zustimmungsfähig sei, wollte der RTL-Moderator von Ricarda Lang wissen, sogar zweimal. Lang wich beide Male aus. Und erläuterte: "Sie können sich natürlich vorstellen, dass es Punkte gibt, auf die wir auch kritisch blicken, ich will ein Beispiel nehmen. Es gibt einen Prüfauftrag für Transitzentren in Drittstaaten ... Ich will aber ganz ehrlich sagen, ich kann mir nicht vorstellen, wie das rechtlich mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar ist."

An dieser Stelle könnte man Ricarda Lang das im Februar dieses Jahres erschienene Buch des Migrationsforschers Ruud Koopmans ans Herz legen. In "Die Asyl-Lotterie" schreibt er: "Die rechtswissenschaftliche Fachliteratur lässt keinen Zweifel daran, dass eine Verlagerung von Flüchtlingsschutz in Drittstaaten prinzipiell zulässig ist. Das internationale Asylrecht besteht auf der Einhaltung des Non-Refoulement-Verbotes und einer menschenwürdigen Behandlung von Asylsuchenden, beinhaltet aber kein Individualrecht auf Zugang zum Staatsgebiet oder zu einem Asylverfahren."

Diese These bestätigt auch ein Blick zu den Nachbarn. So tut die von deutschen Journalisten am liebsten mit dem absurdem Schmähwort "Postfaschistin" bedachte italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni längst, was die Grünen hierzulande nicht einmal zur Debatte stellen wollen, ohne vorher schon zu wissen, dass es nicht möglich ist: Um die irreguläre Migration über das Mittelmeer von Nordafrika nach Europa einzuschränken, will Italien in Albanien zwei Aufnahmezentren für Migranten errichten. Vor Kurzem unterzeichneten Meloni und Albaniens Regierungschef Edi Rama in Rom eine entsprechende Absichtserklärung, schon im Frühjahr 2024 soll es losgehen.

Wege aus der Asyl-Lotterie

In den Aufnahmezentren sollen Asylanträge geprüft und, wenn nötig, schnellere Rückführungen ermöglicht werden. Auch Österreich denkt in diese Richtung.

Es scheint also, dass wohl einiges geht, wenn man denn möchte. Doch anstatt alle Kapazitäten auf Verhandlungen mit potenziellen Partnerländern in Asylangelegenheiten zu fokussieren, errichten die deutschen Grünen lieber einen Popanz vermeintlicher Rechtswidrigkeit und Inhumanität, um sich dahinter verstecken zu können.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Scholz: "Historischer Moment"; Deutschland soll für Migranten unattraktiver werden. Union kritisiert Maßnahmen von Bund und Ländern

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 217

Length: 589 words

Byline: Dpa

Body

Die Union hat das Maßnahmenpaket von Bund und Ländern zur Reduzierung der **Flüchtlingszahlen** als unzureichend kritisiert. CDU-Chef Friedrich Merz warf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mangelnde Kooperationsbereitschaft mit der Opposition vor. Er habe es abgelehnt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Regierung und Union zur Steuerung der Zuwanderung einzusetzen. "Damit ist das Thema Deutschlandpakt zum Thema **Migration** aus meiner Sicht erledigt", sagte Merz. "Ich erkenne im Augenblick beim Bundeskanzler keine Bereitschaft, die Gespräche mit uns substanzell fortzusetzen."

Kanzler Scholz und die Regierungschefs der 16 Bundesländer hatten sich in der Nacht zu Dienstag nach monatelangem Streit über die Aufteilung der Flüchtlingskosten geeinigt und Maßnahmen zur Verringerung der irregulären Migration nach Deutschland vereinbart. Vom kommenden Jahr an zahlt der Bund für jeden Asylerstantragssteller eine jährliche Pauschale von 7500 Euro und nicht mehr eine jährliche Gesamtsumme von derzeit rund 3,7 Milliarden Euro. Die Länder hatten 10.500 gefordert, der Bund 5000 geboten, man traf sich also ungefähr in der Mitte.

In den Verhandlungen ging es aber nicht nur ums Geld, sondern vor allem darum, der irregulären Zuwanderung nach Deutschland so weit es geht einen Riegel vorzuschieben - und dafür ein mögliches breites Bündnis zu bilden. "Klare und zielgerichtete Maßnahmen gegen unkontrollierte Zuwanderung" seien nötig, heißt es nun in dem Abschlusspapier, das nach achtstündigen Verhandlungen um kurz nach zwei Uhr nachts beschlossen wurde. Bei Menschen aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent soll das Asylverfahren auf drei Monate begrenzt werden. Derzeit sind es im Durchschnitt 7,6 Monate. Gleichzeitig werden die Anreize für Asylbewerber verringert, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Mindestens einen Teil ihrer Leistungen sollen sie künftig als Guthaben auf eine Bezahlkarte bekommen. Damit soll Bargeldtransfer zurück in die Heimat verringert werden. Die staatlichen Leistungen werden gekürzt. Künftig sollen Asylbewerber nicht nur 18, sondern 36 Monate die Grundhilfe erhalten, bevor es zu einer Erhöhung kommt.

Scholz: "Historischer Moment" Deutschland soll für Migranten unattraktiver werden. Union kritisiert Maßnahmen von Bund und Ländern

Andere Maßnahmen will die Bundesregierung zunächst nur prüfen. Dazu gehören die Asylverfahren außerhalb Europas, die die Union inzwischen als ein zentrales Erfolgsrezept zur Eindämmung der Zuwanderung sieht. Das Problem: Es müssen Länder zum Beispiel in Afrika entlang der Fluchtrouten gefunden werden, die zur Durchführung dieser Verfahren bereit sind.

Scholz sprach nach den Beratungen von einem "sehr historischen Moment". Es sei gelungen, dass alle Ebenen des Staates eng zusammenarbeiten: "Und das ist auch notwendig, das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, dass wir das tun."

Die Union verständigte sich darauf, die Beschlüsse als einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu werten. "Die Einordnung als historisch teile ich ausdrücklich nicht", sagte Merz als Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Erst im nächsten Jahr um dieselbe Zeit werde man beurteilen können, ob die Beschlüsse die gewünschte Reduzierung der Flüchtlingszahlen bringen.

Anderen gingen die Beschlüsse zu weit. Pro Asyl nannte die geplanten Sozialkürzungen "beschämend". Das sei ein "politischer Tritt nach unten". Und auch die Grüne Jugend stimmte da ein. Katharina Stolla, Co-Chefin der Grünen-Nachwuchsorganisation: "Die vorgesehenen Asylrechtsverschärfungen sind eine Katastrophe und reihen sich in den migrationspolitischen Rechtsruck ein."

Seiten 2-5 und 7

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

"Kluft zwischen Migrationspolitik und Gesellschaft"; Die Zuwanderung treibt viele Bürger um, stellt Politikwissenschaftler Angeli fest. In Europa und Deutschland sei die Sorge vor Wohlstandsverlust groß

Die Welt

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 225

Length: 1182 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Der Politologe Oliviero Angeli ist Wissenschaftlicher Koordinator des Mercator-Forums **Migration** und Demokratie an der Technischen Universität Dresden. Er warnt: In der Frage von Kosten und Nutzen der **Migration** gingen die Einstellungen innerhalb der Bevölkerung derzeit am weitesten auseinander.

WELT:

Herr Angeli, die Zuwanderung wird von vielen Menschen derzeit als "größtes Problem" in Deutschland bezeichnet, das zeigen Umfragen. Können Sie erklären, was das genau bedeutet? Haben die Deutschen ein Problem mit Migranten oder mit der Zuwanderungspolitik?

Oliviero Angeli:

Seit 2015 wird Migration in Umfragen als Problem benannt. Bei vielen Befragten hat sich aufgrund der hohen Asylbewerberzahlen ein Gefühl der Erschöpfung eingeschlichen. Dabei spielen enttäuschte Erwartungen eine wichtige Rolle, etwa darüber, wie sich Zugewanderte anpassen und welche Ansprüche sie an die Aufnahmegerüste stellen. Aber auch Erwartungen, wie die Politik Migration steuern sollte. Aus diesen enttäuschten Erwartungen können starke Emotionen wie Wut und Frustration entstehen, die Parteien wie die AfD gezielt nutzen.

Zugleich gibt es gesellschaftliche Gruppen, die gerne mehr Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen würden. Hat die gesellschaftliche Spaltung in den vergangenen Jahren zugenommen?

Der Befund aus den Umfragen ist ganz klar: Migration polarisiert derzeit wie kein anderes Thema. Hier gehen die Einstellungen am weitesten auseinander, ist die Feindseligkeit am größten. Allerdings sind die gesellschaftlichen

"Kluft zwischen Migrationspolitik und Gesellschaft" Die Zuwanderung treibt viele Bürger um, stellt Politikwissenschaftler Angeli fest. In Europa und Deutschland....

Gruppierungen mit unterschiedlich viel Herzblut dabei. Für rechte Wähler ist das Thema extrem wichtig, für liberale und linke ist es zwar wichtig, lange aber nicht so stark.

Warum ist die Polarisierung bei diesem Thema so groß?

Es gibt viele Gründe. In der Frage von Kosten und Nutzen der Migration geht ein Riss durch die Bevölkerung, selbst in den Städten. Urbane, kosmopolitisch-liberale Milieus nehmen Migration eher positiv wahr. Dagegen führt der Zuzug von Migranten an den Stadträndern oft zu Konflikten mit alteingesessenen Bewohnern, die dem demografischen Wandel ihrer Wohnumgebung eher skeptisch gegenüberstehen. Kurz gesagt: Das neubürgerliche Berlin-Kreuzberg erlebt die Folgen der Migration anders als das Industriearbeitermilieu in Berlin-Rudow. Doch es gibt auch eine Kluft zwischen Migrationspolitik und Gesellschaft: Die Migrationspolitik ist in den letzten Jahrzehnten deutlich liberaler geworden, auch wenn das manche nicht so wahrnehmen. Es wurde tendenziell leichter, legal nach Europa zu migrieren. Gleichzeitig sind die Einstellungen in der Bevölkerung aber nicht liberaler geworden.

Wie kam es zu dieser Kluft?

Traditionell waren Interessengruppen, die sich für eine Erleichterung der Migration nach Europa eingesetzt haben, immer besser organisiert. Dazu gehören auch Unternehmensverbände, die dringend Arbeitskräfte suchen. Eher migrationskritische Positionen waren dagegen lange nicht so gut organisiert, um gegensteuern zu können. Das hat sich erst mit dem Aufstieg der migrationsfeindlichen Parteien in Europa geändert. Hinzu kommen rechtliche Vereinbarungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, die den staatlichen Handlungsspielraum in der Migrationspolitik deutlich einschränken.

Ein Beispiel ist die Debatte über Sozialleistungen für Asylbewerber. Das Verfassungsgericht hat mit Blick auf das Grundgesetz klare Schranken vorgegeben. Unter einem bestimmten Niveau dürfen die Leistungen nicht sinken - und zwar ein Niveau, das für europäische Verhältnisse recht hoch ist. Ist es ein Problem, dass die Menschen über solche Fragen kaum politisch mitentscheiden dürfen mit ihrer Wählerstimme, weil Karlsruhe rote Linien zieht?

Ein Problem wird es vor allem dann, wenn Erwartungen geschürt, aber nicht erfüllt werden. Häufig wird Kritik an den Leistungen für Asylbewerber geübt, wohlwissend, dass diese Leistungen das Existenzminimum rechtlich nicht unterschreiten dürfen. Aber klar ist genauso: Wenn wir Demokratie ernst nehmen, müssen demokratische Gestaltungsräume offen bleiben. Und das heißt: Demokratien müssen auch moralisch kontroverse Entscheidungen, etwa über die Höhe von Sozialleistungen oder über Zuwanderung generell, aushalten - solange sie nicht gegen Grund- und Menschenrechte verstößen.

Die Ampel-Koalition hat jetzt ein Maßnahmenpaket zur Begrenzung der irregulären Migration auf den Weg gebracht - von Grenzkontrollen zu leichteren Abschiebungen. Der Kanzler spricht von einem "sehr historischen" Moment. Wird das die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte in der Migrationspolitik etwas befrieden?

Politik war noch nie gut beraten, wenn sie den Eindruck erweckt hat, ein Problem sei durch einzelne Maßnahmen lösbar. Migrationsbewegungen lassen sich nationalstaatlich nur begrenzt steuern. Das geht nur international. Es kann gut sein, dass die Migrationsbewegungen im Winter wetterbedingt nachlassen, im nächsten Sommer sieht es vielleicht wieder anders aus. Dann wird der Vorwurf kommen, es habe sich nichts geändert, und Erwartungen wurden enttäuscht.

Wie sähe denn eine Politik aus, die die Gefahr der Enttäuschung minimiert?

Eine weniger polarisierende Sprache ist wichtig. Denn die Realität der Migration ist oft lange nicht so "polarisiert", wie es in der politischen Debatte erscheint. Auch Länder mit rechtsgerichteten Regierungen suchen händeringend nach Arbeitskräften aus dem Ausland. Und "flüchtlingsfeindliche" Länder wie Polen und Tschechien haben mehr ukrainische Flüchtlinge aufgenommen als die meisten anderen europäischen Länder. Andererseits verfolgen sozialdemokratische und liberale Regierungen nicht immer einen liberalen Kurs in der Migrationspolitik - das gilt auch für die Ampel-Regierung in Deutschland.

"Kluft zwischen Migrationspolitik und Gesellschaft" Die Zuwanderung treibt viele Bürger um, stellt Politikwissenschaftler Angeli fest. In Europa und Deutschland....

Sie schlagen in Ihrem 2018 erschienen Buch noch andere Lösungswege vor. Zum Beispiel, Migration mit einem Preis zu versehen: Wer nach Deutschland kommen will, muss bezahlen. Was war die Idee dahinter?

In Teilen Europas und Deutschlands gibt es ausgeprägte wohlfahrtschauvinistische Einstellungen. Dabei geht es um die Sorge, dass Einheimische aufgrund von Migration Wohlstandsverluste hinnehmen müssen. Meine Idee war: Lasst die Menschen einen Preis dafür bezahlen, dass sie nach Deutschland einreisen dürfen. Wenn Migranten, statt Schleuser zu bezahlen, das Geld in Deutschland investieren müssten, um in diesem Land eine Chance zu haben, dann ließe sich diese Art der Migrationskritik entkräften.

Glauben Sie, dass irreguläre Migranten bereit wären, für die Aufnahme in Deutschland zu bezahlen?

Viele geben ohnehin schon Tausende Euro für Schleuser aus und riskieren dabei auch noch ihr Leben. Ein legaler aber kostenpflichtiger Weg könnte eine attraktive Alternative sein. Das von mir skizzierte Modell sieht zudem vor, dass Zugewanderte das investierte Geld zurückbekommen, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt und sie in ihr Herkunftsland zurückkehren. Das erleichtert ihnen auch den Neuanfang im Herkunftsland. Heute können viele nicht zurück, weil sie ihr gesamtes Geld für eine Reise ausgegeben haben, die keinen Ertrag gebracht hat.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa

Load-Date: November 19, 2023

End of Document

So attraktiv ist Deutschland für Migranten; Bund und Länder senken die Asylleistungen erstmals. Wie machen es andere EU-Länder?

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 9; Ausg. 224

Length: 1179 words

Byline: Klaus Geiger

Body

Auf die Frage, ob es nicht Deutschlands großzügige Sozialleistungen seien, die Migranten anlockten, hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stets geantwortet: "Ich bleibe dabei. Es gibt keine Anreize, die wir setzen." Pull-Faktoren, also Anreize für Migranten, nannten SPD und Grüne jahrelang einen "Mythos" der politischen Rechten.

Nun hat die SPD-geführte Ampel-Regierung erstmals eine Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber verkündet. Mit einer - gemessen an der langjährigen Rhetorik - erstaunlichen Begründung: Man wolle damit "Anreize für eine Sekundärmigration innerhalb Europas nach Deutschland senken". Aber sind die hiesigen Asylleistungen im EU-Vergleich künftig wirklich so gestaltet, dass die Sogwirkung verringert wird oder ganz wegfällt? Ein Überblick.

1. Leistungen während der Antragsphase

Die Leistungen für Migranten während der Phase der Asylprüfung bleiben auch künftig gleich hoch. Es ist nur geplant, Asylbewerbern Teile der Leistungen über eine Bezahlkarte zukommen zu lassen. Damit soll verhindert werden, dass Rücküberweisungen in die Heimat ein Pull-Faktor für Migranten sind, der sie nach Deutschland zieht. Doch dies dürfte keine entscheidenden Auswirkungen haben. Ein Blick auf Europa zeigt, dass alle Staaten auch schon bisher eine Mischung aus Sach- und Geldleistungen bieten. Viele Flüchtlinge bekommen Kost und Logis und zusätzlich noch Taschengeld.

Entscheidend dürfte die Höhe der Leistungen bleiben. In Deutschland erhalten alleinstehende Asylbewerber während der Prüfung ihres Antrags weiterhin 410 Euro pro Monat. 182 Euro davon sind als Taschengeld gedacht, 228 Euro für Essen und Unterkunft. Lebt der Antragsteller in einem Asylbewerberheim, gibt es entsprechend kein Geld für Essen und Unterkunft. In dieser Phase liegt Deutschland im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe. In Frankreich etwa erhalten Asylbewerber in dieser Phase etwas mehr, nämlich 426 Euro (204 Euro Taschengeld

So attraktiv ist Deutschland für Migranten Bund und Länder senken die Asylleistungen erstmals. Wie machen es andere EU-Länder?

und 222 Euro für Essen und Unterkunft). In Spanien und Dänemark gibt es zusätzlich zur Unterbringung im Heim rund 220 Euro.

In allen anderen Ländern aber sind die Leistungen niedriger als in Deutschland. In Österreich gibt es beim Aufenthalt im Heim lediglich 40 Euro Taschengeld pro Familienmitglied. Wer eine private Unterkunft hat, bekommt 425 Euro, davon 260 Euro für Verpflegung und den täglichen Bedarf sowie 165 Euro als Mietzuschuss. In Schweden gibt es nur 185 Euro. Wohnkosten werden nur mitfinanziert, wenn die Person erwerbstätig ist. In Griechenland erhält ein Asylbewerber 150 Euro, für das Wohnen gibt es kein Geld. In Polen gibt es während der Antragsphase gar kein Geld, ebenso wenig wie in Ungarn.

2. Leistungen für anerkannte Asylbewerber

Zwischen 2012 und 2020 wurden in Deutschland rund 65 Prozent der Asylanträge positiv beschieden. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern fällt die Praxis bei der Antragsprüfung relativ großzügig aus, osteuropäische Staaten oder Dänemark sind deutlich strenger. Zugleich liegt Deutschland bei den Leistungen für diese Menschen an der Spitze. Die Höhe dieser Hilfen ändert sich durch den Kompromiss von Bund und Ländern nicht. Wer in Deutschland Asyl erhält, kann Leistungen beantragen, die dem Bürgergeld (ehemals Hartz IV) entsprechen. Der Regelsatz beträgt für einen Alleinstehenden aktuell 502 Euro. Auch werden die Kosten für Wohnung und Heizung übernommen, was so pauschal in kaum einem anderen EU-Land der Fall ist. Eine vierköpfige Familie kommt schnell auf mehr als 2000 Euro im Monat.

So bekommen in Frankreich anerkannte Asylbewerber zwar das Pendant des deutschen Bürgergelds. Parallel wird auch Wohngeld gezahlt. In Dänemark bekommen anerkannte Flüchtlinge rund 800 Euro - jedoch sind in dieser Summe die Wohnkosten bereits eingeschlossen. Das einzige Land, in dem die Leistungen vergleichbar mit jenen in Deutschland sind, ist Österreich: Auch hier erhalten anerkannte Flüchtlinge Sozialhilfe. Sie beträgt für einen Alleinstehenden 1054 Euro, wobei die Wohnkosten schon eingeschlossen sind. Das ist etwa das Niveau für einen Bürgergeld-Empfänger inklusive Wohnung.

Auch in Spanien sind die Leistungen recht hoch. Das Land teilt das Asylverfahren in Phasen ein - nach der ersten sechsmonatigen Periode mit 220 Euro und Heimaufenthalt wird erwartet, dass der Asylbewerber sich eine Wohnung sucht. Er erhält dann 726 Euro pro Monat. Deutlich niedriger sind die Leistungen in Schweden, wo anerkannte Asylbewerber rund 300 Euro Unterstützung plus einen bedarfsabhängigen Zuschuss zur Wohnung erhalten. Auch Griechenland (200 Euro pro Monat plus 70 Euro Wohngeld), Polen (160 Euro nur dann, wenn der Flüchtling nicht in einem Heim lebt) oder Italien (keine Sozialhilfe, weder für Einheimische noch für Migranten) liegen weit unter den deutschen Sätzen.

3. Leistungen für abgelehnte Asylbewerber

Der Asylkompromiss von Bund und Ländern setzt an dieser Stelle an. In Deutschland haben bislang alle Asylbewerber nach 18 Monaten Anspruch auf sogenannte Analogleistungen: Sie werden dann deutschen Sozialhilfeempfängern gleichgestellt. Und das sogar, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Künftig soll der Zeitraum, nach dem Migranten die Analogleistungen erhalten, auf 36 Monate verdoppelt werden. Das dürfte die Zahl jener, die noch im laufenden Asylverfahren solche Leistungen bekommen, deutlich senken. Allerdings gelingt es Deutschland bisher oft nicht, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Viele von Ihnen bleiben mit einer Duldung im Land - und bekommen nun nach drei Jahren trotz Illegalen-Status weiterhin die analogen Sozialhilfe-Leistungen.

So bleibt der Fakt bestehen, dass Deutschland für jene, die gar keine Chance auf Asyl haben, das attraktivste Land in Europa darstellt. Nirgends gibt es so großzügige Sozialleistungen - und nirgends die Chance, bei einer Ablehnung des Asylgesuchs dauerhaft relativ hohe Leistungen zu beziehen, inklusive einer gesetzlichen Krankenversicherung. Die attraktivsten Regelungen jenseits der deutschen haben Österreich und mit Einschränkungen Spanien. Hier laufen die Leistungen aus der Zeit der Asylprüfung weiter. Ein Upgrade auf Analogleistungen aber gibt es auch hier nicht.

So attraktiv ist Deutschland für Migranten Bund und Länder senken die Asylleistungen erstmals. Wie machen es andere EU-Länder?

In allen anderen Staaten schaltet das System nach einer Ablehnung auf ein Minimum an Hilfen und auf das Ziel, dass der illegale Migrant das Land möglichst schnell verlässt. In Schweden können nur in bestimmten Härtefällen weiterhin die Leistungen aus der Zeit der Asylprüfung fließen, sonst fallen die Hilfen auf null. Auch in Dänemark haben abgelehnte Asylbewerber nur noch Anspruch auf Essen und Unterkunft in einem Heim. Auch in Polen und Ungarn gibt es nach der Ablehnung des Antrags keine Leistungen mehr, ebenso wenig in Griechenland. In Frankreich, dessen sonstige Leistungen noch am ehesten mit jenen in Deutschland zu vergleichen sind, werden Leistungen für abgelehnte Bewerber komplett zurückgefahren.

Als Fazit kann man festhalten: Die von Bund und Ländern geplanten Änderungen sind ein erster Schritt. Aber Deutschland bleibt weiter eindeutig das Land mit der besten Versorgung für Migranten - egal, ob legal oder illegal.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wollen illegale Zuwanderung begrenzen: Bundeinnenministerin Nancy Faeser und Hans-Eckhard Sommer, Präsident des Bundesamts für Migration

Load-Date: November 16, 2023

End of Document

Die Parallelwelt der Migration; In die USA drängen derzeit mehr Flüchtlinge als je zuvor - obwohl es dort keine Sozialleistungen für sie gibt. Was das über Pull-Faktoren sagt

Die Welt

Montag 2. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 191

Length: 974 words

Byline: Stefanie Bolzen

Klaus Geiger

Tobias Käufer

Body

Mexikos Güterzüge ziehen die Notbremse: Vor wenigen Tagen wurde der Verkehr von 60 Zügen vorerst ausgesetzt. Der Grund: Zu viele **Migranten** springen auf Waggons, um in Richtung US-Grenze zu gelangen. Zuletzt zählten Grenzschützer in Texas mehr als 8000 Zuwanderer, die pro Tag aus Mexiko kamen. Nicht nur Deutschland erlebt derzeit einen neuen **Flüchtlings Sommer**, die USA steuern sogar auf einen historischen Rekord bei der Zuwanderung zu. Ähnlich wie Deutschland schaffen es die USA nicht, die **Migration** zu regulieren oder zu bremsen - auch der Stopp der Züge wird das kaum ändern.

In Deutschland wird derzeit über sogenannte Pull-Faktoren debattiert, also die Frage: Welche Umstände führen dazu, dass ausgerechnet nach Deutschland die meisten Einwanderer nach Europa kommen? **Migrationsforscher** streiten seit vielen Jahren über die Gewichtung, aber sicher ist, dass es ein Mix aus Gründen ist: Anschluss an bestehende **Migranten**-Communitys im Zielland, die Chance auf einen möglichst gut bezahlten Job - und die Sozialleistungen für Einwanderer.

In kaum einem anderen EU-Land sind die Sozialleistungen für Migranten so hoch wie hierzulande. Sogar abgelehnte Asylbewerber werden nach einer gewissen Zeitspanne wie Einheimische versorgt. Die sozialen Hilfen für Asylbewerber - anerkannten und abgelehnten - kosten den deutschen Steuerzahler große Summen: Eine genaue Zahl gibt es nicht: aber unter dem Strich dürften im Jahr 2022 von Bund und Ländern mindestens 15 Milliarden Euro für soziale Hilfen geflossen sein. Weitere 8,7 Milliarden Euro gibt der Bund für die Bekämpfung von

Die Parallelwelt der Migration In die USA drängen derzeit mehr Flüchtlinge als je zuvor - obwohl es dort keine Sozialleistungen für sie gibt. Was das über Pull-....

Fluchtursachen aus. Nicht eingerechnet sind hierbei die Hilfen für ukrainische Flüchtlinge, die kein formales Asylverfahren durchlaufen und sofort Anrecht auf Bürgergeld haben.

Hierzulande gibt es unabhängig von der Aussicht des Asylverfahrens von Beginn an staatliche Hilfen. Nach 18 Monaten werden Asylbewerber einheimischen Sozialhilfe-Empfängen gleichgestellt. Sogar wenn das Asylgesuch abgelehnt wird. Die Arbeitsquote unter Asylbewerbern in Deutschland ist hingegen niedrig, obwohl es hierzulande ähnlich wie in den USA großen Fachkräftemangel gibt. Trotzdem arbeiten hierzulande nur sieben Prozent der Asylbewerber im ersten Jahr, erst nach sechs Jahren sind mehr als die Hälfte der Menschen in Arbeit, 67 Prozent der Männer, 23 Prozent der Frauen.

Den Menschen, die in die USA kommen, dagegen bleibt keine Wahl als sich einen Job zu suchen, legal oder illegal. Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit rund 10,5 Millionen Menschen illegal in den USA leben und arbeiten. Auf Amerikas Baustellen sind überwiegend Lateinamerikaner zu sehen, bei den Erntehelfern ist es ähnlich. Den Heimatländern in Mittelamerika gehen derweil die Arbeitskräfte aus. Die Migranten überweisen jedes Jahr mehr Geld, laut Auskunft der Zentralbanken flossen 2022 rund 18 Milliarden Dollar nach Guatemala, über acht Milliarden Dollar nach Honduras und fast acht Milliarden Dollar nach El Salvador. In Guatemala machen Überweisungen ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts aus.

Amerikas Pull-Faktor Nummer eins scheint zu sein: Arbeit und damit die Aussicht, sich aus eigener Kraft ein besseres Leben zu ermöglichen. Auch die Ausgaben der USA für die Migration gehen in die Milliarden: Bekämpfung der Fluchtursachen, Grenzschutz oder Resettlement-Programme schlagen zu Buche. Ausgaben für soziale Hilfen fallen allerdings falls in sehr viel geringerem Ausmaß an und müssen von der Regierung nicht vor den Steuerzahlern gerechtfertigt werden.

Oft wird argumentiert, dass Asylbewerber in Deutschland keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Aber hier sind die Unterschiede zwischen den USA und Deutschland nicht sehr groß: In beiden Ländern bestehen bestimmte Arbeitsverbote während des Asylverfahrens, aber für anerkannte Bewerber steht der Zugang zu einem Job in beiden Ländern weitgehend offen. Auch in den USA gibt es derzeit eine Debatte, wie Asylbewerbern leichter Zugang zum Jobmarkt bekommen können.

US-Präsident Joe Biden versuchte nun Abhilfe zu schaffen: Fast eine halbe Million Venezolaner bekommt mit sofortiger Wirkung einen vorübergehenden Asylstatus verliehen. Damit können sie sofort eine Arbeit aufnehmen, was die Überlastung von Asylunterkünften beenden soll. Die US-Regierung will zudem dem Kongress eine Gesetzesänderung vorschlagen, die es Asylbewerbern generell ermöglicht, direkt nach Einreichung ihres Antrags eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Zusätzliches Personal soll helfen, die Bearbeitungszeit der Asylgesuche von im Schnitt drei auf einen Monat zu verkürzen. Im Idealfall können also Asylbewerber bereits wenige Wochen nach der Einreise ein legales Arbeitsverhältnis beginnen.

In den USA ist der Anteil jener Migranten, die Aussicht auf Asyl haben, noch geringer als in Deutschland. Zuletzt wurde zwischen 20.000 und 40.000 Menschen pro Jahr in den USA solcher Schutz gewährt. Die besten Chancen haben wegen der dortigen politischen Lage Einwanderer aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela. Sie müssen aber geltendem Recht sechs Monate vergehen, bevor sie eine Arbeitserlaubnis beantragen können. Das wird derzeit zum Problem, weil sehr viele Venezolaner in die USA drängen. Große Städte wie New York sind mit dem Andrang zunehmend überfordert.

Nicht die Arbeitsverbote dürften also bei genauem Blick der zentrale Unterschied zwischen Bundesrepublik und USA sein, sondern die Sozialleistungen. Deutschland und die USA sind Extreme: im einen Land sind die Sozialleistungen für legale und illegale Einwanderer sehr großzügig, im anderen Land inexistent. Die Radikalität des amerikanischen Systems führt auch zu Härten, die es so in Deutschland nicht gibt. Aber ein stärkerer Fokus auf Arbeit statt auf Unterstützung könnte dazu führen, dass auch hierzulande die Arbeitsquoten von Migranten steigen - und die Kosten für die Steuerzahler sinken.

Die Parallelwelt der Migration In die USA drängen derzeit mehr Flüchtlinge als je zuvor - obwohl es dort keine Sozialleistungen für sie gibt. Was das über Pull-....

Graphic

Menschen überqueren den Grenzfluss Rio Grande zwischen USA und Mexiko

Load-Date: October 2, 2023

End of Document

Österreich fordert besseren Schutz der EU-Außengrenzen; Verweis auf hohe Belastung durch illegale Migration

Die Welt

Mittwoch 7. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 108

Length: 466 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Österreich hat die EU-Staaten aufgefordert, sich beim Treffen der EU-Innenminister am Donnerstag in Luxemburg auf einen besseren Schutz der europäischen Außengrenzen zu einigen. "Die Regierungschefs haben im Frühjahr auf ihrem Gipfel einen robusten Außengrenzschutz beschlossen. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt setzen und schnelle Asylverfahren an der Außengrenze beschließen," sagte Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) WELT.

Ein "robuster Außengrenzschutz" und schnelle Asylverfahren, so Karner weiter, würden "den Schleppern die Geschäftsgrundlage entziehen und Asylmissbrauch und illegale Migration verhindern". Mit Blick auf die Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten sagte der Minister: "Beim Asylpakt muss berücksichtigt werden, dass Österreich bei den Asylanträgen außerordentlich belastet ist und nicht weniger belasteten Mitgliedstaaten Solidarität leisten kann. Wir erwarten Solidarität von anderen."

Die EU-Innenminister beraten in dieser Woche über die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Es geht dabei um die Frage, ob es neben Registrierungen auch Vorprüfungen von Asylanträgen an den Außengrenzen Europas geben soll, also vorwiegend auf dem Gebiet der Mittelmeeranrainer. Migranten, die aus Ländern mit Anerkennungsquoten von weniger als 20 Prozent oder aus sicheren Drittstaaten kommen, sollen einem Turbo-Asylverfahren unterzogen werden, das spätestens nach etwa vier Monaten abgeschlossen sein sollte. Rund ein Viertel aller Migranten dürften unter diese sogenannten beschleunigten Grenzverfahren fallen. Die Bundesregierung will zusammen mit Ländern wie Portugal, Irland und Luxemburg Ausnahmen für Familien mit Kindern unter 18 Jahren durchsetzen - die Chancen stehen aber schlecht. Offen ist auch, wie die Flüchtlinge insbesondere im Krisenfall auf die Mitgliedstaaten verteilt werden sollen. "Es geht um die richtige Balance zwischen Verantwortung und Solidarität", sagte ein EU-Diplomat. Staaten, die keine Flüchtlinge im Rahmen eines europäischen Verteilungsmechanismus aufnehmen, sind nach den bisherigen Plänen verpflichtet, rund 22.000 Euro Ausgleichszahlungen zu leisten. Aus Sicht der EU-Kommission ist dieser Wert viel zu gering, einige Mitgliedstaaten halten ihn aber für zu hoch. "Ich hoffe sehr, dass es am Donnerstag einen Schritt

Österreich fordert besseren Schutz der EU-Außengrenzen Verweis auf hohe Belastung durch illegale Migration

nach vorne gibt", sagte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Sie forderte ein faires Verteilungssystem, aber auch schnelle und faire Asylverfahren. Kanzler Olaf Scholz zeigte sich vorsichtig zuversichtlich, dass die Innenminister in Migrationsfragen in dieser Woche Fortschritte machen. Er wolle seinen Optimismus beibehalten, dass es gelingen werde, eine Zusammenarbeit der EU-Länder mit Außengrenzen mit anderen Ländern zu erreichen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Österreich plant Arbeits- pflicht für Asylbewerber; Streichung der Grundversorgung als Druckmittel

Die Welt

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 187

Length: 816 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Österreich hat die Schrauben in der **Flüchtlingspolitik** seit fast einem Jahr deutlich angezogen: mehr Abschiebungen, schnellere **Asylverfahren**, ein besserer Grenzschutz mit mehr als 300 Drohnen im Einsatz und einer engen Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Ländern und Ungarn. Die Folge: In den ersten acht Monaten dieses Jahres ging die Zahl der **Asylanträge** um 40 Prozent zurück. Insgesamt waren laut den Innenministeriums in den ersten sechs Monaten weniger Antragssteller nach Österreich gekommen, als das Land wieder verlassen haben.

Jetzt will die schwarz-grüne Regierung in Wien zusammen mit den Bundesländern den knallharten Kurs in der **Flüchtlingspolitik** noch weiter verschärfen. **Asylbewerber** sollen künftig während des laufenden Verfahrens zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Wer ablehnt, soll die sogenannte Grundversorgung zur Deckung der täglichen Grundbedürfnisse (Verpflegung, Unterkunft, Bekleidungshilfe) gestrichen oder zumindest gekürzt bekommen. Darauf einigten sich die zuständigen **Flüchtlingsreferenten** der Bundesländer und Innenminister Gerhard Karner (ÖVP). Das Bundesinnenministerium in Wien soll jetzt einen rechtlich wasserdichten Vorschlag erarbeiten. Der neue Plan würde die bisherige Praxis in Österreich deutlich verschärfen. Bislang können **Asylbewerber** gemeinnützige Tätigkeiten für Bund, Land und Gemeinden für einen geringen Geldbetrag von maximal 110 Euro monatlich und 80 Euro für jeden weiteren Familienangehörigen, der sich ebenfalls in Österreich aufhält, leisten - allerdings nur auf freiwilliger Basis

Neu ist nun, dass daraus eine Verpflichtung werden soll und die Arbeit auch auf gemeinnützige Organisationen ausgeweitet werden soll. Generell gilt in Österreich: Während der ersten drei Monaten dürfen Asylbewerber am regulären Arbeitsmarkt gar nicht arbeiten, danach nur mit einer sogenannten Beschäftigungsbewilligung, die in der Regel nur für Arbeiten in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus bewilligt wird. "Die Menschen haben auch eine Verpflichtung dem Land gegenüber, das sie aufnimmt", sagte Oberösterreichs Flüchtlingsreferent Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP). Der zuständige Landesminister aus Vorarlberg, Christian Ganter (ÖVP), betonte, die gemeinnützigen Arbeiten würden zu einem geregelten Tagesablauf und Kontakt mit Einheimischen führen und somit auch die Integration verbessern. Außerdem könnten die Asylbewerber dadurch leichter Deutsch lernen.

Österreich plant Arbeits- pflicht für Asylbewerber Streichung der Grundversorgung als Druckmittel

Migrationsforscherin Judith Kollenberger ist dagegen skeptisch: "Ich denke aber nicht, dass Zwang hier das richtige Instrument ist", sagte sie dem Fernsehsender ORF. Auch die Grünen in Oberösterreich sind dagegen: "Eine Arbeitspflicht mit der Grundversorgung - buchstäblich der grundlegenden Versorgung von Menschen - zu verbinden, liegt im Bereich des Verwerflichen", erklärte Integrationssprecherin Ines Vukajlovic. Stattdessen forderte sie eine generelle Öffnung des regulären Arbeitsmarktes für Asylbewerber. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die Grünen als Teil der Bundesregierung die Pläne insgesamt blockieren werden. Aufgrund der Koalitionsvereinbarung zu Beginn der Legislaturperiode halten sie sich bei Migrationsfragen weitgehend zurück. Ein Knackpunkt bei der Erarbeitung eines Gesetzesvorschlags durch das Bundesinnenministerium wird sein, inwieweit Asylbewerber sanktioniert werden können, wenn sie gemeinnützige Arbeit künftig ablehnen. Eine vollständige Streichung der Grundversorgung dürfte schwierig werden, da sie laut europäischem Recht vorgeschrieben ist. Auf der anderen Seite ergibt eine Arbeitsverpflichtung ohne Strafen bei Ablehnung keinen Sinn - das weiß auch Innenminister Karner.

In Deutschland gibt es vereinzelt ebenfalls Forderungen, Asylantragssteller zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten, etwa von den Kommunalen Landesverbänden in Baden-Württemberg. Auch die Unionsparteien wollen Migranten, die in Deutschland finanzielle Unterstützung beziehen, "stärker in die Mitwirkungspflicht zu nehmen", wie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte. "Ein Angebot zur Arbeit muss dabei Teil der Integrationsleistung sein. Wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, muss es Leistungskürzungen geben." Die Ampelkoalition lehnt eine Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit dagegen ab. Stattdessen verweisen Politiker der Bundesregierung auf neuere Maßnahmen wie das "Chancenaufenthaltsrecht" oder den "Spurwechsel". Beide Gesetze sollen Asylbewerbern, die bis zu einem Stichtag nach Deutschland gekommen und besonders qualifiziert sind, erlauben, schneller eine reguläre Arbeit aufnehmen zu dürfen. Österreich hatte im vergangenen Jahr mit rund 112.000 Asylanträgen nach Deutschland, Frankreich und Spanien noch die vierthöchste Zahl an Antragsstellern in Europa. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl lag es sogar an zweiter Stelle.

Ich denke nicht, dass Zwang hier das richtige Instrument ist Judith Kollenberger, Migrationsforscherin

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Ampel stellt sich gegen Söders "Integrationsgrenze"; Ministerpräsident will die Zahl der Asylsuchenden deckeln. Unionsfraktion rechnet mit bis zu 300.000 Anträgen 2023

Die Welt

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 181

Length: 1078 words

Byline: Hannelore Croly

Body

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) fordert wenige Wochen vor der Landtagswahl am 8. Oktober eine bundesweite Obergrenze bei der **Flüchtlingsaufnahme**. Anders als der einstige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), der 2016 erstmals eine Deckelung bei 200.000 Aufnahmen pro Jahr vorgeschlagen hatte, benutzt Söder allerdings ein anderes Wort.

"Wir kommen doch jetzt schon mit der Unterbringung und dem Bau von Schulen, Kitas und Wohnungen nicht mehr hinterher", sagte Söder der "Bild am Sonntag". "Deshalb braucht es in Anlehnung an die Obergrenze eine neue feste Richtgröße: die Integrationsgrenze." Eine konkrete Zahl nannte er nicht, verwies allerdings darauf, dass sich das Modell einer Begrenzung auf höchstens 200.000 **Migranten** pro Jahr bewährt habe, das nach Seehofers Vorstoß von der damaligen großen Koalition vereinbart worden war. Diese Zahl spiegele die Leistungsfähigkeitsgrenze der Kommunen. "Die Ampel hat dieses Konzept fahrlässig aufgegeben, und jetzt steuern wir auf Rekordzahlen zu", kritisierte Söder. Tatsächlich haben bis Ende August laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) bereits 204.461 Personen **Asyl** beantragt, allein knapp 28.000 im August - 17 Prozent mehr als im Juli und 77 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die meisten kamen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Zwei der drei Ampel-Parteien im Bundestag - die Grünen äußerten sich zu Söders "Integrationsgrenzen"-Vorschlag nicht - halten nichts von einer zahlenmäßigen Deckelung. "Das ist der Versuch, ein politisches Problem mit einer mathematischen Formel zu lösen", sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae, WELT: "Asylbewerber würden in der ersten Jahreshälfte aufgenommen, egal ob sie wirklich schutzbedürftig sind oder nicht, und in der zweiten Jahreshälfte würden Schutzsuchende abgewiesen, egal ob sie schutzbedürftig sind oder nicht. Das führt das Asylsystem völlig in die Absurdität, denn beim Asylrecht geht es um die individuelle Schutzbedürftigkeit." Die SPD-Fraktion nennt die "Integrationsgrenze" einen "lauwarmen Aufguss von Seehofers Obergrenze", wie es der innenpolitische Sprecher Sebastian Hartmann formuliert. "Seehofer ist niemals in die

Ampel stellt sich gegen Söders "Integrationsgrenze" Ministerpräsident will die Zahl der Asylsuchenden deckeln. Unionsfraktion rechnet mit bis zu 300.000 Anträge....

Verlegenheit gekommen ist, die Obergrenze wirklich umzusetzen. Denn spätestens dann wäre klar geworden, dass das gar nicht geht", so Hartmann. "Es funktioniert rein rechtlich nicht." Es bestehে ein Recht auf ein geregeltes Asylverfahren. "Was sollten wir denn mit dem 200.001. Menschen machen? Ihm die Prüfung auf das im Grundgesetz verbrieft Recht auf Asyl verweigern?"

Tatsächlich war die Zahl von 200.000 Asylerstanträgen seit Beschluss der Vereinbarung Ende 2017 bis zum Ende der großen Koalition 2021 nicht überschritten worden. Das sah dann 2022 allerdings schon anders aus, als insgesamt knapp 218.000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl gestellt hatten. Da die Migrationszahlen im Herbst erfahrungsgemäß besonders hoch sind, wird die Zahl 2023 also insgesamt wohl noch einmal deutlich höher liegen.

Die Unionsfraktion geht von bis zu 300.000 Anträgen in diesem Jahr aus. "Diese Zahl befindet sich weit jenseits unserer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit. Wir brauchen eine Asylwende", betont daher der innenpolitische Sprecher Alexander Throm (CDU). Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte habe gezeigt, dass die Aufnahmefähigkeit begrenzt sei und bei unter 200.000 Asylantragstellern jährlich liege. "Diese Realität kann auch die Ampel nicht dauerhaft leugnen." Eine Kurskorrektur in der Migrationspolitik sei überfällig: "Sofort notwendig sind lageangepasste und flexible Grenzkontrollen an der gesamten deutschen Ostgrenze sowie an der Grenze zur Schweiz", so Throm. Die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien sollten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden; die Ampel dürfe nicht länger "Signale in die Welt senden, die nur als Anreize für noch mehr irreguläre Migration und die unberechtigte Weiterreise nach Deutschland verstanden werden". Auch das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan müsse umgehend beendet werden, so Throm. Außerdem verlangt die Union von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), in Brüssel für eine entscheidende Klarstellung im EU-Recht einzutreten: "Personen, die schon einen Asylantrag in einem anderen Mitgliedstaat gestellt haben, müssen bei eigenmächtiger Weiterreise innerhalb der EU an den Binnengrenzen zurückgewiesen werden können." Diese Zurückweisung ist bisher zwar schon möglich, aber nur dort, wo Grenzkontrollen in Brüssel notifiziert sind. In Deutschland ist das nur an fünf bayerischen Grenzposten Richtung Österreich der Fall.

Die AfD-Fraktion hält derweil allerdings ebenfalls wenig von der Obergrenzen-Debatte. Diese werde "alle paar Jahre lanciert, ist aber in Wahrheit eine planvolle Ausblendung des eigentlichen Kerns der gesamten Problematik", so der innenpolitische Sprecher Gottfried Curio. "Tatsache ist vielmehr, dass das Erstzutrittsland innerhalb der EU zuständig ist." Außerdem folge das epochale Migrationsthema schlüssig der Dynamik eines globalen Wohlstandsgefälles, viele Migranten kämen aus wirtschaftlichen Gründen. "Wer sich an die Gesetze und die tatsächliche Rechtslage bezüglich zu gewährender Schutzaufnahme hält, braucht keine Obergrenzen. Was es braucht, ist ein grundsätzliches Denken, das sich nicht in absichtsvoll verordnete, aber sachfremde Debattenkorridore einsperren lässt."

Die FDP sieht den Schlüssel zum Lösen des Problems derweil in Migrationsabkommen. Über diese lasse sich regeln, dass Schutzgesuche schon in Drittstaaten geprüft werden könnten, ehe die Menschen europäischen Boden betreten. Thomae: "Als Gegenleistung können wir Visaerleichterungen für Menschen anbieten, die wirklich bei uns arbeiten wollen, denn Arbeitskräfte fehlen bei uns an vielen Stellen." SPD-Fraktionssprecher Hartmann rügt Söder dafür, im Wahlkampf Stimmung gegen Asylbewerber zu schüren. Zugleich lobt er die Leistungen Faesers: "Auch die jetzige Zahl von Geflüchteten, die Europas Grenzen erreichen, wäre verkraftbar, wenn die Ankommenden gerecht aufgeteilt würden und wenn es einheitliche Verfahren an den Außengrenzen gäbe, die von vorneherein den Asylanspruch klären." An beidem arbeite Faeser auf europäischer Ebene. "Sie hat dort mehr Erfolge aufzuweisen als sämtliche ihrer Unions-Vorgänger in den 16 Jahren zuvor."

Diese Realität kann auch die Ampel nicht dauerhaft leugnen Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion

Original Gesamtseiten-PDF

Ampel stellt sich gegen Söders "Integrationsgrenze" Ministerpräsident will die Zahl der Asylsuchenden deckeln.
Unionsfraktion rechnet mit bis zu 300.000 Anträge....

End of Document

Streit über Umgang mit Asylmigration; Ampel und Linke gegen Schließung der EU-Außengrenzen für illegale Zuwanderung

Die Welt

Montag 21. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 161

Length: 808 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In der Ampel-Koalition und in der Linkspartei stößt die Forderung von Jens Spahn (CDU) nach einer Beendigung der Asylmigration über die EU-Außengrenzen auf Ablehnung. Sebastian Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte WELT: "Nationale Abschottung und ungeregelte Verhältnisse an den EU-Außengrenzen sind, ebenso wie eine Kontingentierung, keine Alternative." Eine Kontingentierung des individuellen Rechts auf Asyl sei nicht dazu geeignet, die Herausforderungen der Migration zu lösen.

"Auch wenn die Union mit dem Vorschlag erneut um die Ecke kommt, macht es ihn nicht richtiger. Darum machen wir es besser: Mit dem pragmatischen Neustart in der europäischen Asylpolitik haben wir erstmals einen gerechten Verteilmechanismus in der ganzen Europäischen Union."

CDU-Präsidiumsmitglied Spahn hatte eine Verhinderung illegaler Einreisen an der EU-Außengrenze samt anschließender Aufnahme großer Migranten-Kontingente gefordert. "Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asylmigration", sagte er der "Bild am Sonntag". Die Erfahrung zeige: "Wir können die Zahlen nicht nennenswert über Abschiebungen reduzieren. Daher braucht es ein klares Signal an der EU-Außengrenze: Auf diesem Weg geht es für niemanden weiter." Europa könne, sobald der Grenzschutz funktioniere, aber "über Kontingente sicher auch 300.000 bis 500.000 Flüchtlinge im Jahr aufnehmen und verteilen".

Für die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Lamya Kaddor, "kann es keine Lösung sein, Menschenrechte auszusetzen, um Migration zu begrenzen". Populistische Forderungen verminderten weder Migration noch verbesserten sie die Integration oder beseitigten Fluchtursachen. "Stattdessen machen sie migrationsfeindliche und rassistische Erzählungen von rechts salonfähig und spielen denen in die Hände, die gegen unsere Demokratie in Deutschland kämpfen."

Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, hält einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen samt dortiger Asylprüfung für erforderlich, "um ein Europa der offenen Binnengrenzen zu bewahren und die

Streit über Umgang mit Asylmigration Ampel und Linke gegen Schließung der EU-Außengrenzen für illegale Zuwanderung

Kommunen wieder zu entlasten". Nach jahrelangem Stillstand sei "auch dank der Bundesregierung wieder Bewegung in die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems gekommen".

Clara Bünger, die fluchtpolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag, kritisierte: "Wer Migration vollständig beenden möchte, nimmt in Kauf, dass viele Menschen unter Anwendung von brutaler Gewalt sterben werden. Diese Gewalt, auch in Form illegaler Pushbacks, ist heute schon an den europäischen Außengrenzen zu beobachten, und es ist zu befürchten, dass sie durch die aktuelle Politik der Bundesregierung weiter zunehmen wird. Spahn möchte das jetzt noch verschärfen." Wer den Eindruck erwecke, alle Geflüchteten seien illegal hier, stärke Desinformationskampagnen von rechts.

Zustimmung gab es aus Spahns Union. Der innenpolitische Sprecher, Alexander Throm (CDU), sagte WELT: "Deutschland braucht dringend eine Atempause bei der Migration." Dazu müssten Stoppsignale an irreguläre Migranten und an die anderen europäischen Länder gesendet werden. "Wir müssen unseren EU-Partnern deutlich machen, dass sie Flüchtlinge lückenlos registrieren müssen und nicht einfach nach Deutschland weiterreisen lassen dürfen. Bis dahin brauchen wir konsequente Binnengrenzkontrollen." Auch müsse "die Ampel endlich aufhören, mit hohen Sozialleistungen und neuen Bleiberechten weitere Anreize zu setzen".

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel sagte, sie unterstütze die Forderung nach einer besseren Sicherung der EU-Außengrenzen. Aber man müsse "bei der Merkel-Partei schon genau hinhören: Spahn fordert nicht ein Ende der illegalen Asylzuwanderung, sondern nur eine 'Pause'." Die Union wolle "weiter Massenzuwanderung nach Deutschland, nur eben etwas langsamer. Statt bloß einer Pause brauchen wir einen dauerhaften Stopp und darüber hinaus die konsequente Rückabwicklung der massenhaften illegalen Einwanderung in unser Land."

Spahns Forderung schließt an ein Konzept an, das der Parlamentsgeschäftsführer der Union, Thorsten Frei (CDU), kürzlich präsentierte. Er schlug vor, dass die EU ihre Asylpolitik fundamental reformieren solle. "Aus dem Individualrecht auf Asyl muss eine Institutsgarantie werden. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht länger möglich, der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten umfassend ausgeschlossen", schrieb Frei in einem "FAZ"-Gastbeitrag. "Ein solcher Ansatz würde Europa etwas ermöglichen, was es in der Vergangenheit nie in großem Stil gewagt hat: jährlich ein Kontingent von 300.000 oder 400.000 Schutzbedürftigen direkt aus dem Ausland aufzunehmen und auf die teilnehmenden Staaten zu verteilen."

Im laufenden Jahr wurden bis Ende Juli bereits 175.000 Asylerstanträge in Deutschland gestellt, 78 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 20, 2023

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 220

Length: 262 words

Body

Außengrenzen

Zu: Scholz' "historischer Moment" vom 8. November

Was für eine vollmundige und übertriebene Aussage des Bundeskanzlers! Zum einen kann man die Flüchtlings- und Migrationsproblematik nicht allein mit finanziellen Mitteln lösen. Denn was nützt mehr Geld, wenn die Länder und Kommunen längst ihre räumlichen Kapazitäten zur Unterbringung erreicht haben? Alle bisherigen Versuche, dafür neben leer stehenden Wohnhäusern auch zunehmend Turnhallen und andere Zweckbauten zur Verfügung zu stellen, stoßen in der Mitte der Gesellschaft auf keine große Gegenliebe, insbesondere nicht bei Geringverdienern, die sich dadurch aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum übergangen fühlen. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen für die Grünen und die SPD lassen grüßen. Und die in kritische Worte gepackte Enttäuschung der Union über den von Seiten der Regierung abgelehnten Unionswunsch nach einem Migrationspakt, ist allzu verständlich. In der Tat kann dieses Ergebnis nur ein erster Schritt sein. Es führt kein Weg an einer Asylprüfung an den Außengrenzen der EU vorbei.

Gerhard Banholzer, per Mail

Vorbild Österreich

Zu: "Judenhass und Migration" vom 9. November

Die Analyse der Asylbewerberzahlen nach deren Herkunftsländern zeigt auf: Der Zustrom von muslimisch geprägten Menschen wird immer größer. Wie hilfreich wäre ein Blick über die Grenzen. Österreich ist es gelungen die Anzahl der Asylbewerber deutlich zu reduzieren. Ohne Bargeld zu bekommen, sondern "nur" eine Karte, ist es nicht mehr so verlockend.

Dieter Skoetsch, Neu-Anspach

Original Gesamtseiten-PDF

Leserbriefe

Load-Date: November 12, 2023

End of Document

Wie Europa dabei versagt, seine Bürger zu schützen

Die Welt

Mittwoch 18. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 202

Length: 960 words

Byline: Klaus Geiger

Body

Als im Juli 2016 ein **Flüchtling** im Regionalzug bei Würzburg vier Menschen mit einem Beil und einem Messer schwer verletzte, war das für die Bundesregierung noch kein Grund zur Beunruhigung. Der Kanzleramtschef von Angela Merkel, Peter Altmaier (CDU), sagte in Interviews, die Terrorgefahr bei **Flüchtlingen** sei "nicht größer und nicht kleiner als in der übrigen Bevölkerung". Eine Aussage, von der damals längst feststand, dass sie falsch war. Aber die Leugnung des Zusammenhangs zwischen **Migration** und Sicherheit hatte da schon Tradition. Das Narrativ, wonach eine solche Verbindung **Flüchtlinge** "unter Generalverdacht" stelle, dominierte die Debatte - und beherrscht bis heute die Argumentation in Kreisen, die ihrem Weltbild widersprechende Zahlen und Fakten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Der Höhepunkt der Leugnung war schon im November 2015 erreicht.

Als in Paris bei wahllosen Morden in Cafés und einem bestialischen Massaker im Musik-Club Bataclan 130 Menschen getötet und 683 verletzt wurden, behaupteten im Nachgang die Bundesregierung und das Bundeskriminalamt unisono, dass es keinen Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom gebe. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass mindestens sechs der elf Attentäter über die Balkanroute gekommen waren - und gezielt das durch den Sog der offenen Grenzen nach Mitteleuropa ausgelöste Chaos genutzt hatten. Bei Paris handelte es sich um eine minutiös geplante Kommandoaktion zur Tötung möglichst vieler "Ungläubiger", ähnlich dem aktuellen Terror-Überfall der Hamas auf Israel. Damals waren die Strukturen des IS noch so stark, dass solche Attacken auf Europa möglich waren. In vielen anderen Fällen, wie etwa in Würzburg oder beim Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, radikalierten sich die Täter erst in Deutschland und beginnen ihre Taten im Namen IS. Aber so oder so ist es inzwischen ein unwiderlegbarer Fakt, dass beim Großteil der Anschläge in Deutschland und Europa Sicherheitslücken der EU-Migrationspolitik halfen.

"Die Täter nutzten die Sicherheitslücken des europäischen Asylsystems gnadenlos aus und konnten so seit 2015 insgesamt um die 250 Menschen töten und Tausende weitere verletzen und traumatisieren", schreibt der Migrationsforscher Ruud Koopmans. In seinem Buch "Die Asyl-Lotterie" hat der Wissenschaftler die Anschläge seit 2015 detailliert untersucht und ein Muster herausgearbeitet. Drei klare Gemeinsamkeiten gibt es demnach beim Großteil der Fälle. Erstens: Viele Täter reisten ohne Pass oder mit gefälschten Papieren ein. Zweitens: Viele Täter stellten in mehr als einem EU-Land Asylanträge, obwohl nach der Dublin-Verordnung immer ausschließlich der

Wie Europa dabei versagt, seine Bürger zu schützen

aufnehmende EU-Staat für den Asylbewerber zuständig ist. Drittens: Bei vielen Tätern handelte es sich um Personen, die ausreisepflichtig waren.

Die jüngsten Anschläge in Frankreich und Belgien bestätigen dieses Muster auf frappierende Weise - und sind neue Belege eines spektakulären Staatsversagens in Europa beim Schutz seiner Bürger. Der mutmaßliche belgische Attentäter soll aus Tunesien eingereist sein. Den Behörden zufolge stellte er 2019 in Belgien einen Asylantrag, wo er in der Folge wegen Menschenhandels, illegalen Aufenthalts und Gefährdung der Staatssicherheit straffällig wurde. Im Oktober 2020 habe er einen negativen Asylbescheid erhalten, hätte ausreisen müssen. Er tat das aber nicht und tauchte stattdessen unter. Im nordfranzösischen Arras tötete ein aus Tschetschenien stammender Attentäter am vergangenen Freitag auf dem Schulhof vor den Augen der Schüler einen Lehrer mit Stichen in den Hals. Der Mann war mit seiner Familie 2013 nach Frankreich gekommen. Die Asylanträge wurden 2014 abgelehnt, aber die Familie blieb nach dem Protest von Asyl-Organisationen in Frankreich. Der Vater wurde wegen islamistischer Aktivitäten im Jahr 2018 ausgewiesen, der Bruder sitzt wegen Anschlagsplänen auf den Élysée-Palast im Gefängnis. Der heute 20 Jahre alte mutmaßliche Täter wurde seit Anfang Oktober als Sicherheitsgefährder überwacht.

Islamistische Terroranschläge sind stets Extremfälle. Aber auch bei schweren Gewaltverbrechen - darunter Mord, Vergewaltigung und Raub - ist der Anteil von Asylbewerbern weit überproportional im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Auch das hat Migrationforscher Koopmans auf Grundlage von Statistiken des Bundeskriminalamts und des Statistischen Bundesamts exemplarisch für das Jahr 2020 nachgewiesen. Der klar gesicherte Zusammenhang von Migration und islamistischem Terror sowie schwerer Verbrechen darf nicht geleugnet werden: Das würde eine humane Migrationspolitik endgültig verunmöglichen. Anschläge und Straftaten werden sich ohnehin niemals komplett vermeiden lassen. Aber die Menschen müssen das Gefühl haben, dass ihr Staat alles dafür tut, ein Maximum an Sicherheit zu gewährleisten. Wenn sie stattdessen sehen, dass Menschen sterben, weil die EU und die Nationalstaaten bei Zuwanderung und Integration offensichtlich versagen und dies beschweigen, dann werden sie jene Parteien wählen, die den Zusammenhang klar benennen - und dabei tatsächlich alle Zuwanderer unter "Generalverdacht" stellen.

Die gemäßigten, demokratischen Parteien können nur eine Sache tun, um dem Druck der Rechtsaußen-Parteien standzuhalten: den entscheidenden Pull-Faktor abstellen, nämlich die Tatsache, dass Migranten sehr gute Aussichten haben, auch illegal und unbekannt von den Behörden in der EU bleiben zu können. Dieser Faktor führt dazu, dass Asylbewerber in der EU die Gruppe von Menschen sind, über deren Aufenthalt und Identität die EU-Staaten oft am wenigsten wissen - und dass die Sicherheitsbehörden der potenziellen Kriminellen und Terroristen unter ihnen deutlich schwieriger habhaft werden können.

klaus.geiger@welt.de (klaus.geiger@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 18, 2023

Vorstoß zu Asyl-Abschaffung trifft auf harte Ablehnung; CDU-Politiker Frei will das Grundrecht streichen. Migrationsexperte warnt vor schweren Folgen

Die Welt

Mittwoch 19. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 138

Length: 768 words

Byline: Jan Alexander Casper

Body

Politiker und Rechtsexperten haben scharfe Kritik am Vorstoß von Unionsfraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) geübt, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen. Frei hatte in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" geschrieben, zukünftig solle Europa bis zu 400.000 Personen jährlich "direkt aus dem Ausland" aufnehmen. Bürger "unmittelbarer" EU-Nachbarstaaten wie Ukraine oder Türkei sollten zwar weiter ein Asyl-Antragsrecht genießen - aber nur, wenn das Kontingent nicht bereits ausgeschöpft ist. Das bestehende Recht auf Asyl befeuere einen "tödlichen Wettkauf nach Europa" - er wolle diesen "Teufelskreis" beenden.

"Realitätsfremd", urteilte SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. "Welcher vor Gewalt und Verfolgung Flüchtende verharrt schon, wo er ist, und meldet sich ordentlich an? Wer sollte in Bürgerkriegsländern unter welchen Bedingungen über das Kontingent entscheiden?" Es gelte stattdessen, Fluchtursachen zu bekämpfen, Migrationsabkommen zu schließen und klar zwischen Asyl- sowie Arbeitskräfte-Zuwanderung zu trennen. Zudem brauche es "sicheren Außengrenzschutz" und "mobile Kontrollen an den Binnengrenzen".

Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, nannte das "individuelle Recht auf Asyl" eine der "zivilisatorischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts", entstanden "aus den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege". Freis Forderung sei nicht nur verfassungswidrig, sondern höchst gefährlich: "Der Schutz von Geflüchteten wird damit erst recht zum Spielball aktueller politischer Stimmungen." FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte: "Nach ihrer katastrophalen Flüchtlingspolitik von 2015 ist die CDU derzeit offenbar auf der Suche nach einem Kurs in der Migrationsdebatte." Die Union habe in ihrer Regierungszeit nicht vermocht, die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik zu ordnen. Es sei nun ein "richtiger Schritt, dass auf europäischer Ebene das Gemeinsame Europäische Asylsystem reformiert wird. Es wäre gut, wenn die CDU mit Ernsthaftigkeit diese Bemühungen unterstützen würde."

Linke-Chefin Janine Wissler sagte WELT TV zu Freis Vorstoß, dieser sei ein "Verstoß gegen die Menschenrechte", weil: "Das Grundrecht auf Asyl ist im Grundgesetz garantiert, und man kann natürlich den individuellen Anspruch nicht abschaffen, sondern der Asylantrag muss in jedem Fall individuell geprüft werden." Gottfried Curio,

Vorstoß zu Asyl-Abschaffung trifft auf harte Ablehnung CDU-Politiker Frei will das Grundrecht streichen.
Migrationsexperte warnt vor schweren Folgen

innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, unterstellte Frei einen "Denkfehler" in der Analyse: "Er will ein Problem lösen, das es so gar nicht gibt: einen millionenfachen Anspruch auf Zuwanderung." Das eigentliche Problem sei eine "unsachgemäße Anwendung des individuellen Asylrechts": Schutzbedürftigkeit bestehe nach Verlassen eines Fluchtlands nicht "beliebig lange fort".

Migrationsexperte Daniel Thym sagte WELT: "Theoretisch könnte der Gesetzgeber in Deutschland das Recht auf Asyl aufheben." Eine Einschränkung sei das "Refoulement-Verbot" laut Genfer Konvention; demnach darf niemand in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm Verfolgung oder schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen drohen. Freis Text weise außerdem eine Leerstelle auf, so Thym: Er kläre nicht, was mit jenen geschehen solle, die nach einer Asylrechtsabschaffung in Europa oder Deutschland ankämen. Sollten dann "Pushbacks, also unmittelbare Abschiebung", legalisiert werden, fragte Thym. "Und vor allem: Was ist mit denen, denen Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen drohen, die aber trotzdem hier ankommen und nicht in den 'Kontingenten' sind. Werden auch die abgeschoben?" Das sei nicht menschenrechtskonform. Nach einer Umsetzung des Frei-Vorstoßes wäre laut Thym die Situation so: "Es würden weiterhin Personen nach Deutschland kommen. Die könnten kein Asyl beantragen, würden bestimmte Leistungen nicht erhalten, dürften nicht arbeiten." Dadurch würde "eine große Schicht prekär lebender Personen" geschaffen. Pull-Faktoren würden nur "gering" geschrämt, da die Menschenwürde nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts verlange, in jedem Fall eine rudimentäre Versorgung bereitzustellen, sagte Thym.

Nicht einmal aus der Unionsfraktion kam Rückendeckung für Freis Forderung. Ihr innenpolitischer Sprecher Alexander Throm (CDU) sagte zwar, sein Fraktionskollege habe "auf den Punkt" gebracht, "dass unser Migrationssystem derzeit völlig falsche Zustände verursacht". Die Starken kämen an, die Schwachen blieben auf der Strecke - so sei das Asylsystem niemals beabsichtigt gewesen. Throm blieb aber vage, was die Konsequenzen daraus angeht: "Wir müssen zu einem rechtsstaatlichen System kommen, das Begrenzung und Humanität wieder in Einklang bringt."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

EU-Asylreform: Scholz beendet Grünen-Blockade; Kanzler spricht Machtwort und setzt sich gegen Bedenken von Baerbock durch

Die Welt

Donnerstag 28. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 189

Length: 624 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Im Streit über die europäische **Asylpolitik** deutet sich eine Einigung an. Nach WELT-Informationen trägt die Bundesregierung die umstrittene Krisenverordnung nun doch mit. In besonders angespannten **Migrationslagen** sollen EU-Staaten künftig verschärzte Maßnahmen ergreifen dürfen, inhaltliche Details sind aber offenbar nicht final geklärt. Die Abstimmung mit dem EU-Parlament steht noch aus.

Vor allem die Grünen hatten sich zuletzt gegen die Pläne gewehrt. Sie befürchteten, dass die Krisenverordnung die Rechte von Migranten und Flüchtlingen zu sehr beschränken würde. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) warnte außerdem davor, dass die Regeln "wieder Anreize für eine Weiterleitung großer Zahlen unregistrierter Flüchtlinge" nach sich ziehen würden, was Deutschland nicht verantworten könne. Kanzler Olaf Scholz (SPD) sprach nun aber ein Machtwort. Laut "FAZ" entschied er, dass Berlin im Zusammenhang mit der Krisenverordnung in Brüssel "nichts aufhalten" werde. Scholz soll seine Entscheidung der Außenministerin im Rahmen der Kabinettsitzung am Mittwoch mitgeteilt haben. Schon zuvor soll er gegenüber der SPD-Fraktion erklärt haben, dass er das Problem diese Woche lösen wolle. An diesem Donnerstag trifft sich Innenministerin Nancy Faeser (SPD) zu weiteren Verhandlungen mit ihren Kollegen in Brüssel.

Dass der Konflikt ein Problem ist, hatten zuletzt mehrere Ampel-Vertreter betont. Für die Koalition ist die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die mit der Krisenverordnung zusammen verhandelt werden, ein zentrales Anliegen. Die Herausforderungen, die mit der Migration verbunden sind, könnten nur gemeinsam in der EU bewältigt werden, sagte Scholz. Seit 2020 liegen Vorschläge der EU-Kommission für ein Reformpaket vor, über das die Innenminister und auch das EU-Parlament verhandeln müssen. Bis 2024 soll es eine Einigung geben - vor den nächsten Wahlen zum Europaparlament. Doch die Einigung steht auf der Kippe, auch weil Deutschland sich bislang schwertat, den Plänen der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft zu eben jener Krisenverordnung zuzustimmen. Ende Juli enthielten sich die deutschen Vertreter bei einer Abstimmung, auch wegen Bedenken der Grünen.

Die Krisenverordnung sieht Sonderregeln bei besonders hohem Migrationsdruck vor. Dazu zählen längere Fristen für die Registrierung von Asylsuchenden an den Außengrenzen sowie die Möglichkeit der Absenkung von

EU-Asylreform: Scholz beendet Grünen-Blockade Kanzler spricht Machtwort und setzt sich gegen Bedenken von Baerbock durch

Standards bei Unterbringung und Versorgung. Für den Fall, dass eine "Instrumentalisierung" von Migranten vorliegt, etwa durch außereuropäische Staaten, die Migration bewusst als Hebel nutzen, um Europa unter Druck zu setzen, sollen weitere Maßnahmen ergriffen können. Denkbar seien dann "schärfste Verschärfungen", heißt es von Grünen. Auch aus den Reihen von FDP und SPD hatte es an diesen verschärften Maßnahmen Kritik gegeben. Allerdings warnte insbesondere die FDP zuletzt, dass Deutschland sich eine weitere Enthaltung nicht leisten könne. Die ganze EU-Asylreform drohte dadurch auf das Spiel gesetzt zu werden. Denkbar ist, dass Faeser selbst noch Veränderungen der Pläne zur Krisenverordnung verhandelt. Zuletzt hatte sie WELT AM SONNTAG gesagt: "Uns ist wichtig, dass der Zugang zu Asyl und menschenrechtliche Standards stets gewahrt bleiben."

Grüne erklärten, die neuen Pläne zu prüfen. "Scholz hat nach meiner Kenntnis bislang kein Machtwort gesprochen", sagte der Grünen-EU-Politiker Erik Marquardt. "Wenn die Innenminister eine Position beschließen, die sehr weit von der des EU-Parlaments entfernt ist, dann führt das nicht dazu, dass eine Einigung realistischer wird. Wir sollten uns von der Position lösen, dass man alles im Paket verabschiedet. Es ist besser, in kleinen Schritten voranzukommen als gar nicht." Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 27, 2023

End of Document

Drastischer Anstieg der Asyl-Erstanträge; Zuwachs um 78 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Höchstwert seit 2016 erreicht

Die Welt

Dienstag 8. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 152

Length: 1005 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die **Migrationskrise** in Deutschland verschärft sich: Im zurückliegenden Juli gab es laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) mit 23.674 **Asyl**-Erstanträgen 79 Prozent mehr als im Vorjahresmonat und zwei Prozent mehr als im Juni.

Damit wurden im laufenden Jahr bis Ende Juli schon 175.000 (175.272) **Asylerstanträge** beim Bundesamt gestellt, 78 Prozent mehr als im Jahr zuvor bis Ende Juli. Inklusive der Folgeanträge kommt die Bundesrepublik im laufenden Jahr schon auf 189.000 (188.967) **Asylanträge** insgesamt. Die Folgeanträge werden überwiegend von abgelehnten **Asylbewerbern** gestellt, die direkt im Anschluss noch einmal versuchen, mit einer neuen Fluchtgeschichte anerkannt zu werden. Doch auch nach einer Abschiebung oder freiwilligen Ausreise erneut einreisende Antragsteller nutzen diese Folgeanträge.

Eine stärkere Asylzuwanderung als 2023 gab es in der Geschichte der Bundesrepublik nur in vier Jahren: auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/2016 sowie während der Jugoslawienkriege 1992 und 1993. Hauptnationalitäten der Antragsteller sind 2023 Syrer (51.692), Afghanen (31.334) und Türken (23.082). Aus dem Bosphorussstaat wandern damit 203 Prozent mehr Personen nach Deutschland über das Asylsystem ein als im Vorjahreszeitraum. Auch bei den Syrern (plus 80 Prozent) und den Afghanen (plus 84 Prozent) gab es einen enormen Zuwachs. Für alle drei Nationalitäten ist Deutschland seit vielen Jahren der mit Abstand wichtigste Asyl-Zielstaat in der EU.

Im laufenden Jahr erteilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aber mehr Anerkennungen als in den meisten vergangenen Jahren. Unter allen 153.912 Entscheidungen bis Ende Juli endeten 52 Prozent mit der Vergabe eines Schutztitels - Flüchtlingschutz inklusive Asyl, Subsidiärschutz, Abschiebeschutz. In der Vergangenheit lag diese Quote oft bei etwa einem Drittel. Dies liegt vor allem daran, dass die Syrer und Afghanen das Asylzugangsgeschehen sehr stark prägen, Syrer erhalten fast immer und Afghanen seit der Machtübernahme der Taliban weit überwiegend einen Schutztitel.

Drastischer Anstieg der Asyl-Erstanträge Zuwachs um 78 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Höchstwert seit 2016 erreicht

Bei den Türken lag die Anerkennungsquote im laufenden Jahr bei nur 15 Prozent und damit wieder auf dem für das Land üblichen Niveau. Im vergangenen Jahr war die Anerkennungsquote mit ungefähr 28 Prozent zwischenzeitlich enorm gestiegen. Damals war aus dem BAMF zu hören, dass mehr Regierungsgegner, denen äußerst harte Strafen drohen, ankamen.

Allerdings bleiben auch die abgelehnten Bewerber mehrheitlich in Deutschland, Abschiebungen gelingen nur rund 1000 Mal pro Monat. Wegen der sehr hohen Bleibechance nutzt auch kaum ein abgelehrter Asylbewerber die sogenannten geförderten Freiwilligen Ausreisen. Und Anerkannte erhalten ohnehin recht bald nach Ankunft ein Daueraufenthaltsrecht. Ursprünglich war das Asylsystem so konzipiert, dass die meist illegal einreisenden Asylsuchenden im Falle einer Anerkennung den Schutz so lange erhalten sollen, bis der Fluchtgrund weggefallen ist. Seit vielen Jahren werden allerdings einmal vergebene Schutzzettel kaum wieder entzogen. In diesem Jahr ist dies noch einmal deutlich zurückgegangen. Waren in den Jahren bis 2021 immerhin rund 1200 Schutzzettel jährlich aberkannt worden, waren es nach Reformen der Ampel-Regierung im Jahr 2022 nur noch 425 und im laufenden Jahr bis Ende Juli nur 164.

Neben der Reform der Asylberkennungen hat Rot-Grün-Gelb auch Bleiberechte für abgelehnte Bewerber ausgeweitet, die Integrationskurse für Asylzuwanderer mit geringer Anerkennungschance geöffnet und die Erhöhung der Sozialversorgung für Flüchtlinge beschlossen.

Hin und wieder kommen aber auch Signale aus der Regierung in Richtung möglicher Verschärfungen der Zuwanderungspolitik. So ließ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Diskussionspapier erarbeiten, in dem einige Vorschläge für strengere Abschiebungsregeln enthalten sind.

Die Faeser-Vorschläge enthalten vor allem die Ergebnisse des Asylgipfels im Kanzleramt vom Mai. Damals hatten sich Bund und Länder darauf geeinigt, den Ausreisegehwahrsam von heute zehn auf 28 Tage zu verlängern. Diese leichter zu beantragende Variante der Abschiebungshaft wird eingesetzt, um das weitverbreitete Phänomen des "Nichtantreffens" am Abschiebungstermin zu verhindern.

Ebenso enthält das aktuelle Faeser-Diskussionspapier das bereits von Bund und Ländern auf dem Gipfel angekündigte Vorhaben, ein weiteres Abschiebungshindernis zu beseitigen: Laut dem Beschluss soll es den Behörden künftig "erleichtert werden, auch andere Räumlichkeiten als das Zimmer des Betroffenen in einer Gemeinschaftsunterkunft betreten zu können". Bislang endet der Abholungsversuch eines Ausreisepflichtigen zuweilen, sobald sich dieser nicht in seinem, sondern einem anderen Zimmer der Unterkunft aufhält, weil die Durchsuchung anderer Räume die Rechte auf Privatsphäre anderer Migranten verletzen könnte. Auch enthält das Papier den Diskussionsvorschlag, dass "Angehörige von Gemeinschaften der organisierten Kriminalität" künftig "unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung" ihr Aufenthaltsrecht verlieren können. Damit könnten etwa "Angehörige sogenannter Clan-Strukturen" leichter abgeschoben werden, erklärte eine Sprecherin des Innenministeriums der "Süddeutschen Zeitung".

Oppositionspolitiker, aber auch einige Grüne wundern sich darüber, dass Faeser nun mit diesen noch nicht in der Koalition abgestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit geht. Es gibt Spekulationen, dass dies möglicherweise mit dem Wahlkampf in Hessen zu tun hat: Faeser will in zwei Monaten in ihrem Heimatbundesland als SPD-Spitzenkandidatin die Landtagswahl gewinnen. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Lamya Kaddor, sagte etwa der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", ihre Fraktion sehe die Pläne kritisch, die Höchstdauer des Ausreisegehwahrsams von zehn auf 28 Tage zu verlängern. Es sei verwunderlich, dass Faeser in einem Diskussionspapier "trotz eines abgestimmten Verfahrens" nun "restiktive Aspekte" des geplanten Migrationspakets herausgegriffen habe.

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Drastischer Anstieg der Asyl-Erstanträge Zuwachs um 78 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Höchstwert seit 2016 erreicht

Graphic

Vor der italienischen Insel Lampedusa: Ein Flüchtling auf einem Boot der spanischen NGO Open Arms

Load-Date: August 7, 2023

End of Document

Comeback der Aufnahmezentren; Erneut will die Bundesregierung prüfen, ob sie Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU auslagern kann

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 217

Length: 1130 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Es ist ein Beschluss, der noch für Ärger sorgen dürfte. Nicht, weil er so neuartig oder überraschend wäre. Sonder so umstritten. In der Nacht zu Dienstag einigten sich die Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler darauf, die Durchführung von **Asylverfahren** außerhalb der EU zu prüfen. Vor allem die unionsgeführten Länder hatten darauf gedrängt - mit Unterstützung des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Kritik hatte es zuvor aus den Reihen der SPD gegeben. Es sei "hochproblematisch", Menschen gegen ihren Willen "einfach in irgendeinen anderen Teil der Welt zu bringen", hatte etwa Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) WELT gesagt. Nun soll geprüft werden, ob es doch geht. Erneut liegt damit ein Vorschlag auf dem Tisch, an den seit Jahrzehnten viele Hoffnungen geknüpft werden - und viel Kritik.

Schon Anfang der 2000er hatte die britische Regierung einen Aufschlag gemacht. Der damalige Premier Tony Blair schlug vor, Migranten in Aufnahmezentren jenseits der EU unterzubringen. In afrikanischen Staaten solle ihr Asylgesuch geprüft werden, bevor sie die gefährliche Reise nach Europa antreten. 2018 diskutierte die EU über sogenannte Ausschiffungsplattformen in Afrika, wo Bootsmigranten gesammelt werden sollten. Sogar in den Koalitionsvertrag der Ampel schaffte es eine Formulierung, die ganz ähnlich klingt wie der jüngste Beschluss: Man wolle prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus in Ausnahmefällen in Drittstaaten möglich sei - unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention, heißt es darin. Denkbar ist, dass Migranten, die auf dem Weg in die EU sind, in Drittstaaten gebracht werden, wo sie ihr Verfahren durchlaufen sollen. Die Hoffnung war und ist: Wenn die Betroffenen nicht erwarten können, ein Verfahren in der EU zu erhalten, fällt ein entscheidender Anreiz, sich überhaupt auf den Weg zu machen. Bislang scheitert die Umsetzung allerdings fast immer an rechtlichen und praktischen Hürden. Kann es dieses Mal anders werden?

Einer, der ein Zeitfenster sieht, ist Gerald Knaus, Leiter der Denkfabrik Europäischen Stabilitätsinitiative. Seit Wochen plädiert er dafür, Verfahren auch in Drittstaaten zu prüfen. "Im Moment gibt es diese sicheren Staaten nicht", sagte Knaus im September. "Aber das ist ein Grund zu handeln, nicht aufzugeben." Knaus verweist auf Ruanda, mit dem die britische Regierung eine Zusammenarbeit anstrebt. Ein Gericht in London habe zu Recht erklärt, dass Ruanda derzeit noch nicht sicher sei, weil sein Asylsystem nicht gut genug sei, sagte Knaus. "Was

Comeback der Aufnahmezentren Erneut will die Bundesregierung prüfen, ob sie Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU auslagern kann

aber, wenn das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR diese Verfahren macht? Deutschland sollte Ruanda und andere Staaten dabei unterstützen, ein sicherer Drittstaat zu werden." Tatsächlich finden schon heute Schutzprüfungen in dem kleinen ostafrikanischen Land statt. Seit 2019 fliegt das UNHCR Migranten aus Libyen nach Ruanda aus, um dort die Verfahren durchzuführen. Der Unterschied zu den Überlegungen etwa aus Großbritannien besteht indes darin, dass die Migranten zuvor keinen europäischen Boden erreicht haben - was rechtlich einen Unterschied macht.

Daniel Thym, Asylrechtsexperte an der Universität Konstanz, verweist auf mehrere Probleme. Zwar könne eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten als Teil eines Gesamtpakets sinnvoll sein, sagt er. Allerdings gebe es Hürden. Die eine sei eine diplomatische. Bislang habe sich bis auf Ruanda kein Land bereit erklärt, diese Verfahren bei sich durchzuführen. Tunesien etwa weigerte sich knallhart, Drittstaatsangehörige bei sich aufzunehmen. Marokko nehme nicht einmal die eigenen Staatsbürger zurück. "Die afrikanischen Staaten wollen nicht die Drecksarbeit für die Europäer machen." Länder des Westbalkans wären zwar gegebenenfalls bereit, die Asylverfahren zu übernehmen, sagt Thym. "Allerdings sind die Grenzen zwischen dem Westbalkan und der EU fließend." Das Risiko sei sehr groß, dass diejenigen ohne Schutzperspektive entsprechende Asylzentren in Westbalkanstaaten einfach verlassen und doch in die EU reisen.

Auch das Recht setzt enge Grenzen. Deutschland ist an die europäische Menschenrechtskonvention und an EU-Regeln gebunden. Bislang sei gerichtlich nicht endgültig geklärt, ob eine die Auslagerung der Verfahren überhaupt in Einklang mit der Menschenrechtskonvention sei, sagt Thym. Selbst wenn es das sei, müsse einiges beachtet werden: "Die europäische Menschenrechtskonvention verlangt mindestens, dass die Unterbringungsstandards adäquat sind, das heißt, Asylbewerber müssen im Drittstaat Bett, Brot und Seife zur Verfügung stehen". Auch müsse gesichert sein, dass Schutzsuchende aus dem Drittstaat nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen politische Verfolgung, Bürgerkrieg oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Letztlich verlange die Konvention, dass jedes Schutzgesuch in Europa zumindest in einem kurzen Verfahren geprüft werde. Gegen den Entscheid müssen die Betroffenen klagen können - vor europäischen Gerichten.

Hinzu kommen die Regeln, die sich die EU selbst auferlegt. Zwar soll es künftig möglich sein, Asylbewerber nach einer Schnellprüfung in als sicher definierte Drittstaaten abzuschieben; darauf haben sich die EU-Innenminister im Juni geeinigt. Es gibt aber Bedingungen dafür. So muss der Asylbewerber einen Bezug zu dem Land haben, etwa weil er Familie dort hat oder durchgereist ist. Das war vor allem der deutschen Bundesregierung wichtig. Ruanda dürfte damit ausfallen. Denn es ist in der Regel kein Transitland.

Für die Bundesregierung engt sich der Handlungsspielraum dadurch ein. Im September sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), dass Verfahren in Ruanda "rechtlich ausgeschlossen" seien. Offen ließ sie, ob Asylverfahren in europäischen Staaten durchgeführt werden könnten, die nicht zur EU gehören. "Ich kann mir vorstellen, dass Asylverfahren in Nicht-EU-Staaten bearbeitet werden, durch die Flüchtlinge reisen", sagte Faeser. "Entscheidend ist, dass es Staaten sein müssen, die Rechtsstaatlichkeit und Humanität gewährleisten." Zutreffen könnte das auf Länder des Westbalkans, durch die in den Jahren 2015/2016 viele Migranten reisten.

Einen Vorstoß machte am Montag Giorgia Meloni, Italiens Ministerpräsidentin. Sie unterzeichnete ein Abkommen mit Albaniens Ministerpräsidenten. Demnach sollen in Albanien zwei Aufnahmezentren für Migranten entstehen, die sich auf Booten über das zentrale Mittelmeer auf den Weg nach Italien machen. Rechtlich sei das unbedenklich, sagt Thym. Allerdings gibt es in Albanien bereits Protest. Mit der Entscheidung verwandte der Ministerpräsident Albanien "in das größte illegale Flüchtlingslager Europas", schrieb ein Präsidiumsmitglied der oppositionellen Demokratischen Partei auf Facebook. Dies sei "Verrat an Albanien".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Comeback der Aufnahmezentren Erneut will die Bundesregierung prüfen, ob sie Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU auslagern kann

Afrikanische Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Beschlüsse mit vager Wirkung; Bei einigen der von Kanzler und Ministerpräsidenten beschlossenen Maßnahmen zur Migrationssteuerung herrscht das Prinzip Hoffnung

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 217

Length: 1335 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Ausgerechnet unter dem Titel "Humanität und Ordnung", dem vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) verkündeten Begriffspaar für eine menschliche und begrenzende **Migrationspolitik**, hat der **Asylgipfel** seine Beschlüsse formuliert.

Der Kanzler und die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) erklärten - abgesehen von Fragen der Finanzierung und Verfahrensbeschleunigung - , sie wollten die Zahl der **Asylbewerber** "deutlich und nachhaltig" senken. Klare Maßnahmen, die "den aktuell zu hohen Zuzug effektiv begrenzen", seien "eine Notwendigkeit". Doch wie wirksam sind die verabredeten Maßnahmen? WELT beleuchtet die Beschlüsse.

EU-Außengrenzschutz

Die erste Maßnahme, die Kanzler und Landeschefs "für vordringlich" halten, ist der "Schutz der europäischen Außengrenzen". Um die Zahl derjenigen zu senken, die "im Wege der irregulären Migration nach Deutschland kommen", sei ein "wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen", etwa durch eine "operative Stärkung" der EU-Grenzschutzbehörde Frontex erforderlich.

Hier scheuen die Landeschefs und der Kanzler klare Aussagen. Egal, wie viele Grenzbeamte bei Frontex eingesetzt würden: Bis heute gilt die EU-Rechtslage, dass an den Grenzen kein Migrant zurückgewiesen werden darf, sobald er angibt, Asyl zu suchen. Genau das macht folglich fast jeder Mensch, der illegal, also ohne Visum, in die EU einreisen möchte. In dem Beschlusspapier steht nichts davon, dass Deutschland sich künftig für Änderungen des EU-Rechts einsetzen möchte; also dass an den EU-Außengrenzen - etwa Bulgariens oder Griechenlands Landgrenzen zur Türkei oder der kroatischen Grenze zu Serbien - Grenzschutz im Sinne der Verhinderung unerlaubter Einreisen auch von Asylsuchenden erlaubt werden solle. Auch gab es bisher keine solchen Forderungen aus der Ampel-Koalition.

Beschlüsse mit vager Wirkung Bei einigen der von Kanzler und Ministerpräsidenten beschlossenen Maßnahmen zur Migrationssteuerung herrscht das Prinzip Hoffnung

Laut Punkt eins im Bund-Länder-Beschluss versteht man "EU-Außengrenzschutz" vor allem darin, dass nach der für kommendes Jahr geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems "jede Person an den Außengrenzen der EU strikt überprüft und registriert werden" soll. Wer nur eine geringe Aussicht auf Schutz in der EU habe, "soll bereits dort innerhalb kurzer Zeit ein rechtsstaatliches Asylverfahren durchlaufen". Wie nach der EU-Asylreform - falls sie denn kommt und auch umgesetzt wird - die vielen unerlaubt eingereisten Migranten ohne Schutztitel plötzlich abgeschoben werden sollen: unklar.

Migrationsabkommen mit Herkunftsländern

Punkt zwei zielt auf eine Steigerung der Abschiebungen durch "moderne Migrationsabkommen mit den Herkunftsländern" ab. Eine der größten Hürden bei Rückführungen sei die "Weigerung vieler Herkunftsländer, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen oder bei ihrer Identifizierung mitzuwirken". Während es bisher wenig Anreize für diese Länder gebe, an Rückführungen oder Identifizierungen mitzuwirken, biete Deutschland künftig mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten per Arbeitsvisa an, falls die Länder besser kooperieren. Ein erstes solches Abkommen mit Indien sei bereits unterzeichnet worden, "Gespräche mit weiteren Staaten laufen".

Faesers Innenministerium hatte nach Abschluss des ersten Deals dieser Art mit Indien im Dezember 2022 mitgeteilt: Ihm komme "Modellcharakter im Hinblick auf weitere Abkommen dieser Art zu". Allerdings blieb das Abkommen bisher ohne Effekt auf die Rückführungen: Im ersten Halbjahr 2023 wurden nur 24 der fast 5000 hierzulande lebenden indischen Ausreisepflichtigen abgeschoben; kein einziger Charterflug nach Indien fand statt.

Schon seit Jahrzehnten widmen sich eigene Abteilungen im Bundesinnenministerium und bei der EU-Kommission der Steigerung der Rücknahme-Kooperation. Es bestehen Dutzende Abkommen zwischen Deutschland oder der EU einerseits und vielen wichtigen Herkunftsstaaten andererseits. Beispielsweise seit 1998 mit Marokko - wohin Faeser samt ihrem Sonderbevollmächtigten Joachim Stamp (FDP) vergangene Woche reiste, um ein neues Abkommen zu besprechen. Es ist immer noch in Kraft, bleibt aber wie die meisten dieser Papiere weitgehend wirkungslos. Nach Marokko wurden 2022 laut Innenministerium nur 71 Personen abgeschoben. Dabei leben rund 3700 marokkanische Ausreisepflichtige hierzulande.

Auf der Reise fixierte sich die deutsche Seite einseitig auf weitere Zusagen im Geiste der Ampel-Linie zur Steigerung der Rücknahmebereitschaft: mehr Visa für legale Zuwanderung von Arbeitskräften oder Studenten sowie mehr Wirtschaftsförderung, falls die Staaten besser kooperieren. Bisher gibt es keine Anzeichen, dass die Ampel auch androht, weniger Visa zu erteilen oder einige kostspielige Fördermaßnahmen einzustellen, falls Staaten ihrer völkerrechtlichen Pflicht, eigen Staatsbürger zurückzunehmen, kaum nachkommen.

Verstärkte Kontrolle der deutschen Grenzen

Weil die "verbesserten Kontrollen an den europäischen Außengrenzen noch nicht überall greifen, wurden an den Binnengrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten wirksame grenzpolizeiliche Maßnahmen ergriffen", heißt es im Beschluss. Der Bund habe temporäre Binnengrenzkontrollen an den Landesgrenzen zur Schweiz, zur Tschechischen Republik und zu Polen bei der Europäischen Kommission notifiziert. "Diese Binnengrenzkontrollen werden aufrechterhalten", heißt es. Bislang war, nachdem Faeser nach langem Zögern vor einem Monat diese stationären Kontrollen in Brüssel "notifiziert" hatte, noch nicht klar, ob sie lange beibehalten werden. Mit diesen Maßnahmen kann die Bundespolizei etwas häufiger unerlaubte Einreisen unterbinden als ohne.

Allerdings verzichtet die Ampel-Regierung - wie zuvor Schwarz-Rot - auf eine Anweisung an die Bundespolizei, dass sie auch dann unerlaubte Einreisen mit einer Zurückweisung ahnden soll, falls die Migranten angeben, Asyl zu suchen. Dies wird bisher nur in Ausnahmefällen gemacht. In der Regel lässt die Bundesrepublik auch weiterhin illegale Einreisen zu, falls um Asyl gebeten wird.

Nun heißt es im Asylgipfelbeschluss mit teilweise irreführenden Worten: "Das Weiterziehen von Flüchtlingen innerhalb der EU muss konsequent verhindert werden. Soweit Binnengrenzkontrollen erfolgen, nutzt die Bundespolizei diese schon jetzt dazu, Flüchtlinge, die aus einem anderen EU-Mitgliedstaat einreisen, an der deutschen Grenze entsprechend den rechtlichen Grundlagen zurückzuweisen."

Beschlüsse mit vager Wirkung Bei einigen der von Kanzler und Ministerpräsidenten beschlossenen Maßnahmen zur Migrationssteuerung herrscht das Prinzip Hoffnung

Auf WELT-Anfrage an das Kanzleramt, ob nun tatsächlich bei der unerlaubten Einreise aufgegriffene Asylsuchende offiziell zurückgewiesen werden, dementiert ein Regierungssprecher mit gewohntem Wording: "Schutzbegehrende Drittstaatsangehörige sind grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung zum Zwecke der Prüfung asylrechtlicher Belange einschließlich etwaiger Überstellungen in andere EU-Mitgliedstaaten nach Maßgabe der Dublin-Verordnung weiterzuleiten."

Eingeschränkte Zahlungen für Asylzuwanderer

Der Kanzler und die Landeschefs einigten sich auf noch vor wenigen Wochen kaum denkbare Einschränkungen für abgelehnte Asylbewerber: Man sei "der Auffassung, dass die Anreize für eine Sekundärmigration innerhalb Europas nach Deutschland gesenkt werden müssen". Deshalb werde "der bisherige automatische Anspruch auf die sogenannten Analogleistungen statt bisher nach 18 Monaten künftig erst nach 36 Monaten" eintreten.

In Deutschland erhalten abgelehnte Bewerber zwar weiterhin Leistungen nach dem sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz, doch diese werden nach 18 Monaten auf das "normale" Bürgergeld-Niveau angehoben. Dieser in der EU einzigartige Zustand war das Ergebnis eines Verfassungsgerichtsurteils von 2012.

Nun wird die Ampel "zeitnah" einen Gesetzesvorschlag vorlegen, um die Gleichstellung auf 36 Monate herauszuzögern. Falls Karlsruhe dies nicht als verfassungswidrig, weil "menschenunwürdig", ablehnt, könnte damit einer der vielen Zuwanderungsanreize minimiert werden. Auch sollen, wie schon länger angekündigt, neu angekommene Asylbewerber häufiger Sach- statt Geldleistungen erhalten; hierzu soll eine Bezahlkarte eingeführt werden, wofür bis Ende Januar ein Modell erarbeitet werden soll.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein Blick in die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

"Viele Migranten kommen aus Urlaubsländern"; Österreich fordert eine europäische Asylbremse

Die Welt

Freitag 19. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 96

Length: 836 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Wien

Der ÖVP-Politiker Gerhard Karner ist seit Dezember 2021 Innenminister von Österreich. Er gehört der ersten schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene in Europa an.

WELT:

Herr Minister, nach Ansicht Ihrer Regierung ist die Asylpolitik der EU gescheitert. Warum?

Gerhard Karner:

Denken Sie doch an das Chaos in den Jahren 2015 und 2016! Seitdem ist auf europäischer Ebene nicht viel passiert. Österreich hatte im vergangenen Jahr 109.000 Asylanträge, davon hatten sich bei uns 80.000 Migranten erstmalig in der EU registriert. Dabei sind wir ein Binnenland. Wie kann das sein? Hunderttausende illegale Migranten ziehen seit Jahren ungehindert durch die EU. Das ist ein permanenter Bruch geltender Gesetze.

Ist Besserung in Sicht?

Ich hoffe ja. Der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs vom 9. Februar beim Gipfeltreffen in Brüssel ist - auch wenn man mit diesem Wort vorsichtig sein sollte - historisch. Er könnte eine Wende in der europäischen Migrationspolitik einleiten.

Österreich hatte zuvor monatelang für einen Kurswechsel gekämpft.

Ich begrüße ausdrücklich, dass in Deutschland bei Migrationsfragen ein Umdenken stattfindet und die Ampelkoalition jetzt nicht nur schnelle Asylverfahren an den EU-Außengrenzen befürwortet, sondern auch intensiv prüft, ob Asylzentren und Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden sollten. Österreich fordert das

"Viele Migranten kommen aus Urlaubsländern" Österreich fordert eine europäische Asylbremse

schon lange. Ich baue darauf, dass Deutschland Österreich beim Thema Asylzentren in sicheren Drittstaaten unterstützen wird.

Sind solche Zentren nicht inhuman?

Damit würde Migranten eine gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer erspart, Menschenleben gerettet und das Geschäft der kriminellen Schleppermafia zerstört. Das wäre eine Politik im Interesse der Menschlichkeit.

Warum waren die EU-Beschlüsse vom Februar aus Ihrer Sicht "historisch"?

Die Europäische Kommission und alle EU-Staaten haben endlich anerkannt, dass schnelle Verfahren an den EU-Außengrenzen nötig sind und illegale Migranten von dort aus möglichst schnell in die Herkunftsstaaten zurückgeschickt werden müssen. Außerdem zeigt sich Brüssel nun auch bereit, mehr Geld für Grenzanlagen bereitzustellen und indirekt auch Grenzzäune mitzufinanzieren. Erste Pilotprojekte in Bulgarien und Rumänien laufen mittlerweile an. Es hat sich in Europa eine Allianz der Vernünftigen gebildet.

Würde Österreich eine Verteilung von Migranten nach Quote mitmachen?

Wir werden einer Pflichtquote bei der Verteilung von Flüchtlingen nicht zustimmen, denn Österreich hat bereits mehr als genug geleistet. Die EU-Kommission will im Rahmen einer sogenannten flexiblen Solidarität ja auch ermöglichen, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, als Ausgleich einen finanziellen Beitrag zum Grenzschutz leisten müssen. Das ist der richtige Weg. Aber ich verlange, dass die EU-Kommission im Rahmen dieser "flexiblen Solidarität" künftig auch berücksichtigt, wie viele Menschen ein Mitgliedsland wie Österreich in der Vergangenheit bereits aufgenommen hat. Im Klartext: Ich habe die eindeutige Erwartung an Brüssel, dass praktisch keine Flüchtlinge aus Afrika oder Asien mehr illegal nach Österreich kommen werden, sobald die EU ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem haben wird.

Die Europäer wollen auch im Fall von schnellen Asylverfahren an den Außengrenzen an Einzelfallprüfungen festhalten. Ist das sinnvoll?

Ich bin dafür, dass in der EU nach dem Vorbild der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie - wonach beispielsweise Menschen aus der Ukraine ein humanitärer Aufenthaltstitel gewährt wird, ohne dass sie zuvor ein individuelles Asylverfahren durchlaufen haben - künftig auch umgekehrte Regeln gelten, die ich als Zurückweisungs-Richtlinie bezeichnen möchte. Viele Migranten kommen aus Urlaubsländern wie Tunesien, Marokko, Ägypten oder Indien. Sie haben praktisch keine Chance auf Asyl und sollten darum ohne detaillierte Einzelfallprüfung in ihre Heimatländer zurückgewiesen werden. Das würde viel Zeit sparen und eine abschreckende Wirkung auf andere illegale Migranten haben. Es wäre sinnvoll, ein Pilotprojekt unter Anwendung der Zurückweisungs-Richtlinie zu starten.

Ihr Ziel in der Migrationspolitik?

Legale Migration in die EU muss im Rahmen von Mobilitätsabkommen mit Drittstaaten ausgebaut werden. Aber wir brauchen auf der anderen Seite endlich auch eine europäische Asylbremse, die Missbrauch verhindert. Dazu gehören neben einem ausgeprägten physischen Grenzschutz, schnellen Verfahren an den EU-Außengrenzen und Asylzentren in Drittstaaten auch pauschale Zurückweisungen von Migranten, die keine Chance auf Asyl haben.

Die FPÖ fordert eine "Festung Österreich". Was halten Sie davon?

Ich kann mit Begriffen wie "Festung Österreich" nichts anfangen. Das ist der Begriff eines Gauklers. FPÖ-Chef Kickl verspricht Dinge, die er als Innenminister selbst nie gemacht hat. Österreichs Regierung schützt unsere Grenzen, wo es notwendig ist. Wir verhindern jedes Jahr zigtausende illegale Grenzübertritte und arbeiten hart an einer EU-Asylpolitik, die Mißbrauch verhindert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Österreichs Innenminister Gerhard Karner

Load-Date: May 18, 2023

End of Document

Faesers großer Migrationsplan; Die Bundesinnenministerin will in Brüssel eine schärfere Asylpolitik durchsetzen. Ihr Vorhaben könnte bei vielen EU-Partnern Anklang finden

Die Welt

Donnerstag 4. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 86

Length: 1114 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Seit Beginn der Ampel-Koalition im Dezember 2018 warb Bundesinnenministerin Nancy Faeser für offene Grenzen in Europa. Deutschland nahm zuletzt mehr in Seenot gerettete illegale **Migranten** aus Italien auf als jedes andere EU-Land. Jetzt aber die Wende: Faeser, die als SPD-Spitzenkandidatin im Hessen-Wahlkampf steckt, wird plötzlich zur Knallhart-Politikerin in **Asylfragen**. Sie unterstützt beschleunigte Grenzverfahren innerhalb von drei Monaten an den EU-Außengrenzen, Haftzentren für abgelehnte **Asylbewerber** und kurze Einspruchsfristen bei abgelehnten **Asylbescheiden**. In Brüssel reibt man sich verwundert die Augen. Was ist nur los mit den Deutschen?

Dabei kam Faesers große Wende für die EU-Kommission nicht ganz so überraschend, wie es auf den ersten Blick scheint. Als sie am vergangenen Wochenende verkündete, die Regierung von Kanzler Olaf Scholz wolle sich für schnelle **Asylverfahren** an den EU-Außengrenzen einsetzen, so war das lediglich die Bestätigung für das, was Faeser bereits seit März im kleinsten Kreis in Brüssel kommuniziert hatte: Sie will angesichts enormer Belastungen für Länder und Kommunen in Deutschland durch immer größere **Flüchtlingszahlen** endlich eine härtere Gangart einschlagen. Die neue Faeser-Politik hat nur noch wenig zu tun mit dem jahrelangen Pathos von SPD und Grünen über eine menschenwürdige **Flüchtlingspolitik**. Aber die Ministerin hat mittlerweile verstanden, dass sie die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland spürbar senken muss - und dies geht nur mit Hilfe der europäischen Partner.

Seit 2015 waren alle Versuche der EU-Länder, sich auf eine gemeinsame Asylpolitik zu einigen, gescheitert. Die Regierungen konnten sich nicht über die Frage einigen, wie die Flüchtlinge solidarisch verteilt werden sollen. Diesen Knoten will Faeser nun lösen. Sie hat sich an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Am Montag hatte Faeser - außer der Reihe - einen wichtigen Termin mit EU-Innenkommissarin Ylva Johansson, traf sich am Nachmittag noch mit ihrer belgischen Kollegin Nicole de Moor. Abends flog die deutsche Ministerin dann weiter nach Paris, wo vertrauliche Gespräche mit Innenminister Gerald Darmanin anstanden. Johansson und

Faesers großer Migrationsplan Die Bundesinnenministerin will in Brüssel eine schärfere Asylpolitik durchsetzen. Ihr Vorhaben könnte bei vielen EU-Partnern Ankla....

Faeser einigten sich bei ihren Beratungen über den schnellsten Weg für eine strenge Asylpolitik auf eine Aufgabenteilung: Die EU-Kommissarin aus Schweden wird sich noch stärker um neue Rückführungsabkommen mit Drittstaaten kümmern, vor allem Tunesien. Faeser wiederum will die Mittelmeer-Anrainer noch einmal bearbeiten, damit sie auf ihrem Territorium endlich eine längere Massenunterbringung von ztausenden illegalen Flüchtlingen, die in bewachten Transitzentren auf ihre Abschiebung warten, akzeptieren. Bereits Ende März hatte Faeser einen Gesprächskreis mit ihren Kollegen aus Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Tschechien und Schweden eingerichtet, der sich abwechselnd trifft. Ein kluger Schachzug, denn dieser Kreis wichtiger Staaten soll zur Machtbasis werden für Faesers geplanten Asylcoup. Mit Hilfe einflussreicher Kollegen und einer intensiven Pendeldiplomatie zwischen den Hauptstädten will die Ministerin die gemeinsame europäische Asylreform nach acht Jahren endlich stemmen. Die Politikerin aus Hessen hat auf ihren vielen Reisen längst begriffen, dass der große Wurf nur dann gelingen kann, wenn sie diejenigen Länder, die seit Jahren gegen eine EU-Flüchtlingsquote und eine faire Lastenverteilung wettern, mit einem rigorosen Schutz der Außengrenzen, Turbo-Asylverfahren und einer konsequenten Abschiebepraxis ins Boot holen kann.

Dabei muss Faeser nicht bei Null anfangen. Der neue Asylplan der Bundesregierung deckt sich weitgehend mit früheren Forderungen aus Österreich und den Niederlanden - und zu mehr als 90 Prozent mit den Vorschlägen der EU-Kommission zu einem neuen "Migrations- und Asylpaket" vom September 2020. Faeser und die christdemokratische deutsche EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sind jetzt enge Verbündete.

Nach ihren Vorstellungen soll ein Asylverfahren für den Großteil der Migranten künftig in drei Stufen ablaufen. Stufe eins: Im Rahmen eines "screenings" werden die Migranten identifiziert, registriert und von Sicherheitsexperten überprüft. Es werden Fingerabdrücke abgenommen und die Daten in eine EU-Datenbank eingespeist. Stufe 2: Kommt ein Migrant aus einem sicheren Drittstaat, wie der Türkei oder Ägypten, oder aus einem Land mit niedrigen Anerkennungsquoten von 15 oder 20 Prozent, muss dieser ein Turbo-Asylverfahren von 12 bis 14 Wochen durchlaufen und kann nur einmal einen "Rechtsbehelf" einlegen. Folgeanträge sind verboten und nach sechs Monaten soll nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in Haftzentren die Abschiebung erfolgen. Stufe drei: Man will Drittstaaten neue Wege der legalen Migration nach Europa anbieten und erwartet im Gegenzug von diesen Ländern die Bereitschaft, illegale Migranten zurückzunehmen.

Künftig dürfte ein Großteil der Migranten unter die Schnellverfahren an den Außengrenzen fallen. Der Rest soll nach einem zunächst freiwilligen, in Krisenzeiten aber verpflichtenden "Solidaritätsmechanismus" auf die EU-Länder verteilt werden. Wer nicht mitmacht, muss stattdessen hohe Geldsummen an die Aufnahmeländer zahlen oder Maßnahmen zum Migrationsmanagement in Drittstaaten finanzieren. Von der Leyen nennt das "flexible Solidarität".

Ob die Rechnung der beiden deutschen Politikerinnen bis Juni oder spätestens Oktober aufgeht, ist völlig unklar. Der Zeitdruck ist groß, denn im Mai 2024 wird ein neues EU-Parlament gewählt, das aus Faesers Sicht noch unberechenbar sein könnte als das jetzige. Ein hoher Beamter der EU-Kommission, der nicht genannt werden wollte, gab zu bedenken: "Die Transitländer wollen nicht die Probleme der EU lösen und die Herkunftsstaaten der Migranten sind froh, dass sie weg sind. Warum sollte man also die Menschen zurücknehmen?" Hinzu kommt, dass heftig darüber gestritten werden darfte, ob bestimmte Länder nun sichere Drittstaaten sind oder nicht. Und wie steht es überhaupt mit dem grünen Koalitionspartner in Berlin?

Der asylpolitische Sprecher der deutschen Grünen im EU-Parlament, Erik Marquardt, sagte WELT: "Das Bundesinnenministerium und die Bundesregierung dürfen den Rechtspopulisten nicht auf den Leim gehen und Vorschläge unterstützen, die von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán stammen könnten". Einfache Lösungen, wonach abgelehnte Schutzsuchende an den Außengrenzen in Transitzentren eingesperrt und dann einfach schnell zurückgeschickt werden sollen, seien in der Praxis schon mehrfach gescheitert. "Frau Faesers Vorschlag ist nicht pragmatisch, weil die Außengrenzstaaten wie Italien oder Zypern sie so nicht akzeptieren werden", sagt Marquardt.

Faesers großer Migrationsplan Die Bundesinnenministerin will in Brüssel eine schärfere Asylpolitik durchsetzen. Ihr Vorhaben könnte bei vielen EU-Partnern Ankla....

Graphic

Migration in den Griff bekommen: Über einen gemeinsamen europäischen Ansatz wird seit Jahren gestritten

Load-Date: May 3, 2023

End of Document

Justiz demonstriert Melonis Migrationspolitik; Richter stellen Praxis der Asylzentren in Frage. Auch in Brüssel dürften die Urteile Nervosität auslösen

Die Welt

Donnerstag 19. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 203

Length: 621 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Es ist schon der vierte Richterspruch, der die harte **Migrationspolitik** der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni demontiert: Vor einer Woche hat Iolanda Apostolico, Richterin in Catania, entschieden, dass vier tunesische **Migranten** auf freien Fuß gesetzt werden müssen, die nach dem Willen der rechtsnationalistischen Regierung eigentlich in einem geschlossenen **Asylzentrum** auf die Bewertung ihres Antrags hätten warten sollen.

Damit hat Apostolico ihre Entscheidung von Ende September bekräftigt, in der sie erstmals geurteilt hatte, dass ein neues Gesetz der Meloni-Regierung, mit dem diese härter gegen irreguläre Migranten vorgehen wollte, nicht mit EU-Recht vereinbar ist. Schon damals hatte sie die Inhaftierung von drei Tunesiern nicht bestätigt, die der Polizeipräsident von Ragusa angeordnet hatte. In der Folge wurde Apostolico zum Ziel einer politischen Kampagne von Regierungsmitgliedern, die ihr vorwarfen, persönliche und ideologische Gründe hätten ihre Entscheidung motiviert. Meloni erklärte sich "verblüfft" über das Urteil, während ihr Koalitionspartner, Verkehrsminister Matteo Salvini, ein Video veröffentlichte, das die Richterin auf einer regierungskritischen Demonstration im Jahr 2018 zeigt, und daraufhin ihren Rücktritt forderte.

Unbeeindruckt von diesen Angriffen urteilten zwei weitere Richter analog: Ebenfalls in Catania untersagte am vergangenen Sonntag ein anderer Richter die Inhaftierung von sechs irregulären Migranten und bereits in der Vorwoche hatte ein Richter in Florenz dafür gesorgt, dass drei Asylbewerber freigelassen werden. Ungeachtet des mehr als problematischen Verständnisses von Gewaltenteilung der Regierungspolitiker, zeigen diese Fälle in Italien eine der Hauptprobleme in der aktuellen Debatte über die Migrationspolitik: Häufig präsentieren Politiker Lösungen, die sich in der Realität nicht umsetzen lassen, weil sie geltendem Recht widersprechen. Auch in Brüssel dürften die Fälle aufmerksam verfolgt werden. Denn die vier Richtersprüche setzen ausgerechnet jenes Vorhaben Melonis außer Kraft, das in der Reform der EU-Migrationspolitik künftig ein zentrales Element werden soll. Der Kompromiss,

Justiz demontiert Melonis Migrationspolitik Richter stellen Praxis der Asylzentren in Frage. Auch in Brüssel dürften die Urteile Nervosität auslösen

auf den sich die europäischen Staats- und Regierungschefs geeinigt haben, sieht vor, dass ein Teil der Asylverfahren künftig in geschlossenen Zentren an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden soll.

Flüchtlinge und Migranten, die aus Ländern kommen, die geringe Asylchancen haben, sollen demnach etwa in Italien in Gefängnissen festgehalten werden, während in einem Eilverfahren über ihren Asylantrag entschieden wird. Bei einem negativen Bescheid sollen sie dann umgehend in ihr Heimatland zurückgebracht werden. Wobei ihnen durch die präventive Inhaftierung die Möglichkeit genommen werden soll, sich der Rückführung zu entziehen. Ob diese Rückführungen überhaupt möglich sind, ist nach derzeitigem Stand allerdings anzuzweifeln, weil die Herkunftsstaaten sich meist unkooperativ zeigen.

Laut dem Urteil der Richter in Catania ist Italiens Vorgehen nicht mit EU-Recht vereinbar, da dies die individuelle Bearbeitung der Asylanträge vorsieht. Sie halten zudem die Forderung nach einer Kautions von 5000 Euro für unzulässig, die die Asylbewerber nach dem Willen Roms innerhalb von 48 Stunden nach ihrer Inhaftierung zahlen können sollen, um im Gegenzug in Freiheit auf ihren Asyl-Bescheid warten zu dürfen. Laut der Richter verstößt auch diese Bestimmung gegen EU-Recht, weil dort nirgendwo eine Freilassung gegen Kautions vorgesehen sei. Ob in diesem Streit die Regierung oder die Richter Recht behalten werden, dürfte bald das Kassationsgericht klären, denn das Innenministerium hat angekündigt, dort Berufung gegen die Urteile einzulegen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni steht unter Druck

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

Zahl der Asylanträge springt über Marke von 200.000; Deutschland verzeichnet bis Ende August 77 Prozent mehr Fälle als im Vorjahr

Die Welt

Freitag 8. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 175

Length: 636 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Während die Integrationskapazitäten vielerorts längst überschritten sind, steigt die **Asylzuwanderung** nach Deutschland weiter an. Laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wurden mit 27.738 Erstanträgen im August noch einmal 17 Prozent mehr als im Monat zuvor gestellt. Damit wurde die Marke von 200.000 bereits nach dem achten Monat des Jahres übersprungen. Die 204.461 Erstanträge, die bis Ende August gestellt wurden, bedeuten einen Anstieg um 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Hauptnationalitäten sind Syrer (61.500 Erstanträge, 81 Prozent mehr als 2022), Afghanen (35.800, ebenfalls plus 81 Prozent) und Türken (28.700 Anträge, plus 209 Prozent). Während Syrer und Afghanen fast ausnahmslos als schutzberechtigt anerkannt werden - obwohl sie in der Regel schon vor ihrer Einreise nach Deutschland in einem Durchreisestaat sicher vor Verfolgung oder Krieg waren - erhalten nur 15 Prozent der Türken vom BAMF einen positiven Bescheid. Abschiebungen finden aber in den Bosporusstaat, wie in alle anderen nichteuropäischen Asylherkunftsländer, nur selten statt: 345 abgelehnte Asylbewerber oder aus anderen Gründen ausreisepflichtig gewordene Migranten wurden im ersten Halbjahr 2023 laut einer Liste des Bundesinnenministeriums in die Türkei rückgeführt.

Eine stärkere Asylzuwanderung als 2023 gab es in der Geschichte der Bundesrepublik nur in vier Jahren: auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/2016 sowie während der Jugoslawienkriege 1992 und 1993.

In der Generaldebatte des Bundestages am Mittwoch forderte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die Regierung auf, gemeinsam mit der Union schon "in der nächsten Sitzungswoche" ein Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Migrationskrise zu beschließen. Er schlug vor, die aktuell nur am österreichischen Abschnitt bestehenden stationären Grenzkontrollen auf die Ostgrenze auszudehnen, weil dort inzwischen viel mehr illegale Einreisen registriert werden. Ebenso solle die Ampel die freiwilligen Aufnahmeprogramme, mit der Flüchtlinge neben dem Asylsystem eingeflogen werden, stoppen sowie vermehrt Geldzahlungen an Asylbewerber durch Sachleistungen ersetzen. Auf die Zwischenfrage der AfD-Politikerin Beatrix von Storch, warum die CDU/CSU einen

Zahl der Asylanträge springt über Marke von 200.000 Deutschland verzeichnet bis Ende August 77 Prozent mehr Fälle als im Vorjahr

konsequenter Grenzschutz und die übrigen Maßnahmen nicht durchgesetzt habe, als sie an der Regierung war, ging Dobrindt nicht ein.

Tatsächlich hatte seine CSU im Juni 2018 derart nachdrücklich auf ein strengeres Grenzregime gepocht, dass sogar eine Trennung von der Unionsschwester CDU im Raum stand. Die Christsozialen wollten auf die vielen unerlaubten Einreisen von Schutzsuchenden, die schon in anderen EU-Staaten Asyl beantragt hatten, mit Zurückweisungen direkt an der Grenze reagieren. Bis auf europäischer Ebene eine halbwegs gerechte Verteilung der Schutzsuchenden umgesetzt sei, sollte die Bundespolizei Mehrfachasylbewerber an der Einreise hindern dürfen.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bekräftigte das Vorhaben damals mit den Worten: "Wir sind davon überzeugt, dass es eine wichtige Aufgabe ist, eine Asylwende in Deutschland einzuleiten." Doch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bestand konsequent auf ihrem Kurs und wies den Plan ihres Innenministers Horst Seehofer (CSU) als "nationalen Alleingang" zurück. Sie erbat sich noch zwei Wochen Zeit, bis zum darauffolgenden EU-Gipfel, dann werde sie eine "europäische Lösung" präsentieren, die das Ziel der CSU erreiche, aber ohne nationale Maßnahmen an den Grenzen auskomme. Daraus wurde bekanntlich nichts. Und die auf Schwarz-Rot gefolgte rot-grün-gelbe Regierung erweckt ebenfalls den Eindruck, dass in absehbarer Zukunft Bahnbrechendes aus Brüssel zu erwarten sei, also die illegale Migration bald durch ein reformiertes EU-Asylsystem unter Kontrolle gebracht werden könne.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 7, 2023

End of Document

EU: Mehr minderjährige Migranten; Kommunen klagen über Überlastung

Die Welt

Montag 10. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 131

Length: 683 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Immer mehr minderjährige **Migranten** kommen ohne ihre Eltern oder Verwandte nach Europa. Das zeigt ein Bericht der EU-**Asylagentur**, der in dieser Woche vorgestellt wurde. Demnach stellten im vergangenen Jahr 40.000 alleinreisende Personen unter 18 Jahren einen **Asylantrag** in der EU - so viele wie seit 2016 nicht. Hauptzielländer waren Österreich, Deutschland und die Niederlande. Die Zahlen dürften insgesamt allerdings deutlich höher liegen, weil nicht jeder Minderjährige direkt nach der Einreise einen **Asylantrag** stellt. So sind allein in Deutschland derzeit mehr als 30.000 Unbegleitete unter 18 Jahren in Zuständigkeit der Jugendhilfe - zehntausend mehr als noch vor einem Jahr.

Viele Kommunen stellt das hierzulande vor Herausforderungen, weil alleinreisende Kinder und Jugendliche Anspruch auf eine umfassende Betreuung haben. So müssen sie etwa in altersgerechten Unterkünften untergebracht werden. Eine Unterbringung in großen Sammelunterkünften ist damit ausgeschlossen. Außerdem müssen sie durch das Jugendamt betreut werden und haben gegebenenfalls Anspruch auf einen Vormund. All das soll sicherstellen, dass die Rechte der Minderjährigen gewahrt werden - und dass die Integration langfristig gelingt. Denn die Erfahrung zeigt, dass die allermeisten jugendlichen Migranten im Land bleiben. Bis sie volljährig sind, dürfen sie in der Regel nicht abgeschoben werden, auch wenn das Asylgesuch abgelehnt werden sollte.

"Die Kommunen sehen sich angesichts wachsender Zahlen unbegleiteter minderjähriger Ausländer enorm belastet", sagt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, WELT. "Es fehlt vor allem an Unterbringungsplätzen und am entsprechenden Fachpersonal für die psychosoziale Versorgung und Betreuung." Inzwischen hätten alle 16 Bundesländer mit einer Absenkung von Standards etwa bei Unterbringung und Betreuung reagiert. So seien etwa Personalschlüssel reduziert worden und "geeignete Nicht-Fachkräfte sowie Ehrenamtliche" eingespannt worden.

Aus einem anderen kommunalen Spitzenverband heißt es, dass derzeit eine "qualitativ hochwertige Betreuung" kaum möglich sei. Manche Jugendliche kämen damit klar, weil sie etwa selbstständig die Sprache lernten oder sich um einen Ausbildungsplatz bemühten. Andere aber bräuchten eigentlich eine intensivere Begleitung, die derzeit nicht überall gewährleistet sei. Für den Anstieg gibt es mehrere Gründe. So ist die Gesamtzahl aller Asylsuchenden

EU: Mehr minderjährige Migranten Kommunen klagen über Überlastung

gestiegen. Rund eine Million Menschen stellten 2022 einen Asylantrag in der EU. Davon seien vier Prozent Kinder und Jugendliche gewesen, die alleine eingereist waren, sagt ein Sprecher der EU-Asylagentur - ein Anteil, der über Jahre stabil sei. Die meisten kommen demnach aus Afghanistan und Syrien, wo die Anerkennungsquote hoch ist.

Wenn man allerdings nur auf die minderjährigen Migranten schaut, zeigen sich durchaus Verschiebungen: So reiste 2022 ein Sechstel aller Migranten unter 18 Jahren allein. Im Jahr zuvor war es noch ein Achtel. Insbesondere bei den 14- bis 17-Jährigen sei der Anteil der Alleinreisenden hoch, heißt es von der EU-Asylagentur: Mehr als die Hälfte kommt demnach ohne Eltern oder andere Verwandte. Viele Familien hätten nicht das Geld, um Schlepper für alle Angehörigen zu bezahlen, sagt Catherine Woppard, Direktorin des European Council on Refugees and Exiles, ein Dachverband europäischer NGOs, die für die Interessen von Flüchtlingen und Migranten eintreten. Sie schickten dann die Person nach Europa, die sie besonders schützen wollten, was in der Regel eines der eigenen Kinder sei. Eine Rolle könnten auch Überlegungen spielen, dass Minderjährige bei einem Asylverfahren in Europa besser behandelt würden als Erwachsene.

"Sollten die Belastungen länger anhalten oder weiter ansteigen, was zu befürchten ist, sehen wir einen ergänzenden Handlungsbedarf der Bundesebene", sagt nun der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Landsberg. "Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet die Übernahme der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch den Bund", sagt eine Sprecherin.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 9, 2023

End of Document

Frankreich verstärkt seine Grenze zu Italien; Vorbereitungen auf Ansturm von Migranten. Behörden planen Rückführungslager

Die Welt

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 185

Length: 637 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Am Bahnhof von Ventimiglia und an der Felsenküste der Côte d'Azur warten **Migranten** auf den geeigneten Moment, um unbeobachtet die Grenze von Italien nach Frankreich zu überqueren. Seit die Ankünfte von **Migranten** auf der italienischen Insel Lampedusa stark zugenommen haben, hat sich auch die Lage an der Grenze verschärft. In den vergangenen Wochen verdoppelten sich die illegalen Übertritte aus Italien nach Behördenangaben - und Frankreich hält massiv dagegen.

Deutschland und Italien sind im Fokus bei der aktuellen Flüchtlingskrise. Beide Länder geraten an ihre Belastungsgrenzen. Italien ruft bei den EU-Partnern um Hilfe. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) setzte einen Solidaritätsmechanismus aus, der die freiwillige Übernahme von Flüchtlingen aus Italien vorsah. Allerdings kontrolliert die Bundesrepublik an der Grenze zu Österreich nur stichprobenartig, obwohl viele, die über Lampedusa in die EU gelangen, dort nach Deutschland kommen.

Während Deutschland vor Grenzkontrollen zurückschreckt, fährt Frankreich einen harten Kurs: Das Land verschärft seine seit Jahren bestehenden Kontrollen an seinen Grenzen zu Italien und Spanien. Zuletzt versprach der französische Innenminister Gérald Darmanin bei einem Besuch in Menton an der Grenze zu Italien 200 zusätzliche Sicherheitskräfte. Reservisten der Polizei sollen engagiert und Drohnen eingesetzt werden. Schon im Frühjahr war die Zahl der Polizisten und Gendarmen, die in diesem Grenzabschnitt im Einsatz sind, auf 300 Beamte erhöht worden. Mit einem neuen Gesetz soll die Zone, innerhalb derer Migranten zurückgeführt werden dürfen, auf 20 Kilometer erweitert werden.

Seit Jahresbeginn wurden 31.000 Personen, die von Italien nach Frankreich gelangen wollten, festgenommen und dorthin zurückgebracht. Nun wappnet man sich für einen erwarteten Andrang von Migranten aus Lampedusa, weil dort zuletzt mehr Bootsflüchtlinge an Land gingen, als die Insel Einwohner hat. Der Regionalpräfekt bestätigte, das deshalb ein Rückführungslager gebaut werden solle. In der französischen Grenzstadt Menton wird bereits eine

Frankreich verstkt seine Grenze zu Italien Vorbereitungen auf Ansturm von Migranten. Behden planen
Rückführungslager

Fläche freigermt. Auch ein Hotel der Kette "Ibis" wurde in der Stadt beschlagnahmt, um dort die wachsende Zahl unbegleiteter Minderjriger aufnehmen zu können.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Deutschland rund 162.000 Asylanträge gestellt, mehr als in jedem anderen EU-Land. In Frankreich dagegen waren es nur 81.100 Asylanträge. "Es gibt illegale Einwanderung nach Europa, nach Frankreich, nach Italien, die bekpt werden muss. Indem wir mehr Personen aufnehmen, werden wir den Zustrom, der unsere Aufnahmekapazitäten strapaziert, nicht stoppen", hatte Darmanin erst am Dienstag in den Abendnachrichten des Privatsenders TF1 erklärt und wiederholt, dass Frankreich keine Migranten aus Lampedusa aufnehmen werde, mit Ausnahme derer, die Anrecht auf Asyl hätten.

Am Tag zuvor war Darmanin nach Rom gereist, wo er seinen italienischen Amtskollegen Matteo Piantedosi getroffen und Hilfe bei der Rückführung illegaler Migranten angeboten hatte. Mehr als die Hälfte derjenigen, die in Lampedusa ankämen, sprchen Französisch, so Darmanin. Sehr oft kommen die Menschen unter anderem aus der Elfenbeinküste oder dem Senegal. Aus diesen beiden Ländern habe aber niemand ein Anrecht auf Asyl. Frankreichs Innenminister berief sich auf die "guten diplomatischen Beziehungen" mit diesen Ländern, um Italien bei einer schnellen Rückführung zu helfen. Das Angebot des Franzosen stieß in Rom auf harte Kritik. "Schluss mit dem Gequatsche", hieß es in einer Erklärung der rechtspopulistischen Koalitionspartei Lega, Italien erwarte von Frankreich und Europa "konkrete Taten". Außenminister Antonio Tajani vom Koalitionspartner Forza Italia hingegen betonte, dass er dem französichen Präsidenten vertraue und auf Zusammenarbeit setze.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

"Erwarten, dass Migranten Schwedisch lernen"; Schwedens Migrationsministerin treibt Wende voran

Die Welt

Freitag 29. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 252

Length: 847 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

Über viele Jahre hatte Schweden eine ähnlich liberale **Asylpolitik** wie Deutschland - nun arbeitet es an einer radikalen Wende. Die zuständige Ministerin Maria Malmer Stenergard erklärt, auf welches Nachbarland sie sehr genau schaut.

WELT:

Frau Ministerin, Ihre Regierung hat sich eine Wende in der **Asylpolitik** vorgenommen. Sie sind für die Umsetzung verantwortlich. Was hat Schweden in seiner **Migrationspolitik** aus Ihrer Sicht bisher falsch gemacht?

Maria Malmer Stenergard:

Jahrzehntelang haben verschiedene Regierungen unterschiedlicher Farben das Ausmaß der Verantwortung nicht erkannt, die mit sehr großzügigen Regelungen einhergeht. Die Migrationspolitik war von einer Naivität geprägt, bei der man zwar wirklich helfen wollte, aber in der Praxis eine sehr umfangreiche Einwanderung zuließ, ohne sicherzustellen, dass diejenigen, die angekommen sind, auch eine echte Chance hatten, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Es gab einen Grund, warum 163.000 Menschen im Jahr 2015 quer durch Europa in das kleine Schweden am Rande Europas reisten, um hier Asyl zu beantragen. Das lag daran, dass wir uns mit großzügigen Regeln für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Staatsbürgerschaft, aber auch mit unserem Sozialleistungssystem hervorgetan haben.

Schweden ist in diesem Jahr von einer Gewaltwelle heimgesucht worden. Ihre Regierung hat die Strafen verschärft und prüft etwa die Einführung von Jugendgefängnissen, anonymen Zeugen und die Strafbarkeit der Beteiligung an kriminellen Netzwerken, aber die Bandenkriminalität scheint sich in diesem Jahr verschlimmert zu haben. Reicht das?

Es geht zunächst darum, dass die Behörden über alle Instrumente verfügen, die sie brauchen, um die Banden mit aller Kraft zu bekämpfen. Aber es geht auch um Prävention, und da kommt die Migration ins Spiel. Wenn wir die

"Erwarten, dass Migranten Schwedisch lernen" Schwedens Migrationsministerin treibt Wende voran

Entwicklung in den Randgebieten, in denen leider auch die Kriminalität Fuß gefasst hat, umkehren wollen, müssen wir die Zuwanderung von Asylbewerbern noch lange Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau halten. Im Ausland geborene Menschen haben ein erhöhtes Risiko, kriminell zu werden. Am meisten beunruhigt mich aber, dass das Risiko bei Einwanderern der zweiten Generation noch größer ist. Dies deutet auf eine Entfremdung hin, die nicht nur vererbt, sondern vertieft wird. Sie wurde über Jahrzehnte aufgebaut und es wird sehr lange dauern, sie zu beseitigen. Wir haben gerade erst damit begonnen.

In Dänemark soll ein sogenanntes Getto-Gesetz dafür sorgen, dass in einem Stadtviertel nicht mehr als 30 Prozent Einwanderer leben. Könnte das eine Option in Schweden sein?

Ich schließe nichts aus, aber es gibt derzeit keinen Plan der Regierung dafür. Ich denke jedoch, dass ein kluger Politiker sich gute Beispiele in anderen Ländern ansehen und ihnen nacheifern sollte, wenn er dies für angebracht hält.

Sie prüfen ein Qualifizierungssystem für Sozialleistungen, bei dem Flüchtlinge und Nicht-Bürger durch Arbeit und Integration beweisen müssen, dass sie die Unterstützung verdienen. Wollen Sie die Situation für Migranten verschlechtern, um mehr Menschen davon abschrecken, nach Schweden zu kommen?

In erster Linie geht es darum, ein Prinzip einzuführen, das es in Schweden nicht gab und das die Integration verhindert hat: Wir sollen klar signalisieren, dass wir von den Menschen erwarten, dass sie Schwedisch lernen und arbeitsfähig werden. Stattdessen ist man ihnen mit einer Philosophie der Fürsorge begegnet, die die Menschen passiv gemacht hat. Es ist gerechter, dass diejenigen, die sich anstrengen, in größerem Umfang von unserer Wohlfahrt profitieren. Aber wir müssen auch unser Regelwerk anpassen, damit es nicht wie in der Vergangenheit zu Pull-Effekten beiträgt.

Würde die schwedische Regierung Asylabkommen mit Drittländern positiv gegenüberstehen, wie Dänemark und Großbritannien etwa das Asylverfahren in Ruanda ansiedeln wollten?

Wir haben keine Pläne, etwas Ähnliches zu tun. Ich habe auch beobachtet, dass der Oberste Gerichtshof Großbritanniens entschieden hat, dass dies nicht mit dem internationalen Recht vereinbar ist. Ich interpretiere diese Initiative als eine extreme Frustration darüber, dass das derzeitige System nicht funktioniert, und ich teile diese Frustration. Wir verfolgen mit Interesse die Diskussionen, die sowohl in Deutschland als auch in Italien stattfinden, das ein Abkommen mit Albanien geschlossen hat. Und ich persönlich denke, dass die Variante, die Italien skizziert, realistischer ist als die Ruanda-Variante. Albanien liegt näher an Europa, und ich denke, es ist leichter zu kontrollieren. Die Menschen werden auf dem Mittelmeer gerettet und in Booten nach Albanien [in Asylzentren, Anm. d. Red.] gebracht - sie landen nicht auf europäischem Boden, wo sie das Recht haben, Asyl zu beantragen. Zwischen ein paar europäischen Ländern werden auch Rückführungs-Hubs diskutiert, das heißt, Personen, die nicht zurückgeführt werden können, werden in einem Drittland untergebracht. Auch dies ist kein Vorschlag der [schwedischen, Anm. d. Red.] Regierung, aber wir verfolgen die Diskussion mit großem Interesse.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Maria Malmer Stenergard

Load-Date: December 28, 2023

Asylanträge auf Jahreshoch; Im laufenden Jahr sind bereits mehr als 267.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen

Die Welt

Donnerstag 9. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 218

Length: 599 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Bei der Zuwanderungslage zeichnet sich keine Entspannung ab. Im Gegenteil - im Oktober ist die **Asylmigration** noch einmal kräftig angestiegen. Fast 32.000 Erstanträge auf **Asyl** (31.887) wurden im zurückliegenden Monat laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) gestellt, 14 Prozent mehr als im September. Das bedeutet einen Höchststand für das Jahr 2023.

Man muss lange zurückschauen - nämlich bis in den September 2016 - um einen Monat mit einer noch höheren Antragszahl zu finden. Im laufenden Jahr wurden damit bis Ende Oktober schon 267.384 Anträge gestellt, 68 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die größte Gruppe bilden auch in diesem Jahr die Syrer (88.000 Erstanträge, 66 Prozent mehr als 2022). Die drastischste Zunahme ist bei Türken (45.000 Anträge, plus 200 Prozent) zu beobachten. Bürger des Bosporus-Staates stellen inzwischen noch vor den Afghanen (44.000, plus 66 Prozent) die zweitgrößte Asylzuwanderergruppe im laufenden Jahr. Rund zwei Drittel aller Asylanträge entfallen im laufenden Jahr auf die drei genannten Nationalitäten. Danach folgen Iraker (9484), Iraner (8225) Georgier (7644), Bürger der Russischen Föderation (6460), Somalier (4366) und Eritreer (3615).

Im Oktober hatten Türken sogar bis kurz vor Monatsende die meisten Anträge beim BAMF gestellt. Ihre Anerkennungsquote liegt laut der Migrationsbehörde in diesem Jahr bei nur 14 Prozent, doch auch die Abgelehnten werden - wie es bei allen nichteuropäischen Asylherkunftsländern der Fall ist - meist nicht abgeschoben. Nur 345 abgelehnte Asylbewerber oder wegen schwerer Straftaten und anderer Gründe ausreisepflichtig gewordene Türken wurden im ersten Halbjahr 2023 laut Zahlen des Bundesinnenministeriums in ihre Heimat zurückgebracht. Laut Landesbeamten sind unter den ankommenden Türken immer häufiger Familien mit Kindern, und nicht - wie in der Vergangenheit - überwiegend allein reisende Männer. Es handele sich häufig offensichtlich nicht um Personen mit Aussicht auf Asyl, sondern um Menschen, die nach dem Sieg der Erdogan-Partei AKP und wegen der Wirtschaftsschwäche ihres Landes nach Deutschland auswandern möchten.

Türken reisen wie Syrer und die übrigen Asylsuchenden überwiegend unerlaubt aus sicheren Nachbarländern ein. Nach dem seit Jahren geltenden, aber kaum umgesetzten EU-Asylsystem müssten sie in der Regel in den für sie

Asylanträge auf Jahreshoch Im laufenden Jahr sind bereits mehr als 267.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen

zuständigen Staat zurückgebracht werden, was nur wenige Tausend Male pro Jahr gelingt. Dennoch verzichtet die aktuelle Regierung wie die vorige weitgehend darauf, diese unerlaubten Weiterreisen zu unterbinden.

Im Beschluss des Asylgipfels der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers vom Dienstag findet sich diesbezüglich folgende Ankündigung: "Das Weiterziehen von Flüchtlingen innerhalb der EU muss konsequent verhindert werden. Soweit Binnengrenzkontrollen erfolgen, nutzt die Bundespolizei diese schon jetzt dazu, Flüchtlinge, die aus einem anderen EU-Mitgliedstaat einreisen, an der deutschen Grenze entsprechend den rechtlichen Grundlagen zurückzuweisen."

Auf WELT-Anfrage an das Bundeskanzleramt, ob nun tatsächlich bei der unerlaubten Einreise aufgegriffene Asylsuchende offiziell zurückgewiesen werden, dementiert ein Sprecher: "Schutzbegehrende Drittstaatsangehörige sind grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung zum Zwecke der Prüfung asylrechtlicher Belange einschließlich etwaiger Überstellungen in andere EU-Mitgliedstaaten nach Maßgabe der Dublin-Verordnung weiterzuleiten." Es bleibt also entgegen der irreführend formulierten Passage im Beschlusspapier bei weitgehend offenen Grenzen für Asylbewerber.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 8, 2023

End of Document

Migration: Grüne stellen Forderungen an Ministerin Faeser; Regeln für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu Arbeit und Unterkunft sollen künftig auch für Asylzuwanderer gelten

Die Welt

Montag 6. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 26

Length: 1033 words

Byline: Claudia Kade

Body

Angesichts des wachsenden Zuzugs von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und Asylzuwanderern aus anderen Staaten erheben die Grünen Forderungen an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Neben der Verteilungs- und der Aufnahmefrage sei bei der Integrationsoffensive noch mehr drin, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Filiz Polat, WELT.

"Wir wollen endlich, dass Geflüchtete nicht mehr verpflichtet werden, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen, obwohl sie bei Verwandten unterkommen könnten." Damit würden zügig freie Kapazitäten geschaffen, die Integration erleichtert und die Unterbringung in Turnhallen vermieden. "Wir wollen, dass Arbeitsverbote für Geflüchtete - gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels - endlich der Vergangenheit angehören", so Polat. "Die entsprechende Gesetzesreform muss die Innenministerin nun zügig auf den Weg bringen." Schon heute dürfen anerkannte Flüchtlinge in Deutschland arbeiten, allerdings gibt es Einschränkungen für Asylbewerber in den ersten Monaten des Verfahrens und für geduldete Migranten, die nicht abgeschoben werden können.

Die zunehmend angespannte Lage bei der Aufnahme von Migranten gebiete es, die gesamtstaatlichen Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Unterbringung und Verteilung ständig neu zu justieren, so Polat. Der Wunsch nach einem "Flüchtlingsgipfel" mit dem Kanzler, den die Kommunen und auch die Unionsfraktion gefordert haben, sei berechtigt. Dabei dürfe es jedoch nicht darum gehen, das Grundrecht auf Asyl infrage zu stellen, sagte Polat. Die jüngsten Zahlen zeigten, dass neben der Ukraine die wichtigsten Herkunftsländer von Asylzuwanderern die Hauptkriegsgebiete Syrien, Afghanistan, Irak und Iran seien und zudem viele politisch Verfolgte aus der Türkei kämen.

Belit Onay (Grüne), Oberbürgermeister von Hannover, forderte eine bessere und dauerhafte Unterstützung durch Bund und Länder für Städte und Landkreise. "Allerdings darf eine akute Belastungssituation der Kommunen nicht dazu führen, dass eine zeitgemäße und moderne Zuwanderungspolitik diskreditiert wird", sagte Onay WELT. "Wir brauchen mehr Migration von Menschen aus Drittstaaten, die sich in Deutschland niederlassen wollen - allein

Migration: Grüne stellen Forderungen an Ministerin Faeser Regeln für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu Arbeit und Unterkunft sollen künftig auch für Asylzuwa....

schon aus wirtschaftlichen und demografischen Gesichtspunkten. Und wir brauchen bessere Integrationsangebote für Geflüchtete." Bei den Flüchtlingen aus der Ukraine habe sich gezeigt, wie wichtig es sei, dass sie finanziell bessergestellt worden seien als nach den Regeln des Asylbewerberleistungsgesetzes. "Auch eine menschlich gebotene Familienzusammenführung darf nicht an mangelnden Kapazitäten der Kommunen scheitern." Hannover stelle sich darauf ein, dauerhaft mehr Menschen aufnehmen und integrieren zu müssen. "Anhaltende Fluchtbewegungen und Zuwanderung sind keine Ausnahmen mehr."

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese verwies darauf, dass Innenministerin Faeser bereits ein Spitzentreffen zur Migration initiiert habe. Ein weiteres sei jederzeit machbar: "Die aktuelle Lage ist für die Städte und Gemeinden aufgrund des Krieges in der Ukraine und dem generellen Fluchtgeschehen zweifelsohne herausfordernd. Acht von zehn Geflüchteten kommen dabei aktuell aus der Ukraine." Wiese appellierte jedoch auch an die Verantwortung der Bundesländer. "Denn derzeit werden die Flüchtlinge oftmals direkt an die Kommunen weitergeleitet. Zusätzliche Landesaufnahmekapazitäten könnten wichtige Entlastungen schaffen." Das CDU-geführte Nordrhein-Westfalen etwa komme dem nicht nach. Initiativen zur Begrenzung des Zuzugs seien angelaufen: eine verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern an der Grenze, eine Einschränkung der Visumspolitik Serbiens auf Druck der EU, das Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren und die Wiederbelebung des Verteilmechanismus auf europäischer Ebene.

Am Wochenende hatte der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), einen "Flüchtlingsgipfel" mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) verlangt. Dort müsse über eine "Begrenzung der Asylmigration und eine Lösung für Verteilung, Versorgung und Unterbringung" gesprochen werden", sagte Frei dem "Tagesspiegel am Sonntag". Die FDP wertete dies als Ablenkungsmanöver. "Schließlich haben die vielen Gipfel von der Union unter Frau Merkel uns die Suppe erst eingebrockt, die wir heute auslöffeln müssen", kritisierte der innenpolitische Sprecher Manuel Höferlin. "Im Gegensatz zur Union, deren Landespolitiker sich am ehesten aus der Verantwortung stehlen und gleichzeitig am lauesten nach dem Bund rufen." Von zusätzlichen Mitteln für Länder und Kommunen über die Beschleunigung der Asylklageverfahren bis zur Einrichtung eines Sonderbeauftragten für Migrationsabkommen habe die Ampel-Koalition in einem Jahr "mehr zur Problemlösung beigetragen als die Union in den zehn Jahren davor". Der Bund werde mit dem zweiten Migrationspaket den nächsten Schritt zur Neuordnung des Einwanderungsrechts gehen, das legale Einwanderung ermögliche, illegale begrenze und auch "konsequent abschiebt", sagte Höferlin WELT.

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel nannte die Forderung aus der Union nach einem Gipfeltreffen "unnützes Blendwerk von einer Partei, die spätestens seit 2015 in der Frage ohnehin jede Glaubwürdigkeit verloren hat". Die Bundesregierung müsse zuallererst an der Grenze handeln: Illegale Grenzübertritte aus sicheren Drittstaaten seien gemäß der Dublin-Vereinbarung zu unterbinden und nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer unverzüglich abzuschieben. "Das ist nach geltender Rechtslage problemlos möglich und würde sofort Druck von den Kommunen nehmen", so Weidel.

Die Linke wandte sich klar gegen eine Begrenzung der Migration. Stattdessen solle nach dem Vorbild der Regeln für die Ukraine-Flüchtlinge ein unbürokratischer Zugang zu Unterbringung, zum Arbeitsmarkt und zu Kinderbetreuung und Bildung geschaffen werden - "für alle Geflüchteten", sagte Clara Bünger, Sprecherin der Linke-Fraktion für Fluchtpolitik. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, "einen Paradigmenwechsel hin zu einer offenen und solidarischen Asylpolitik einzuläuten".

Anhaltende Fluchtbewegungen und Zuwanderung sind keine Ausnahmen Belit Onay (Grüne), Oberbürgermeister von Hannover

Original Gesamtseiten-PDF

Migration: Grüne stellen Forderungen an Ministerin Faeser Regeln für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu Arbeit und Unterkunft sollen künftig auch für Asylzuwa....

End of Document

Auf der Suche nach neuen Migrationsabkommen; Die Zahl der Ankünfte in Europa ist so hoch wie seit Langem nicht, besonders in Deutschland. Die Europäische Union scheint machtlos - jetzt nehmen viele Länder die Verhandlungen selbst in die Hand

Die Welt

Dienstag 5. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 172

Length: 1007 words

Byline: Carolina Drüten

Christoph B. Schiltz

Body

Athen und Brüssel

Friedrich Merz will nicht mehr warten - nicht auf die EU, die bei der Bewältigung der **Migrationsströme** nur schleppend Fortschritte macht, nicht auf die Bundesregierung, die in seinen Augen zu zögerlich gegen irreguläre Einwanderung vorgeht. Der CDU-Chef fordert, neben Moldau und Georgien auch Tunesien, Marokko, Algerien und Indien als sichere Herkunftsländer anzuerkennen, "damit wir sofort dorthin zurückführen können", wie er der Funke-Mediengruppe sagte.

Die Zahl der Ankünfte in Deutschland ist auf hohem Niveau, doch viele **Migranten** haben kein Bleiberecht. Abschiebungen scheitern häufig, weil die Herkunftsländer ihre Bürger nicht zurücknehmen. Merz' Forderung berührt also eine Schlüsselfrage. Doch die Deklarierung zu sicheren Herkunftsländern allein löst das Problem nicht. Auf europäischer Ebene lag die Zahl neuer **Asylanträge** im vergangenen Jahr so hoch wie seit den Spitzenwerten von 2015 und 2016 nicht mehr. Der Ukraine-Krieg hatte damit nur bedingt zu tun, denn ukrainische **Flüchtlinge** bekommen automatisch einen temporären Schutzstatus und müssen kein **Asyl** beantragen.

Deutschland ist mit Abstand das beliebteste Zielland. Rund ein Viertel aller Asylanträge innerhalb der EU entfielen im vergangenen Jahr auf die Bundesrepublik. Fast die Hälfte dieser Asylanträge wird nicht bewilligt, also entweder abgelehnt oder inhaltlich nicht bearbeitet, wenn etwa nach dem sogenannten Dublin-Verfahren ein anderer europäischer Staat für den Asylsuchenden zuständig ist. Abgelehnte Asylbewerber sind ausreisepflichtig, es sei denn, sie erhalten eine Duldung. Bleiben sie dennoch in Deutschland, können sie abgeschoben werden.

Auf der Suche nach neuen Migrationsabkommen Die Zahl der Ankünfte in Europa ist so hoch wie seit Langem nicht, besonders in Deutschland. Die Europäische Union s....

Doch daran hapert es. Im Juni lebten rund 280.000 ausreisepflichtige Menschen in Deutschland, von denen allerdings die meisten geduldet sind. Abschiebungen misslingen häufig auch deshalb, weil Herkunftsstaaten ihre Bürger nicht zurücknehmen. Eigentlich soll eine EU-Asylreform den Druck von den Mitgliedstaaten nehmen. Die Kernidee ist, den Zugang von Menschen ohne Anrecht auf Schutz zu reduzieren. Asylverfahren sollen bereits an der EU-Außengrenze innerhalb weniger Wochen und in geschlossenen Zentren durchgeführt werden.

Aber die Mitgliedstaaten können sich in wichtigen Punkten nicht einigen. Außengrenzstaaten wie Italien oder Griechenland wollen nur dann mehr Verantwortung tragen, wenn sie im Gegenzug auf die Unterstützung anderer EU-Länder zählen können, zum Beispiel durch einen EU-Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge. Dagegen sperren sich aber Länder wie Ungarn. Auch bei Rückführungsabkommen tut sich die EU schwer. Sie werden mit Staaten verhandelt, aus denen Asylbewerber mit geringer Schutzquote kommen, damit sie leichter abgeschoben werden können. Seit 2004 hat Brüssel 18 solcher Deals geschlossen. Das bekannteste besteht mit der Türkei, dem Haupttransitland für Migration aus dem Nahen und Mittleren Osten, weitere betreffen die Westbalkanstaaten und ehemalige Sowjetrepubliken, aber auch Russland, Hongkong und Kapverden. Wichtige Länder in Nordafrika fehlen. Eine Hürde etwa ist, dass alle EU-Länder zustimmen müssen.

Mit Tunesien, über das die meisten Migranten aus der Region über das Mittelmeer übersetzen, schloss Brüssel zwar diesen Sommer einen Deal - der offenbar in der Praxis nicht funktioniert. Migrationsexperte Gerald Knaus nennt es beim österreichischen Sender Puls 24 "in jeder Hinsicht gescheitert". Seit der Einigung zwischen Brüssel und Tunis "hat sich die Zahl der Menschen, die über das Meer kommen, drastisch erhöht". Zudem werde die wichtigste Frage nicht geklärt: "Jedes Konzept der Rücknahme fehlt", so Knaus. Das liege auch an der katastrophalen Menschenrechtslage im Land. Auch habe Tunesien wenig Interesse, Migranten zurückzunehmen.

Erst seit Kurzem fängt Brüssel an, neben Rückführungsabkommen auch auf Mobilitätsabkommen zu setzen, durch die Fachkräfte oder Studierende leichter in die EU einreisen können. So sollen die Deals attraktiver werden. Das Problem ist dabei, dass die meisten Migranten in Ländern wie etwa Rumänien ankommen, die Fachkräften aus Drittländern wie Marokko kaum erstrebenswerte Arbeitsmöglichkeiten bieten. Im Gegenzug müsste aber Marokko viele abgelehnte Asylbewerber von dort zurücknehmen.

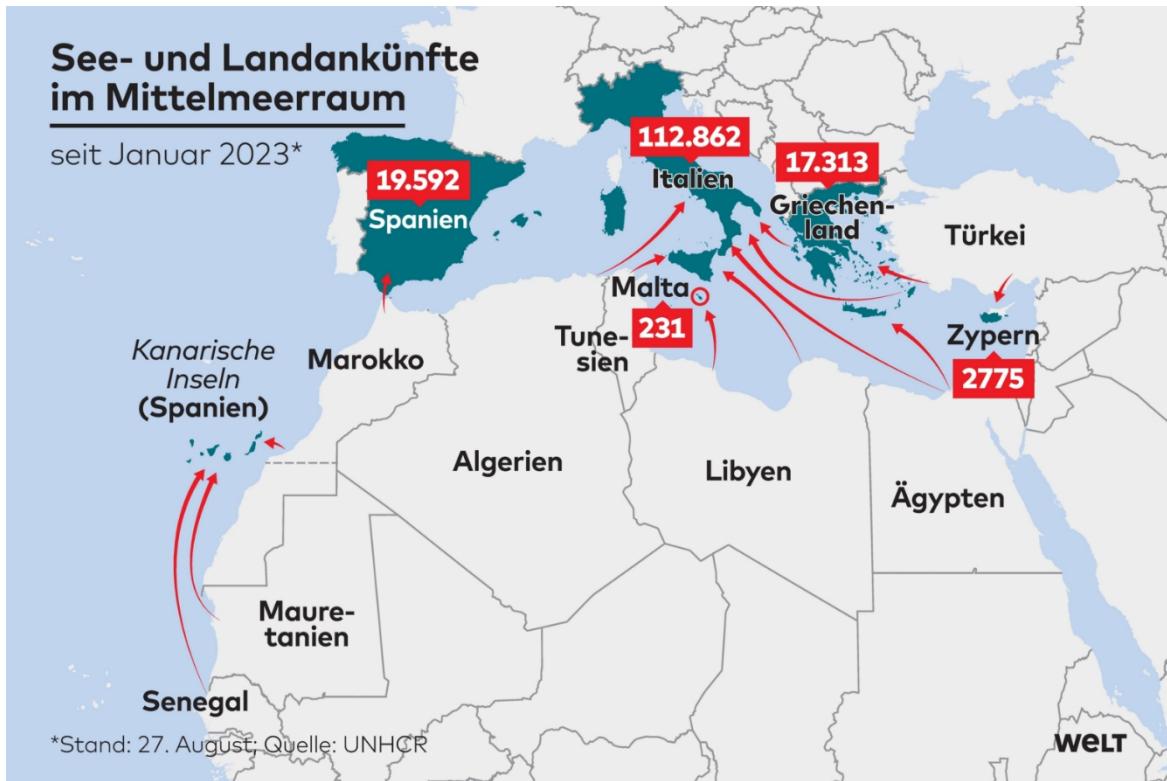
In dieser komplexen Gemengelage starten einige EU-Länder Alleingänge. Mit Marokko etwa haben bisher Österreich und Spanien als einzige EU-Länder ein umfangreiches Migrations- und Mobilitätsabkommen; Wien schloss kürzlich auch mit Indien einen solchen Deal. Die beiden Drittländer gehören zu jenen, für die CDU-Politiker Merz einen Status als sicheren Herkunftsstaat gefordert hatte.

Tatsächlich verhandelte die deutsche Bundesregierung bereits erfolgreich mit Neu-Delhi; seit Dezember besteht ein Abkommen mit einer Rückführungs- und einer Mobilitätskomponente. Spürbare Effekte blieben aber zunächst aus. Im ersten Quartal dieses Jahres führte Deutschland gerade einmal 13 Menschen nach Indien zurück. Sachsen-Anhalt hätte zu den Bundesländern gehören müssen, die von dem Abkommen mit am meisten profitieren, denn dort halten sich verhältnismäßig viele ausreisepflichtige Inder auf.

Der zuständige Referatsleiter des dortigen Innenministeriums, Volker Harms, sagte jedoch gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", dass sich die indischen Behörden nicht kooperativ verhalten würden - trotz des Abkommens. "Am Vorgehen der indischen Botschaft hat sich bisher nichts geändert", sagte Harms. Allein die Deklarierung als sicheres Herkunftsland nützt allerdings wenig, wenn der jeweilige Staat die abgelehnten Asylbewerber nicht aus Deutschland zurücknimmt. Das Beispiel Indien zeigt, dass auch umfassende Abkommen keine Allround-Lösung sind.

Friedrich Merz hätte das wissen können - schließlich bemängelte sein Parteigenosse und Bundestagsabgeordneter Alexander Throm Ende April genau dies. Solche Abkommen, sagte er, seien "eben nicht das Wundermittel, wie die Ampel seit Monaten behauptet". Viel wichtiger sei es, Druck auf die Herkunftsstaaten auszuüben, die sich querstellen. Leichter gesagt als getan.

Auf der Suche nach neuen Migrationsabkommen Die Zahl der Ankünfte in Europa ist so hoch wie seit Langem nicht, besonders in Deutschland. Die Europäische Union s....



Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 4, 2023

End of Document

Europas kollektive Asylrechtsverschärfung; Diskussion über eine gemeinsame Migrationspolitik. Doch einige Länder haben längst eine härtere Gangart eingelegt

Die Welt

Montag 31. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 146

Length: 1477 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Martina Meister

Marc Pfitzenmaier

Philipp Fritz

Mandoline Rutkowski

Body

Tagelang hatte die niederländische Regierung hitzig debattiert, vor drei Wochen zerbrach das Kabinett von Ministerpräsident Mark Rutte dann trotz einer Krisensitzung am Streit über die **Asylpolitik**. Ruttes konservative VVD-Partei hatte geplant, die Aufnahme von **Asylsuchenden** zu begrenzen: Kinder von Kriegsflüchtlingen sollten mindestens zwei Jahre bis zum Nachzug ihrer Familien warten. Zudem sollte es eine monatliche Obergrenze für den Familiennachzug geben. Das ging den Koalitionspartnern zu weit. Neuwahlen werden nun für den Herbst erwartet, solange bleibt die Regierung geschäftsführend im Amt. Rechtspopulist Geert Wilders machte bereits klar, dass er das Thema **Migration** ganz oben auf die Tagesordnung setzen wird: "Wir sind die Partei, die eine Mehrheit für eine deutliche Reduzierung des Zustroms von **Asylbewerbern** sicherstellen kann". Auch in anderen europäischen Ländern wird über eine angemessene **Asylpolitik** debattiert, nicht zuletzt seitdem die Europäische Union umfassende Reformen angekündigt hat. Ein Überblick zeigt, wie die Stimmung in wichtigen europäischen Ländern ist - sowohl in der Regierung als auch in der Bevölkerung.

Österreich

Europas kollektive Asylrechtsverschärfung Diskussion über eine gemeinsame Migrationspolitik. Doch einige Länder haben längst eine härtere Gangart eingelegt

Migration ist immer noch ein beherrschendes Thema in Österreich - obwohl die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr deutlich zurückgegangen ist und am Ende des Jahres bei rund 40.000 liegen dürfte (2022: 112.272). Der Rückgang hat auch mit der Politik der konservativen Regierungspartei ÖVP zu tun, die ein Abkommen mit Indien geschlossen hat und zugleich durchsetzen konnte, dass Serbien weniger freizügig Visa an Drittstaatler vergibt. Doch die Konservativen können davon nicht richtig profitieren. Die rechtsnationalen FPÖ hat - vor allem dank des Migrationsthemas - in den Umfragen durchschnittlich acht Prozentpunkte Vorsprung und könnte im kommenden Jahr erstmals in ihrer Geschichte den Kanzler stellen. Überfüllte Aufnahmezentren, geschlossene Turnhallen und Verzögerungen an den Schulen wegen mangelnder Deutschkenntnisse vieler Neuankömmlinge werden in der Öffentlichkeit breit debattiert. Christoph B. Schiltz

Frankreich

In Frankreich dominiert das Thema Migration schon seit Jahrzehnten die politische Debatte. Dafür hat der Front National gesorgt. Für die Partei der Le Pens, die heute Rassemblement National heißt, ist eine strenge Beschränkung der Zuwanderung die zentrale politische Forderung. Seitdem mit Emmanuel Macrons Renaissance eine neue Zentrumspartei existiert, die rechts und links zugleich sein will, driften die französischen Konservativen in der Migrationsdebatte weit nach rechts ab. Es ist der Versuch, neben Macron zu überleben und Le Pen rechts zu überholen. Mit der Parole "Wir müssen die Kontrolle zurückgewinnen" werben Les Républicains (LR) seit Monaten für ein verschärftes Einwanderungsgesetz. Sie fordern - wie der RN - eine Verfassungsänderung, um sich über EU-Regeln hinwegsetzen zu können. Auch Macrons Regierung plant seit September ein neues Einwanderungsgesetz. Seither ist es immer wieder verschoben worden. Weil dem Präsidenten die Mehrheit im Parlament fehlt, ist er auf die Stimmen der Konservativen angewiesen. Doch die wollen noch viel weiter gehen als die Regierung. Martina Meister

Schweden

In Schweden konnten Rechte und Konservative die sozialdemokratische Minderheitsregierung über das Thema Migration zu Fall bringen. Das Land, das lange für die liberalste Einwanderungspolitik Europas stand, hatte zuvor bereits im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 einen Wandel vollzogen und seine Asylpolitik verschärft. Jedoch lange nicht so stark, wie es Konservative und vor allem die rechtsnationalen Schwedendemokraten forderten. Die Rechten profitieren von den immer häufigeren Schlagzeilen über die grassierende Bandenkriminalität in migrantisch dominierten Vorstädten, die auch unbeteiligte Todesopfer fordert. Viele Jahre hatte die sozialdemokratische Regierung keine echten Antworten auf das Problem gefunden. Unter Magdalena Andersson vollzog die Partei zwar eine eilige Zeitenwende hin zu einem härteren Ton in Sachen Asyl und der inneren Sicherheit. Doch dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Wähler wurde ihre Regierung damit nicht gerecht. Bei der Wahl im September wurden die Rechtsnationalen stärkste Kraft, heute regiert ein konservatives Bündnis, das von den Schwedendemokraten geduldet wird und ihnen großen Einfluss auf die Migrationspolitik gewährt. Diese wird nun konstant verschärft, etwa in Hinblick auf die Einbürgerung und bei der Frage, wer in Schweden künftig überhaupt noch Asyl beantragen kann. Marc Pfitzenmaier

Dänemark

Im Nachbarland Dänemark dürfte die Migrationsfrage bei der Wahl im November keine dominante Rolle spielen. Das liegt vor allem daran, dass Ministerpräsidentin Mette Frederiksens ihre Socialdemokraterne schon vor Jahren mit einem rigorosen Kurs bei Integration und Migration nach rechts verschoben hat. Mit dieser Linie konnten sich ihre Sozialdemokraten bei der Wahl 2019 als stärkste Kraft durchsetzen und der rechtsnationalen Dänischen Volkspartei entscheidende Stimmen abjagen. Die Rechten kommen heute nur noch knapp über die Zwei-Prozent-Hürde ins Parlament. Frederiksens Regierung gab das Ziel von "Null Migration" aus und führte in den vergangenen Jahren teils umstrittene Maßnahmen ein. Die durch eine jahrzehntelang vermasselte Migrationspolitik gewachsenen Parallelgesellschaften will sie sogar mit Zwangsumsiedlungen bekämpfen. Diese vor ein paar Jahren noch als rigoros angesehenen Maßnahmen sind mittlerweile im politischen Mainstream angekommen und werden von einem großen Teil der Bevölkerung mitgetragen. Bei der letzten Wahl erzielte Frederiksens Partei ihr bestes Ergebnis seit 20 Jahren. Marc Pfitzenmaier

Europas kollektive Asylrechtsverschärfung Diskussion über eine gemeinsame Migrationspolitik. Doch einige Länder haben längst eine härtere Gangart eingelegt

Polen und Ungarn

Polens nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) steht im Ruf, eine besonders harte Migrationspolitik zu betreiben. Für das Zurückweisen von Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika an der Grenze zu Belarus und den Bau einer meterhohen Mauer eben dort wird sie regelmäßig von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Auch Oppositionsführer Donald Tusk übt Kritik an der Migrationspolitik der PiS - doch hält er sie für zu lasch. Gerade erst warf er der Regierung in einem Wahlkampfvideo vor, Zehntausende Menschen "aus muslimischen Ländern" nach Polen gelassen zu haben. Die Zahlen sind umstritten. Tusk jedoch zeigt auf, dass in Polen Regierung wie Opposition Zuwanderung aus Ländern außerhalb Europas weitgehend ablehnen. Das Gleiche gilt für Ungarn. Beide Länder haben zwar viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen - Polen gar die meisten in Europa - oder werben Arbeitskräfte etwa in Asien an. Doch einen europäischen Verteilungsschlüssel für Migranten lehnen die Regierungen in Warschau und Budapest ab. Das entspricht zumeist auch der Stimmung in der Bevölkerung. Das Thema Migration wird von den Parteien häufig in Abgrenzung zum Westen der EU ausgenutzt. Bilder von Ausschreitungen wie zuletzt aus Frankreich oder Nachrichten über Attacken in deutschen Regionalzügen werden damit vermengt und entsprechend instrumentalisiert. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán oder die polnische PiS werben damit, jene "deutschen oder französischen Zustände" nicht zuzulassen. Philipp Fritz

Großbritannien

Mit dem "Take Back Control"-Slogan versprach der frühere Premier Boris Johnson die Einwanderung nach Großbritannien zu kontrollieren. Dreieinhalb Jahre nach dem offiziellen EU-Austritt sieht die Realität auf der Insel anders aus. Mit 606.000 Einwanderern ist die Netto-Migration so hoch wie nie, gleichzeitig fehlen in Kernsektoren essenzielle Arbeitskräfte. Lieber konzentriert sich die Regierung des konservativen Rishi Sunaks jedoch auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung über den Ärmelkanal, die im vergangenen Jahr rund 45.000 Menschen ausmachte. An dem dafür eingebrochenen "Illegalen Einwanderungsgesetz" ist jedoch ein innerparteilicher Streit entbrannt. Es sieht vor, alle Menschen, die über diese Route ankommen, in das ostafrikanische Land Ruanda abzuschieben und ihnen das Rückkehrrecht zu verwehren. Laut einer im März durchgeföhrten YouGov-Umfrage sprechen sich 32 Prozent der Bevölkerung für das Gesetz aus. Während Tory-Hardliner auf die vermeintliche Notwendigkeit des Gesetzes pochen, hat sich eine Gruppe gemäßigter Konservative um die ehemalige Premierministerin Theresa May dagegen ausgesprochen. Insbesondere die Inhaftierung von Kindern und schwangeren Frauen sowie die Gleichstellung aller Einwanderer unabhängig von ihrer Fluchtgeschichte werden scharf kritisiert. Obwohl das Innenministerium die Inhaftierungszeiten als Reaktion auf die innerparteiliche Kritik verkürzt hat, stellt sich May weiter gegen das Gesetz. Es würde "mehr Menschenhändlern ermöglichen, tätig zu sein und Geld aus menschlichem Elend zu verdienen." Auch die Labour-Partei spricht sich gegen das Gesetz aus. Mandoline Rutkowski

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Mittlerweile im Zentrum nationaler Debatten in den EU-Staaten: Ankommende Flüchtlinge, wie hier in Niedersachsen

Load-Date: July 31, 2023

Faesers Flüchtlingsplan dürfte Italien nicht gefallen; Berlin will EU-Migrationspolitik reformieren - mit Asylzentren an den Außengrenzen. Das widerspricht einem Wahlversprechen von Meloni

Die Welt

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 90

Length: 996 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Beim Flüchtlingsgipfel am Mittwoch wird es nicht nur darum gehen, wie Bund und Länder die Herausforderung der vielen Neuankömmlinge besser bewältigen können, sondern auch, wie die Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer Ebene reformiert werden kann. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte im Vorfeld, er hoffe, dass eine Reform noch in der aktuellen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments gelingen werde - also bis Frühjahr 2024.

Dieses Ziel will auch Parteikollegin und Innenministerin Nancy Faeser erreichen. Kürzlich verkündete sie, die Ampelregierung habe sich auf einen Plan zur Lösung des europäischen Migrationsproblems geeinigt. Er sieht schnelle Asylverfahren, schnelle Abschiebungen und einen automatischen Verteilungsmechanismus für die anerkannten Bewerber vor. Sein Kern aber ist die "verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen", wie Faeser vor ein paar Tagen dem "Handelsblatt" sagte. In Transitzentren vor Ort soll in nur knapp drei Monaten überprüft werden, ob die Migranten einen Anspruch auf Asyl haben, um sie bei einem negativen Bescheid möglichst schnell abschieben zu können.

Dieser Plan Faesers ist nicht nur eine neue politische Gangart, denn zuvor hatte es die Politikerin vorgezogen, anstelle von Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen über menschenwürdige Asylpolitik zu sprechen. Er dürfte gleichzeitig auch deutlich schwieriger durchzusetzen sein als Faeser es darstellt. Denn sein Kern steht im krassen Gegensatz zu den Wahlversprechen der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni - die immerhin eins der Schlüsselländer an den EU-Außengrenzen regiert. Und damit eines der Länder, in denen nach Faesers Vorstellung die Transitzentren aufgebaut werden sollen.

Der deutschen Innenministerin zufolge wären Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland aber auch Litauen oder Polen in der Pflicht, die Migranten zu registrieren und ihren Asylanspruch zu prüfen. Im Gegenzug würden die

Faesers Flüchtlingsplan dürfte Italien nicht gefallen Berlin will EU-Migrationspolitik reformieren - mit Asylzentren an den Außengrenzen. Das widerspricht einem....

anderen EU-Länder sich verpflichten, ihnen die anerkannten Asylbewerber automatisch abzunehmen und sie bei den Abschiebungen zu unterstützen. Meloni hatte im Wahlkampf allerdings versprochen, entsprechende Transitzentren außerhalb der EU-Grenzen aufzubauen zu wollen. Aus italienischer Sicht müssten sie also in den Herkunfts- oder Transitländern wie Libyen oder Tunesien stehen, von wo aus die meisten Migranten aufbrechen, um über das Mittelmeer nach Italien zu gelangen.

Entsprechend reagierte Annalisa Tardino, die für die regierende Lega-Partei im Libe-Ausschuss des EU-Parlaments sitzt, der sich auch mit Migrationsthemen befasst, auf Nancy Faesers Vorschlag. Sie begrüßte, dass die deutschen Sozialdemokraten in der Migrationsthematik endlich mit der Lega übereinstimmten, so Tardino auf Anfrage von WELT. Um das Migrationsphänomen kurzfristig einzudämmen, sei es allerdings notwendig, außerhalb der EU aktiv zu werden. "Für uns hat es Priorität, die Abfahrten zu stoppen", sagte Tardino. "Wir fordern seit Langem, dass Asylverfahren vor der Einreise in europäisches Hoheitsgebiet durchgeführt werden." Ziel sei, von der Einwanderung abzuschrecken und diese mit der Zeit auf jene Migranten zu beschränken, die ein Anrecht auf Asyl hätten.

Meloni dürfte dem Plan aus Berlin auch deshalb nicht zugeneigt sein, weil ein weiteres Motto ihres Wahlkampfes - und ihrer vorherigen Oppositionsarbeit - gelautet hatte, Italien dürfe nicht das "Flüchtlingscamp Europas" werden. Mit Faesers Plan könnte aber genau das geschehen: Denn denkt man ihn bis zum Ende durch, ist klar, dass die Asylprüfung in Transitzentren an den EU-Außengrenzen mit anschließender Abschiebung nur dann ein schlüssiges Konzept ist, wenn die Antragsteller die Zentren nicht verlassen. Italien würde sich also im Namen der EU Haftzentren für Migranten ins Land stellen.

Schwer vorstellbar, dass Meloni das zulassen wird. Denn schon jetzt ist die Migration eines der größten Probleme ihrer Regierung: Die Ankünfte über das Mittelmeer haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht - und das, obwohl die neue Regierungschefin versprochen hatte, die illegale Migration zu unterbinden. Um Härte zu zeigen, beschloss Melonis Regierung zwar kürzlich, mehr Abschiebezentren zu errichten. Derzeit gibt es neun solcher Einrichtungen im Land, in denen abgelehnte Asylbewerber bis zu ihrer Abschiebung festgehalten werden. Nach dem Willen der Regierung sollen daraus bald 20 werden: eines in jeder Region.

Dass Italien in diesen Zentren aber bald die gesamten Asylanträge aller an kommenden Migranten abwickeln könnte, ist mehr als unwahrscheinlich. Denn derzeit zeichnet sich Melonis Migrationspolitik dadurch aus, dass sie den Großteil der in Italien an kommenden Menschen unregistriert in die Partnerländer weiterreisen lässt: allen voran nach Frankreich, Österreich und Deutschland, und zwar sehr zu deren Ärger.

Korrekt ist indes, dass Faeser auf EU-Ebene eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat, der neben Frankreich und Deutschland auch Italien und Spanien angehören, und in der nach einer Lösung für die dringend benötigte Reform der EU-Migrationspolitik gesucht wird. Das italienische Innenministerium bestätigte auf Anfrage die Teilnahme, betonte jedoch, dass es handle sich nur um "Vorbereitungstreffen" für die nächste Konferenz der EU-Innenminister im Juni. "Im Moment gibt es keine Einigung." In den kommenden Wochen sei außerdem ein Treffen zwischen Faeser und ihrem italienischen Kollegen Matteo Piantedosi geplant, um das Thema zu vertiefen.

Zu diesem Termin müsste Faeser sehr gute Argumente mitbringen, um Piantedosi von ihrem Vorschlag zu überzeugen: Einerseits würde Italien sich den Bau solcher Zentren sicherlich teuer von den EU-Partnern bezahlen lassen. Gleichzeitig könnte Meloni daran interessiert sein, mithilfe der EU ein anderes ihrer Wahlversprechen wahrzumachen: Den verstärken Schutz der europäischen Außengrenze auf dem Mittelmeer - etwa mit einer neuen gemeinsamen EU-Mission.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 9, 2023

**Zuwanderung: Grüne und FDP fordern bessere Verteilung;
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) berät heute mit EU-Kollegen
über die Asylpolitik**

Die Welt

Freitag 24. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 60

Length: 833 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

FDP und Grüne haben die Bundesinnenministerin aufgefordert, sich für eine bessere Verteilung von **Migranten** in der EU einzusetzen. Es sei gut, dass sich Nancy Faeser (SPD) am Freitag mit anderen Staaten zur **Migrationspolitik** austausche, sagte der FDP-Innenexperte Stephan Thomae WELT. Sie müsse nun aber alles dafür tun, dass es "nicht nur bei Gesprächen bleibt, sondern dass konkrete Ergebnisse dabei herauskommen". Aktuell gebe es eine "sehr unterschiedliche Verteilung" von **Flüchtlingen** innerhalb der EU, insbesondere in Bezug auf die Ukraine-**Flüchtlinge**. "Das kann nicht so bleiben."

Grünen-**Migrationsexperte** Julian Pahlke erklärte: "Bei dem Treffen muss vereinbart werden, dass Menschenleben gerettet und Grundrechte geschützt werden." Deutschland sei eines der größten Länder in der EU und als Gründungsmitglied "stets ein starker Fürsprecher europäischer Grundwerte" gewesen. Faeser stehe nun vor der Aufgabe, "zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten zu vermitteln und gleichzeitig die Achtung des Rechts auf **Asyl** sicherzustellen". Faeser hat für diesen Freitag ihre Amtskollegen aus Frankreich, Italien, Schweden, Spanien und Belgien eingeladen, um über das Gemeinsame Europäische **Asylsystem** (GEAS) zu beraten. Ziel sei es, "im persönlichen Gespräch Verständnis für die jeweiligen Positionen zu erlangen", sagte SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. Darauf aufbauend wolle man Möglichkeiten für ein weiteres Vorankommen bei der GEAS-Reform ausloten. Diese solle dann noch nächstes Jahr abgeschlossen werden.

Pläne für eine neue europäische Migrationspolitik gibt es seit Jahren. Die Umsetzung aber stockt, weil die Interessen der Länder stark unterschiedlich sind. Die Mittelmeerstaaten wollen eine bessere Verteilung der Migranten, die bei ihnen ankommen. Staaten in Osteuropa haben oftmals kein Interesse daran, Migranten aus Drittstaaten in größerer Zahl aufzunehmen. Als die EU-Kommission 2020 ein großes Paket zur Neuordnung der Migrationspolitik vorstellte, passierte lange nichts. Allerdings hat es in den vergangenen Monaten in einigen Bereichen doch Fortschritte gegeben - an die Faeser nun offenbar anknüpft.

Zuwanderung: Grüne und FDP fordern bessere Verteilung Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) berät heute mit EU-Kollegen über die Asylpolitik

So einigten sich die EU-Innenminister im Sommer auf einzelne Aspekte des Migrationspakets; etwa darauf, dass alle irreguläre Migranten bei Einreise in die EU "gescreent" werden - was Sicherheits-, Identitäts- und Gesundheitskontrollen umfasst. Auch sollen mehr Daten von Asylbewerbern in der gemeinsamen Datenbank Eurodac gesammelt werden. Das Europäische Parlament muss den Plänen noch zustimmen. Die größte Herausforderung bleibt indes bestehen: "Bei den Fragen, wie die Asylverfahren an der Grenze laufen sollen und wie die Migranten innerhalb der EU verteilt werden, gibt es weiterhin keine Einigung", sagte der Migrationsexperte Lucas Rasche von der Berliner Hertie School.

Geht es nach Sozialdemokrat Wiese, sollten die EU-Staaten von einer gleichmäßigen Verteilung ohnehin Abstand nehmen: "Mitgliedstaaten, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, können wir auch keine aufnötigen." Denkbar sei, dass der Beitrag zu Solidarität auf anderem Wege geleistet werde. Schon der Vorschlag der EU-Kommission von 2020 sah vor, dass sich Staaten, die keine Migranten aufnehmen wollen, bei Rückführungen engagieren könnten. "Auch wäre eine Kopplung an finanzielle Mittel denkbar", so Wiese. "Wer aufnimmt, bekommt mehr Mittel aus dem Haushalt."

Allerdings sind Migrationsexperten skeptisch, dass es zeitnah eine Lösung geben werde. Durch die Aufnahme der vielen Ukraine-Flüchtlinge sei in vielen Ländern "die Tendenz gestiegen, noch mehr auf Abschottung gegenüber Asylsuchenden aus anderen Regionen zu setzen", sagte Rasche. Vera Hanewinkel, Migrationsforscherin an der Universität Osnabrück, verweist auf Verteilungsversuche, die bislang wenig erfolgreich gewesen seien. So einigten sich zwar einige Mitgliedstaaten im Sommer darauf, aus Seenot Gerettete von Italien aufzunehmen. Als es Streit gab, stieg Frankreich aus dem Mechanismus aber sofort aus. Schließlich könnte ein Verteilsystem auch an Zuwanderern selbst scheitern, wie Migrationsexperte Matthias Lücke vom Kieler Institut für Weltwirtschaft sagte. "Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass anerkannte Flüchtlinge aus Griechenland ganz legal nach Deutschland weiterreisen, weil sie hier Sozialhilfe bekommen und in Griechenland nicht." Diese Weiterreisen ließen sich nicht unterbinden, weil deutsche Gerichte entschieden hätten, dass die Menschen nicht nach Griechenland zurückgeschickt werden können.

Dass sich Faeser des Themas nun dennoch erneut annimmt, dürfte auch mit Zeitdruck zusammenhängen. Im kommenden Frühjahr wird das Europäische Parlament neu gewählt; danach könnte die EU-Kommission neu aufgestellt werden. Vor allem haben dann mehrere Staaten die Ratspräsidentschaft inne, die bislang eher auf nationale denn europäische Lösungen setzten - etwa Ungarn und Polen. Ein Mitglied des EU-Parlaments: "Wenn es nicht jetzt klappt, weiß ich nicht, wann es klappen soll."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 23, 2023

End of Document

Weltweit setzt sich eine harte Migrationspolitik durch; In vielen Ländern herrschte lange eine große Willkommenskultur. Doch die ungezügelte Migration bringt Probleme mit sich. Überall hat ein Kurswechsel stattgefunden

Die Welt

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 247

Length: 1506 words

Body

Westliche Staats- und Regierungschefs ringen mit der Frage, wie sie mit den beiden geschichtsbestimmenden Kriegen im Nahen Osten und in der Ukraine umgehen sollen. Doch es gibt noch ein anderes Problem, das viel näher vor der eigenen Haustür liegt und Regierungen in Europa und Amerika ins Wanken bringt: **Migration**.

Rishi Sunak, Vereinigtes Königreich

In Großbritannien steht der konservative Premierminister Rishi Sunak von Mitgliedern der eigenen Partei unter Druck. Sie befürchten, von ihren Wählern dafür abgestraft zu werden, dass die Regierung das Thema Einwanderung nicht in den Griff bekommt. Er hat das Versprechen, "die Boote zu stoppen", zum Hauptanliegen seiner Amtszeit gemacht. Damit hat er in seiner ohnehin gespaltenen Partei einen erbitterten Streit darüber entfacht, wie weit Großbritannien gehen sollte. Im Rahmen von Sunaks Abkommen hat sich Ruanda zur Aufnahme von **Asylsuchenden** bereit erklärt, die in kleinen Booten an der britischen Küste landen. Der Premierminister meint, dass diese Praxis **Migranten** von der Überfahrt nach Großbritannien abhängt. Doch der Oberste Gerichtshof in London hat das Vorhaben gekippt und Sunaks Tories können sich nicht einigen, wie es weitergehen soll. Nachdem der britische Premierminister am vergangenen Dienstag eine katastrophale Rebellion im Parlament abgewendet hat, steht ihm Anfang kommenden Jahres ein harter Kampf im Parlament um sein Ruanda-Gesetz bevor. Sunak bleibt nicht mehr viel Zeit, um eine Lösung zu finden. Für den kommenden Herbst werden Wahlen erwartet.

Emmanuel Macron, Frankreich

Der französische Präsident hat einen unerwarteten Rückschlag erlitten, als das Unterhaus des Parlaments vergangene Woche sein wichtiges Einwanderungsgesetz ablehnte. Nachdem er 2023 bei den Parlamentswahlen die Mehrheit verloren hat, ist es für Macron schwierig geworden, Gesetze durch die Nationalversammlung zu bringen. Mehr als einmal war er gezwungen, sich auf die Stimmen der rechten Partei Les Républicains zu verlassen. Macrons Gesetzentwurf zur Einwanderung sollte mit einer sorgfältig konzipierten Mischung aus

Weltweit setzt sich eine harte Migrationspolitik durch. In vielen Ländern herrschte lange eine große Willkommenskultur. Doch die ungezügelte Migration bringt Pro....

repressiven und liberalen Maßnahmen sowohl den Konservativen als auch der linken Mitte gefallen. Doch die Nationalversammlung, die zwischen der Mitte, der Linken und der extremen Rechten gespalten ist, stimmte bereits am ersten Tag gegen das Gesetz. Jetzt sucht Macron nach einem Kompromiss.

Sollte keiner gefunden werden, könnte die rechtsextreme Partei "Rassemblement National" von Marine Le Pen Macrons Scheitern vor den Europäischen Parlamentswahlen im nächsten Juni zu ihrem Vorteil nutzen.

Joe Biden, Vereinigte Staaten

Die Einwanderungskrise ist eine der ärgerlichsten und am längsten anhaltenden innenpolitischen Herausforderungen für Präsident Joe Biden. Als er sein Amt antrat, versprach er, die Politik seines Vorgängers Donald Trump umzukehren und ein "faires und humanes" System zu schaffen. Doch der Kongress blieb auf seinem Plan für eine umfassende Einwanderungsreform sitzen. Das Weiße Haus erlebt einen Ansturm von Migranten an der südlichen Staatsgrenze, belastet durch ein jahrzehntelanges System, das moderne Migrationsmuster nicht bewältigen kann. In Washington haben republikanische Kongressmitglieder das Auslandshilfspaket des Präsidenten - einschließlich der Mittel für die Ukraine und Israel - an umfassende Änderungen der Grenzpolitik geknüpft, was das Weiße Haus in eine Zwickmühle bringt. Inzwischen erwägen Bidens Politiker Maßnahmen, die sie früher entschieden abgelehnt hätten. Der politische Druck hat sich auch auf die andere Seite ausgeweitet. Staaten und Städte - besonders von Demokraten geführte - drängen die Verantwortlichen in Washington, mehr zu tun. Sie verlangen zusätzliche Bundesmittel und eine Neugestaltung der Grenzpolitik im Süden, um weniger Asylsuchende in die USA zu lassen.

Olaf Scholz, Deutschland

Migration steht in Deutschland seit Monaten ganz oben auf der politischen Agenda. Die Zahl der Asylanträge ist auf dem höchsten Stand seit der durch den syrischen Bürgerkrieg ausgelösten Flüchtlingskrise 2015. Die Unfähigkeit, die Anzahl der Geflüchteten zu begrenzen - in einem Land, das zu den begehrtesten Zielen für Asylsuchende zählt - setzt den deutschen Kanzler Olaf Scholz unter enormen Druck. In der Hoffnung, die Zahl der Ankommenden zu verringern, hat Deutschland kürzlich wieder Grenzkontrollen zu Polen, der Tschechischen Republik und der Schweiz eingeführt. Ziel ist, die Geflüchteten zurückzuweisen, bevor sie deutschen Boden betreten. Doch trotz der Grenzkontrollen bleiben die Zahlen hoch, was der extrem Rechten zugutekommt. AfD erreicht in nationalen Umfragen einen Rekordwert. Seit sie im Juni Scholz' Sozialdemokraten überholt hat, konnte die AfD ihren Vorsprung noch weiter ausbauen und liegt in jüngsten Umfragen mit 22 Prozent an zweiter Stelle hinter den Mitte-Rechts-Christdemokraten.

Karl Nehammer, Österreich

Wie bei Scholz sind auch die Zustimmungswerte des österreichischen Regierungschefs Karl Nehammer (ÖVP) wegen der Migrationskrise stark gesunken. Österreich hat Maßnahmen ergriffen, um die Kontrollen an seinen südlichen und östlichen Grenzen zu verschärfen. Diese Maßnahmen führten zwar zu weniger ankommenden Asylsuchenden, aber auch zum effektiven Ende der EU-Freizügigkeit. Und die war jahrzehntelang ein Vorteil für die regionale Wirtschaft. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) liegt seit über einem Jahr in Umfragen mit einem Vorsprung von zehn Punkten stabil vorn. Damit könnte sie die Wahlen im nächsten Herbst gewinnen. Es wäre eine beispiellose Rechtsverschiebung in einem Land, dessen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg von der Mitte geprägt ist.

Giorgia Meloni, Italien

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat sich in der Opposition mit einer rechtspopulistischen Agenda einen Namen gemacht. Zwar hat Meloni den Bau von Auffanglagern angeordnet, in denen Migranten bis zu ihrer Rückführung festgehalten werden sollen, doch in der Realität stellen die örtlichen Bedingungen in den afrikanischen Ländern und das Fehlen von Rückführungsabkommen ernsthafte Probleme dar. Obwohl sie die Unterstützung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ihr Anliegen gewinnen konnte, würde ein möglicher EU-Marineeinsatz zur Blockierung der Abreise aus Afrika gegen internationales Recht verstößen. Meloni hat andere

Weltweit setzt sich eine harte Migrationspolitik durch In vielen Ländern herrschte lange eine große Willkommenskultur. Doch die ungezügelte Migration bringt Pro....

Optionen ausprobiert, um Schleuser zu stoppen. Darunter ein Abkommen mit Tunesien. Doch der Plan scheiterte schon, bevor er umgesetzt werden konnte. Auch ein Abkommen mit Albanien zur Auslagerung einiger Auffangzentren für Migranten stieß auf Hindernisse. Jetzt steckt Meloni in der Klemme. Beim Thema Migration ist sie mit Frankreich und Deutschland aneinandergeraten, während sich eigentlich einen Ruf als gemäßigte Konservative aufbauen will. Sollte es ihr nicht gelingen, das Thema Migration in den Griff zu bekommen, könnte sie politisch an Boden verlieren.

Geert Wilders, Niederlande

Die Regierung des langjährigen niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte wurde im Juli im Rahmen von Migrationsgesprächen gekippt, woraufhin er seinen Rückzug aus der Politik ankündigte. In den folgenden Wahlen, bei denen verschiedene Parteien um Ruttes Platz konkurrierten, sicherte sich der rechtsradikale Geert Wilders einen Überraschungssieg. In der Wahlnacht versprach er, die "Asylflut" einzudämmen. Wilders arbeitet jetzt an einer Mitte-Rechts-Koalition mit drei anderen Parteien, die alle darauf drängen, Einwanderung unter Kontrolle zu bringen. Eine davon ist Ruttes ehemalige Fraktion, die jetzt von Dilan Ye ilgöz geführt wird. Die Koalitionsgespräche sind allerdings festgefahren und es könnte Monate dauern, bis ein neues Kabinett gebildet ist. Wenn Wilders, der ein klares Mandat von den Wählern hat, eine Koalition zusammenstellen kann, wird sich der politische Kurs der Niederlande - die allgemein als pragmatische Nation bekannt sind - deutlich nach rechts verschieben. Ein rigoroses Vorgehen gegen Einwanderung ist so gut wie sicher.

Leo Varadkar, Irland

Selbst in Irland - einem wirtschaftlich offenen Land, das historisch die eigenen Leute in die ganze Welt exportiert hat - sah sich die einwanderungs- und wirtschaftsfreundliche Regierung aufgrund der zunehmenden ausländerfeindlichen Stimmung gezwungen, neue Abschreckungsmaßnahmen einzuführen, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Irland beherbergt bereits mehr als 100.000 Neuankömmlinge, besonders aus der Ukraine. Das Land hat die Unterbringung neuer Asylsuchender eingestellt, wenn es sich um alleinstehende Männer - vor allem aus Nigeria, Algerien, Afghanistan, Georgien und Somalia - handelt. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes im nächsten Monat begrenzt das Gesetz die staatliche Zahlung für Wohnungen für ukrainische Neuankömmlinge auf drei Monate. Gleichzeitig werden die Sozialleistungen, die derzeit europaweit zu den großzügigsten für geflüchtete Ukrainer gehören, für alle in staatlich finanzierten Unterkünften drastisch gekürzt.

In Zusammenarbeit mit "Politico". Übersetzt aus dem Englischen von Jessica Wagener.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten auf dem Ärmelkanal

Load-Date: December 19, 2023

Nicht mehr als ein erster Schritt

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 248

Length: 327 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Endlich ist es der Europäischen Union gelungen, sich zu einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (Geas) durchzuringen . Es setzt vor allem auf die Abwehr derjenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben.Besonders befriedet es den inneren kalten Krieg zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der EU, die sich nun in ihrer Gesamtheit auf einen einheitlichen "Solidaritätsmechanismus" im Umgang mit Migranten geeinigt haben. Dieser Dauerzwist hat dem Ansehen und dem Ruf der Union geschadet und die grundsätzlichen Zweifel an ihrer Arbeitsfähigkeit bedrohlich zu mehren vermocht.

Wer nun aber glaubt, mithilfe des Geas werde das Flüchtlingsproblem gelöst, der täuscht sich. Solange jeder Mensch einen Anspruch auf ein Asylverfahren in der EU hat, der seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, solange werden sich Menschen aus der Dritten Welt auf den Weg nach Europa machen.

Doch man kann jetzt schon sagen: Es wird nicht bei Geas bleiben. Geas ist nur der erste Schritt hin zu einer Drittstaatenlösung nach australischem Vorbild. Dort werden alle Flüchtlinge nach Papua-Neuguinea gebracht, wo ihr Asylantrag bearbeitet wird. Nach ersten Härten macht sich mittlerweile kaum noch ein Flüchtlingsboot nach Australien auf. Und das, ohne dass Canberra gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstieße. Australien nimmt im Gegenzug Flüchtlinge auf, die ihm das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) nennt und die wirklich asylberechtigt sind.

In der EU wird es über kurz oder lang zu einer ähnlichen Regelung kommen. Die meisten Mitgliedsländer sprechen sich dafür aus. Nur die Grünen in der Bundesregierung zieren sich noch, haben diesen Weg bereits einmal zum Ärger der Nachbarländer versperrt. Doch die Bundesregierung wird sich besinnen müssen. Langsam dämmert es sogar ihr, dass ihr falsches Verständnis von Vergangenheitsbewältigung und ihr moralischer Größenwahn in der Flüchtlingskrise die Stabilität der Gesellschaft gefährden.

Original Gesamtseiten-PDF

Nicht mehr als ein erster Schritt

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

**"Migration schafft Migration"; Sozialleistungen seien kein Pull-Faktor?
Forscher Stefan Luft stellt diese Behauptung infrage. Und er rügt eine
ideologische Ausrichtung in der Wissenschaft**

Die Welt

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 103

Length: 1207 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Stefan Luft ist **Migrationsforscher** an der Universität Bremen, er veröffentlichte etwa " Die **Flüchtlingskrise**. Ursachen, Konflikte, Folgen". Er kritisiert, viele in der Forschung hielten Wanderungsbewegungen für unsteuerbar.

WELT:

Herr Luft, Deutschland verzeichnet zwar viel stärkere **Asylzuwanderung** als die meisten anderen Staaten. Dennoch zieht insgesamt nur ein winziger Bruchteil der weltweit schutzsuchenden Menschen nach Europa oder nach Deutschland. Warum?

Stefan Luft:

Die meisten Flüchtlingskrisen werden seit jeher regional gelöst, 72 Prozent der internationalen Flüchtlinge kommen in den Anrainerstaaten unter. Die am wenigsten entwickelten Länder schultern hier die größten Lasten. Für die Migration in ein fernes Land nach einer konkreten Flucht braucht man Ressourcen. Oft legen Großfamilien zusammen, um Schleuser, Flüge oder Bootsfahrten zu bezahlen. Die Familien hoffen natürlich auf ein "return on investment" durch Rücküberweisungen und Angehörigen-Nachzug.

Es leben mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei. Bis heute sind Syrer auch die größte Gruppe der Asylsuchenden hierzulande. Das deutsche Asylsystem erkennt sie als Flüchtlinge an, selbst wenn sie erst nach Jahren in der Türkei über Griechenland nach Deutschland ziehen. Warum kommen nicht noch viel mehr Syrer zu uns?

Das war ja genau der Zweck der Vereinbarung zwischen der Türkei und der EU im Frühjahr 2016. Die Türkei wirkt als Pufferstaat. Das Land hat gegen Milliardenzusagen aus der EU zugestimmt, viele von der Überfahrt abzuhalten, und Griechenland betreibt harten Grenzschutz. Dass Erdogans gescheiterter Herausforderer kürzlich sagte, alle

"Migration schafft Migration" Sozialleistungen seien kein Pull-Faktor? Forscher Stefan Luft stellt diese Behauptung infrage. Und er rügt eine ideologische Ausri....

Syrische Flüchtlinge sollten das Land verlassen, konnte Wahlkampfgetöse sein, sollte aber die EU aufhorchen lassen. Eine starke Unterstützung der Nachbarn von Krisenstaaten ist unerlässlich. Wie viel im Argen liegt, zeigt die humanitäre Katastrophe im Jemen: Mehr als 21 Millionen Menschen sind dort auf humanitäre Hilfe angewiesen, 17 Millionen davon fehlen ausreichend Lebensmittel. Der UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, d. Red.) ist wieder einmal unterfinanziert. Nachbarländer wie Somalia befinden sich ebenfalls in einer lang andauernden tiefen humanitären Krise. Staaten wie Deutschland fokussieren sich hingegen auf jene, die sich erfolgreich bis Europa durchschlagen. Jene, die besonders dringend Hilfe benötigen, bleiben auf diese Weise außen vor.

In der deutschen Migrationsdebatte ist umstritten, ob es Pull-Effekte, also Auswirkungen der Höhe von Sozial- und Integrationsleistungen, auf die Attraktivität für illegale Zuwanderung gibt. Was spricht dagegen?

In der Migrationsforschung wird nicht bestritten, dass es Abstoßungs- und Anziehungseffekte gibt. Sie können aber nicht erklären, warum manche Länder Ziel von Migration sind und andere nicht - bei vergleichbaren Bedingungen. Menschen reagieren unterschiedlich auf gleiche Bedingungen. Ob sich Wanderungswünsche in Wanderungssentscheidungen umsetzen, hängt von vielen Faktoren ab: So müssen Wanderungsgelegenheiten und Realisierungsmöglichkeiten bestehen. Unbestritten ist die Anziehungskraft von bestehenden Netzwerken im Zielland. Migration schafft Migration, sie ist ein dynamischer, sich selbst verstärkender Prozess. Einige gehen voraus, andere ziehen nach, das ist das Prinzip der Kettenwanderung. In diesen Netzwerken spricht sich herum, dass es in den Ländern unterschiedliche Chancen auf Anerkennung, wirtschaftlichen Erfolg und auch staatliche Transferleistungen gibt. Warum bleiben denn so wenige Migranten in Bulgarien, die aus der Türkei über die Landsgrenze kommen? Weil es dort viel geringere Chancen gibt, ökonomisch und sozial voranzukommen. Wer behauptet, dass die Attraktivität des Lebensstandards und der Rechtsansprüche auf Sozialleistungen sowie Bleiberechte keine Anreizwirkung haben, muss Migranten für völlig dumm halten. Flüchtlinge sind keine willenlose Masse, sondern handlungsfähige Akteure.

Ihre Zunft, die Migrationsforschung, steuert zur politischen Debatte vor allem Argumentationen für mehr Zuwanderung, leichtere Zugangswege, schnellere Ansprüche auf Daueraufenthalt und Staatsbürgerschaft bei. Warum?

Es gibt eine starke ideologische Ausrichtung in Teilen der Migrationsforschung, und wer da einsteigt, für den steht mit wenigen Ausnahmen außer Frage, dass er die normativen Grundannahmen dieser Institutionen teilt. Dazu gehört etwa: Migration ist der Normalfall. Das ist zunächst unzutreffend; Sesshaftigkeit ist der Normalfall, 95 Prozent der Weltbevölkerung wandern nicht. Die Konsequenz aus der ersten führt zur zweiten Grundannahme: Wanderungsbewegungen zu steuern, also staatlich zu reglementieren, gleicht dem Versuch, eine Mondfinsternis abzuwenden. Vergesst es, ihr habt nur eine Chance, nämlich mehr legale Wanderungsmöglichkeiten zu schaffen, um irreguläre Migration über das Asylsystem zu reduzieren, ist die Botschaft. Eine dritte verbreitete Annahme ist, dass der Kolonialismus eine Art Erbschuld des Westens sei. Die reichen Staaten hätten von der Ausbeutung profitiert und die heutigen Schwierigkeiten in den Herkunftslanden vielfach verursacht. Migration sei die Folge, die hinzunehmen sei.

Werden diese Grundannahmen vielleicht auch deshalb breit geteilt, weil wir uns in einem weltgeschichtlichen Umbruch weg von den Nationalstaaten hin zu globalen Organisationsformen befinden?

Ich wäre vorsichtig, eine Art Geschichtsphilosophie daraus zu machen, in der es automatisch zu einer globalisierten Welt kommt, in der sich eher geschlossene Gesellschaften, die ihre Identität wahren wollen, auflösen. Es geht bei der Migrationsfrage vor allem um den Gegensatz zwischen kosmopolitischem und kommunaristischem (eher gemeinschaftlichem, d. Red.) Gesellschaftsverständnis. In Deutschland überwiegt derzeit politmedial der kosmopolitische Ansatz - in immer mehr westlichen Ländern, wie in Österreich, Dänemark, Schweden, Frankreich, gewinnen migrationskritische Parteien an Zuspruch. In Ost- und Mitteleuropa sieht das noch mal anders aus. Für Bulgarien bedeutet die kosmopolitische Ansage aus der EU: Ihr müsst hinnehmen, dass eure Altenpfleger und Bauarbeiter nach Westeuropa ziehen, dafür sollt ihr aber in den schrumpfenden Dörfern und Städten Afghanen und Syrer aufnehmen.

"Migration schafft Migration" Sozialleistungen seien kein Pull-Faktor? Forscher Stefan Luft stellt diese Behauptung infrage. Und er rügt eine ideologische Ausri....

Ist es nicht egal, mit wem man zusammen eine Stadt oder ein Land bewohnt, solange sich die neuen Mitmenschen zur Verfassung bekennen und ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften?

Theoretisch könnte das so ein, aber praktisch geht starke Zuwanderung oft mit einer sogenannten Unterschichtung einher, es bilden sich mehr Stadtteile oder Schulklassen, in denen sich bestimmte ethnokulturelle Gruppen sammeln und den öffentlichen Raum zunehmend dominieren. Wer es sich leisten kann, zieht in andere Stadtteile, sobald er eine Familie gründet, oder schickt seine Kinder auf weiter entfernte Schulen. So bilden sich dann Sozialräume, in denen die Menschen wenig verbindet, die Folge sind mehr Spannungen. So eine Segregation kann auch in Ausnahmekonstellationen funktionieren, beispielsweise bei den japanischen Inseln, die es in Düsseldorf oder Frankfurt am Main gibt. Dort leben die japanischen Migranten oft ohne Deutsch-Kenntnisse, mit eignen Schulen und geringer sozialer Integration.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

"Einige gehen voraus, andere ziehen nach, das ist das Prinzip der Kettenwanderung", erklärt Stefan Luft

Load-Date: May 30, 2023

End of Document

Nancy Faesers geschickte Asyl-Strategie; Die EU will die Aufnahme von Flüchtlingen neu regeln. Der deutschen Innenministerin ist es gelungen, sogar Migrations-Hardliner einzubinden

Die Welt

Dienstag 6. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 107

Length: 992 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Es war ein wichtiger Termin für Nancy Faeser (SPD): Am Montagmittag traf die Bundesinnenministerin im "Havenhuis" in der belgischen Hafenmetropole Antwerpen am Rande von Gesprächen über die Bekämpfung von organisierter Kriminalität in Europa mit ihren Amtskollegen aus Spanien, Italien und Frankreich zusammen.

Auch EU-Innenkommissarin Ylva Johansson kam hinzu. Die vertraulichen Beratungen unter den führenden europäischen Innenpolitikern - so jedenfalls Faesers Hoffnung - sollten den Durchbruch für eine Einigung der EU auf eine große Asyl-Reform vorbereiten. Die Zeit drängt. Bereits an diesem Donnerstag wollen die EU-Innenminister in Luxemburg nach fast sieben Jahren Streit erneut versuchen, ein "Gemeinsames Europäisches Asylsystem" (GEAS) durchzusetzen. Die neuen Regeln sollen einen besseren Außengrenzschutz, eine faire Verteilung von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und mehr Abschiebungen garantieren. Größter Streitpunkt: Welches Land soll im Krisenfall wie viele Flüchtlinge aufnehmen?

Es steht viel auf dem Spiel. Sollte eine Einigung in dieser Woche scheitern, könnte sich die große Asyl-Reform wegen der Europawahlen im Juni 2024, dem danach folgenden EU-Vorsitz des in Migrationsfragen kritischen Mitgliedslandes Ungarn und des zu erwartenden Wahlsiegs der Konservativen in Spanien in diesem Sommer um mindestens zwei weitere Jahre verzögern.

Das wäre ein schwerer Rückschlag für die EU und ein Geschenk für rechtspopulistische Parteien wie die deutsche AfD oder Österreichs FPÖ. Denn die Zahl der Migranten steigt nach Ende der Corona-Krise wieder deutlich an. Nach Angaben der italienischen Regierung kamen seit Januar mehr als 50.000 Migranten auf Booten nach Italien.

Nancy Faesers geschickte Asyl-Strategie Die EU will die Aufnahme von Flüchtlingen neu regeln. Der deutschen Innenministerin ist es gelungen, sogar Migrations-Ha....

In Deutschland wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge allein in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gut 100.000 Asylanträge gestellt - ein Plus von rund 78 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Faeser steht darum unter Druck - und sie kämpft. Hinter den Kulissen spielt die Innenministerin aus Deutschland eine zentrale Rolle im Tauziehen um ein neues europäisches Asylsystem. "Sie ist unter großem persönlichen Einsatz dabei, Kompromisse zu finden und zu einer europäischen Lösung zu kommen", heißt es übereinstimmend in Brüsseler Verhandlungskreisen.

Immer wieder ist die SPD-Politikerin in den vergangenen Wochen in einer Art stiller Pendeldiplomatie in wichtige europäische Hauptstädte gereist, um Lösungsmöglichkeiten auszuloten. Und bereits Ende März hatte Faeser zudem einen informellen Gesprächskreis zur Reform des EU-Asylsystems mit ihren Kollegen aus Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Tschechien und Schweden eingerichtet, der sich abwechselnd trifft.

In diesem Kreis sollen Kompromisse sondiert und mögliche Streitpunkte geräuschlos abgeräumt werden. Das ist Faeser bisher teilweise gelungen. Vor allem aber hat sie es geschafft, die Rechtsaußen-Regierung von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni rechtzeitig einzubinden. Die Zustimmung aus Rom ist aus Faesers Sicht zentral für eine europäische Asyllösung.

Meloni hält sich seit Monaten mit öffentlichen Äußerungen zur Asylpolitik zurück - eigentlich ungewöhnlich für eine nationalistisch orientierte Partei wie den "Brüder Italiens", die jahrelang durch lautstarke Kritik an Brüssels Migrationskurs aufgefallen war. Das ist auch Faesers Verdienst. Die Hessin ist jedenfalls, so hat sie es zumindest im Kreis von Vertrauten durchblicken lassen, angetan von dem konstruktiven Engagement der Regierung in Rom.

Aber noch ist derzeit völlig unklar, ob es Faeser & Co. gelingen wird, den Knoten am Donnerstag durchzuschlagen. Beim Treffen der zuständigen EU-Botschafter Mitte vergangener Woche waren die Gräben zwischen den 27 Mitgliedstaaten teilweise noch so tief, dass es der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft bis Montag immer noch nicht gelungen war, ein Kompromisspapier als gemeinsame Diskussionsgrundlage vorzulegen.

Dabei besteht in einer wichtigen Frage bereits Konsens. Die EU will etwa 70 bis 80 Prozent der Migranten künftig bereits an den Außengrenzen registrieren und prüfen, ob jemand grundsätzlich Anspruch auf Asyl hat oder nicht. Wer keine Chance auf Schutz in Europa hat, weil er etwa aus einem sicheren Drittland eingereist ist oder aus einem Staat mit einer sehr niedrigen Anerkennungsquote wie Indien stammt, soll spätestens nach sechs Monaten wieder abgeschoben werden.

Aber der Teufel liegt im Detail. Die Mittelmeeranrainer an den EU-Außengrenzen (Italien, Spanien, Malta, Zypern, Griechenland) wollen die Anzahl der registrierten und beaufsichtigten Personen in sogenannten Transitzentren in ihren Ländern möglichst gering halten. Sie forderten nach Informationen von WELT in Brüssel sogar zahlenmäßige "Obergrenzen" und zudem, möglichst viele Ausnahmen zuzulassen - etwa für Familien mit Kindern unter 18 Jahren, unbegleitete Minderjährige, Schwangere oder Menschen mit Behinderungen.

Das will auch die Ampel-Koalition in Berlin. Länder wie Frankreich, Österreich, Schweden, Dänemark, die Niederlande und Ungarn sind allerdings strikt dagegen. Faeser und ihr italienischer Amtskollege Matteo Piantedosi bilden in dieser Frage also eine wichtige Achse.

Bis Donnerstag wird von allen Seiten mit verdeckten Karten gespielt. Keine Regierung will zu früh verraten, zu welchen Kompromissen sie am Ende bereit sein wird. Das gilt auch für die hochumstrittene Verteilungsfrage . Wer partout keine Flüchtlinge aufnehmen will, soll - so der bisherige Stand der Verhandlungen - im Gegenzug Ausgleichszahlungen leisten. Aber wie hoch soll diese Strafgebühr sein?

Vielen Staaten ist die bisher im Raum stehende Zahl von rund 22.000 Euro eindeutig zu hoch. Hinzu kommt: Länder wie Polen, die bereits überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen haben, sind nicht bereit, noch mehr Schutzsuchende gemäß einem EU-Verteilungsschlüssel aufzunehmen und dafür als Ausgleich eine hohe Strafgebühr zahlen zu müssen.

Nancy Faesers geschickte Asyl-Strategie Die EU will die Aufnahme von Flüchtlingen neu regeln. Der deutschen Innenministerin ist es gelungen, sogar Migrations-Ha....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (2.v.l.) bei einem Treffen mit EU-Kollegen im belgischen Antwerpen

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Faeser gerät unter Druck; EU-Innenminister beraten über Migration. Berlins "Kuschellinie" stößt auf Widerstand

Die Welt

Donnerstag 9. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 49

Length: 869 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Der **Migrationsdruck** auf Deutschland wird jeden Tag größer. Neben 1,04 Millionen Ukrainern, die wegen des Kriegs sofort aufgenommen wurden, stellten im vergangenen Jahr 244.132 Personen hierzulande einen **Asylantrag** - ein Plus von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr und der höchste Wert seit dem Rekordjahr 2016. Länder und Kommunen suchen verzweifelt Unterkünfte. Zu Beginn der Woche verabschiedeten die drei kommunalen Dachverbände Baden-Württembergs eine "Stuttgarter Erklärung für eine realitätsbezogene **Flüchtlingspolitik**" - ein Hilfeschrei nach Berlin.

Zahlreiche Ministerpräsidenten, wie Hendrik Wüst aus Nordrhein-Westfalen und Stefan Weil aus Niedersachsen, fordern mittlerweile wegen der Notlage einen "**Flüchtlingsgipfel**" im Kanzleramt, der noch vor Ostern stattfinden könnte. In Österreich ist die Lage noch dramatischer: Im Nachbarland hat sich die Zahl der **Asylanträge** im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht (108.781). In den Gemeinden kommt es immer wieder zu Protestaktionen gegen neue **Flüchtlingsunterkünfte** - und die rechtspopulistische FPÖ ist laut Umfragen mittlerweile stärkste Partei im Land. Die **Migrationskrise** ist zurück, wenn auch noch nicht so ausgeprägt wie in den Rekordjahren 2015 und 2016. Im vergangenen Jahr registrierte die EU 330.000 illegale Grenzübertritte. Fast eine Million **Asylanträge** wurden gestellt. Und was tut Brüssel?

Am heutigen Donnerstag beraten die 27 EU-Innenminister in Brüssel über die Lage - wieder einmal. Sie sind seit acht Jahren heillos zerstritten in diesen Fragen: Wie können Migranten am besten von einer Flucht abgehalten werden? Wie sollten die Schutzsuchenden innerhalb der EU verteilt werden? Und wie lässt sich verhindern, dass illegale Migranten trotz eines Abschiebebescheids einfach in Europa bleiben? Fakt ist: Von 340.000 Rückkehrsentscheidungen in der EU wurde im Jahr 2021 nur jede fünfte durchgesetzt. Zwei Jahre zuvor waren es noch 29 Prozent.

Faeser gerät unter Druck EU-Innenminister beraten über Migration. Berlins "Kuschellinie" stößt auf Widerstand

Hinzu kommt ein weiterer Streitpunkt: Was kann man tun, damit Migranten das EU-Gebiet möglichst gar nicht erst betreten? Beim Schutz der europäischen Außengrenzen vertritt Deutschland seit Jahren einen sanften Kurs: Konsequente Grenzkontrollen ja, aber bitte nicht zu hart, etwa durch eine Bearbeitung von Asylanträgen in Drittstaaten, die Errichtung von Zäunen an den Außengrenzen oder durch unverzügliche Zurückweisung von Migranten bereits in den Abfahrtshäfen, beispielsweise in Tunesien oder Libyen. Österreichs konservativer Innenminister Gerhard Karner sieht das anders. "Die organisierte Schlepperkriminalität darf nicht bestimmen, wer zu uns kommt. Wir brauchen Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb Europas, um Tote im Mittelmeer oder in Lastwagen zu verhindern", sagte er WELT. Glaubwürdige Asylpolitik brauche rasche Entscheidungen, so der Minister. "Wer kein Recht auf Asyl hat, muss die EU verlassen."

Dabei gilt die deutsche "Kuschellinie" nicht nur beim Außengrenzschutz, sondern auch für den sogenannten Visahebel. Hier bremst insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Damit dürfte sie beim Treffen der EU-Innenminister wieder mit ihren Kollegen aus Schweden, Dänemark, Österreich, Italien oder den Niederlanden aneinander geraten. Beim Visahebel handelt sich es sich um eine Art Daumenschraube für Herkunftsstaaten, die 2019 eingeführt wurde. Danach können die EU-Innenminister auf Vorschlag der Kommission beschließen, die Visabedingungen für das betreffende Drittland zu erschweren, falls es bei der Rückübernahme von illegalen Migranten nicht kooperiert. Faeser sieht das skeptisch. Sie setzt stärker auf Anreize statt auf Druck. Ihr Credo lautet: Wer will, dass Herkunftsänder Migranten wieder zurücknehmen, muss diesen Ländern auch ausreichend faire Angebote für legale Migration machen. Dieser Ansatz klingt zunächst human, aus Sicht der Herkunftsänder ist er aber durchaus zweischneidig: Denn Chancen auf legale Migration in die EU haben meistens nur gut ausgebildete Menschen, die aber wiederum dringend in ihrer Heimat benötigt werden.

Letztlich soll der Visahebel - ebenso wie zusätzliche Finanzhilfen - eingesetzt werden, damit die Heimatländer möglichst zügig sogenannte Rückführungsabkommen abschließen. Es ist eine Politik aus "Zuckerbrot und Peitsche". Das Konzept lautet: Ist ein Land bereit, ein Rückführungsabkommen zu vereinbaren und seine geflüchteten Staatsangehörigen zurückzunehmen, soll es durch Extra-Zahlungen belohnt werden. Weigert das Land sich, so können die Visabedingungen erschwert werden. Soweit die Theorie. In der Praxis funktioniert das Konzept aber relativ schlecht. Seit 2004 konnte die EU-Kommission nur mit 19 Staaten rechtlich verbindliche Rückführungsabkommen abschließen, zuletzt 2020 mit Belarus.

Österreich hat jetzt die Zügel aus Frust selbst in die Hand genommen. Nachdem seit Jahresbeginn immer mehr Marokkaner ins Land kommen, reisten Karner und Kanzler Karl Nehammer kürzlich zu Beratungen nach Marokko. Nun arbeiten beide Seiten an einem bilateralen Rückführungsabkommen. Aber nicht nur die Regierung in Wien fragt sich: Warum schafft es die EU-Kommission nicht, solche Abkommen für alle Mitgliedstaaten auszuhandeln? Dann wären zumindest die Abschiebequoten deutlich höher.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Vor Lampedusa klammern sich Migranten an ihr gekentertes Boot

Load-Date: March 8, 2023

Wie Scholz die Migrationsziele der Grünen leise abräumt; Kanzler und Ministerpräsidenten einigen sich auf Verschärfungen in der Migrationspolitik - und überrumpeln damit manche Grüne und SPD-Politiker. Auch ihr Unterstützerumfeld schlägt Alarm

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 92

Length: 1245 words

Byline: Ricarda Breyton

Ulrich Exner

Luisa Hofmeier

Claus Christian Malzahn

Body

Der Kanzler sprach noch, da gab es bereits die erste Kritik aus den Reihen der Ampel. "Ziemlich enttäuscht" sei sie, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Filiz Polat, am späten Mittwochabend in einer Gesprächsrunde des NDR. Olaf Scholz (SPD) erklärte da gerade der Hauptstadtpresse die Ergebnisse des **Migrationsgipfels** mit den Ländern.

Dass man keine Einigung bei der Finanzierung gefunden habe, sei "kein Signal", das man sich von dem Gipfel erwartet habe, so Polat. "In dieser Frage, wo Deutschland unter Druck ist gerade von Rechtsextremen und Rechten (...), ist das ein Trauerspiel, was heute geboten wurde."

Tags drauf wandten sich einige grüne Landtagsfraktionen mit wütenden Reaktionen zu Wort. Man brauche "keine Scheindebatten über Mauern an den Grenzen", hieß es vonseiten der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. "Symbolpolitik auf dem Rücken der Betroffenen" helfe nicht weiter, sagte Niedersachsens stellvertretende Ministerpräsidentin Julia Willie Hamburg mit Blick auf die geplanten Verschärfungen bei den Abschiebungen. Und auch aus der SPD meldeten sich Kritiker. "Den Sinn der Verlängerung zum Beispiel des Ausreisegewahrsams zur

Wie Scholz die Migrationsziele der Grünen leise abräumt Kanzler und Ministerpräsidenten einigen sich auf Verschärfungen in der Migrationspolitik - und überrumpeln....

Sicherung der Abschiebung verstehe ich nicht", schrieb der Migrationspolitiker Hakan Demir, der Mitglied des linken Flügels in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist.

Überraschend ist der Unmut nicht. Die geplanten Verschärfungen hat der Kanzler zwar mit den Ministerpräsidenten abgestimmt. Führende SPD-Politiker lobten die Ergebnisse des Gipfels, die Fraktionsspitze der Grünen spricht zumindest öffentlich mit scharfer Kritik. Mehrere Ampel-Politiker aber fühlen sich überrumpelt. Gerade die linken Lager der beiden Parteien tun sich schwer. Hatte man nicht mit dem Koalitionsvertrag einen "Paradigmenwechsel" in der Migrationspolitik einleiten wollen? Sich abwenden wollen von dem als "Abschottungspolitik" kritisierten Kurs der großen Koalition?

Tatsächlich sind die Beschlüsse ein erster Test, ob die Ampel auch eine härtere Gangart in der Migrationspolitik kann. Ein Bekenntnis dazu gibt es zwar auch im Koalitionsvertrag: Dort sprechen sich SPD, Grüne und FDP für eine "Rückführungsoffensive" aus. Doch die war zuletzt kaum mit Leben gefüllt worden. Stattdessen setzte die Koalition auf Liberalisierungen: Etwa mit einem "Chancen-Aufenthaltsrecht", mit dem 100.000 abgelehnte Asylbewerber die Perspektive auf ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten sollen. Weitere Erleichterungen waren auf Wunsch der Grünen etwa beim Familiennachzug geplant. Doch derartige Pläne ruhen nun erst einmal. Stattdessen müssen restriktivere Maßnahmen durchs Parlament, die manche Grüne und SPD-Politiker an die Zeiten unter dem ehemaligen CSU-Innenminister Horst Seehofer erinnern.

Zum Beispiel die Ausweitung der Rechte der Sicherheitsbehörden bei Abschiebungen. Oder die Ausweitung der Abschiebehaft. Und dann ist da noch der Vorschlag der Regierungschefs, Georgien und Moldau als sogenannte sichere Herkunftsstaaten einzustufen, auch wenn es im Beschluss-Papier etwas anders genannt wird. "Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine betrifft unmittelbar auch Moldau und Georgien", sagt Polat WELT. Diese beiden Länder in dieser Situation als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, halte die Partei für höchst problematisch. "Generell lehnen wir Grüne das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ab." Es sei immer verbunden mit einer Einschränkung des Rechtsschutzes von Betroffenen. Dabei gehe es im Falle Georgiens und Moldau um Minderheiten, etwa Sinti und Roma.

Zwar ist es denkbar, dass sich die Grünen angesichts des zunehmenden politischen Drucks hier bewegen. Eine rote Linie ist Stand heute aber die Eingruppierung der Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. Solange Vorwürfe staatlicher Folter, etwa in Algerien, im Raum stünden, sei das für die Grünen ein No-Go, heißt es aus der Partei. Und auch mit stationären Kontrollen an den EU-Binnengrenzen, etwa zu Polen oder Tschechien, hätte man Probleme. Solche Kontrollen würden der Bundespolizei Rückweisungen ermöglichen. Fraktionschefin Britta Haßelmann erklärte am Donnerstag im Deutschlandfunk, derartige Maßnahmen seien nur "in ganz krassen Ausnahmefällen" denkbar. In einem Migrations-Papier, das Partei und Fraktion kurz vor dem Gipfel veröffentlichten, finden sich Vorschläge, wie mehr Migranten in Deutschland ein "sicheres Bleiberecht" erhalten und arbeiten dürfen. Ideen, wie man die illegale Migration reduzieren kann, sind hingegen nicht zu finden.

Ähnlich ist es bei der Parlamentarischen Linken in der SPD, die wenige Tage vor dem Gipfel ebenfalls eine Positionierung zur Migrationspolitik veröffentlichte, die in eine ganz andere Richtung als die Beschlüsse der Regierungschefs zielt. Die Stärkung der Seenotrettung und die Rechte von Asylbewerbern stehen hier unter anderem im Fokus, nicht aber Vorschläge etwa zur Ausweitung der Abschiebehaft. Es ist ein Dilemma, vor dem die Abgeordneten stehen. Viele Kommunen fordern nicht nur mehr Geld, sondern auch eine Begrenzung der Migration. Andererseits sind da die Flüchtlingshilfsorganisationen, die ihrerseits den Druck auf die Ampel erhöhen. Dort ist man bestürzt über das Agieren von Grünen und SPD, die man bisher als natürliche Verbündete sah. So twitterte die Seenotrettungsorganisation Mission Lifeline noch während des Gipfels sarkastisch: "Laut bisher unbestätigten Quellen hat Horst Seehofer soeben sowohl bei den Grünen als auch bei der SPD einen Mitgliedsantrag eingereicht."

Von den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels "schockiert" zeigt sich Pro Asyl - und sieht eine politische Kehrtwende. "Im Widerspruch zu ihrem eigenen Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, für Asylverfahren unter Haftbedingungen an den Außengrenzen einzutreten", sagte die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith, im Gespräch mit WELT. Dabei habe unter anderem das griechische Flüchtlingscamp

Wie Scholz die Migrationsziele der Grünen leise abräumt Kanzler und Ministerpräsidenten einigen sich auf Verschärfungen in der Migrationspolitik - und überrumpeln....

Moria gezeigt, "dass solche Grenzverfahren, ein Rezept für ein menschenrechtliches Desaster sind", sagte sie. "Die Ampel-Koalition verabschiedet sich von dem versprochenen Neuanfang einer progressiven Migrationspolitik." Zwar richte sich die Kritik an alle Koalitionspartner. "Aber gerade bei den Grünen ist die Diskrepanz zum Wahlprogramm besonders groß. Für sie entsteht ein hoher Rechtfertigungsdruck gegenüber der eigenen Wählerbasis und ihrem Unterstützerumfeld."

Judith warf der Ampel zudem vor, mit den Beschlüssen Rechtspopulisten wie der AfD in die Hände zu spielen. "Der Reflex auf Druck von rechts in der Politik ist immer wieder, das Asylrecht zu verschärfen und Fluchtbewegungen möglichst zu verhindern." Der Fokus darauf verschleierte aber, dass die meisten nach Deutschland kommenden Menschen ein Recht auf Schutz hätten. "Die Bundesregierung muss das Recht auf Asyl klar verteidigen - in Deutschland und in Europa", forderte Judith.

Lob für die Beschlüsse kommt hingegen aus der FDP. "Die Flüchtlingssituation macht es erforderlich, den im Koalitionsvertrag festgelegten Paradigmenwechsel an einigen Stellen neu auszurichten", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Stephan Thomae. Oberstes Ziel müsse es sein, "den Zuzug nach Deutschland zu steuern und zu begrenzen". Dazu sei es auch notwendig, "die Grenzen zu unseren Nachbarländern stärker zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass Zurückschiebungen in unsere Nachbarländer wie Tschechien, Polen oder die Schweiz besser gelingen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eine Container-Flüchtlingsunterkunft in Hofheim bei Frankfurt am Main

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Zuwanderungspolitik nach Schweizer Art; Die rechtsnationale SVP wird bei der Parlamentswahl stärkste Partei. Seit ihrer Regierungsbeteiligung setzt die Alpenrepublik harte Migrationsregeln durch

Die Welt

Dienstag 24. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 206

Length: 921 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Die Schweiz hat am Sonntag gewählt. Gewonnen hat erwartungsgemäß die rechtsnationalistische Schweizerische Volkspartei (SVP): Sie bekam Hochrechnungen des Schweizer Fernsehens zufolge mit 29 Prozent nicht nur die meisten Stimmen insgesamt, sie konnte ihr Ergebnis mit 3,4 Prozentpunkten Plus im Vergleich zur vergangenen Wahl auch am deutlichsten verbessern.

Damit wird sie auch weiter Teil der Schweizer Regierung sein. Diesen Erfolg hat die SVP auch dem Thema **Migration** zu verdanken. Denn gerade ihre **migrationskritische** Rhetorik trug seit der Jahrtausendwende entscheidend zu ihrem Aufstieg an die Macht bei - und sorgt bis heute dafür, dass sie dort auch bleibt. Der vergangene Wahlkampf war dabei keine Ausnahme. So forderte etwa der SVP-Fraktionsvorsitzende Thomas Aeschi, per Volksinitiative eine "Grenzschutzinitiative" umzusetzen, die neben systematischen Kontrollen auch die Unterbringung von **Asylbewerbern** in geschlossenen Transitzonen umfassen soll. Ob der Vorschlag umgesetzt werden wird, wird erst in Jahren klar sein. Doch die rhetorisch harte Kante der SVP gegen **Migration** genügt, um ihre starken Wahlergebnisse zu halten.

Denn die Themen Migration und Ausländer beschäftigen die Schweizer traditionell stark: In Umfragen zu den Sorgen rangieren sie stets unter den meistgenannten Themen. Unter den 8,7 Millionen Einwohnern ist die Angst in Teilen der Bevölkerung groß, dass zu viele Zuwanderer zu knappem Wohnraum oder zu "Überfremdung" führen könnten. Dabei fürchten die Schweizer sich vor zu viel Asyl-Zuwanderung aus Drittstaaten - aber ebenso vor Zuzug aus der EU, etwa aus Deutschland. Das ändert auch Studien nicht, die belegen, dass das Land von der Zuwanderung aus der EU profitiert. Die Zuwanderung trug etwa dazu bei, das Durchschnittsalter der Bevölkerung zu senken, was die Rentenkasse entlastet.

Zuwanderungspolitik nach Schweizer Art Die rechtsnationale SVP wird bei der Parlamentswahl stärkste Partei.
Seit ihrer Regierungsbeteiligung setzt die Alpenrepu....

Trotzdem lancierte die SVP kürzlich die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!", die verhindern soll, dass die ständige Wohnbevölkerung vor 2050 die 10-Millionen-Marke übersteigt. Sollte sich ein stärkeres Wachstum ankündigen, soll laut Initiative das Freizügigkeitsabkommen mit der EU gekündigt werden - ein Vorhaben, mit dem die SVP 2020 bei einer Abstimmung bereits durchgefallen war.

Die Schweiz ist zwar kein EU-Mitglied, rechtlich aber ist die Lage bei der Migration der in Deutschland sehr ähnlich. So sind die Eidgenossen sowohl in das Dublin- als auch das Schengen-Abkommen eingebunden. Die Grenzen sind also grundsätzlich offen und systematische Kontrollen können nur vorübergehend bei einer akuten Gefahr eingeführt werden. Die Schweiz ist, genau wie Deutschland, darauf angewiesen, dass die EU-Länder bei der Umsetzung von Dublin kooperieren - also jene Migranten zurücknehmen, die bei ihnen bereits einen Asylantrag gestellt haben, bevor sie in die Schweiz eingereist sind. Bern übernimmt zudem die Urteile des Europäischen Gerichtshofs EuGH.

So hat die Schweiz - ähnlich wie Deutschland - nur Spielraum auf nationaler Ebene. Diesen aber versucht die SVP für eine restriktivere Politik zu nutzen. Einige Maßnahmen, die aktuell in Deutschland erst debattiert werden, sind in der Schweiz in den vergangenen Jahren umgesetzt worden. So wurden etwa die Gesetze zum Familiennachzug verschärft, die Unterstützungen für Asylbewerber gekürzt sowie festgelegt, dass Sachleistungen Geldleistungen vorgezogen werden sollen.

Das ist für die Behörden aber nur schwer umsetzbar, weil Sachleistungen einen höheren administrativen Aufwand bedeuten. Über die Höhe der Geldleistungen entscheiden die Kantone, was dazu führt, dass Asylbewerber in rechtsregierten Kantonen weniger Geld erhalten. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der UN gibt es im Schnitt rund 300 Euro pro Monat während des Asylverfahrens. Damit ist die Unterstützung deutlich niedriger als in Deutschland, wo ein Asylbewerber während der Antragsprüfung etwas mehr als 400 Euro erhält. Die Lebenshaltungskosten liegen zugleich weit höher. "Eine Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben ist mit diesem Betrag nicht möglich", sagt Alberto Achermann, Anwalt und Professor für Migrationsrecht an der Universität Bern. "Das Ziel dahinter ist, dass die Menschen sich möglichst schnell Arbeit suchen." Eine weitere Verschärfung auf SVP-Initiative hin war die sogenannte "Ausschaffungsinitiative", die darauf zielte, Ausländer, die sich rechtmäßig in der Schweiz aufhalten, auszuweisen, wenn sie schwere Straftaten begangen haben. Trotz völkerrechtlicher Bedenken wurde sie 2010 angenommen, anschließend wurde das Strafgesetzbuch angepasst.

Der Unterschied zur deutschen Rechtsprechung liegt laut Achermann hier darin, dass die deutschen Richter aus humanitären Gründen, wie der familiären Bindung des straffällig gewordenen Ausländer, keine Ausweisung anordnen. "Die Schweizer Richter dürfen keine Ausnahmen machen, außer bei im Inland Geborenen oder Aufgewachsenen", erklärt Achermann. Ein weiterer Unterschied liegt darin, dass die Schweiz deutlich erfolgreicher abschiebt als Deutschland. So haben 2022 etwa 57 Prozent der ausreisepflichtigen Ausländer die Schweiz verlassen, während das im EU-Schnitt nur in 18,5 Prozent der Fälle gelang, in Deutschland lag der Wert etwas höher, aber auch nur bei einem Drittel. Grund dafür ist unter anderem, dass sich die Schweiz bisher deutlich stärker um Rücknahme-Abkommen mit Herkunftsstaaten gekümmert hat - und relativ erfolgreich bei deren Umsetzung war.

Das Ziel ist, dass die Menschen schnell Arbeit suchen Alberto Ackermann, Professor für Migrationsrecht, Uni Bern

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 24, 2023

Polens Pro-Europäer - in der Asylpolitik knallhart; Die nationalkonservative PiS verliert die Mehrheit. Doch einfacher wird es für Brüssel mit dem designierten Premier Donald Tusk nicht

Die Welt

Mittwoch 15. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 222

Length: 1104 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Warschau

Erste Nachwahlbefragungen am Abend des 15. Oktober hatten bereits darauf hingedeutet. Doch erst zwei Tage später, nach der Auszählung aller Stimmen, machte sich Erleichterung unter polnischen Oppositionellen breit. Die Nationalkonservativen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bleiben zwar stärkste Kraft im Parlament, verlieren aber ihre Mehrheit. Drei Wahlbündnisse, angeführt vom ehemaligen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk, kommen gemeinsam auf 248 Sitze im insgesamt 460 Sitze zählenden Sejm, dem Unterhaus. Es ist eine solide Mehrheit.

Auch Offizielle in Brüssel dürften aufgeatmet haben. In der Kommission sowie im Parlament ist die Hoffnung groß, dass Polen nach einer acht Jahre währenden Verweigerungspolitik unter der PiS mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Tusk endlich zu einer partnerschaftlichen Europapolitik zurückfindet. Das größte Land im Osten der EU ist wichtiger denn je. In wirtschaftlichen Krisenzeiten ist Polen Europas Wachstumsmotor, als Nato-Spitzenreiter bei den Militärausgaben und als Frontstaat zentral für die westliche Unterstützung der Ukraine. Mit Belarus teilt das Land eine mehr als 400 Kilometer lange Grenze, über die immer mehr Migranten in die EU gelangen. Die sogenannte Belarus-Route zählt neben der Balkan- und der Mittelmeer-Route mittlerweile zu den wichtigsten Wegen für Menschen, die illegal in die EU einreisen. Kurzum: Ohne Polen kann Europa sich kaum für die Zukunft aufstellen.

Der proeuropäische Konservative Tusk hat sich zum Ziel gesetzt, Polen wieder eine "Hauptrolle" in der europäischen Politik zu sichern, wie er während eines Besuchs als designierter Premierminister bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte. Die Voraussetzungen dafür hat Tusk. Von 2014 bis 2019 war er Ratspräsident, ist bestens in Brüssel vernetzt. Seine Partei, die Bürgerplattform (PO), ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) wie auch die deutschen Unionsparteien CDU und CSU. Das Gleiche gilt für seinen wichtigsten Koalitionspartner, die Bauernpartei (PSL). Mehr europäisches Establishment geht eigentlich nicht.

Polens Pro-Europäer - in der Asylpolitik knallhart Die nationalkonservative PiS verliert die Mehrheit. Doch einfacher wird es für Brüssel mit dem designierten P....

Doch dürften die Erwartungen von Manfred Weber, Partei- und Fraktionschef der EVP, der sein Parteiamt direkt von Tusk übernommen hat, nicht den Koordinaten des polnischen Parteiensystems entsprechen. Weber erklärte nach dem Wahlergebnis in Warschau, dass nun ein neues Kapitel zwischen Polen und der EU aufgeschlagen werde. Wenn Weber und seine Kollegen jedoch annehmen, dass Tusk sich bei europäischen Großthemen wie der Klima-, Energie- oder Migrationspolitik still einreihet, dürften sie sich irren. Nicht nur die noch regierende nationalkonservative PiS, auch die PO oder die PSL sind in vielen Belangen anders orientiert als ihre europäischen Schwesterparteien.

Der Lackmustest für Polens Europapolitik ist dabei der aktuell diskutierte Asylkompromiss der EU-Staaten. Er sieht unter anderem vor, dass sämtliche in der Union ankommenden Migranten registriert werden und nach ihrem Asylantrag zwölfwöchige Schnellverfahren durchlaufen. Im Zuge einer Krisenverordnung soll eine Verteilung von Migranten über die gesamte EU möglich sein. Polen und Ungarn lehnen diesen Kompromiss bislang ab. Während des Wahlkampfs hat nicht nur die PiS gegen die Vereinbarung Stimmung gemacht. Tusk und sein Bündnis traten in einen Überbietungswettbewerb um die härteste Migrationspolitik mit der PiS ein, haben sie teilweise rechts überholt, etwa als gegen muslimische Migranten agitiert wurde. Die unter der PiS im Jahr 2022 errichtete Mauer an der Grenze zu Belarus wurde von der Opposition vielfach kritisiert - weil sie angeblich zu "löchrig" sei, also immer noch Menschen die Grenze überqueren.

Ein Verteilungsmechanismus für Migranten ist Polens Wählern seit jeher kaum vermittelbar. Grundsätzlich ist der Asylkompromiss Polens Parteien, auch dem Wahlbündnis von Tusk, zu lasch. Die Frage ist nun, wie sich der wahrscheinlich künftige polnische Regierungschef in Brüssel positionieren wird. Vieles deutet darauf hin, dass er dem Kompromiss nicht vorbehaltlos zustimmen und in Nachverhandlungen dafür sorgen könnte, dass er nachgeschärft wird. "Der wesentliche Unterschied zwischen der PiS und Tusk ist, dass Tusk verhandlungsbereit ist und in Europa etwas erreichen möchte. Beim Thema Migration aber wird er hart sein", sagt Adam Traczyk, Direktor der Denkfabrik More in Common Polska. Eine Politik der Umverteilung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden über Europa werde es mit Tusk nicht geben, so der Experte. "Das ist nicht nur seine persönliche Haltung, sondern die Polens ganz allgemein".

Tatsächlich war Tusk als polnischer Regierungschef bis 2014 und dann als Ratspräsident stets ein Kritiker einer in seinen Augen zu weichen Migrationspolitik - wenn auch die Propaganda der PiS bis heute versucht, ihn in ein anderes Licht zu rücken. Seine Haltung zeigte Tusk eindrücklich während einer Wahlkampfveranstaltung im September. Er berichtete von einer Auseinandersetzung mit Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel während einer Ratssitzung, als sie sagte, "dass wir die Menschen nicht daran hindern können, die Grenzen Europas zu überqueren, weil es zu viele von ihnen gibt." Und weiter: "Ich habe ihr gesagt, dass wir sie an unseren Grenzen aufhalten müssen, gerade weil es zu viele von ihnen sind."

Tusk spürt nicht nur den Druck seiner eigenen Partei, sondern auch den der Nationalkonservativen. Präsident Andrzej Duda hat gezeigt, dass er willens ist, einen Regierungswechsel hinauszuzögern, indem er die erste Parlamentssitzung kurz vor Fristende einberufen hat, am 13. November. Nach dem Auslaufen weiterer Fristen ist ein Regierungswechsel erst Ende des Jahres oder Anfang 2024 zu erwarten. Dann jedoch stellt die PiS immer noch die größte Fraktion im Parlament, kontrolliert die Gerichte, weite Teile der Medien, staatliche Unternehmen, Behörden und hat nicht zuletzt den Präsidenten auf ihrer Seite, der sich laut Verfassung die Exekutive mit der Regierung teilt. Darauf wird Tusk Rücksicht nehmen müssen.

Für die EU könnte er ein schwieriger Verhandlungspartner werden, eben weil man in Brüssel die PiS nicht vergessen hat. "Tusk kann gegenüber der EU die harte Position der PiS für sich nutzen und so seinen Spielraum vergrößern, allein schon, weil er anders auftritt und nicht so unsolidarisch ist", sagt Experte Traczyk. Er werde die EU vor Herausforderungen stellen, weil er ein überzeugter Europäer sei. "Im Fall der PiS war es einfach, Härte beim Thema Migration zurückzuweisen, weil die polnische Regierung sich sowieso nie konstruktiv an europäischer Politik beteiligt hat. Das dürfte jetzt anders sein."

Polens Pro-Europäer - in der Asylpolitik knallhart Die nationalkonservative PiS verliert die Mehrheit. Doch einfacher wird es für Brüssel mit dem designierten P....

Graphic

Die Grenze zwischen Polen und Belarus wird stark bewacht. Aber noch immer erreichen illegale Migranten die EU

Load-Date: November 14, 2023

End of Document

Die Härte Skandinaviens zeigt Wirkung; Lange waren Schweden und Dänemark bevorzugte Ziele für Asylsuchende in Europa. Doch inzwischen liegen sie in Ranglisten deutlich hinter Deutschland

Die Welt

Montag 24. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 79

Length: 951 words

Byline: Lasse Sørensen

Body

An der Behauptung, dass die skandinavischen Länder zu den beliebtesten Zielen für **Asylsuchende** in der EU gehören, dürfte sich kaum jemand stoßen. Bis vor einigen Jahren traf das auch zu. Doch tatsächlich hat Deutschland mittlerweile sowohl seinen nordischen Nachbarn Dänemark wie auch Schweden überholt.

Das zeigt eine kürzlich vom dänischen Ministerium für Einwanderung und Integration veröffentlichte Rangliste der EU-Länder, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung die meisten **Asylanträge** zwischen den Jahren 2008 und 2022 verzeichneten.

Während sich Deutschland seit Beginn der Migrationskrise 2015 in den Top 10 der Statistik hält, ist Schweden seit damals von Platz zwei auf Rang 16 im Jahr 2022 zurückgefallen. Dänemark war 2015 an neunter Stelle, im vergangenen Jahr dann auf Platz 19. Den höchsten Pro-Kopf-Anteil haben Zypern, Österreich, Luxemburg und Griechenland. Die Liste berücksichtigt nicht, wie viele Asylsuchende tatsächlich aufgenommen werden, ob und welchen Schutzstatus sie erhalten.

Der sozialdemokratische Integrationsminister Kaare Dybvad Bek, dessen Partei maßgeblich für scharfe Migrationspolitik Dänemarks verantwortlich ist, begrüßt die Positionierung seines Landes: "Es ist gut, dass wir einen relativ geringen Zustrom von Asylsuchenden haben, sodass unsere Integrationsmaßnahmen das auffangen können", erklärte er in einer Pressemitteilung.

Während die deutsche Politik weiterhin darüber streitet, wie man mit der steigenden Zahl an kommender Menschen umgehen soll, hatte sich der Ton in Dänemark schon vor der Migrationskrise verschärft, spätestens mit der Ankunft zehntausender Menschen setzte die Regierung dann auf rigorose Maßnahmen in der Einwanderungspolitik, die international immer wieder auf Kritik stoßen.

Die Härte Skandinaviens zeigt Wirkung Lange waren Schweden und Dänemark bevorzugte Ziele für Asylsuchende in Europa. Doch inzwischen liegen sie in Ranglisten de....

In Schweden hat der damalige Außenminister Carl Bildt noch 2014 verkündet, sein Land sei eine "humanitäre Supermacht". Tatsächlich hatten die Skandinavier über Jahrzehnte ihre Tore für Menschen in Not geöffnet, Schweden galt als ein Land, auf das man sich bei der Suche nach einem besseren Leben verlassen konnte.

Dann kam das Jahr 2015 und die Migrationskrise führte auch in Schweden zu einem Umdenken. Das Land registrierte 163.000 Asylanträge, so viele wie noch nie. Auf die Bevölkerungszahl gerechnet, nahm das EU-Land während dieser Zeit mehr Flüchtlinge und Migranten auf als alle anderen. Die schwedische Bevölkerung sah sich mit einer neuen Realität konfrontiert.

Das Land war gezwungen, seine Belastungsgrenzen anzuerkennen - im Widerspruch zum langjährigen Ideal, schutzbedürftigen Menschen bedingungslos aufzunehmen. Die Regierung zog die Notbremse, erstmals verschärfte Schweden seine Asylpolitik.

Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die jahrelang durch andere Parteien im Parlament isoliert worden waren, fachten die öffentliche Diskussion über Einwanderung und Integration an und profitierten mit ihrem asylkritischen Programm maßgeblich davon. Immer häufiger dominierten fortan auch die Auswirkungen gescheiterter Integration - vor allem die grassierende Bandenkriminalität in den Ballungszentren - die Schlagzeilen. In diesem Klima gelang den Schwedendemokraten der Sprung von einer Kleinstpartei zu stärksten Kraft bei den Wahlen im vergangenen September.

Dank ihrer Stimmenmehrheit löste ein Mitte-rechts-Bündnis die sozialdemokratisch geführte Regierung ab. Das neue Regierungsbündnis wird von den Rechtspopulisten geduldet, im Gegenzug gewährt es ihnen maßgeblichen Einfluss auf die Migrationspolitik des Landes.

Im Nachbarland Dänemark hatte die Entwicklung hin zu einer strikten Migrationspolitik schon früher begonnen. Die Befürchtung, dass hohe Migrationszahlen den Wohlfahrtstaat bedrohen, führte schon 2002 dazu, dass das Parlament mit breiter Mehrheit Geldleistungen für nicht-EU-Bürger um die Hälfte kürzte. Der Grundstein für eine enger gefasste Asylpolitik war gelegt, mit der Migrationskrise wurde dieser Kurs noch einmal deutlich verschärft.

So verstieß Dänemark im Jahr 2016, damals unter der Mitte-Rechts-Regierung von Lars Løkke Rasmussen, die im Parlament auf die Unterstützung der rechten Dänischen Volkspartei angewiesen war, sogar gegen das Schengen-Abkommen der EU und installierte Kontrollposten an der deutsch-dänischen Grenze. Auch das umstrittene "Schmuckgesetz" wurde verabschiedet, das es Behörden bis heute erlaubt, Asylsuchenden Wertsachen ab einem Wert von 10.000 Kronen (umgerechnet rund 1340 Euro) abzunehmen.

Im Jahr 2019 konnte der Linke Block um die dänischen Sozialdemokraten die Wahl für sich entscheiden. Das gelang einerseits, weil die Partei von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen harte Positionen in der Migrationspolitik übernahm und den Rechten so entscheidende Stimmen abjagen konnten. Anderseits, weil davon abgestoßene Wähler zum Linken Koalitionspartner abwanderten.

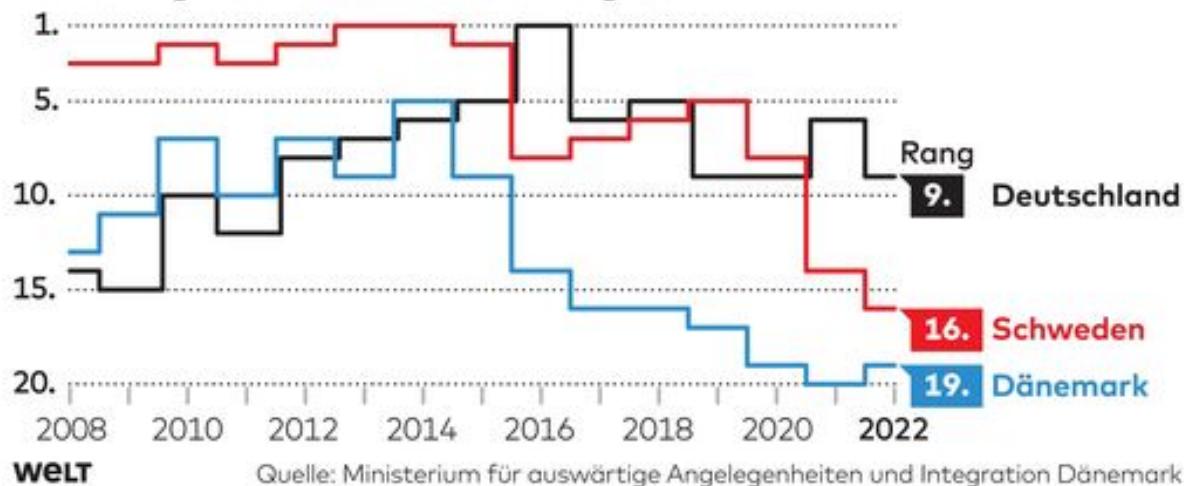
Heute steht die Regierung für das Ziel "Null Migration", will als einziges EU-Mitglied Syrer wieder in ihr Land zurückschicken und Asylverfahren in Drittstaaten auslagern. Beim Blick auf die Rangliste der Dänen zeigt sich, dass Kopenhagens Botschaft scheinbar auch in den Herkunftsländern vieler Asylsuchenden angekommen ist.

Auch Schweden bemüht sich zusätzlich zur verschärften Asylpolitik gezielt um Abschreckung. Eine internationale Informationskampagne, die sich gezielt an Asylsuchende und Migranten richten soll, veranschaulicht den Paradigmenwechsel. Anfang des Jahres kündigte Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard gemeinsam mit dem rechten SD-Politiker Henrik Vinge eine groß angelegte PR-Aktion in Herkunftsländern an, die sich auch an Botschaften und internationale Medien wenden soll. Die Kampagne solle das Bild von "Schweden als Einwanderungsland" widerlegen.

Die Härte Skandinaviens zeigt Wirkung Lange waren Schweden und Dänemark bevorzugte Ziele für Asylsuchende in Europa. Doch inzwischen liegen sie in Ranglisten de....

Zahl der Asylbewerber pro Kopf der Bevölkerung

Platzierung des Landes in der EU-Rangliste



Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 gehen Migranten aus Syrien zur dänisch-schwedischen Grenze

Load-Date: April 23, 2023

End of Document

Mitsotakis' Festung; Das Bootsunglück vor der griechischen Küste hat eine Debatte über die harte Migrationspolitik der Regierung ausgelöst. Der Ministerpräsident genießt kurz vor der Wahl trotzdem viel Rückhalt

Die Welt

Donnerstag 22. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 119

Length: 986 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Athen

War es eine Massenpanik? Oder kenterte das Boot bei einem Abschleppversuch der Küstenwache? Rund eine Woche nach dem schlimmen Unglück vor Griechenlands Küste ist noch immer nicht geklärt, wie ein Schiffsunter mit bis zu 700 Menschen an Bord sinken konnte, ohne dass jemand eingriff. Vermutlich mehrere hundert **Migranten** verloren ihr Leben. Der Vorfall hat eine neuerliche Debatte über die griechische **Migrationspolitik** ausgelöst.

Denn unter Kyriakos Mitsotakis, der bis vor Kurzem Regierungschef war und es nach der Wahl am kommenden Sonntag den Umfragen zufolge wieder werden durfte, hat sich die griechische **Migrationspolitik** zu einer der härtesten Europas gewandelt. Trotzdem - oder gerade deswegen - kann Mitsotakis auf die Gunst des Volkes zählen.

Schon auf dem Höhepunkt der europäischen Migrationskrise vor rund acht Jahren stand Griechenland im Zentrum der Ereignisse. Allein im Oktober 2015 kamen mehr als 200.000 Menschen ins Land. Im Vergleichsmonat des vergangenen Jahres betrugen die Ankünfte gerade einmal ein Prozent dessen.

Das hat zwei Gründe. Zum einen schlossen die Europäische Union und die Türkei, von wo die meisten Menschen einreisten, mit dem Flüchtlingsdeal ein Abkommen zur Migrationskontrolle. Zum anderen hat Griechenland ein System etabliert, das die meisten Migrationsexperten als illegal bezeichnen: oftmals brutale Zurückweisungen von Migranten, ohne dass diese einen Asylantrag stellen können.

Dazu zählen sogenannte Pushbacks auf offener See, bei denen die griechische Küstenwache die Schlauchboote zurück in türkische Gewässer drängt. Es wird aber auch von Praktiken berichtet, bei denen Migranten, die es

Mitsotakis' Festung Das Bootsunglück vor der griechischen Küste hat eine Debatte über die harte Migrationspolitik der Regierung ausgelöst. Der Ministerpräsident....

bereits auf griechische Inseln geschafft haben, von Vermummten zusammengetrieben und auf dem offenen Meer ausgesetzt werden. Gewalt ist demnach eher die Regel als die Ausnahme.

Wer es doch nach Griechenland schafft, der ziehe häufig weiter, erklärt die renommierte Migrationsexpertin Angeliki Dimitriadi, Non-Resident Research Fellow beim Institut für globale öffentliche Politik (GPPi). Viele Migranten in Griechenland "versuchen sehr schnell, in andere EU-Mitgliedsstaaten zu gelangen, weil sie hier kaum überleben können", sagt sie.

"Wir reden nicht einmal von Integration. Sondern vom grundsätzlichen Überleben", so die Expertin. Anerkannte Flüchtlinge unterstützt der Staat weder finanziell noch mit einer Wohnung. Viele ziehen nach Deutschland weiter, wo sie erneut einen Asylantrag stellen. Zurückgeschickt werden sie nicht, weil die Bedingungen in Griechenland so schlecht sind.

Gewalt an den Grenzen, schlechte Behandlung der Flüchtlinge im Inland - und kein breiter öffentlicher Aufschrei. "Die Mehrheit der Bevölkerung ist sich der Pushbacks und anderer Praktiken sehr wohl bewusst", sagt Dimitriadi. Doch das Trauma von 2015 sitzt tief. Mitten in der Finanzkrise wurde Griechenland auch zum Zentrum der Flüchtlingskrise. Und fühlte sich von Europa alleingelassen.

"Viele Griechen halten die Politik der Regierung für eine notwendige Maßnahme oder zumindest für eine angemessene Reaktion, um eine Wiederholung von 2015 zu vermeiden", sagt Dimitriadi.

Auch wenn Griechenland ein Hauptziel für Menschen bleibt, die aus dem Nahen und Mittleren Osten in die EU zu gelangen versuchen, gibt es Versuche, die Route zu umgehen. Manche Boote, die aus der Türkei ablegen, nehmen direkt Kurs auf Italien, obwohl der Weg viel länger und gefährlicher ist. Auch der vor rund einer Woche gekenterte Kutter, der offenbar aus der libyschen Hafenstadt Tobruk kam, hatte anfangs Italien angesteuert, obwohl Griechenland von dort näher liegt.

Die nachfolgende Katastrophe scheint den Diskurs nicht grundsätzlich verändert zu haben - weder in Griechenland noch auf EU-Ebene. Dimitriadi sagt, statt Forderungen nach legalen Asylwegen würden nun vor allem Rufe nach strengerer Grenzpolitik laut. "Das Ausmaß des Unglücks ist niederschmetternd. Aber letztendlich wird es nicht viele dazu gebracht haben, über realistische, vernünftige und menschenwürdige Alternativen nachzudenken", sagt sie. "Eher hat es das Gegenteil bewirkt."

Nachdem der Kutter gesunken war, ruhte der Wahlkampf in Griechenland drei Tage lang. Am Wochenende trat Mitsotakis wieder auf - und wehrte sich gegen Vorwürfe, seine Regierung trage Mitverantwortung an dem Unglück. Die Grenzpolitik sei "fair und strikt". Illegale Grenzübertritte seien infolgedessen um 90 Prozent zurückgegangen. Über den Preis, den diese Politik fordert, schwieg er.

Zwar ist Migration derzeit nicht unter den wichtigsten Themen für die griechischen Wähler. Sie sorgen sich vor allem um die Wirtschaft, Arbeitsplätze und die Sicherheitssituation mit dem Nachbarland Türkei. "Es herrscht eine gewisse Erschöpfung bezüglich der Migration und das Gefühl, dass die EU und die Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung gegenüber Griechenland nicht ausreichend gerecht geworden sind", sagt Dimitriadi. Doch unter den Mitsotakis-Wählern gelte dessen Grenzpolitik "offensichtlich als ziemlich effektiv".

Eine offene Frage bleibt: Welche Rolle spielte die griechische Küstenwache im Falle des vor einer Woche gekenterten Schiffs? In Medienberichten heißt es unter Berufung auf Aussagen Überlebender, das Patrouillenboot der Küstenwache habe den Kutter angeleint, als dieser zwischenzeitlich stoppte, und Richtung Italien gezogen. Auch soll der Kutter bereits seeuntüchtig gewesen sein - dennoch sei Hilfe ausgeblieben.

Die Küstenwache bestreitet beide Vorwürfe. Ihrer Schilderung zufolge habe eine Massenpanik das Kentern zufolge gehabt, weil die Maschinen wiederholt ausgefallen seien. Das Boot habe aber zuvor Kurs gehalten. Die Menschen auf dem Schiff sollen Hilfe ausgeschlagen haben: Man wolle nach Italien - nicht nach Griechenland. Auch an dieser Version gibt es Zweifel. Einem Bericht der britischen BBC zufolge bewegte sich der Kutter sieben Stunden nicht von der Stelle. Offenbar ohne, dass die griechische Küstenwache eingriff.

Mitsotakis' Festung Das Bootsunglück vor der griechischen Küste hat eine Debatte über die harte Migrationspolitik der Regierung ausgelöst. Der Ministerpräsident....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Rettungsdienste warten in der Küstenstadt Kalamata auf die Ankunft schiffbrüchiger Migranten

Load-Date: June 21, 2023

End of Document

Meloni: Gesamte EU muss illegale Migration stoppen; EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlägt Zehn-Punkte-Plan vor

Die Welt

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 181

Length: 641 words

Byline: Dpa

Ap

Rtr

Body

Tausende **Migranten** haben zuletzt innerhalb weniger Tage Lampedusa erreicht, die Lage auf der kleinen italienischen Insel ist äußerst angespannt. Die EU-Kommission will nun mit stärkerer Überwachung des Mittelmeers reagieren. Das kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Sonntag bei einem gemeinsamen Besuch mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni auf Lampedusa an. "Wir werden entscheiden, wer in die Europäische Union kommt, und unter welchen Bedingungen. Nicht die Schlepper", sagte von der Leyen.

Meloni pochte auf ein härteres Vorgehen: Die Migranten müssten schon an der Überfahrt nach Europa gehindert werden. Über die Umverteilung der Menschen auf die Mitgliedstaaten zu reden, löse das Problem nicht. Lampedusa liegt näher am nordafrikanischen Tunesien als am italienischen Festland.

Ein Zehn-Punkte-Plan, zu dem sich von der Leyen bereit zeigte, sieht unter anderem finanzielle Mittel für Tunesien im Rahmen eines Abkommens mit der EU vor, mit dem im Gegenzug für wirtschaftliche Hilfe Überfahrten von Migranten verhindert werden sollen. Zudem soll Italien geholfen werden, Asylanträge schneller zu bearbeiten und humanitäre Korridore in Herkunftsländern von Migranten einzurichten, damit diese keine illegalen Wege in die EU wählen. Zudem werde die EU-Grenzschutzagentur Frontex dabei assistieren, Migranten schnell in ihr Heimatland zurückzuschicken, die keinen Anspruch auf einen Verbleib in der EU hätten. Von der Leyen sprach sich auch dafür aus, dass andere EU-Länder freiwillig Migranten aufnehmen, die in Italien angekommen sind.

Seit Tagen nehmen auf Lampedusa die Spannungen zu. Bewohner zeigen sich unzufrieden mit der Zahl der ankommenden Migranten. Eingetroffene Migranten sind wiederum unzufrieden, dass sie lange darauf warten

Meloni: Gesamte EU muss illegale Migration stoppen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlägt Zehn-Punkte-Plan vor

müssen, aufs Festland gebracht zu werden. TV-Aufnahmen vom Wochenende zeigen, wie Hunderte auf ein Tor zugingen, während die Polizei sie mit Schutzschilden zurückdrängte. Einzelne Migranten kletterten über den Zaun des Erstaufnahmecentrums. Dort hielten sich am Sonntag nach Angaben des Roten Kreuzes noch rund 1500 auf. Das Zentrum ist ausgelegt für mehrere Hundert.

Von der Leyen und Meloni besuchten am Sonntag das Lager, das vor wenigen Tagen noch mit rund 6800 Personen maßlos überfüllt war. Sie besichtigten auch die für Migranten-Ankünfte vorgesehene Mole. Auf dem Wasser schwammen zurückgelassene Metallboote.

Italien gehört zu den EU-Staaten, wo besonders viele Migranten ankommen. Über das Mittelmeer erreichten dieses Jahr nach Zahlen des Innenministeriums in Rom bereits mehr als 127.200 Menschen das Land (Stand 15. September). Im Vorjahreszeitraum waren es rund 66.200.

Den EU-Staaten ist es bis heute nicht gelungen, eine umfassende Reform des europäischen Asylsystems zu verabschieden. Neben Italien beklagen auch andere Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen mangelnde Solidarität der Partner. Es sei Aufgabe der gesamten EU, die Situation zu bewältigen, sagte Meloni. "Wenn wir nicht ernsthaft und gemeinsam gegen die illegalen Überfahrten vorgehen, werden die Zahlen dieses Phänomens zuerst die Staaten an den Außengrenzen überrollen, aber dann alle anderen", insistierte sie. "Das Problem ist ein Problem, das unweigerlich alle betrifft und von allen angegangen werden muss."

Das Geschehen auf Lampedusa hat auch zu Spannungen in der Regierung von Meloni geführt. Der Vizeministerpräsident Matteo Salvini von der rechten Partei Lega hat Zweifel an der Wirksamkeit des Abkommens zwischen EU und Tunesien geäußert.

Die tunesischen Sicherheitskräfte waren am Samstag mit einem Großaufgebot gegen Migranten und Schlepper in mehreren tunesischen Küstenstädten vorgegangen, um die illegale Einwanderung nach Italien zu unterbinden. Hunderte Migranten und zahlreiche Schlepper seien festgenommen worden, berichteten Augenzeugen und Behörden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (l.) und Ursula von der Leyen vor Flüchtlingsbooten auf der Insel Lampedusa

Load-Date: September 17, 2023

Bis zu acht Anläufe; Vor allem Menschen, die kaum eine Chance auf Asyl haben, stellen immer wieder erneute Anträge - und können so lange hierbleiben. Das lähmt die Behörden. Die CDU fordert ein "48-Stunden-Verfahren" nach Schweizer Vorbild

Die Welt

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 221

Length: 1123 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Im Berliner Nordwesten ist in den vergangenen Wochen ein neuer Stadtteil aus dem Boden gestampft worden. Eine Art Zeltstadt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, die ab kommender Woche Platz für 7100 Menschen bieten soll. Parallel dazu entsteht am ehemaligen Flughafen Tempelhof ein Containerdorf für bis zu 2500 Menschen - ebenfalls für **Asylbewerber** und **Flüchtlinge**. Der Senat hat es aufgegeben, vor allem nach freien Wohnungen oder Hotelzimmern zu suchen oder die sogenannten modularen Unterkünfte für **Flüchtlinge** (MUFs) errichten zu lassen - es kommen einfach zu viele Zuwanderer.

In keinem Bundesland werden gemessen an der Einwohnerzahl mehr **Asylerstanträge** gestellt als in Berlin: 34,4 pro 10.000 Einwohner (Stand Januar bis September). Das ist die eine Herausforderung - die andere liegt in den vielen Folgeanträgen von **Asylbewerbern**. Von Menschen, die es immer und immer wieder versuchen. Und die häufig keine Chance auf **Asyl** in Deutschland haben. Diese Folgeanträge stellen die Behörden bundesweit vor Herausforderungen, und in einem Stadtstaat wie Berlin vor besonders große.

12.556 Asylanträge wurden in Berlin von Januar bis einschließlich September nach Angaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) gestellt, davon waren nach WELT-Informationen 1047 Folgeanträge. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 11.938 Asylanträge in der Bundeshauptstadt, 2766 davon Folgeanträge. Noch ist deren Zahl in diesem Jahr also geringer als 2022, aber die Statistik gibt nur den Stand bis Ende September wieder. "Und eine vierstellige Zahl von Asylbewerbern ist noch nicht abschließend registriert", heißt es in einer der zuständigen Behörden. Sprich, die Zahl der Folgeanträge kann sich noch deutlich erhöhen.

Die Menschen, die in Berlin in mehreren Anläufen versuchen, Asyl zu bekommen, stammen vor allem aus Moldau oder Georgien, Ländern also, deren Staatsbürger eine verschwindend geringe Anerkennungsquote haben. Das gilt bundesweit für die Asylbewerber, die einen erneuten Antrag stellen. Etwa die Hälfte der Asylbewerber, die

Bis zu acht Anläufe Vor allem Menschen, die kaum eine Chance auf Asyl haben, stellen immer wieder erneute Anträge - und können so lange hierbleiben. Das lähmt d....

mehrfach Anträge stellen, kommen aus Ländern, in denen die sogenannte Schutzquote bei weniger als einem Prozent liegt. Besonders häufig handelt es sich um Menschen aus Balkanländern, Moldau und Georgien. Laut "Tagesspiegel", der sich auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezieht, handelt es sich bei den 13.000 Anträgen, die bundesweit zwischen Januar und Oktober von Menschen aus Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo gestellt wurden, in etwa 7000 Fällen um Folgeanträge.

"Diese Leute haben keine Chance auf Asyl bei uns, aber sie versuchen es trotzdem immer wieder. Bei manchen Familien denkt man, wenn die ins Büro kommen: Das gibt's doch nicht, ihr seid doch schon zigmals hier gewesen", sagt ein Mitarbeiter einer Berliner Ausländerbehörde. "Manche stellen ihre Anträge bis zu acht Mal." Obwohl das aussichtslos sei, werde in jedem Fall, egal, wie oft ein Antrag schon gestellt wurde, das gesamte Verfahren neu durchlaufen. Das dauert, bis die Behörden entschieden haben, mehrere Monate - und nach einer Ablehnung, gegen die in aller Regel geklagt wird, nochmals mehrere Monate. "In dieser Zeit sind wir für Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung und ein Taschengeld zuständig. Und das, obwohl uns Kapazitäten fehlen, denen zu helfen, die einen nachvollziehbaren Grund auf Asyl haben", sagt der Mitarbeiter. "Das ist frustrierend."

Allerdings ist es rechtens, mehrfach Anträge auf ein Bleiberecht in Deutschland zu stellen. Artikel 16a des Grundgesetzes besagt, dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen. Er sagt nicht, wie oft von diesem Recht Gebrauch gemacht werden darf. Das ist grundsätzlich sinnvoll, weil sich die politische Situation in einem Land so ändern kann, dass sich Menschen zur erneuten Flucht veranlasst sehen. Die Rechtslage ermöglicht aber auch Missbrauch. Menschen können insgesamt Jahre im Land bleiben und Leistungen erhalten, obwohl keine Gründe für die Gewährung von Asyl vorliegen.

Die Unionsparteien fordern nun eine Änderung der Asylpraxis. "Die Menschen, die Folgeanträge stellen, kommen häufig aus Staaten, die als sichere Herkunftsländer anzusehen sind. Sie wissen, dass sie keine Chance haben zu bleiben und kommen vorzugsweise über den Winter", sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU). "Und dann werden sie wieder zurückgeführt oder nehmen sogar eine entsprechende Pauschale in Anspruch, damit sie von allein ausreisen und damit einer Einreisesperre entgehen." Dagegen müsse man vorgehen, so Frei: "Man könnte die Verfahren für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten noch mal deutlich beschleunigen", sagt er. Und verweist auf das Beispiel der Schweiz.

Dort gibt es die "Fast Track"- oder "48-Stunden-Verfahren". Menschen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, werden an einem Tag angehört und bekommen am nächsten Tag ihren Bescheid. Es gibt einen Rechtsbeistand, Dolmetscher, aber eben binnen Stunden auch Klarheit, dass ein Asylantrag am Ende abgelehnt wird. Dagegen kann geklagt werden, aber ein großer Teil der Anträge wird daraufhin zurückgezogen "Das ist auch bei uns machbar, denn die Schweiz ist schließlich ebenfalls ein Rechtsstaat", sagt Frei.

In der SPD hält man von dem Vorstoß wenig. "Folgeanträge kommen vor, auch aus dem genannten Länderkreis. Aber: Das ist keine gesonderte Herausforderung", erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Rasha Nasr. "Zum einen, weil sich das Folgeantragsgeschehen nicht signifikant von anderen Folgeanträgen abhebt. Zum Anderen steht unser Asylsystem derzeit vor weitaus anderen und drängenderen Herausforderungen", so die Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration und Integration in der SPD-Fraktion. "Es gilt schon jetzt: Bei offensichtlicher Unbegründetheit des Folgeantrags erfolgt die sofortige Abweisung. Das beschleunigte Verfahren nach Schweizer Vorbild kann hier keine Abhilfe schaffen."

Auch bei den Grünen gibt es Skepsis mit Blick auf den Unionsvorschlag. "Wie bei Asylerstanträgen ist bei Folgeanträgen sicherzustellen, dass die Bearbeitungsdauer verkürzt wird. Allerdings gilt schon jetzt bei Folgeantragstellern ein sogenanntes 'beschleunigtes Asylverfahren'. Das kann Folgen für die Qualität der Asylbescheide haben, was wiederum dazu führt, dass mehr Bescheide geklagt werden", sagt Filiz Polat, Migrationsexpertin der Grünen-Bundestagsfraktion. "Mehr Personal im BAMF und eine flächendeckende Asylverfahrensberatung würden dazu führen, dass gegen weniger Entscheidungen geklagt wird. Andererseits können so auch Gerichtsverfahren verkürzt werden. Denn das Nadelöhr ist nicht so sehr das Verfahren beim BAMF, sondern bei den Verwaltungsgerichten."

Bis zu acht Anläufe Vor allem Menschen, die kaum eine Chance auf Asyl haben, stellen immer wieder erneute Anträge - und können so lange hierbleiben. Das lähmt d....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Sammelunterkunft für Migranten in der Messe Frankfurt, Halle 8: eine Frau mit Kinderwagen zwischen den abgeteilten Bereichen für Familien

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Angekommen in der Realität

Die Welt

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 185

Length: 344 words

Byline: Klaus Geiger

Body

In der langen Debatte um Europas ***Migrationspolitik*** gilt ein Gesetz: Nicht nur was gesagt wird, ist wichtig. Sondern vor allem, wer es sagt. Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz wurde - bis zu seinem verdienten Sturz wegen Machtmissbrauchs - für seine durchdachten Vorschläge zur ***Migration*** von links routinemäßig als "Populist" diffamiert. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wird heute von der gleichen Seite ebenso konsequent als "Postfaschistin" bezeichnet.

Acht Jahre nach der Flüchtlingskrise von 2015 aber lässt sich feststellen: Nach einer quälend langen, vor Moralismus und Wunschdenken triefenden Diskussion ist die EU nun auf dem Weg, sich auf neue Migrationsregeln zu einigen. Die Prinzipien dieser Politik sind jene, die Kurz als Gegenspieler von Angela Merkel stets wiederholte, und die heute von Giorgia Meloni betont werden. Erstens: Die Außengrenzen müssen robust geschützt werden. Denn nur, wenn es keine realistische Chance gibt, illegal nach Europa zu kommen, bricht das Geschäft der Schleuser zusammen. Zweitens: Wer ein Anrecht auf Schutz hat, muss auf direktem Weg nach Europa kommen, nicht mit der Hilfe von Seelenverkäufern über das Mittelmeer. Drittens: Wer kein Anrecht auf Asyl hat, muss schnell abgeschoben werden. Es sind die Prinzipien, die nun auch den Asylkompromiss prägen, auf den sich die EU-Staaten vor wenigen Wochen geeinigt haben. Die Einigung war deshalb möglich, weil die "Postfaschistin" Giorgia Meloni auf konstruktive Lösungen setzte - anders als Polen und Ungarn, die das Migrationsproblem gar nicht lösen wollen, weil es das Lebenselixier ihrer Politik ist.

Ein wichtiger Staatschef in der EU wird hingegen auf der Linken immer gern als "Europäer" hofiert: Emmanuel Macron. Frankreichs Präsident aber lässt die nationalen Grenzen kompromisslos schützen und vertritt eine Migrationspolitik, die mit jener Melonis vergleichbar ist. Europas Migrationspolitik ist weitgehend in der Realität angekommen. So sollte es auch bei der Debatte sein.

klaus.geiger@welt.de (klaus.geiger@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

Südafrika verschärft seine Migrationspolitik; Flüchtlinge genießen in dem Land eigentlich besonderen Schutz. Aber der Unmut in der Bevölkerung wächst - und die Politik reagiert mit umstrittenen Methoden

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 92

Length: 895 words

Byline: Christian Putsch

Body

Kapstadt

Als Hafiz Muhammed vor 18 Jahren Bangladesch verließ, war für ihn schnell klar, dass er nach Südafrika gehen würde. In seiner Heimat konnte er wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Oppositionspartei nicht bleiben. In Südafrika betrieben Freunde ein Lebensmittelgeschäft, in dem er arbeiten konnte. Und das Land galt unter dem damaligen Präsidenten Thabo Mbeki als freundlich gegenüber **Flüchtlingen**, Muhammed bekam schnell **Asyl** und das Recht zu arbeiten. "Das Leben war friedlich und gut", sagt Muhammed.

Jetzt lebt der 36-Jährige in einem improvisierten **Flüchtlingslager** in Kapstadt. Vor sieben Jahren wurde sein Laden in der Free State Provinz, im Zentrum Südafrika, während einer der wiederholten Gewaltwellen gegen **Flüchtlinge** und **Migranten** geplündert. Er zog nach Kapstadt, wo es vergleichsweise wenig xenophobische Übergriffe gibt. Doch für Muhammed steht fest: "Ich will hier nur noch weg. Die Politiker machen in Wahlkämpfen gegen uns Stimmung, schieben alles auf uns, selbst wenn es Probleme bei der Infrastruktur von Wasser und Strom gibt."

Europa nimmt derzeit einen neuen Anlauf, um gemeinsame Regeln für die Migration zu finden. Deutschland und zahlreiche andere Länder sprechen sich inzwischen für schnellere Asylverfahren und konsequente Abschiebungen aus. Im am stärksten industrialisierten Land Afrikas zeigen sich Parallelen. Traditionell schützen Südafrikas Gesetze die Rechte von Flüchtlingen so umfangreich wie nur wenige in der Welt. In den vergangenen Jahren aber änderte sich die Stimmung in Südafrika - und das Land schränkt Möglichkeiten für Flüchtlinge und Migranten ein. Die Gesetze wurden deutlich verschärft. Das Land ist trotz anhaltender Wirtschaftskrise und katastrophaler Stromversorgung weiterhin wichtigstes Zielland für Migranten und Flüchtlinge aus Afrika, wo 85 Prozent aller Migration innerhalb des Kontinents stattfindet. Besonders aus weniger entwickelten Ländern im Süden des Kontinents zieht es Arbeitssuchende traditionell nach Südafrika.

Südafrika verschärft seine Migrationspolitik Flüchtlinge genießen in dem Land eigentlich besonderen Schutz.
Aber der Unmut in der Bevölkerung wächst - und die P....

Zunehmend gibt es auch Zustrom aus dem Osten Afrikas. Besonders seit Saudi-Arabien in den vergangenen Jahren 500.000 äthiopische Migranten abgeschoben hat, mehren sich Meldungen über Schleppernetzwerke, die aus Äthiopien in Richtung Süden agieren. Darauf deuten mehrere tragische Vorfälle hin. Im Jahr 2020 wurden in Mosambik in einem Lastwagen rund 60 Tote gefunden, laut Behörden Migranten aus Äthiopien auf dem Weg nach Südafrika. Im vergangenen Dezember gab es einen ähnlichen Fall in Sambia mit 27 Toten, im Oktober waren es 30 tote Äthiopier, die in einem Wald in Malawi gefunden wurden.

Wie viele undokumentierte Migranten es in Südafrika gibt, ist unklar. Im Jahr 2018 veröffentlichte die Weltbank eine Studie, der zufolge 15,3 Millionen Menschen in Südafrika keine Identifikationsdokumente haben. Die Zahl, so merkte die Denkfabrik Africa Check an, bezog sich nicht ausschließlich auf Ausländer, schafft es aber in zahlreiche Statements und Tweets hochrangiger Politiker, in denen dann meist pauschal von 15 Millionen illegalen Migranten die Rede ist. Umstritten ist auch die Basis für die Weltbank-Erhebung. Denn die südafrikanische Statistikbehörde vermeldet nur knapp vier Millionen im Ausland geborene Bürger. Bei 60 Millionen Einwohnern wären weniger als zehn Prozent der Bevölkerung ein eher geringer Anteil. Im Jahr 2015 gab es nach Angaben der Behörde zwischen 1,2 Millionen und 1,5 Millionen undokumentierte Migranten.

Klar ist derweil, dass Fremdenfeindlichkeit in Südafrika immer wieder in Gewalt umschlagen kann. Im vergangenen Jahr mobilisierte die radikale Gruppe "Operation Dudula" (Zulu: Zurückdrängen) in Townships gegen Ausländer, machte sie für den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe (je nach Definition zwischen 34 und 43 Prozent) verantwortlich - nur jeder vierte Südafrikaner unter 24 Jahren hat eine formelle Beschäftigung. "Wir haben gesehen, wie Menschen auf der Straße angehalten und gezwungen wurden, einen Ausweis vorzuzeigen, um ihren Einwanderungsstatus zu überprüfen", sagte Präsident Cyril Ramaphosa damals schockiert. "So sind die Unterdrücker der Apartheid vorgegangen."

Das Thema bestimmt die Politik in dem Land mit den höchsten Einkommensunterschieden der Welt. Die linkspopulistischen Economic Freedom Fighters (EFF), die zweitgrößte Oppositionspartei, offenbarte kürzlich ihre Scheinheiligkeit: Offiziell fordert sie offene Grenzen auf dem Kontinent, aber kürzlich tauchte ihr Anführer Julius Malema von Fotografen begleitet in Restaurants auf, in denen er den Ausländeranteil der Angestellten kontrollierte. Die Regierungspartei African National Congress (ANC) hat bereits auf die sich verändernde Stimmung reagiert: Seit 2010 geltende Sonder-Arbeitsgenehmigungen für derzeit 178.000 Simbabwer werden ab Juni nicht erneuert. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Land zunehmend für den Umgang mit Asylbewerbern und Migranten, das Thema beschäftigt regelmäßig die Gerichte. Und plötzlich nehmen die Kontrollen der Arbeitserlaubnisse stark zu. Es häufen sich Mitteilungen wie die eines populären Restaurants in Kapstadt, das im März seine vorläufige Schließung wie folgt begründete: "Arbeitsinspektoren haben uns besucht und die Einsichtnahme aller Personalausweise und Arbeitserlaubnisse verlangt. Leider verfügten circa acht unserer ausländischen Mitarbeiter nicht über die erforderlichen Unterlagen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In Pretoria löst die Polizei eine Zeltsiedlung von Migranten auf

Load-Date: May 11, 2023

EU-Asylreform: Wer keinen Flüchtling aufnimmt, der zahlt; Zum ersten Mal wird mit 22.000 Euro eine Größenordnung für Aufnahmeverweigerer genannt

Die Welt

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 106

Length: 828 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Wenn am Donnerstag die EU-Innenminister auf ihrem Rat in Brüssel über die Begrenzung der **Migration** sprechen, wird es auch um einen der zentralen Pfeiler des geplanten EU-**Asylsystems** gehen: die Verteilung vieler **Migranten** aus den Ankunftsstaaten im Süden der Gemeinschaft auf möglichst viele andere Mitgliedsländer. An der mangelnden Bereitschaft für eine solche Aufnahme waren bisher alle Versuche, ein Verteilungssystem hinzubekommen - und damit auch ein neues EU-**Asylsystem** - gescheitert. Und auch die aktuellen Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische **Asylsystem** (GEAS), die bis zum kommenden Februar abgeschlossen sein sollen, kommen jetzt in eine entscheidende Phase, in der ein abermaliges Scheitern droht.

Denn im Wissen darum, wie brisant die Verteilungsfrage ist, wurde seitens der EU-Verhandler lange eisern dazu geschwiegen, in welchem Umfang die nicht aufnahmewilligen Staaten sich an den Kosten beteiligen sollen. Klar war nur: Wer nicht aufnehmen möchte, muss einen Ausgleich über Sach- oder Geldleistungen erbringen. In den vergangenen Tagen wurde nun bekannt, dass nach den Vorstellungen der EU-Kommission dieser Ausgleich bei ungefähr 22.000 Euro pro nicht aufgenommenem Flüchtling liegen soll. Zunächst berichtete darüber das EU-Politikportal Euractiv, sowie polnische und italienische Medien, am Samstag auch die Berliner "taz". Die Kommission dementiert diese Größenordnung von 22.000 Euro auf WELT-Anfrage nicht, man könne sie aber auch nicht bestätigen, weil man Inhalte der Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten nicht kommentiere.

Ein Sprecher bestätigte aber, dass die Kommission in den Vorbereitungstreffen für den am Donnerstag anstehenden Rat der Innenminister zur Migration gegenüber dem EU-Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten ihre Position zur Verteilung betont habe. "Solidarität muss gewährleistet sein. Deshalb befürwortet die Kommission ein System der verpflichtenden Solidarität." Diese könne über die Aufnahme von umverteilten Migranten, durch "operative Unterstützung" der überlasteten Staaten oder durch Geldzahlungen erfolgen.

Der erste Vorbote dafür, dass auch der aktuelle Anlauf für die seit vielen Jahren angekündigte GEAS-Reform als Rohrkrepierer enden könnte, weil die Verteilung am Ende nicht akzeptiert wird, ist die Reaktion Polens auf den

EU-Asylreform: Wer keinen Flüchtling aufnimmt, der zahlt Zum ersten Mal wird mit 22.000 Euro eine Größenordnung für Aufnahmeverweigerer genannt

22.000-Euro-Vorschlag. Der an den Verhandlungen beteiligte EU-Botschafter des osteuropäischen Landes, Andrzej Sado sagte der staatlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP, Warschau werde weder einer verpflichtenden Verteilung, noch einem verpflichtenden finanziellen Beitrag zustimmen. Eine "Strafe" für die verweigerte Aufnahme von zur Verteilung vorgesehenen Flüchtlingen lehne er ab.

Während Polen und andere nicht aufnahmewillige Staaten Ausgleichszahlungen in der von der EU-Kommission angepeilten Größenordnung von 22.000 Euro für überzogen halten, dürften die Befürworter der Verteilung, also vor allem die Mittelmeerstaaten, diese Größenordnung für zu gering erachten. Denn sie befürchten, dass viele Staaten sich am Ende über finanzielle Leistungen der Aufnahme entziehen und dass sie selbst weiterhin für sehr viele Migranten zuständig bleiben.

Auch im Bundestag stößt die neue Entwicklung der Reform auf Kritik. Alexander Throm (CDU), der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte WELT: "22.00 Euro sind ein echter Schnäppchenpreis. Das entspricht in etwa ein bis zwei Jahren Sozialleistungen in Deutschland." Es brauche auf EU-Ebene einen verpflichtenden Mechanismus mit einer gewissen Grundverteilung an Flüchtlingen. "Kein Land darf sich komplett freikaufen dürfen. Denn den Flüchtling, von dem sich ein EU-Land freikauft, muss ein anderes Land zusätzlich aufnehmen."

Für die FDP-Migrationspolitikerin Ann-Veruschka Jurisch ist es hingegen "zielführend, dass jetzt den Mitgliedstaaten unterschiedliche Optionen zur Erfüllung ihrer Pflichten bei der Flüchtlingsaufnahme angeboten werden. Ganz von der eigentlichen Aufnahme ‚freikaufen‘ sollte sich aber kein Land können." Jurisch hält es für unabdinglich, in der EU "eine Angleichung der Leistungen für Geflüchtete in allen Mitgliedstaaten" herbeizuführen. "Solange das nicht so ist, wird eine Umverteilung nicht gut funktionieren."

Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion im Bundestag, hält "die Idee, dass Staaten sich von menschenrechtlichen Verpflichtungen freikaufen können, für grundsätzlich gefährlich". Die EU müsse "vom Erst-Einreiseprinzip Abstand nehmen" und von Anfang an eine gerechte Verteilung im Einverständnis mit den Schutzsuchenden ermöglichen. Der innenpolitische Sprecher der AfD, Gottfried Curio lehnte Umverteilung generell ab. "Wer nicht direkt aus einem Nachbarland der EU kommend Schutz begehrte, sondern aus seinem Primär-Fluchtland kommend bereits durch mindestens ein sicheres Zwischenland gereist ist", sei an der EU-Grenze kein Flüchtling mehr und solle nicht verteilt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Mehr als 100.000 illegale Einreisen in diesem Jahr; Deutlicher Anstieg gegenüber 2022. Grenzkontrollen sollen Zustrom vermindert haben

Die Welt

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 221

Length: 639 words

Byline: Zara Riffler

Body

Die Zahlen illegaler **Migration** nach Deutschland gehen leicht zurück, bleiben allerdings weiterhin auf dem Niveau der letzten großen **Flüchtlingskrise** in den Jahren 2015 und 2016. Nach Informationen von WELT stellte die Bundespolizei im Oktober 17.146 unerlaubte Einreisen in die Bundesrepublik fest. Das geht aus einer Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten und Innenexperten Alexander Throm (CDU) an das Bundesinnenministerium hervor, die dieser Zeitung vorab vorliegt. Damit sank die Zahl gegenüber dem September (21.365 Feststellungen) zwar leicht, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde allerdings ein Anstieg von 54 Prozent verzeichnet.

Mit insgesamt 109.265 festgestellten Personen sind bis zum Stichtag 31. Oktober 2023 schon mehr Menschen unerlaubt eingereist als im gesamten Jahr 2022 (91.968). Damit ist bereits jetzt klar, dass der Wert von 2016 - 111.843 - 2023 definitiv übertroffen werden wird.

Am häufigsten wurden Personen an den Grenzen zu Österreich (6528), Polen (4415), Tschechien (3505) und der Schweiz (1889) aufgegriffen. Wie diese Zeitung darüber hinaus aus Kreisen der Bundespolizei erfuhr, wurden außerdem rund 4900 Migranten im Inland - beispielsweise an Bahnhöfen oder Flughäfen - aufgegriffen, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis im Land aufhielten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte aufgrund des anhaltend hohen Migrationsdrucks im Oktober stationäre Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz eingeführt. Zuvor gab es lediglich an der Grenze zwischen Bayern und Österreich stationäre Kontrollen, die bereits seit 2015 halbjährlich verlängert werden. Seit dem 16. Oktober wurden nach WELT-Informationen insgesamt rund 4000 Personen an diesen vier Grenzabschnitten zurückgewiesen, durften also nicht in die Bundesrepublik einreisen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 war an der Grenze zu Österreich 14.500 Migranten die Einreise untersagt worden.

Throm, der innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag ist, sagte WELT: "Die aktuellen Zurückweisungszahlen zeigen, dass Grenzkontrollen wirken - auch wenn die Bundesinnenministerin anderes

Mehr als 100.000 illegale Einreisen in diesem Jahr Deutlicher Anstieg gegenüber 2022. Grenzkontrollen sollen Zustrom vermindert haben

behauptet." Zugleich forderte Throm: "Einen wirklichen Durchbruch werden wir aber nur erreichen, wenn wir endlich auch diejenigen zurückweisen, die bereits in anderen Mitgliedstaaten Asylanträge gestellt haben." Denn die "weiter sehr hohe Zahl unerlaubter Einreisen" zeige, dass die Migrationskrise andauere. "Die Bundesregierung handelt nach wie vor viel zu wenig und viel zu zögerlich. Selbst die Beschlüsse vom Flüchtlingsgipfel im Mai 2023 sind noch nicht vollständig umgesetzt", kritisierte der CDU-Politiker.

Heiko Teggatz, Chef der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft, sagte WELT: "Eines steht fest: Seit den Einführungen von weiteren Grenzkontrollen sind die Zahlen zum ersten Mal in diesem Jahr rückläufig. Wenn die Bundesinnenministerin schon auf unsere Forderung Anfang 2022 gehört hätte - nämlich als die Migration stark zu steigen begann - , dann hätte man sehr wahrscheinlich eine gewisse Überlastung in Kommunen und Ländern verhindern können." Auch der Vize-Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese, lobte die Wirksamkeit der neuen Maßnahmen: "Als ein Teil des Gesamtkonzepts sind die angeordneten Grenzkontrollen im Zusammenspiel erfreulich wirksam."

Durch "verstärkt gemeinsame Streifen von Bundespolizei und den Grenzpolizeien auf polnischem und tschechischem Staatsgebiet", seien nun Zurückweisungen möglich. Es sei gut, dass Faeser in diesem Rahmen mit stationären Kontrollen "ein weiteres effektives Instrument zur Eindämmung der irregulären Migration" zur Hand habe und an die Lage angepasst nutze, so Wiese. Die stationären Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz waren zuletzt vor knapp drei Wochen verlängert worden. Ein Ende der Maßnahme ist nicht in Sicht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Polens Angriff auf die neue EU-Migrationspolitik; In Warschau will man Brüssels jüngste Pläne zum Asylsystem mit aller Macht torpedieren. Helfen soll dabei ein nationales Referendum

Die Welt

Mittwoch 16. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 158

Length: 946 words

Byline: Philipp Fritz

Christoph B. Schiltz

Body

Warschau und Brüssel

Es ist ein Video, gedreht im Stil moderner Social-Media-Kampagnen. In etwas mehr als zwei Minuten, sehr schnell wechselnden Bildern und indem er seine grafisch eingeblendeten Argumente mit Handbewegungen durchs Bild schiebt, erklärt Polens Premierminister Mateusz Morawiecki, was seine Regierung bereits getan hat, "um illegale **Migration** aufzuhalten". Und auch was sie gedenkt zu tun, um die europäische **Migrationspolitik** zu reformieren.

"Die Grenzen Polens und Europas werden attackiert", sagt Morawiecki eingangs, um dann darauf zu verweisen, dass Polen unter seiner Ägide eine Mauer an der Grenze zu Belarus gebaut hat. Mit dem Einsatz der Armee halte man dort Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika ab, die regelmäßig von Grenzern des Regimes von Diktator Alexander Lukaschenko in die EU gedrängt werden. Dass immer noch täglich Menschen die Grenze überqueren, lässt der Premierminister aus. Morawiecki fordert stattdessen eine Reform der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex und ein härteres Vorgehen gegen "Gangs", die Menschen über das Mittelmeer nach Europa bringen. Was der polnische Regierungschef indes nicht lobend erwähnt, ist, dass sich nur wenige Wochen zuvor die EU-Innenminister auf eine neue, gemeinsame Asylpolitik geeinigt haben. Das hat einen Grund: Im letzten Punkt in seinem Kampagnen-Clip kündigt Morawiecki ein Referendum über die europäische Migrationspolitik an, das parallel zu den polnischen Parlamentswahlen am 15. Oktober abgehalten werden soll. Konkret wird die Frage auf den Wahlbögen wie folgt lauten: "Unterstützen Sie die Aufnahme Tausender illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika nach dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Mechanismus der verpflichtenden Aufnahme?"

Polens Angriff auf die neue EU-Migrationspolitik In Warschau will man Brüssels jüngste Pläne zum Asylsystem mit aller Macht torpedieren. Helfen soll dabei ein n....

Das polnische Referendum steht in einem scheinbaren Widerspruch zum sogenannten Asylkompromiss der EU. Dieser sieht vor, dass Migranten künftig bei Überlastung einzelner Staaten per Quote über weniger belastete Mitgliedsländer verteilt werden. Möchte eine Regierung eine bestimmte Zahl von Menschen nicht aufnehmen, muss sie zahlen. Ein solcher Mechanismus würde südeuropäische Länder wie Italien, aber auch Deutschland entlasten und gleichzeitig die Ostmitteleuropäer fordern, die im Verhältnis zu anderen EU-Ländern bislang sehr wenige Migranten etwa aus arabischen Ländern oder Afrika beherbergen. Eine Einigung in der Sache blieb während eines entsprechenden EU-Gipfels aus, da Polen und Ungarn ihre Zustimmung zu einem zuvor ausgehandelten Kompromiss verweigerten. Überrascht haben dürfte das in Brüssel niemanden. Warschau und Budapest wehren sich seit Jahren gegen jedweden Verteilungsschlüssel. Für die ungarische wie die polnische Regierung ist diese Idee ein rotes Tuch - umso mehr während des Wahlkampfs in Polen, dessen Ausgang vollkommen offen ist. Die regierenden Nationalkonservativen zielen darauf ab, dass eine Mehrheit der Wähler gegen eine Aufnahme von Migranten aus dem Nahen Osten oder Afrika ist und schärfen mit der Ankündigung der Volksabstimmung ihr Profil. Polnische Politiker warnen regelmäßig vor "deutschen Zuständen", wenn Fälle von Messerangriffen oder Vergewaltigungen bekannt werden, in die Flüchtlinge oder Asylbewerber involviert sind. Angehörige der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und ihr nahestehender Medien versuchen so, Oppositionsführer Donald Tusk als "deutschen Kandidaten" zu diffamieren, der "deutsche Interessen" vertrete.

So fragt auch Premierminister Morawiecki zum Ende seines Clips rhetorisch, wessen Plan Donald Tusk umsetze und bringt ihn so direkt mit dem Thema Migration in Verbindung. Übersetzt heißt das, dass Tusk massenweise Migranten nach Polen bringen würde. Tatsächlich aber kritisiert der Chef der oppositionellen Bürgerplattform (PO) die Migrationspolitik der seit 2015 regierenden PiS scharf. Allerdings deswegen, weil er sie für zu lasch hält. In einem ebenfalls in sozialen Netzwerken veröffentlichten Video kreidet er dem politischen Widersacher an, in den vergangenen Jahren Zehntausende Menschen aus "muslimischen Ländern" nach Polen gelassen zu haben.

Falls sich die Polen erwartungsgemäß gegen eine verpflichtende Aufnahme von Migranten aussprechen - schließlich werben Regierung und Opposition für mehr Härte in der Sache -, rechnet man in Brüssel damit, dass Warschau die Entscheidung als "Wille des Volkes" instrumentalisieren wird und damit Druck auszuüben versucht. Das dürfte allerdings kaum gelingen. Die Haltung Polens in Asylfragen ist in Brüssel eingepreist - ausgenommen der ungarischen Regierung würde kein Land das Ergebnis des Referendums als "Weckruf für Brüssel" interpretieren. Juristisch gesehen hätte eine Ablehnung von Verteilungsquoten in einem polnischen Referendum ohnehin keine Bedeutung für die europäischen Entscheidungsprozesse. Die polnische Regierung unter Führung der PiS hat den Asylkompromiss der EU-Innenminister bereits abgelehnt und wurde überstimmt. Jetzt nimmt das Gesetzgebungsverfahren seinen Lauf, im Parlament beginnen die Beratungen und für Januar werden Ergebnisse erwartet.

Sollte man sich einigen, wird die verpflichtende Aufnahme von Migranten in Krisensituationen zum Gesetz. Doch Polen lehnt selbst die Möglichkeit ab, sich mit einer Strafgebühr freikaufen zu können. Sollte sich Warschau am Ende nicht an das neue Gesetz aus Brüssel halten, dürfte die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnen. Es drohen in diesem Fall hohe Bußgelder. Polen hat in der Vergangenheit aber schon mehrfach bewiesen, dass es sich EU-Recht nicht verpflichtet fühlt. Es ist also denkbar, dass Polen einen weiteren internationalen Reputationsverlust und Strafzahlungen hin nimmt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Polen will keine Migranten aufnehmen und widersetzt sich Brüssel

Load-Date: August 15, 2023

Polens Angriff auf die neue EU-Migrationspolitik In Warschau will man Brüssels jüngste Pläne zum Asylsystem mit aller Macht torpedieren. Helfen soll dabei ein n....

End of Document

Schweden setzt Asylwende konsequent um; Stockholm verschärft Kriterien für Arbeitsmigranten

Die Welt

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 225

Length: 815 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

Ziemlich genau ein Jahr bevor Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland ihr "Wir schaffen das" verkünden wird, greift der damalige schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt zu ähnlichen Worten. "Öffnet eure Herzen für alle, die aus Angst um ihr Leben zu uns fliehen", sagt er im Wahlkampf 2014, um seine Sozialdemokraten gegen die Konservativen zu profilieren. Sein Land hat zu diesem Zeitpunkt eines der großzügigsten **Asylsysteme** in Europa - und man kann mit Willkommenskultur noch Wahlen gewinnen. Aber im Jahr 2015 stellen mehr als 160.000 Menschen einen **Asylantrag** in Schweden - es ist die höchste Zahl pro Kopf in Europa.

Aber während in Deutschland die Bundeskanzlerin viele Monate lang an ihrer Willkommenspolitik festhält, ändert Schweden im November 2015 den Kurs. Die Regierung sieht, dass die Situation außer Kontrolle gerät. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Asa Romson bricht zwar in Tränen aus, als sie die Maßnahmen ankündigt. Aber die Botschaft ist klar: Schweden stoppt die unbegrenzte Aufnahme von **Flüchtlingen** - und macht die ersten Schritte weg vom extrem liberalen **Asylrecht** hin zu mehr Abschreckung. Auch die Bundesregierung hat sich mit dem Türkei-Deal und mehreren **Asylpaketen** von der Politik der de facto ungeschützten Grenzen des Jahres 2015 entfernt.

Aber den ersten Schritt zu einer Wende bei den Anreizen, nach Deutschland zu kommen, ging sie erst in der vergangenen Woche. In einem sehr begrenzten Schritt. Schweden leitete seine Wende dagegen früher ein. So ging das Land an den entscheidenden Pull-Faktor heran, der darin bestand, dass Flüchtlinge bei einer Anerkennung sofort eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekamen und Familiennachzug gestattet wurde. Die damalige rot-grüne Regierung in Stockholm führte 2016 eine Regelung ein, mit der die Aufenthaltserlaubnis auf drei Jahre befristet wurde. Für den Familiennachzug mussten anerkannte Asylbewerber ab sofort nachweisen, dass sie für ihre Angehörigen finanziell aufkommen können. Nach Abzug der Miete muss ein Asylbewerber 500 Euro pro Monat für Familienmitglieder übrig haben und 300 Euro pro Kind. 2021 wurde aus der temporären Lösung eine gesetzlich verankerte.

Schweden setzt Asylwende konsequent um Stockholm verschärft Kriterien für Arbeitsmigranten

Im Jahr darauf kamen die rechtsnationalen Schwedendemokraten an die Macht. Bis dahin war ein Bündnis mit der Partei tabu gewesen, doch der lang geltende Grundsatz kippte und nachdem die Partei im vergangenen September als zweitstärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen war, unterstützte sie die neue liberalkonservative Regierung - im Gegenzug für ein maßgebliches Mitspracherecht in der Asylfrage. So verschärfte Schweden seither noch einmal deutlich seine Migrationspolitik. Das Ziel ist heute, so wenig Flüchtlinge aufzunehmen.

In Deutschland wuchsen in dieser Zeit die sozialen Pull-Faktoren. Über die Jahre wurde vom Bundesverfassungsgericht verfügt, dass Sozialleistungen für Asylbewerber auf dem Niveau des Bürgergelds liegen müssen. Zunächst galt das nur für anerkannte Asylbewerber. Im Jahr 2021 wurde die Regelung aber auf abgelehnte Asylbewerber ausgedehnt, die nun nach 18 Monaten das Recht auf sogenannte Analogleistungen hatten - sprich, Bürgergeld (Basis-Regelsatz 502 Euro) und volle Krankenversicherung. In Schweden ist so etwas nie eingeführt worden. In dem skandinavischen Land sinken die staatlichen Leistungen bei Ablehnung auf null - und es werden nur nötige medizinische Behandlungen finanziert.

In Schweden erhalten anerkannte Asylbewerber umgerechnet rund 300 Euro. Außerdem werden bedarfsabhängig die Kosten für Heizen und Wohnen übernommen und es gibt einen Zugang zum Gesundheitssystem. Das ist weniger als die deutschen Leistungen, aber im Europavergleich trotzdem großzügig. Während des Asylverfahrens erhält jeder Migrant in Schweden 185 Euro pro Monat als Taschengeld, ein Satz, der seit dem Jahr 1994 gilt. In Deutschland liegt das Taschengeld etwa gleich hoch - die Lebenshaltung in Schweden ist aber 14 Prozent teurer. In Schweden haben Asylbewerber zudem nur Anspruch auf Unterstützung für Unterkunft und Heizung, wenn sie erwerbstätig sind. In Deutschland erhält ein Asylbewerber mit eigener Wohnung dagegen grundsätzlich 410 Euro.

Während Deutschland nun in einem ersten zaghaften Schritt zumindest die hohen Leistungen für abgelehnte Asylbewerber erst nach 36 Monaten statt nach 18 Monaten bezahlt, prüft die Regierung in Stockholm ein System, bei dem sich auch anerkannte Asylbewerber erst für Sozialleistungen qualifizieren müssen. Die bedarfsabhängige Wohnbeihilfe etwa sollen dann nur diejenigen bekommen, die durch schrittweise Integration und Arbeitssuche zeigen, dass sie zum Allgemeinwohl beitragen wollen. Am 1. November wurden zudem die Anforderungen für Arbeitsmigranten - sprich für Einwanderer, die nicht über das Asylsystem, sondern per Visum ins Land kommen - verdoppelt. Für eine Arbeitserlaubnis muss man nun rund 2340 Euro brutto verdienen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 19, 2023

End of Document

Mehr als 300.000 Asyl-Erstanträge in diesem Jahr; Allein im November wurden über 35.000 Fälle gemeldet. Dabei geht es vor allem um Syrer und Türken

Die Welt

Freitag 8. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Titel; S. 1; Ausg. 239

Length: 1043 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Im November erreichen die **Asylzahlen** noch einmal ein neues Jahreshoch: 35.316 Erstanträge wurden beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) gestellt - das sind elf Prozent mehr als im Oktober. Damit sind im **Migrationskrisenjahr** 2023 bisher schon 304.581 Erstanträge zu verzeichnen. Inklusive der Folgeanträge sind es 325.801. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 189.998 Erstanträge gestellt; dies bedeutet eine Zunahme der Antragszahlen um 60,3 Prozent.

Zwar hat Deutschland wegen der seit vielen Jahren starken **Asylzuwanderung** - seit 2012 wird jährlich die Hunderttausender-Marke übersprungen - einen gewaltigen **Migrationsverwaltungsapparat** aufgebaut. Doch selbst die weltweit größte **Asylbehörde**, das BAMF, kann in Extremjahren wie diesem die Anträge erst mit einiger Verzögerung entgegennehmen. So ist es zu erklären, dass im November noch einmal deutlich mehr **Asylanträge** gestellt wurden, obwohl die festgestellten illegalen Einreisen nach Ausweitung der stationären Grenzkontrollen im Oktober drastisch sanken.

So hatte WELT AM SONNTAG etwa berichtet, dass die tatsächliche Asylzuwanderung die Zahl der gestellten Anträge deutlich übertraf, wie man an den sogenannten Asylgesuchen feststellen konnte. Diese Gesuche stellen die mehrheitlich illegal einreisenden Asylsuchenden meist bei der Feststellung ihres Grenzübertritts oder kurz danach. Der eigentliche Antrag aber verzögert sich oft um einige Wochen, manchmal auch Monate.

Unter den rund 35.000 Antragstellern im November stechen zwei Gruppen hervor: 61 Prozent entfielen auf Syrer (11.489) und Türken (10.132). Auch auf Gesamtjahressicht liegen die Asylsuchenden des Bosporusstaates, von deren Anträgen nur 14 Prozent anerkannt werden, nun vor den Afghanen, die in den vergangenen Jahren immer nach den Syrern die größte Asylzuwanderergruppe waren. Das liegt aber nicht an den Afghanen, sie wandern sogar in noch größerer Zahl zu als im Vorjahr - ein Plus von 53 Prozent. Ausschlaggebend ist der Anstieg der Zahl der türkischen Antragsteller um 180 Prozent: In diesem Jahr wurden bisher 55.354 Erstanträge von Türkinnen und Türken gestellt.

Mehr als 300.000 Asyl-Erstanträge in diesem Jahr Allein im November wurden über 35.000 Fälle gemeldet.

Dabei geht es vor allem um Syrer und Türken

Abgeschoben wird nur ein Bruchteil der Türken, im ersten Halbjahr 2023 wurden insgesamt 345 Menschen in die Türkei zurückgebracht. Darunter aber nicht nur abgelehnte Asylbewerber, sondern auch Straftäter, die nicht per Schutzsuche, sondern etwa mit einem Arbeitsvisum zugewandert waren und noch nicht eingebürgert wurden. Weitere 259 Türken reisten freiwillig über das sogenannte Reag-Programm der Internationalen Organisation für Migration aus, das von Bund und Ländern gefördert wird. Nach Syrien und Afghanistan bringt die Bundesregierung wegen Menschenrechtsbedenken niemanden zurück, auch nicht Schwerkriminelle.

Allerdings darf Deutschland laut dem seit Jahren geltenden EU-Asylsystem viele der hier ankommenden Asylzuwanderer - seien sie aus Syrien oder der Türkei - wieder in jenen europäischen Staat zurückbringen, in dem sie erstmals in der EU registriert wurden. Dieser für Deutschland als durchgängigem Hauptziel in Europa entscheidende Pfeiler des EU-Asylsystems ist zwar rechtlich bis heute in Kraft. Allerdings akzeptiert die aktuelle wie die vorige Bundesregierung faktisch, dass er kaum umgesetzt wird.

Obwohl die inzwischen mehr als 300.000 Asylantragsteller 2023 überwiegend unerlaubt aus sicheren EU-Staaten nach Deutschland weiterzogen, gab es laut BAMF bis Ende November nur 4687 sogenannte Dublin-Überstellungen nach dem beschriebenen System. Im ganzen Jahr 2022 waren es 4158, in den Corona-Jahren noch weniger (2021: 2656 und 2020: 2953). Im Jahr 2019, also dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie, gab es 8423 dieser Überstellungen. Die ohnehin seit jeher sehr seltenen Fälle nahmen seit der Pandemie noch einmal deutlich ab, ebenso wie die "echten" Abschiebungen in die Herkunftsänder der abgelehnten Asylbewerber oder Straftäter. Und unter jenen unerlaubt nach Deutschland weiterziehenden Asylsuchenden, die dann tatsächlich an den zuständigen EU-Staat überstellt werden können, ziehen viele später erneut nach Deutschland. So waren laut Daten des Bundesinnenministeriums zum Stand Ende Juni 13.399 Ausländer in Deutschland registriert, die zuvor bereits mindestens einmal an einen anderen europäischen Staat rücküberstellt worden waren.

Von den mehr als 13.000 hier registrierten Ausländern, die nach einer Überstellung erneut wieder einreisten, dürfte den meisten ihre dauerhafte Ansiedlung hierzulande gelingen. Denn nur 4827 von ihnen waren zur Jahresmitte als "ausreisepflichtig" erfasst, darunter 4176 mit Duldung, also der Bescheinigung, dass der deutsche Staat sie derzeit nicht abschieben kann. Eine Duldung erhält fast jeder abgelehnte Asylbewerber kurz nach seiner Ablehnung. Dennoch hält die Ampel-Regierung ebenso wie ihre schwarz-roten Vorgänger-Regierungen daran fest, dass an den Grenzen nicht zurückgewiesen werden darf, wer um Asyl bittet. Auch nach den jüngst ausgeweiteten stationären Grenzkontrollen sind die Polizisten angewiesen, unerlaubte Einreisen nicht zu verhindern, sobald ein Schutzgesuch geäußert wird. Auch die geplante Reform des EU-Asylsystems, auf die sich möglicherweise an diesem Donnerstag die drei EU-Institutionen Parlament, Rat und Kommission einigen, sieht keine Änderungen der diesbezüglichen Rechtslage vor.

Aus den Unionsparteien CDU/CSU wurden mehrmals Forderungen erhoben, dass die Bundesregierung sich in Brüssel dafür einsetzen soll, im EU-Recht klarzustellen, dass unerlaubte Einreisen von Asylsuchenden aus sicheren Nachbarstaaten nicht nur registriert, sondern auch verhindert werden dürfen. Die Ampel lehnt dies bislang ab, weil sie das "Europa der offenen Grenzen" dadurch bedroht sieht.

Aus den Asyldaten des BAMF für den Monat November geht ebenfalls hervor, dass sieben Prozent der rund 300.000 Asylerstanträge in diesem Jahr auf hier geborene Kinder unter einem Jahr entfielen. Wie in den Vorjahren waren mehr als 80 Prozent der Asylantragsteller über 16 Jahren Männer. Die wichtigsten Herkunftsänder waren nach den drei oben genannten Irak, Iran, Georgien, die Russische Föderation, Somalia, Eritrea - danach folgt in der Rangfolge die Angabe "ungeklärte Nationalität".

Viele in andere EU-Länder abgeschobene Menschen leben wieder hier

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 7, 2023

Mehr als 300.000 Asyl-Erstanträge in diesem Jahr Allein im November wurden über 35.000 Fälle gemeldet.
Dabei geht es vor allem um Syrer und Türken

End of Document

"Wer das nicht schafft, wird das Asylrecht ruinieren"; Entscheidend für die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten sei die Integrationsfähigkeit des Landes, warnt Politikwissenschaftler Herfried Münkler

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 192

Length: 1379 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Herfried Münkler, 72, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Er dämpft die Hoffnung, dass Arbeitsmigration die Asylzuwanderung aus Afghanistan, Syrien und bald verstärkt aus der Sahelzone begrenzen wird.

WELT:

Bei jeder Krise glauben wir per Selbstdiagnose, ein gespaltenes Land, in sozialer, politischer, weltanschaulicher Hinsicht zu sein. Ist das normal, Herr Münkler?

Herfried Münkler:

Ja, diese Aufregung über eine Spaltung des Landes stellen ausländische Beobachter auch immer wieder mit Erstaunen fest. Vermutlich hat die deutsche Irritation darüber etwas mit der jahrzehntelangen Mitte-Dominanz der bundesrepublikanischen Demokratie zu tun und im Kontrast dazu der Erinnerung an den Untergang der Weimarer Republik, als die Mitte zwischen den politischen Extremen zerrieben wurde. Also taucht bei der Formierung starker politischer Gegensätze und einer Schwächung der politischen Mitte, wie sie die Demoskopen zurzeit beobachten, immer die Frage auf, ob die Bundesrepublik nicht doch dem Verhängnis Weimars folgen werde.

Viele Menschen verdrehen mittlerweile die Augen, wenn sie "2015" hören. Was damals eine beispiellose Hilfsbereitschaft in einer Ausnahmesituation bedeutete, ist verebt, versandet. Wie steht es mit Ihrem Optimismus, den Sie gemeinsam mit Ihrer Frau im Buch zur Situation 2016 artikulierten, denn die Lage ist ja heute eine andere?

Die Mobilisierung von Hilfsbereitschaft aus der Zivilgesellschaft ist nicht auf Dauer zu stellen. Sie ist eine Reaktion auf Ausnahmefälle, wie überhaupt die Konstellationen von 2015 als eine große Ausnahme angesehen wurden, in der Deutschland die Stabilität auf dem Balkan gerettet habe: Hätten sich die Migranten dort gestaut, hätte das dort

"Wer das nicht schafft, wird das Asylrecht ruinieren" Entscheidend für die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten sei die Integrationsfähigkeit des Landes, war....

wahrscheinlich zum Zusammenbruch der politischen und sozialen Ordnung geführt. Ansonsten würde ich nicht sagen, dass wir in dem Buch "Die neuen Deutschen" optimistisch waren, sondern nach Möglichkeiten gesucht haben, die Flüchtlingsströme für die Migranten wie die aufnehmende Gesellschaft in eine Win-win-Situation zu verwandeln. Und das hieß: schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt, doch das ist durch die juristische Sortiermaschine blockiert worden.

Kann man Migration überhaupt kontrollieren, oder muss man sie verhindern, wie es die Amerikaner an ihren Grenzen versuchen? Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck sagte, unsere Herzen seien weit, aber unsere Möglichkeiten endlich. Muss unser Herz nicht eher kalt werden?

Aber wie kann man sie verhindern? Auch die Amerikaner haben ja mit ungeordneter und chaotischer Zuwanderung zu kämpfen und sind über den Fragen des Umgangs damit politisch tief zerstritten. Die allgemeine Antwort heißt Entschleunigung und Ausdünnung der Migrationsbewegungen, und das möglichst fern von den eigenen Grenzen. Das ist das eine. Und das andere ist zügige Integration derer, die bleiben wollen und bleiben können, und entschlossene Rückführung jener, die in die Kriminalität abrutschen oder dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen verbleiben wollen. Das muss man dann aber auch administrativ hinbekommen. Die Voraussetzung der Aufnahmefähigkeit seitens der Bevölkerung ist auf Dauer die Integrationsfähigkeit des Landes - so habe ich Gauck verstanden. Wer das Asylrecht beibehalten will, muss das hinbekommen. Wer das nicht schafft, wird das Asylrecht ruinieren.

Entschleunigung und Ausdünnung hören sich gut an, wie soll das ohne Gewalt geschehen?

Das Problem ist sicherlich der Rückzug aus Afghanistan und der Zusammenbruch der Stabilisierungspolitik in der Sahelzone. Entschleunigung heißt, an den Ursachen der Migrationsbewegungen anzusetzen und dort Bürgerkriege oder Entwicklungen ins materielle Elend zu verhindern. Das heißt, weit weg von den eigenen Grenzen, auch den europäischen, tätig zu werden, keineswegs nur mit militärischen, also gewalttamen Mitteln, notfalls aber auch. Da muss man gut informiert sein, um zu wissen, wo man mit welchen Instrumenten was erreichen kann. Das kann auch heißen, dass man die Nachbarländer der Migrationsursprünge stärkt, damit, wie es so schön heißt, die Flüchtlinge heimatnah untergebracht werden. Das erfordert zentrale Koordination, und daran hapert es zurzeit, wo alle möglichen Organisationen tätig sind und keine einheitliche Strategie verfolgt wird.

Mittlerweile spricht Gauck von einem regelrechten Kontrollverlust der Politik.

Kontrollverlust suggeriert, dass vollständige Kontrolle dieser Prozesse möglich ist. Das ist wohl nirgendwo der Fall, nicht beim Klima, nicht in der globalen Wirtschaftsentwicklung und auch nicht in der Migration. Aber gegen die Schleuserbanden, von denen die illegale Migration organisiert wird, kann man sehr wohl etwas tun, länderübergreifend. Da agiert die deutsche Regierung nicht hart und entschlossen genug. Polen ist ein Beispiel mit den gekauften Visa, die in Afrika ausgestellt werden und für die EU gelten. Eine rechtspopulistische Regierung, deren Konsulate quasi als Schleuserstützpunkte agieren. Leisetreterei ist da wohl fehl am Platz. Das wird uns bei den Nachbarn nicht beliebter machen, aber wer von allen geliebt werden will, fällt denen zum Opfer.

In Europa herrscht Katerstimmung. In schöner Regelmäßigkeit versuchen Innenminister Deutschlands, eine "Koalition der Willigen" zu zimmern. Dabei geht es fast nur um das "gerechte" Umverteilen der Menschen. Das scheitert, nicht nur an den Osteuropäern, sondern auch an so liberalen Ländern wie Dänemark mit dessen Null-Asylpolitik. Warum?

Nun, eigentlich dürften nach den Dublin-Regeln ja gar keine Asylsuchenden in Deutschland ankommen, weil die ja EU-Länder durchqueren müssen, wo sie einen Asylantrag stellen müssten. Aber die Nachbarn lassen sie gerne durch. Die deutsche Regierung muss in Europa hier entschiedener auftreten - auch unter Verweis darauf, dass die Bundesrepublik 2015 Europa gerettet hat. Das ist dann durch die Rede von den Pull-Faktoren, die die Push-Faktoren überlagert hätten, zerredet worden. Das hätte man damals nicht zulassen dürfen. Also muss man jetzt klarmachen: Deutschland ist damals in Vorlage getreten, jetzt sind erst einmal andere gefordert. Und dabei darf man sich auch nicht von den polnischen Rechtspopulisten auf der Nase herumtanzen lassen, die ja offenbar auch nicht in der Lage sind, Migrationsbewegungen über die Grenze zu Belarus zu verhindern.

"Wer das nicht schafft, wird das Asylrecht ruinieren" Entscheidend für die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten sei die Integrationsfähigkeit des Landes, war....

Tausende Menschen haben in den vergangenen Jahren in den Gewässern um Europa ihr Leben verloren. Es mehren sich die Stimmen, die eine neue Art von "Gastarbeiter"-Kultur vorschlagen, also transnationale Arbeitsmigration. Ist das realistisch? Und würde so die illegale Migration beendet?

Das sind keine wirklichen Alternativen. Die IT-Spezialisten, die wir brauchen und die aus Indien kommen, gehen einen ganz anderen Weg als den übers Mittelmeer. Man soll also in eine solche Arbeitsmigration nicht die Erwartung setzen, dass sie die Migration aus Afghanistan, Syrien, demnächst wohl verstärkt aus der Sahelzone - Mali, Niger, Burkina Faso - begrenzen wird.

Wie kann man eine robuste Politik formulieren, die nicht der Hass-Spur der AfD folgt, die aber auch den fahrlässigen Behauptungen von ewiger Aufnahmefähigkeit und unerschöpflicher Toleranz eine humane und von der Mehrheit der Gesellschaft akzeptierte Grenze setzt? Das ist doch keine parteitaktische Frage.

Aber es ist zu einer parteitaktischen Frage gemacht worden, leider. Auch hier ist die Strategie anzuwenden: Entschleunigung der Migration, Beschleunigung der Integration. Das Problem ist, dass wir in der Politik kaum noch strategische Köpfe haben, aber viele überaus gewiefte Taktiker, die nur ans Morgen, aber nie ans Überübermorgen denken.

Leben wir also in einer Welt, die nur noch kritisierbar, aber nicht mehr veränderbar ist?

Dass es so zu sein scheint, hat mit einem Entlernen von Politik zu tun. Die Nichtregierungsorganisationen auf der einen Seite mahnen ihre Ziele an, die Populisten auf der anderen Seite machen gegenteilige Stimmung. Dazwischen hat die Politik das Problem, Kompromisse zu schmieden und pragmatische Lösungen zu formulieren. In einer hysterischen Debatte und einer gespaltenen Gesellschaft - siehe oben - fällt das zunehmend schwer. Die lautesten Kritiker stehen der Problembearbeitung im Wege.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Herfried Münkler, Politikwissenschaftler

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Migranten mit polnischen Visa stellen Asylantrag; Bundesregierung offenbart Dimension des Problems

Die Welt

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 187

Length: 664 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In Deutschland gibt es erste belastbare Anhaltspunkte zum Umfang der Einreisen von **Asylsuchenden** aus Polen, die per Visum dorthin gekommen waren. Der östliche Nachbarstaat hatte in den vergangenen drei Jahren Hunderttausende Visa an Nichteuropäer vergeben, darunter offenbar auch in unklarer Größenordnung solche, die aufgrund von Schmiergeldzahlungen an polnische Beamte ausgehändigt wurden.

Nach bisherigem Kenntnisstand der Bundesregierung lässt sich sagen, dass die Zuwanderung von Asylsuchenden mit polnischem Visum zwar deutlich über Einzelfälle hinausgeht und tendenziell zunimmt, aber kein Massenphänomen darstellt. Laut einer WELT vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD im Bundestag waren "nach Kenntnis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 1230 Personen, die im Zeitraum von Januar 2021 bis Mai 2023 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, im Besitz eines von polnischen Behörden ausgestellten Visums". Im Jahr 2021 seien es 273 Personen gewesen, 2022 dann 606 und im laufenden Jahr von Januar bis Mai 2023 dann 351 Personen.

Laut der Regierungsantwort werde bei hier ankommenden Asylantragstellern, die per polnischem Visum einreisten, eine sogenannte Dublin-Überstellung nach Polen geprüft. Denn nach den Regeln der Dublin-Vereinbarung ist das EU-Land für einen Asylantrag zuständig, dass der Asylsuchende als Erstes erreicht hat.

"Tag für Tag greift die Bundespolizei mehr illegale Einwanderer im Grenzgebiet zu Polen auf. Und nun bestätigt sich auch noch der Verdacht, dass Migranten mit von polnischen Behörden ausgestellten Visa nach Europa gereist sind, um dann in Deutschland Asyl zu beantragen", sagte der Vizevorsitzende der AfD-Fraktion, Leif-Erik Holm. "Das ist eine weitere Aushöhlung unseres Asylrechts und nicht akzeptabel."

Polen sei ein sicherer Drittstaat, die Bundesregierung müsse bei der Rücküberstellung von Asylbewerbern, die über Polen nach Deutschland gekommen sind, mehr Druck auf die polnische Regierung machen. "Und es muss jetzt endlich stationäre Grenzkontrollen geben, damit verhindert wird, dass polnische Behörden Migranten einfach durchwinken." Tatsächlich finden Rücküberstellungen nach Polen kaum statt. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr

Migranten mit polnischen Visa stellen Asylantrag Bundesregierung offenbart Dimension des Problems

2023 laut einer Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Linkspartei im Bundestag nur 211 Personen nach Polen abgeschoben, darunter waren 136 polnische Staatsbürger und die übrigen 75 Bürger anderer Staaten. Im Jahr 2022 gab es 631 Abschiebungen ins östliche Nachbarland, darunter 270 Polen.

Diesen geringen Rückführungszahlen stehen vielfach mehr unerlaubte Einreisen über die polnisch-deutsche Grenze gegenüber. In diesem Jahr wurden sogar schon mehr als 18.000 durch die Bundespolizei dort festgestellt, wie WELT AM SONNTAG berichtet hatte. Dabei gilt es zu beachten, dass nur ein Teil der tatsächlichen unerlaubten Einreisen durch die Bundespolizei festgestellt wird, weil viele Menschen unerkannt per Auto oder Zug ankommen. Denn in jedem Jahr, auch in diesem, gibt es viel mehr Asylerstanträge als durch die Bundespolizei festgestellte unerlaubte Einreisen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) forderte am Sonntag erneut die Bundesregierung zur Einführung stationärer Grenzkontrollen an den östlichen Landesgrenzen auf. "Die Situation ist dramatisch", sagte er der ARD.

Bisher gibt es neben der an allen Grenzabschnitten ablaufenden Schleierfahndung nur am Abschnitt zu Österreich auch stationäre Kontrollen durch die Bundespolizei. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte im Interview mit WELT AM SONNTAG Offenheit für solche Maßnahmen auch an den östlichen Grenzen signalisiert. "Mir geht es darum, jetzt pragmatisch zu handeln. Aus meiner Sicht ist das eine Möglichkeit, Schleuserkriminalität härter zu bekämpfen", sagte sie auf die Frage, ob es an der polnischen und tschechischen Grenze kurzfristige stationäre Grenzkontrollen geben werde. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zeigte sich offen dafür.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Gleiche Partei, andere Prinzipien; Dänemarks Ministerpräsidentin besucht den Kanzler. Beide sind Sozialdemokraten, handeln politisch aber völlig unterschiedlich. Besonders deutlich wird das beim Asylzuzug

Die Welt

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 159

Length: 1142 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Lange Zeit galt die Partei der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen als das schwarze Schaf der europäischen Sozialdemokratie. Grund dafür war ihr beispiellos harter Kurs in der Asylpolitik, der, garniert mit kernigen Leitsprüchen wie dem Ziel von "Null Migration", immer wieder für internationale Kritik sorgte. Doch unter dem Eindruck steigender Asylzahlen hat sich der Wind in der EU gedreht, mit einer im Juni von den Innenministern der Mitgliedstaaten beschlossenen Reform wird die gemeinsame Asylpolitik deutlich verschärft.

Grenzen sollen künftig stärker bewacht werden, ein neuer Kompromiss der EU-Länder sieht vor, aus "sicheren Drittstaaten" eingereiste Flüchtlinge oder solche aus Ländern mit geringer Schutzquote an den EU-Grenzen zu inhaftieren und nur in einem Schnellverfahren zu prüfen, ob ihr Asylantrag Aussicht auf Erfolg hätte. Wenn nicht, sollen sie sofort abgeschoben werden. Im Vorfeld des Gipfels war es allen voran Dänemark, das im Verbund mit Österreich und sechs weiteren Ländern eine deutlich härtere Gangart gefordert hatte.

Kopenhagen, das mit seinen Forderungen für eine verschärfte EU-Asylpolitik lange eher isoliert war, drückt nun immer mehr auch den Entscheidungen in Brüssel seinen Stempel auf. Entsprechend selbstbewusst dürfte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ihrem Amtskollegen Olaf Scholz begegnen, der sich bislang einer eher liberalen Migrationspolitik zugeneigt zeigt. Doch ein Vergleich der beiden Politikstile zeigt nicht nur im Bereich der Asylpolitik Unterschiede. Während die deutsche Politik weiterhin darüber streitet, wie man mit der steigenden Zahl ankommender Menschen umgehen soll, hatte sich der Ton in Dänemark schon vor der Migrationskrise verschärft. Spätestens mit der Ankunft zehntausender Menschen setzte die Regierung dann auf rigorose Maßnahmen in der Einwanderungspolitik.

Frederiksens Erfolg basiert maßgeblich darauf, dass ihre Partei diesen Kurs mittrug und weiter verschärfte. Das Credo: Der Sozialstaat muss Grenzen setzen, um solidarisch handeln zu können. Die Regierung hat "Null Asyl" als Ziel ausgegeben und will die Entstehung sogenannter Parallelgesellschaften zur Not auch mit dem Abriss ganzer Wohnblocks in migrantisch geprägten Nachbarschaften verhindern. Mit dieser Linie hatte die Socialdemokraterne

Gleiche Partei, andere Prinzipien Dänemarks Ministerpräsidentin besucht den Kanzler. Beide sind Sozialdemokraten, handeln politisch aber völlig unterschiedlich.....

den bis dahin starken Rechtspopulisten bei der Wahl 2019 entscheidende Stimmen abgejagt. Nach den Wahlen im vergangenen Herbst fuhren die Sozialdemokraten sogar ihr bestes Ergebnis seit 20 Jahren ein und konnten erstmals eine Mitte-Links-Regierung bilden, die nicht mehr auf Stimmen von Rechtspopulisten angewiesen ist. Die im EU-Vergleich strikte Migrationspolitik genießt in Frederiksens Land große Unterstützung, parteiübergreifend wie in der Bevölkerung. Das dürfte auch daran liegen, weil Statistiken beweisen, dass die Abschottungstaktik in ihrem Sinne funktioniert: So lag Dänemark 2015 noch an neunter Stelle der europäischen Staaten mit dem höchsten Pro-Kopf-Anteil von Asylanträgen. Heute liegt es auf Platz 19.

Deutschland dagegen gehört weiterhin zu den aufnahmefreundlichsten Ländern und räue Töne aus der SPD sind eher selten zu hören. Nach Frederiksens erstem Wahlsieg hatte Scholz, damals noch Finanzminister, seine Partei sogar explizit davor gewarnt, einen ähnlichen Kurs einzuschlagen. "Abschottung und Ausgrenzung kann nicht unsere Politik sein", sagte er damals. Auch als Kanzler zeigt sich Scholz bislang eher einer liberalen Migrationspolitik zugeneigt. Die von ihm geführte Ampel-Koalition will die Arbeitsmigration fördern und den Familiennachzug etwa für Ehepartner und Geschwister unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge erleichtern. Einen absoluten Konsens gibt es in dieser Frage allerdings nicht, besonders die Altvorderen der Partei sprechen sich für einen Kurswechsel in Richtung einer strikteren Asylpolitik aus.

Die Asylreform der EU wird auch in Deutschland zunehmend durchschlagen, doch die grundsätzliche Haltung der SPD hat sich de facto nur wenig geändert. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte in Brüssel zwar zugestimmt, doch Ideen, wie etwa mit der Visavergaben Druck auf rücknahmeunwillige Herkunftsstaaten auszuüben, lehnte und lehnt sie ab.

Dass die Deutschen auf EU-Ebene "entscheidendes" verhindern, liege aber nicht allein an der SPD, sondern auch an der zerstrittenen Ampel-Koalition, wie der Migrationsforscher Ruud Koopmans kürzlich im Gespräch mit WELT sagte. "Im Koalitionsvertrag steht die Absicht, nicht nur Abkommen mit Herkunftsstaaten, sondern auch mit Transitstaaten zu schließen", so Koopmans.

Letzteres habe die Bundesregierung kürzlich aber auf Wunsch des grünen Koalitionspartners in den Gesprächen innerhalb der EU verhindert. Auch der zweite Ampel-Partner FDP mache keinerlei Druck, auf die entsprechenden Koalitionsvereinbarungen zu pochen. In Dänemark besteht innerhalb der Koalition mit liberalen Konservativen und Moderaten dagegen übergreifender Konsens. Leichter hat es Frederiksens Partei aber auch deshalb, weil ihr Land bei Asylverfahren nur zum Teil an das EU-Recht gebunden ist, Kopenhagen hatte dafür einst eine Sonderregelung herausgehandelt.

Doch nicht nur am Thema Asyl misst sich der unterschiedliche Erfolg von Scholz' und Frederiksens Sozialdemokraten. Denn genauso wie sich die dänische Schwesterpartei in der Asylpolitik nach rechts gewandt hat, setzt sie den Fokus auf eine linke Sozialpolitik.

Deren Gelingen verknüpfen die Partei wohlgerne mit dem Thema Migration. Eine strikte Einwanderungspolitik als Grundvoraussetzung für einen funktionsfähigen Wohlfahrtsstaat - für Kristina Bakkaer Simonsen trägt dieses Narrativ zum Erfolg der dänischen Sozialdemokraten bei. "Sie gewinnen damit immer erfolgreicher ihr Image als Partei der Arbeiterklasse zurück", sagt die Politikwissenschaftlerin von der Universität Aarhus. Hinzu komme, dass Kopenhagen zugleich einen sozialeren Kurs in der Sozial- und Rentenpolitik eingeschlagen hatte, die starken Kürzungen von Sozialausgaben durch eine liberale Vorgängerregierung kehrt die Frederiksen-Regierung seit Jahren um. Dass sie das größte Versprechen - die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, vor allem in der Altenpflege und Kliniken - wirklich einlösen kann, muss Frederiksen allerdings noch beweisen.

Bei der deutschen SPD dagegen bleibt das Soziale dagegen weitgehend auf der Strecke, dass Scholz eine Arbeiterpartei anführt, davon ist momentan nur wenig zu spüren. Besonders laut ist die Kritik aus Reihen der Grünen, die bemängeln, dass die SPD Debatten zu sozialpolitischen Themen den Koalitionspartnern überlassen. Und obwohl sich die soziale Frage angesichts Energiekrise, Inflation und ökologische Transformation mehr denn je stellt, konnte die Kanzlerpartei darauf bisher keine Antworten geben - Bürgergeld und ein erhöhter Mindestlohn werden nicht ausreichen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Gleiche Partei, andere Prinzipien Dänemarks Ministerpräsidentin besucht den Kanzler. Beide sind Sozialdemokraten, handeln politisch aber völlig unterschiedlich.....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Die große Frage, ob Ukraine-Flüchtlinge schon anderswo Schutztitel haben; Es wird nicht systematisch erfasst, ob sie bereits in einem anderen EU-Land registriert sind. Die CDU/CSU warnt deshalb vor möglichem Sozialeistungsmisbrauch

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 224

Length: 1074 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Bei der Datenerfassung von **Flüchtlingen** tritt ein bisher unbekanntes Problem zutage. Es betrifft nicht die **Asylzuwanderer**, die in jedem zweiten Fall ohne Identitätsdokument einreisen, was das mit Abstand größte Datenproblem der deutschen **Migrationsmaschinerie** ist. Es geht um die Ukraine-**Flüchtlinge**, die unmittelbar nach Ankunft einen Schutztitel erhalten, ohne ein **Asylverfahren** durchlaufen zu müssen.

Dieser wird aufgrund der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie der EU in allen Mitgliedstaaten erteilt. In Deutschland verfügen über ihn mehr als eine Million Ukraine-**Flüchtlinge** - so viele wie in keinem anderen Staat.

Die Bundesregierung hat aber keine Kenntnis darüber, ob Ukrainer zum Zeitpunkt der Vergabe eines solchen Schutztitels bereits über einen solchen in einem anderen EU-Staat verfügen. Das geht aus einer WELT vorliegenden Antwort der Regierung auf eine Anfrage aus der Unionsfraktion im Bundestag hervor. Thorsten Frei (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, hatte gefragt, wie viele der 2023 in Deutschland angekommenen Ukrainer "nach Kenntnis der Bundesregierung vorher bereits in einem anderen europäischen Staat aufgrund der Richtlinie 2001/55/EG (Massenzustrom-Richtlinie) einen Aufenthaltstitel bekommen" haben. Das Bundesinnenministerium antwortete für die Regierung: "Eine systematische Erfassung ukrainischer Staatsbürger mit bereits gewährten Aufenthaltstiteln in anderen EU Staaten gemäß Richtlinie 2001/55/EG erfolgt nicht. Der Bundesregierung liegen keine belastbaren Erkenntnisse zur Fragestellung vor." Ob einem "Antragssteller schon ein Aufenthaltstitel in einem anderen Schengen-Staat erteilt wurde, kann nicht systematisch überprüft werden, da nationale Aufenthaltstitel nicht für die Schengen-Partner einsehbar gespeichert" werden.

Frei kritisiert: "Dass die Bundesregierung offenbar keinen Überblick über mögliche Doppelregistrierung in Europa hat, ist ein Organisationsversagen. Das öffnet einem möglichen Missbrauch Tür und Tor." Die Regierung müsse "sich fragen, was bei ihr falsch läuft". Deutschland verzeichne die meisten Aufnahmen und zugleich fast die

Die große Frage, ob Ukraine -Flüchtlinge schon anderswo Schutzztitel haben Es wird nicht systematisch erfasst, ob sie bereits in einem anderen EU-Land registriert....

niedrigste Arbeitsbeteiligung unter den ukrainischen Flüchtlingen. "In Polen und den Niederlanden haben wir Beschäftigungsquoten von 66 und 70 Prozent, in Deutschland sind es 17 Prozent." Der CDU-Migrationsexperte fordert eine "gerechtere Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge innerhalb der EU". Die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge sei "eine gesamteuropäische Aufgabe, die seit zwei Jahren vor allem von den unmittelbaren Nachbarstaaten der Ukraine und Deutschland getragen wird", so Frei. "Gegebenenfalls müssen wir darüber sprechen, ob das Recht, sich das Land seines Schutzes frei aussuchen zu können, fortbestehen kann."

Eigentlich gibt es für die Datenspeicherung der Ukraine-Flüchtlinge die sogenannte TPP-Datenbank der EU. Die Abkürzung steht für den englischen Begriff temporary protection platform, eine Übersicht über befristete Schutzztitel. Deswegen verwundert die Aussage der Regierung, man wisse nicht, wie viele Flüchtlinge schon in einem anderen Staat den Schutzztitel erhalten haben. Doch wie WELT erfuhr, wird auf diese Datenbank offenbar kaum zugegriffen. Aus Kreisen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge heißt es, die Behörden erteilten Ukrainern die Schutzztitel, ohne in TPP nachzuschauen. Auch in der Asyl Datenbank Eurodac seien sie nicht enthalten. Die örtlichen Ausländerbehörden, die den ankommenden Ukrainern die Schutzztitel erteilen, hätten keinen Zugriff auf die TPP-Datenbank, sagen damit befasste Beamte WELT. Beispielsweise erklärt der hessische Landkreis Bergstraße, dort werde bei ankommenden Ukrainern der "aufenthaltsrechtliche Sachverhalt jeweils durch Befragung und Passvorlage geklärt", die "TPP-Plattform wurde nicht in Anspruch genommen". Man gehe aber davon aus, dass bisher dort "nur wenige Ukrainer mit temporärem Schutz eines anderen EU-Landes vorstellig geworden" seien.

Als nach dem russischen Angriff auf die Ukraine der "Massenzustrom"-Schutzztitel EU-weit beschlossen worden war, teilte die EU-Kommission mit: Die dafür geschaffene temporary protection platform ermögliche den EU-Staaten, "Informationen zu den registrierten Ukraine-Flüchtlingen in Echtzeit auszutauschen, damit die Geflohenen effektiv von ihren Rechten in allen Mitgliedstaaten Gebrauch machen können, und um mögliche Missbrauchsfälle durch doppelte oder mehrfache Flüchtlingsregistrierungen zu begrenzen". Niemand der von WELT befragten Fachbeamten und Praktiker geht zwar von einem massenhaften Missbrauch durch doppelte Schutzztitel aus, aber die Datenlücke könnte wohl teilweise zu doppelten Bezügen für einige Monate führen.

Beispielsweise erläutern Mitarbeiter von Jobcentern, die für ukrainische Bürgergeld-Bezieher zuständig sind, auch sie sähen weder TPP-Daten noch irgendeine andere internationale Datenbank ein. Die Betreuer wüssten von den Ukrainern lediglich Vergabetag und Laufzeit des temporären Schutzztitels in Deutschland, die ausstellende Ausländerbehörde und den Einreisetag. Informationen über bestehende Schutzztitel in anderen EU-Ländern gebe es nicht. Falls ukrainische Bürgergeld-Bezieher auf mehrere Einladungen der Jobcenter nicht reagierten, würden sie Zahlungen vorläufig eingestellt, und nach einem weiteren Zeitraum werde der Fall ganz eingestellt. Ob die Ukrainer zurück in die Heimat oder ein anderes Land zögen, erfahren die Jobcenter nicht, falls die betreffenden Personen sich nicht abmeldeten.

Ob diese Abmeldungen häufig oder selten erfolgen, wird von verschiedenen Mitarbeitern widersprüchlich beantwortet. Einig sind sich die Befragten aber darüber, dass der Leistungsbezug für einige Wochen oder manchmal auch Monate weiterlaufen könne, wenn sich Personen nicht abmeldeten. Entscheidend sei hier, wie oft der zuständige Betreuer zu Gesprächen einlade oder ob es Hinweise von Nachbarn der Ukrainer gebe, dass sie nicht mehr am betreffenden Ort lebten. Es seien "doch schon ein paar" gegangen, ohne sich abzumelden, und hätten dadurch "ein bisschen Startgeld mitgenommen", berichtet ein Jobcenter-Mitarbeiter.

Laut der TPP-Datenbank waren Ende September 4,2 Millionen Ukraine-Flüchtlinge in den 27 EU-Staaten sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island eingetragen. Darunter die meisten mit 1,01 Millionen in Deutschland und 960.000 in Polen. Estland, Tschechien und Litauen nahmen gemessen an ihrer jeweiligen Bevölkerung die meisten Flüchtlinge auf.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 16, 2023

Die große Frage, ob Ukraine -Flüchtlinge schon anderswo Schutzztitel haben Es wird nicht systematisch erfasst, ob sie bereits in einem anderen EU-Land registrier....

End of Document

Bund will leichteren Familiennachzug für Migranten; Hürden für Identitätsnachweise sollen gesenkt werden. SPD betont zugleich Bedeutung von Rückführungen

Die Welt

Dienstag 7. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 27

Length: 1046 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Für die **Migrationspolitiker** der Ampel-Koalition sind es intensive Zeiten. Nicht nur, weil sie praktisch täglich mit Forderungen aus den Kommunen konfrontiert werden, für Entlastungen bei der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und **Asylzuwanderern** aus anderen Ländern zu sorgen. Sondern auch, weil das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) ein **migrationspolitisches** Gesetzesvorhaben nach dem anderen vorantreibt.

Im Herbst verabschiedete der Bundestag ein erstes "**Migrationspaket**", das zwei zentrale Veränderungen vorsieht: Zum einen erhalten eigentlich ausreisepflichtige **Migranten** unter bestimmten Umständen nun ein Bleiberecht auf Probe. Zum anderen sollen **Asylverfahren** beschleunigt werden. Vor Weihnachten kündigte Faeser Gesetzesinitiativen zum Ausbau der Fachkräftezuwanderung an, außerdem Erleichterungen bei den Einbürgerungen. Und nun sind weitere **migrationspolitische** Vorhaben in Vorbereitung, die als "**Migrationspaket II**" zusammengefasst werden und die bislang öffentlich weniger bekannte zahlreiche Veränderungen umfassen.

Faeser kommt - das halten ihr selbst Kritiker zugute - , den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags nach, der "einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik" verspricht. Allerdings geschieht das in einer Phase, in der die Asylzuwanderung auf einem Allzeithoch ist; 2022 kamen so viele Flüchtlinge und Migranten wie seit 2016 nicht. Nicht nur die Opposition fragt, ob der Zeitpunkt für derlei Maßnahmen richtig ist. Auch innerhalb der Ampel wird aktuell gerungen.

Noch ist kein Referentenentwurf des "Migrationspakets II", das den Arbeitstitel "Familien- und Arbeitsmarktintegrationsgesetz" trägt, öffentlich. Allerdings hatten Migrationspolitiker der Ampel schon im Vorfeld skizziert, um was es gehen soll. Zentral sind demnach Erleichterungen beim Familiennachzug und beim Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und Geduldete. Außerdem könnte es Anpassungen beim Identitätsnachweis geben. Schon im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass Ausländer, die keine Identitätspapiere vorlegen können,

Bund will leichteren Familiennachzug für Migranten Hürden für Identitätsnachweise sollen gesenkt werden.
SPD betont zugleich Bedeutung von Rückführungen

unter bestimmten Umständen die Identität an Eides statt abgeben können sollen. Schließlich könnten aus Arbeitsverbote, die derzeit noch für Asylbewerber in den ersten Monaten des Asylverfahrens gelten, fallen.

"Mit dem sogenannten Migrationspaket II, also dem Familien- und Arbeitsmarktintegrationsgesetz, werden wir die Integration von Zugewanderten, die Familienzusammenführung und die Rückführungen in den Fokus nehmen", sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese. "Ebenfalls wichtig im Migrationspaket II werden die Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang sein, die wir schaffen werden. Denn auch in absehbarer Zeit werden uns in Deutschland Fachkräfte fehlen."

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Filiz Polat, führt aus: "Der notwendige Booster für unsere Integrationsoffensive ist Kernbestandteil des Migrationspakets. Geflüchtete sollen nicht mehr verpflichtet werden, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen, wenn sie bei Verwandten unterkommen könnten." Damit würden zügig "freie Kapazitäten geschaffen, die Integration erleichtert, und die Unterbringung in Turnhallen" vermieden. Die "integrationsfeindliche Praxis der Arbeitsverbote für Geflüchtete" wolle man abschaffen. "Die entsprechende Gesetzreform wird unsere Innenministerin nun zügig auf den Weg bringen."

Allerdings gibt es innerhalb der FDP Politiker, die eine schnelle Ausweitung der Möglichkeiten für Migranten gerade zu diesem Zeitpunkt kritisch sehen. Geht es nach ihnen, sollte zuerst das Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschiedet werden; im Paket mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrecht. Öffentlich äußert sich aktuell kaum jemand. Insbesondere eine Ausweitung des Familiennachzugs sehe man zum aktuellen Zeitpunkt kritisch, heißt es.

Es ist ein Thema, das seit Jahren für Streit sorgt - insbesondere während der Migrationskrise 2015/16, als "das Gefühl der Überforderung" bestand, wie der Konstanzer Asylrechtsexperte Daniel Thym ausführt. Damals setzte man den Familiennachzug für Personen, die nur subsidiären, also eingeschränkten Schutz erhielten, erst ganz aus. Später schaffte man Kontingente. "Es gab die Sorge, dass die ganze Familie nachzieht, wenn es einer nach Europa schafft", sagt Thym. In der Praxis wurden die Kontingente nie ausgeschöpft, auch weil es lange Wartezeiten in den Konsulaten gab. "Es wird sich zunächst also nicht dramatisch viel ändern", sagt Thym. "Allerdings haben die geplanten Erleichterungen symbolische Kraft: Sie stehen dafür, dass die Koalition die Asylzuwanderung eher forciert als reduziert." Dazu zähle auch die Forderung der Grünen Polat, zentrale Unterbringungsverpflichtungen aufzuheben. "Wenn Asylbewerber unabhängig vom Schutzbedarf sofort zu den Verwandten ziehen dürfen, macht das Deutschland für Migration wieder ein bisschen attraktiver."

Auch die mögliche Aufhebung der Pflicht, Identitätsnachweise vorzulegen, ist umstritten. Die Regelung zielt vor allem darauf ab, Migranten, die tatsächlich keine Möglichkeit haben, Identitätspapiere zu beschaffen, eine Bleibeperspektive in Deutschland zu ermöglichen. Allerdings könnte sie auch Identitätstäuschern zugutekommen. "Die betroffene Person kann alles behaupten, der Staat hat kaum eine Möglichkeit, dies zu widerlegen", hatte die oppositionelle Unionsfraktion schon im vergangenen Jahr beklagt. Hier liege "auch ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko" für Deutschland.

Geht es nach Sozialdemokrat Wiese, sollen die geplanten Erleichterungen für Flüchtlinge und Migranten einhergehen mit einer Rückführungsoffensive. "Insbesondere im Bereich der Rückführungen erwarten wir uns zudem einen Schub von der Einsetzung des neuen Migrationsbeauftragten Joachim Stamp", sagt Wiese. "Mit seinem Arbeitsfeld, die Aushandlung von Migrations- und Rückführungsabkommen, unterstützt er einen sehr wesentlichen Bereich in der bisherigen Migrationspolitik." FDP-Politiker Stamp hat seine Tätigkeit allerdings gerade erst aufgenommen. Mit einem schnellen Abschluss von Migrationsabkommen ist nicht zu rechnen. Weitere Möglichkeiten, wie der Bund Rückführungen forcieren will, sind bislang nicht bekannt geworden.

Die Koalition forciert Asylzuwanderung eher Daniel Thym, Asylrechtsexperte

Original Gesamtseiten-PDF

Bund will leichteren Familiennachzug für Migranten Hürden für Identitätsnachweise sollen gesenkt werden.
SPD betont zugleich Bedeutung von Rückführungen

End of Document

Mehrheit der Frauen migriert aus familiären Gründen; Migrantinnen tragen nach einem OECD-Bericht "substanziell" zu Geburtenzahlen in vielen Industrieländern bei

Die Welt

Dienstag 24. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 206

Length: 1026 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Mehrheit der weiblichen Zuwanderer zieht aus familiären Motiven in die europäischen Länder - und häufig bekommen die Frauen kurz nach ihrer Ankunft Kinder. Das ist eines der Ergebnisse des neuen "Migration Outlook" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den die Industriestaaten-Organisation am Dienstag vorstellt.

So sind laut Eurostat-Daten im Jahr 2021 sechs von zehn befragten Frauen im Alter über 15 Jahren aus "familiären Gründen" in die europäischen OECD-Staaten zugewandert, also etwa weil schon nahe Angehörige im Zielland leben. In Deutschland waren es demnach 56 Prozent der befragten Frauen. 14 Prozent gaben "Arbeitsgründe" an, zwölf Prozent "Schutzsuche", sechs Prozent "Ausbildung" und zwölf Prozent "sonstige Gründe".

Laut dem OECD-Migrationsbericht bekommen die zugewanderten Frauen besonders häufig "direkt nach der Ankunft" Kinder. Deswegen fordern die Forscher dazu auf, zu hinterfragen, ob die erste Zeit im Land der "beste Zeitpunkt" für staatliche Integrationsmaßnahmen sei. Zu häufig fokussiere sich "die Integrationspolitik auf Neuankömmlinge".

Zur Verdeutlichung nennt der OECD-Bericht Daten aus Schweden: Demnach erreicht die Wahrscheinlichkeit, im ersten Jahr nach der Zuwanderung das erste Kind zu bekommen, bei jungen Frauen im Alter von 20 Jahren aus nichteuropäischen Herkunftsländern Werte um die 30 Prozent - und bei Frauen in den Altersgruppen 25 bis 30 Jahre Werte um die 25 Prozent. Bei den zugewanderten Frauen aus europäischen Herkunftsländern gibt es ebenfalls einen "Peak" der Geburtenwahrscheinlichkeit kurz nach Ankunft, aber weniger ausgeprägt als bei Nichteuropäerinnen. Für Belgien nennen die Forscher ähnliche statistische Befunde, Deutschland wird nicht separat dargestellt. In dem Bericht heißt es aber, dass "Nichteuropäerinnen zum Zeitpunkt ihrer Zuwanderung nach Deutschland besonders häufig schon verheiratet sind und kurz nach der Zuwanderung eine Familie gründen".

Mehrheit der Frauen migriert aus familiären Gründen Migrantinnen tragen nach einem OECD -Bericht "substanzell" zu Geburtenzahlen in vielen Industrieländern bei

Auch die OECD-Studie nennt den aus anderen Daten ablesbaren Befund, dass sich die Geburtenhäufigkeit der Migranten an jenes der Aufnahmegerüstschaft angleicht, je länger die eigene Zuwanderung oder die der Vorfahren zurückliegt. Auch gehe die Geburtenhäufigkeit insgesamt in fast allen Staaten der Erde und damit auch in den Herkunftsländern der Migranten seit zwei Jahrzehnten zurück, was sich ebenfalls auf die Geburtenrate der Migranten auswirke.

Trotz der insgesamt fallenden Geburtenraten tragen die Migrantinnen laut OECD-Bericht aber "substanzell zu den Gesamtzahlen der Geburten in vielen OECD-Ländern" bei, weil ein hoher Anteil der zuwandernden Frauen im Familiengründungsalter und aus familiären Motiven zuwandert. Auch vermuten die OECD-Forscher, dass die Migrantinnen "wahrscheinlich indirekt zu höheren Geburtenraten" in den Aufnahmeländern beitragen, weil sie durch ihre Tätigkeiten "im Bereich Kinderbetreuung oder Haushaltsdienstleistungen" vielen einheimischen Frauen, "insbesondere mit hoher Bildung, dabei helfen, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren". Insgesamt bekämen zugewanderte Frauen aber tendenziell früher Kinder, mit "potenziell negativen Auswirkungen auf ihre Arbeitsmarktbeteiligung".

Für Deutschland beobachtet die OECD-Studie im Langzeitverlauf, dass die durchschnittliche Geburtenzahl der Migrantinnen während der 90er- und 2000er-Jahre sanken und erst seit 2010 wieder stiegen - bis auf einen Höhepunkt im Jahr 2016 von 2,3 Kindern pro Frau. Damals habe der Abstand zur durchschnittlichen Geburtenzahl der deutschen Frauen mit 0,8 ein Maximum erreicht, was auf die zu der Zeit besonders starke "humanitäre Migration", also Zuwanderung von Flüchtlingen, zurückgeführt wird.

Auch abgesehen von diesem Aspekt bietet der OECD-Bericht interessante Befunde. So habe die Migration in 38 OECD-Länder - vor allem westliche Industriestaaten, aber auch etwa Mexiko, Kolumbien oder Japan - insgesamt "ein beispielloses Ausmaß erreicht". Mit mehr als sechs Millionen neuen dauerhaften Einwanderern (ohne ukrainische Flüchtlinge) erreichte die dauerhafte Migration in OECD-Länder im Jahr 2022 ein Rekordniveau. Dies sei auf einen Anstieg der humanitären Migration, der Arbeitsmigration sowie des Nachzugs von Familienangehörigen zurückzuführen.

Mehr als jedes dritte OECD-Land verzeichnete die höchsten Werte seit mindestens 15 Jahren, wobei mehrere Länder wie Kanada und das Vereinigte Königreich die höchsten Werte seit Beginn der Aufzeichnungen meldeten. Auch die temporäre Arbeitsmigration, insbesondere saisonaler Art, verzeichnete einen starken Anstieg. Die Zahl der Zulassungen internationaler Studierender habe sich erstmals der Zwei-Millionen-Marke genähert.

Zu diesen Zahlen kommt noch der Flüchtlingszuzug aus der Ukraine hinzu: Im Juni 2023 gab es in den OECD-Ländern demnach rund 4,7 Millionen geflüchtete Ukrainer. Deutschland, Polen (jeweils ungefähr eine Million) sowie die Vereinigten Staaten (fast 400.000) nehmen demnach in absoluten Zahlen die meisten registrierten Flüchtlinge aus der Ukraine auf, während Estland, die Tschechische Republik und Litauen gemessen an ihrer jeweiligen Bevölkerung die meisten aufgenommen haben.

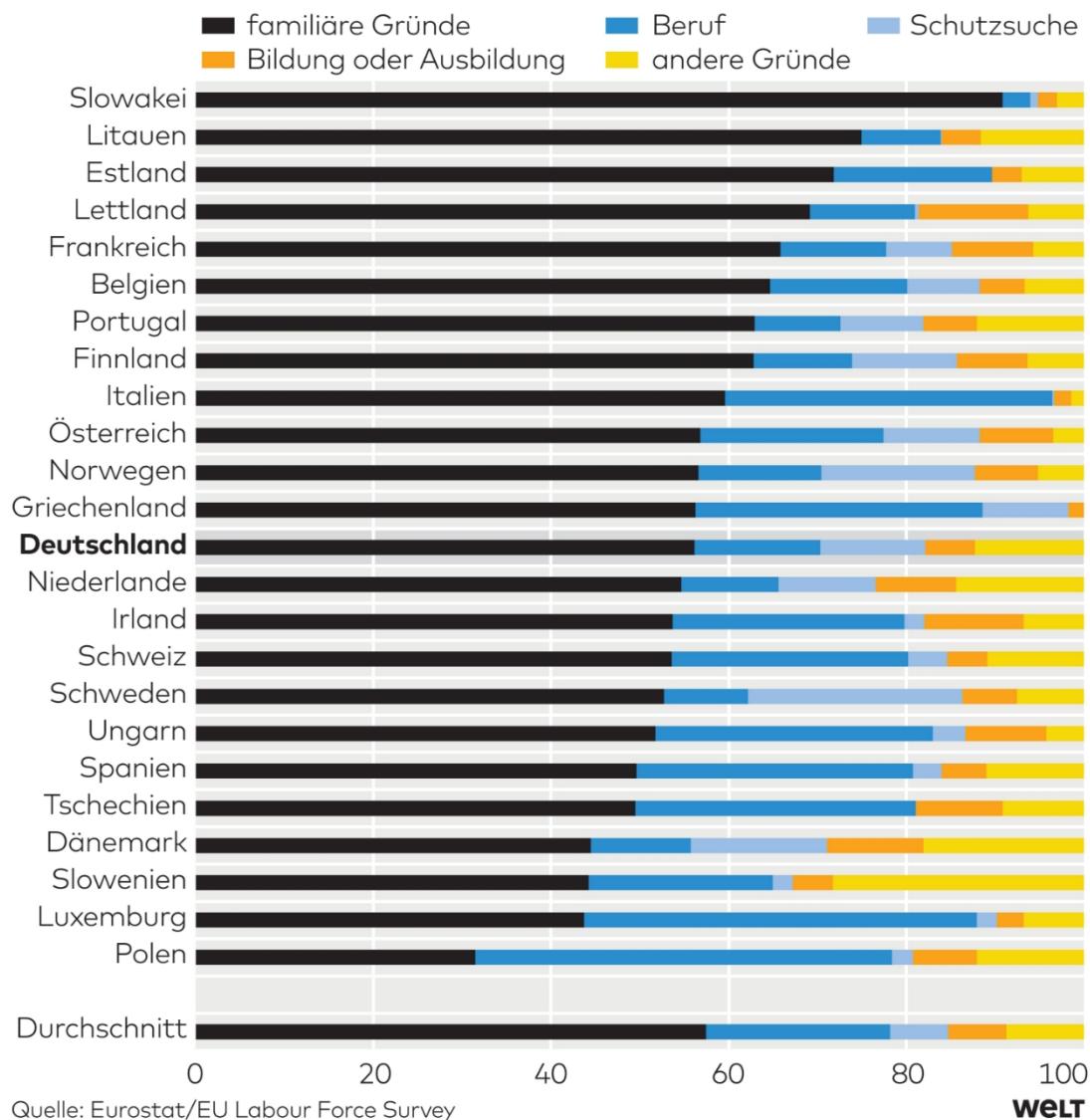
Auch die Asylanträge in der OECD erreichten im Jahr 2022 laut dem Migrationsbericht ein Rekordhoch. Im Jahr 2022 wurden in den OECD-Ländern mehr als zwei Millionen neue Anträge gestellt - das ist die höchste Zahl, die bisher verzeichnet wurde. Sie liegt deutlich über dem bisherigen Rekord von 1,7 Millionen aus dem Jahr 2015/16 und doppelt so hoch wie 2021. Der Anstieg sei vor allem auf die rasant steigenden Anträge in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, wo es 730.000 gab, verglichen mit weniger als 190.000 im Jahr 2021. Zudem erreichte laut Bericht auch die Vergabe von Staatsbürgerschaften in OECD-Ländern im Jahr 2022 nach vorläufigen Daten mit 2,8 Millionen einen neuen Höchststand.

Erfreulich hat sich laut OECD die Arbeitsmarktbeteiligung entwickelt. In allen OECD-Staaten außer Polen (wegen des Ukraine-Effekts) sei die Beschäftigungsquote im Jahr 2022 gestiegen. Durchschnittlich waren demnach mehr als 70 Prozent der erwerbsfähigen Migranten in einer Beschäftigung.

Mehrheit der Frauen migriert aus familiären Gründen Migrantinnen tragen nach einem OECD -Bericht "substanzell" zu Geburtenzahlen in vielen Industrieländern bei

Gründe für Migration von Frauen in europäische OECD-Länder

Angaben in Prozent



Quelle: Eurostat/EU Labour Force Survey

WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Laut dem Migrationsbericht bekommen zugewanderte Frauen häufig "direkt nach der Ankunft" Kinder

Load-Date: October 24, 2023

Mehrheit der Frauen migriert aus familiären Gründen Migrantinnen tragen nach einem OECD -Bericht "substanzell" zu Geburtenzahlen in vielen Industrieländern bei

End of Document

Asylbewerber: Helfen Anker-Zentren bei der Unterbringung?; In Teilen der SPD findet das alte CSU-Konzept Anklang, nur Menschen mit Bleibeperspektive an die Kommunen weiterzuleiten. Die Meinungen darüber gehen auseinander

Die Welt

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 187

Length: 1007 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Auch dies dürfte nicht die eine alles entscheidende "Zaubermaßnahme" sein, um die irreguläre **Migration** zu begrenzen. Aber vielleicht ein Baustein von vielen? Mitte September schlug die SPD-Fraktion im Landtag in Baden-Württemberg vor, **Asylbewerber** mit geringer Bleibeperspektive gar nicht erst auf die Kommunen zu verteilen, sondern in zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes zu belassen - bis sie entweder doch einen positiven **Asylbescheid** erhalten. Oder bis sie abgeschoben werden, falls der Bescheid negativ ausfällt.

Eine solche Sortierung käme der Verwaltung entgegen und würde das Verfahren beschleunigen, glaubt die SPD. Am Ende könne dann auch eine Abschiebung leichter organisiert werden, als wenn Menschen zwei, drei Jahre blieben, obwohl ein negativer Bescheid absehbar ist, sagte der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch. "Die Frage ist nur noch, wie schnell und nachhaltig uns das gelingt, ehe unsere Kommunen endgültig am Ende ihrer Fähigkeiten angelangt sind."

Der Vorschlag kommt nicht von ungefähr: Tatsächlich wird die zentrale Unterbringung von Asylbewerbern immer wieder gefordert. 2018 einigte sich die damalige große Koalition von Union und SPD auf sogenannte Anker-Einrichtungen, in denen die Menschen ihr Verfahren durchlaufen sollten - bis zum positiven Bescheid oder der Rückführung. Anker, das steht als Abkürzung für Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollte dort mit Ausländerbehörden, Jugendämtern und Justiz Hand in Hand arbeiten. Vor allem der frühere Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat das Konzept vorangetrieben.

Die Ampel-Koalition nahm davon zwar 2021 Abstand, auch weil die Anker-Einrichtungen als nicht besonders erfolgreich galten. Im Moment werden sie nur noch in Bayern betrieben. Einige funktionsgleiche Einrichtungen gibt es in anderen Ländern. Doch je stärker die Asylbewerberzahlen in die Höhe schnellen, desto häufiger taucht die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Umsetzung auf.

Asylbewerber: Helfen Anker-Zentren bei der Unterbringung? In Teilen der SPD findet das alte CSU-Konzept Anklang, nur Menschen mit Bleibeperspektive an die Kommu....

Man setze sich nach wie vor dafür ein, "dass die Bundesländer nur Menschen auf die Kommunen weiterverteilen, die eine Bleibeperspektive haben", sagt der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), WELT. Wäre die zentrale Unterbringung von Migranten ein sinnvoller Schritt, um die Städte und Gemeinden zu entlasten?

Wer nach Antworten sucht, stößt zunächst auf einen Widerspruch. Denn die gesetzlichen Regeln sind eigentlich schon heute sehr streng. Paragraf 47 des Asylgesetzes regelt scheinbar eindeutig, dass Asylbewerber in der Regel "bis zur Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise" in einer Aufnahmeeinrichtung wohnen müssen. Erst nach 18 Monaten dürfen sie verteilt werden. Ausnahmen gelten für Familien. Allerdings sind die Länder nicht verpflichtet, dieses Prozedere umzusetzen. Und so läuft es in der Praxis fast überall anders.

Etwa in Baden-Württemberg: Nach Ankunft werden die Migranten in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes untergebracht. Dort werden die Daten aufgenommen, es finden Gesundheitschecks und Sicherheitsüberprüfungen statt. Die Migranten stellen ihren Asylantrag beim BAMF. Dann aber werden sie an die Kommunen verteilt. Man könne gar nicht alle Menschen längerfristig in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen, sagt eine Sprecherin des Migrationsministeriums in Stuttgart. Dafür kämen aktuell zu viele.

Auch politische Gründe mögen eine Rolle spielen. Kritiker lehnen zentrale Unterkünfte mit dem Hinweis ab, dass eine derartige Unterbringung Integration behindere. "Die langfristige Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen fördert problematische Lebensverhältnisse", sagt etwa Simon Goebel von der Hochschule Augsburg, der zu Anker-Zentren geforscht hat. Viele Asylbewerber seien dadurch "psychisch belastet". Goebel argumentiert, dass viele Menschen mit vermeintlich geringer Bleibeperspektive am Ende doch in Deutschland blieben - entweder weil sie doch Aufenthaltsrecht zugesprochen bekommen, oder weil sie als Geduldete über diverse Bleiberechtsregelungen Fuß fassen.

"Statt die Menschen über Monate oder Jahre abzusondern, halte ich es für sinnvoll, frühzeitig ihre Teilhabe zu fördern", sagt Goebel. Er argumentiert auch, dass Asylverfahren in bestehenden Anker-Zentren bislang kaum schneller abgeschlossen worden seien als anderswo. Zum Teil dauerten sie sogar länger. Sind zentrale Unterbringungen schlicht nicht effektiv?

Die SPD-Fraktion in Baden-Württemberg findet: nein. Sie fordert aber ein Update der bisherigen Anker-Zentren. Alle relevanten Behörden sollten dort nicht nur unter einem Dach sitzen, sondern tatsächlich zusammenarbeiten. Dass bislang viele Verfahren so lange dauerten, liege auch daran, dass der Austausch von Daten bislang nicht gut gelinge, heißt es aus der Fraktion. Außerdem wollen die Sozialdemokraten Menschen mit guter Bleibeperspektive nicht in den zentralen Unterkünften unterbringen.

Dass die zentrale Unterbringung und eine Bündelung aller Verfahrensschritte sinnvoll sein kann, glaubt Dietrich Thränhardt, emeritierter Professor für Migrationsforschung an der Universität Münster. Er nennt die Schweiz, die alle Asylbewerber in zentralen Unterkünften unterbringt. Dort durchlaufen sie in der Regel das gesamte Verfahren innerhalb weniger Wochen. Nur diejenigen mit positivem Entscheid und diejenigen, bei denen zusätzlicher Klärungsbedarf besteht, werden auf die Kommunen verteilt. In Deutschland fehle bislang "der politische Wille, qualitativ hochwertige und schnelle Verfahren umzusetzen", sagt Thränhardt.

In der Schweiz arbeiteten Asylentscheider und unabhängige Asylverfahrensberater eng zusammen. Das erhöhe die Qualität der Entscheidungen. Wenn die Asylentscheidungen hochwertig sind, klagen weniger Menschen dagegen. Eine Folge ist, dass eine Ausreisepflicht dann schneller umgesetzt werden kann.

Langfristige Unterbringung in zentralen Aufnahme-einrichtungen fördert problematische Lebensverhältnisse Simon Goebel, Hochschule Augsburg

Asylbewerber: Helfen Anker-Zentren bei der Unterbringung? In Teilen der SPD findet das alte CSU-Konzept Anklang, nur Menschen mit Bleibeperspektive an die Kommu....

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Asylzuwanderung auf dem höchsten Stand seit 2016; Inklusive der Ukraine-Flüchtlinge war 2022 das Jahr mit der stärksten Migration nach Deutschland

Die Welt

Donnerstag 12. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 9

Length: 1052 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Während in der Bundesrepublik wegen der Silvestervorfälle über die Ergebnisse unzureichender Integration in einigen Bezirken deutscher Städte diskutiert wird, stellt die Bundesregierung am Mittwoch die Asylbilanz für das abgelaufene Jahr vor: 2022 wurden mit 217.774 Erstanträgen 47 Prozent mehr gestellt als im Jahr zuvor.

Eine stärkere Asylzuwanderung als 2022 gab es in der Geschichte der Bundesrepublik nur in fünf Jahren: auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/2016 sowie während der Jugoslawienkriege 1991 bis 1993. Hauptnationalitäten der Erstantragsteller waren 2022 Syrer (71.000), Afghanen (36.000), Türken (24.000) und Iraker (15.000). Inklusive der wohl rund eine Million Ukraine-Flüchtlinge - sie stellen infolge einer Sonderregelung keine Asylanträge - war 2022 das Jahr mit der stärksten Zuwanderung von Schutzsuchenden seit Bestehen der Bundesrepublik.

Bemerkenswert ist, dass die Gesamtschutzquote, also der Anteil der Asylbewerber, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Flüchtlings-, Subsidiär- oder Abschiebeschutz erhalten, im Jahr 2022 auf 56 Prozent gestiegen ist. In den Jahren zuvor wurde meist nur etwas mehr als ein Drittel der Bewerber anerkannt. Das Rekordhoch erklärt sich teilweise dadurch, dass im vergangenen Jahr über Zehntausende Anträge solcher Syrer entschieden wurde, die über die vergangenen Jahre in Griechenland als Flüchtlinge anerkannt wurden, dann aber nach Deutschland zogen, um hierzulande erneute Anträge zu stellen. Diese Anträge wurden lange aufgeschoben und im vorigen Jahr nach und nach abgearbeitet - sie enden fast immer mit einer Anerkennung.

Die Verwaltungsgerichte untersagten über die vergangenen Jahre zunehmend Überstellungen aus Deutschland nach Griechenland, weil es dort kaum staatliche Versorgung für arbeitslose Flüchtlinge gibt. Deshalb ging das von Nancy Faeser (SPD) geführte Bundesinnenministerium dazu über, alle aus Griechenland weiterreisenden Flüchtlinge so zu behandeln, als hätten sie noch keinen Flüchtlingsschutz dort gefunden. Auch auf Überstellungen arbeitsfähiger in Griechenland anerkannter Flüchtlinge verzichtet die Bundesrepublik. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte geht auf Grundlage der von den vergangenen Bundesregierungen beschlossenen Gesetze

Asylzuwanderung auf dem höchsten Stand seit 2016 Inklusive der Ukraine -Flüchtlinge war 2022 das Jahr mit der stärksten Migration nach Deutschland

zunehmend dazu über, auch mangelnde soziale Sicherheit, also gute Unterbringung und Versorgung in anderen EU-Staaten, als hinreichenden Grund für Asylanträge in Deutschland zu beurteilen.

Ein weiterer Grund für die stark gestiegene Anerkennungsquote liegt in der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan . Das Land ist seit vielen Jahren das zweitwichtigste Herkunftsland von Asylsuchenden in Deutschland, doch seit vergangenem Jahr erhalten fast alle von ihnen Flüchtlingsschutz, zuvor war es meist etwa jeder Zweite. So stellen inzwischen viele der Zehntausenden abgelehnten Asylbewerber aus Afghanistan in Deutschland Folgeanträge, die dann meist anerkannt werden. Zudem wurden 2022 rund 30.000 besonders gefährdete Afghanen über Sonderaufnahmeprogramme in die Bundesrepublik geflogen. Jener Teil von ihnen, der aussagekräftige Belege für eine frühere Tätigkeit als "Ortskraft" für deutsche offizielle Stellen vorlegt, muss nicht ins Asylverfahren und erhält direkt einen Schutztitel. Die Übrigen stellen Anträge, die dann in aller Regel anerkannt werden.

Inklusive der Folgeanträge, die überwiegend schon vor längerer Zeit Eingereiste betreffen, gab es im Jahr 2022 laut der Asylbilanz der Regierung 244.132 Asylanträge. Nachdem die Asylzuwanderung schon seit Mitte 2021 wieder deutlich angestiegen war, nahm sie im Verlauf des Jahres 2022 noch einmal deutlich zu: Die Erstanträge stiegen von August (16.000) über September (19.000) und Oktober (24.000) auf 29.000 im November und fast 27.000 im Dezember. Die exakt 26.672 Erstanträge im Dezember bedeuteten einen Anstieg von 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Im Jahr 2022 waren 73 Prozent der Asylbewerber unter 30 Jahre alt. Minderjährig waren 37 Prozent und 68 Prozent männlich. Fast 25.000 Asylanträge wurden für in Deutschland geborene Kinder unter einem Jahr gestellt. Die Verfahrensdauer für Erst- und Folgeanträge lag 2022 bei durchschnittlich 7,6 Monaten.

Deutschland überschreitet inzwischen seit zehn Jahren in Folge in jedem Jahr die 100.000er-Marke bei der Asylzuwanderung. 2013 war dies mit 127.000 Anträgen erstmals wieder seit den Balkankriegen der 90er-Jahre der Fall. Doch seit dem Zusammenbruch der Zuwanderungssteuerung im Jahr 2015 halten die meisten Politiker der Regierungsparteien ein Niveau von mehr als 100.000 Asylzuwanderern jährlich für einen eher geringen Wert. Die seit einem Jahr amtierende Regierung von SPD, Grünen und FDP hat mehrere Gesetzesänderungen vorgenommen, die eine Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an Asylsuchende ohne Schutzgründe beschleunigen, den Entzug von einmal erteilten Schutzzetteln erschweren sowie die Integrations- und Sprachkurse auf Asylsuchende aus Ländern mit geringer Anerkennungschance ausweiten. Für die bis heute in der deutschen politischen Debatte umstrittene These, dass das Ausmaß der staatlichen Integrationsanstrengungen und der Sozialleistungen einen Effekt auf die Höhe der Asylzuwanderung hat, spricht etwa, dass der restriktive nördliche Nachbar der Bundesrepublik, der ebenfalls stark entwickelte Sozial- und Rechtsstaat Dänemark, im Jahr 2022 in den meisten Monaten nur je um die 200 Asylanträge verzeichnete.

Seit Jahren ist der Hauptfaktor für die starke Asylzuwanderung in die Bundesrepublik, dass nach Italien, Griechenland oder Spanien eingereiste Migranten von dort unerlaubt nach Deutschland weiterziehen - und nur selten in die zuständigen Staaten zurückgebracht werden. Und von den wenigen Tausend Migranten jährlich, bei denen eine solche Überstellung nach der Dublin-Vereinbarung gelingt, reisen viele später erneut nach Deutschland. Die südlichen Länder werben seit jeher dafür, die EU-Asylgesetze so zu ändern, dass bei ihnen ankommende Migranten rasch auf andere Mitgliedstaaten legal verteilt werden. Die östlichen EU-Staaten lehnen dies ab, solange die illegale Migration nach Europa nicht weitgehend gestoppt ist. Auch Staaten wie Österreich oder Dänemark wollen nicht zur Aufnahme verpflichtet werden. Die deutsche Regierung macht sich für eine solche legale Umverteilung stark.

Asylzuwanderung auf dem höchsten Stand seit 2016 Inklusive der Ukraine -Flüchtlinge war 2022 das Jahr mit der stärksten Migration nach Deutschland

Erstanträge nach Monaten

Absolute Zahlen, Entwicklung jeweils in den Jahren 2018 bis 2022



welt

Quelle: Bundesinnenministerium

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 12, 2023

Grüne raffen sich nach Asylstreit zusammen; Mehrheit stützt bei Parteitag Spitzengespräch. Baerbock: "Auch mich hat es zerrissen"

Die Welt

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 116

Length: 509 words

Byline: Dpa

Afp

Body

Die Grünen haben bei einem kleinen Parteitag ihre Marschroute für die weiteren europäischen Verhandlungen zum EU-Asylrecht festgelegt. Eine deutliche Mehrheit der rund 100 Delegierten stellte sich am Wochenende im hessischen Bad Vilbel hinter einen Antrag des Bundesvorstandes zur Asylpolitik, in den zuvor allerdings zahlreiche Änderungen von Kritikern der Entscheidung der EU-Innenminister integriert worden waren. Beispielsweise sollen Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Asyl-Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen kommen. EU-Staaten sollen nicht zur Durchführung solcher Grenzverfahren verpflichtet werden.

Die EU-Innenminister hatten am 8. Juni mit deutscher Zustimmung - und damit auch mit Genehmigung von Spitzen-Grünen - Pläne für eine Asylreform beschlossen. Vorgesehen sind Verschärfungen, um irreguläre Migration zu begrenzen - insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Asylanträge von Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll zurückgeschickt werden. Denkbar ist, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt.

"Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in den Mitgliedstaaten", heißt es in dem Beschluss, den die Delegierten der Grünen bei ihrem Länderrat in Hessen fassten. "Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten." Wie man sich am Ende positioniere, werde davon abhängen, "ob unter dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen".

Grüne raufen sich nach Asylstreit zusammen Mehrheit stützt bei Parteitag Spitzenpersonal. Baerbock: "Auch mich hat es zerrissen"

Die Grünen-Co-Vorsitzende Ricarda Lang sagte im Deutschlandfunk, sie habe eine inhaltlich zerrissene, aber keine gespaltene Partei erlebt: "Wir merken natürlich an verschiedenen Stellen, dass es weder in der Bundesregierung, geschweige in Europa, gerade wirkliche Mehrheiten für eine humane Flüchtlingspolitik gibt." Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) rechtfertigte in Bad Vilbel ihre Billigung des zwischen den EU-Innenministern ausgehandelten Asyl-Kompromisses. "Auch mich hat es zerrissen", sagte sie, es sei "eine ganz schwierige Abwägung" gewesen. Es habe jedoch die Gefahr bestanden, dass sich manche Länder in der Flüchtlingspolitik an gar keine Regeln mehr halten und "dass Europa wieder in nationalstaatliche Vorgehensweisen zerfällt".

"Ohne die Grünen in der Regierung wäre nichts besser. Weder für das Klima noch für die Asylsuchenden", sagte Schleswig-Holsteins grüner Umweltminister Tobias Goldschmidt gegenüber WELT. Parteichef Omid Nouripour hatte zur Einigkeit gemahnt: "Der politische Gegner ist nicht hier im Raum, sondern da draußen bei denen, die die UN-Flüchtlingskonvention aufheben wollen." Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

EU berät über "Ruanda-Szenario"; Brüssel will endlich ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg bringen. Sogar die Durchführung von Verfahren in Drittstaaten wird ernsthaft debattiert. Auch Deutschland kann sich dies vorstellen

Die Welt

Donnerstag 8. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 109

Length: 1126 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Die Beratungen über eine härtere EU-Asylpolitik gehen in die heiße Phase: Am Donnerstag wollen die EU-Innenminister bei einem Treffen in Brüssel den Durchbruch für eine neues Gemeinsames Europäischen Asylsystem (GEAS) schaffen. Ziel ist eine faire Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten, mehr Abschiebungen, ein besserer Außengrenzschutz, europaweit schnellere und einheitliche Asylverfahren, mehr legale Migration und eine konsequente Registrierung von Migranten, um "Asylhopping" innerhalb der EU zu verhindern.

Der Einigungsdruck ist hoch. Allein in Deutschland hat sich die Zahl der Asylanträge in den ersten vier Monaten um 78 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und nach Italien kamen bereits seit Januar mehr als 50.000 Bootsfüchtlinge. Die EU steht vor einer neuen Migrationswelle. Aber in wichtigen Detailfragen liegen die Positionen immer noch weit auseinander. Das Zünglein an der Waage könnte am Ende die Ampelkoalition in Berlin sein, die mit ihrem Stimmengewicht als Vertreter des größten Mitgliedslandes in Brüssel die erforderliche Mehrheit sichern muss. Fest steht aber jetzt schon: Auch wenn eine formale Einigung gelingen sollte, wäre es ein Durchbruch, der auf wackeligen Füßen steht. WELT beantwortet die wichtigsten Fragen.

Was bedeuten "schnelle Asylverfahren"?

Es ist nicht so, dass künftig alle Migranten ein schnelles Asylverfahren an den Außengrenzen, also vorwiegend auf dem Gebiet der Mittelmeeranrainer Italien, Spanien, Malta, Zypern und Griechenland, durchlaufen müssen. Solche Schnellverfahren sollen nur für Migranten aus Ländern gelten, die im EU-Durchschnitt eine Anerkennungsquote von höchstens 20 Prozent haben, etwa Indien oder Tunesien, nicht aber Syrien oder Afghanistan. Dies beträfe laut Zahlen von 2022 letztlich nur rund 25 Prozent aller Migranten. In jedem Fall wird jeder ankommende Migrant

EU berät über "Ruanda-Szenario" Brüssel will endlich ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg bringen.
Sogar die Durchführung von Verfahren in Drittstaaten wird e....

unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Gebiet der EU im Rahmen eines sogenannten integrierten Verfahrens registriert und überprüft. Erst nach dieser Vorprüfung erfolgt die Entscheidung über ein schnelles Asylverfahren. Das schnelle Asylverfahren soll nach den bisherigen Plänen insgesamt nur vier Monate dauern, anschließen sollen illegale Migranten nach weiteren vier bis sechs Monaten wieder in Drittstaaten abgeschoben werden.

Unterstützt die Ampel das?

Im Grundsatz ja. Allerdings will Berlin erreichen, dass neben unbegleiteten Migranten bis 18 Jahren auch Familien mit Kindern unter 18 Jahren, Schwangere und Menschen mit Behinderungen grundsätzlich von einem Turbo-Asylverfahren ausgeschlossen werden. Dafür gibt es bisher nur Unterstützung aus Luxemburg. Die meisten Länder wie Frankreich, Ungarn und die Niederlande sind strikt dagegen. Berlins Forderung gilt darum bisher als chancenlos. Das weiß die Bundesregierung in Wahrheit auch: Der Koalitionsstreit in dieser Frage dürfte darum am Ende vor allem ein Showkampf für die jeweilige Wählerklientel sein.

Sollen Asylverfahren in Drittstaaten durchgeführt werden?

Dieses Szenario liegt tatsächlich auf dem Tisch. Am Mittwoch wurde in Brüssel sogar heftig darüber gestritten. "Ruanda-Szenario" heißt die Option im EU-Jargon. Etwa ein Dutzend Länder sind dafür, Deutschland ist dabei sogar in der Vorreiterrolle. Konkret geht es darum, Teile jener Personengruppe, für die das beschleunigte Asylverfahren in Betracht kommt, unmittelbar nach Ankunft in einen Drittstaat zu verfrachten, damit sie dort das Turbo-Asylverfahren und die Wartezeit bei Abschiebungen überbrücken. Im Gegenzug sollen die Aufnahmestaaten hohe Finanzmittel und weitere Vergünstigungen erhalten. Im Gespräch sind bisher Ruanda und Niger. Berlin will in diesem Fall aber nur zustimmen, wenn die Betroffenen in der Vergangenheit auch eine Beziehung zu dem entsprechenden Drittstaat hatten, etwa durch einen kürzeren Aufenthalt. Österreich, Ungarn und weitere Länder dagegen betonen, eine solche Beziehung sei überflüssig. Großbritannien hatte bereits vor Monaten im Alleingang eine ähnliche Vereinbarung mit Ruanda erzielt und dafür bereits 140 Millionen britische Pfund gezahlt.

Wird es künftig mehr Abschiebungen geben?

Sollte ein Migrant erst einmal das Gebiet der EU betreten haben, so dürften Abschiebungen im großen Stil wohl auch unter den neuen Regeln für lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Nur jeder fünfte illegale Migrant wird derzeit aus der EU abgeschoben. Die neuen Regeln ändern das Grundproblem aber nicht: Trotz neuer Anreize, wie "Fachkräftepartnerschaften", dürfte es noch Jahre dauern, bis die EU mit wichtigen Herkunfts- und Transitstaaten wie Ägypten oder Marokko sogenannte Rücknahmeabkommen abschließt, um die illegalen Migranten zurückzuschicken. Sollte der illegale Migrant nach dem neuen Plan im Schnellverfahren dann nach etwa vier bis sechs Monaten nicht abgeschoben worden sein, so kann er sich wieder frei bewegen und dann in Richtung Norden weiterziehen und dort ein normales, deutlich längeres Asylverfahren durchlaufen.

Warum sollten die Mittelmeeranrainer zustimmen?

Die Mittelmeeranrainer stehen unter enormem Druck der restlichen Mitgliedstaaten. Außerdem sollen sie mit hohen Summen für die Durchführung von schnellen Asylverfahren entschädigt werden. Rom will erreichen, dass möglichst wenige Migranten in das beschleunigte Asylverfahren gelangen und fordert zudem eine Obergrenze. Die EU will dagegen durchsetzen, dass die Mittelmeerstaaten permanent 30.000 Aufnahmeplätze vorhalten müssen. Italien drängt hinter den Kulissen vor allem auf ein EU-Abkommen mit Tunesien, in dem sich Präsident Kais Saied im Gegenzug für eine hohe finanzielle Unterstützung verpflichtet, Fluchtwillige an der Überfahrt zu hindern.

Wird eine faire Verteilung künftig gelingen?

Das ist unklar. In jedem Fall sollen die Regeln klarer sein und jedes Land "verpflichtende Solidarität" leisten. Wer sich im Krisenfall partout nicht an einer automatischen Verteilung von Schutzsuchenden beteiligen will, soll sich freikaufen können. Nach dem bisherigen Kompromissvorschlag soll der Betrag bei 22.000 Euro pro abgelehntem Migranten liegen, die Höhe dieser Ausgleichszahlung ist aber heftig umkämpft und laut EU-Kommission viel zu gering.

EU berät über "Ruanda-Szenario" Brüssel will endlich ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg bringen.
Sogar die Durchführung von Verfahren in Drittstaaten wird e....

Wie ist der Zeitplan?

Sollten die Verhandlungen jetzt scheitern, dürfte eine neue EU-Asylpolitik noch Jahre brauchen, nicht zuletzt wegen Europawahlen und der Neubesetzung der EU-Kommission im Jahr 2024. "Wir brauchen jetzt von allen EU-Ländern einen konstruktiven Ansatz und eine schnellstmögliche Entscheidung, idealerweise an diesem Donnerstag, um das neue Migrations- und Asylpaket der EU noch vor dem Ende dieser Legislaturperiode im Juni 2024 verabschieden zu können. Wir können uns nicht erlauben Zeit zu verlieren, möglicherweise sogar Jahre", sagte EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola WELT.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten bei ihrer Ankunft auf der spanischen Insel Gran Canaria

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Obergrenze? Okay, und was genau heißt das?

Die Welt

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 181

Length: 346 words

Byline: Sebastian Beug

Body

Es klingt verlockend: Eine Obergrenze von 200.000 **Migranten**, die Deutschland pro Jahr aufnehmen kann, garantiert, dass die Bundesländer nicht finanziell und Kommunen nicht "vor Ort" überlastet werden; außerdem hält sie die AfD klein. Das Konzept der Obergrenze hat CSU-Chef Markus Söder am Wochenende wieder aufgewärmt, der bayerische Ministerpräsident spricht aber von einer "Integrationsgrenze". Die Forderung und die Größenordnung indes sind dieselben wie vor sieben Jahren, als der damalige CSU-Chef Horst Seehofer sie erhab. Die Probleme auch.

Weder Seehofer noch Söder oder Mitstreitern von der CDU ist es bisher gelungen, das Konzept der Obergrenze auszubuchstabieren. Dafür muss sich niemand in das juristische Klein-Klein einarbeiten. Die Verantwortung für ein tragfähiges politisches Konzept fängt schon bei der Frage an, ob Flüchtlinge, die aus der Ukraine nach Deutschland kommen, in das Kontingent eingerechnet werden sollen oder nicht. Und sie kulminiert in der Festlegung, was beim Überschreiten einer einmal definierten "Integrationsgrenze" geschieht. Bis Ende August zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 204.000 Erstanträge auf Asyl. Söders Forderung kommt also genau zum richtigen Zeitpunkt. Gemäß Obergrenze müsste nun - ja, was eigentlich passieren? Das BAMF lehnt alle weiteren Asylanträge ab und verbringt die Bewerber außer Landes? Das wäre wohl kaum mit dem Grundgesetz zu vereinbaren. Deutschland schließt seine Grenzen, was noch nicht einmal 2015 und 2016, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, politisch durchzusetzen war? Die Bundesregierung unterstützt eine EU-Mission zur Blockade der Mittelmeeroute?

Wer wie der CSU-Chef eine Obergrenze fordert, muss sie politisch ausbuchstabieren. Das ist seiner Partei in sieben (!) Jahren nicht gelungen - und auch keiner anderen. Dass Söder die magischen 200.000 drei Wochen vor der Landtagswahl wiederentdeckt - als diese Grenze laut BAMF gerade überschritten ist - , ist nur noch plump. Und das können andere auch.

sebastian.beug@welt.de (sebastian.beug@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Obergrenze? Okay, und was genau heißt das?

Load-Date: September 17, 2023

End of Document

Was Migranten in Afrika von Asylreformen wissen; In Deutschland sollen die Asylleistungen abgesenkt werden. Aber hält das Menschen davon ab, sich auf den Weg nach Europa zu machen?

Die Welt

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 219

Length: 1093 words

Byline: Christian Putsch

Body

Niamey

Seine Verhaftung hat Denzel Hayes wohl das Leben gerettet. Im vergangenen Jahr hatte der **Migrant** aus Liberia in Libyen Schlepper gefunden, die sich bereiterklärten, ihn nach Italien überzusetzen, obwohl er damals völlig mittellos war. Aber Hayes hatte zehn **Migranten** zum Hafen in Benghazi mitgebracht, die je 1500 Dollar für die Überfahrt nach Italien zahlten - im Gegenzug durfte er umsonst an Bord des Schlauchbootes.

Doch statt wie geplant in Deutschland sitzt der **Migrant** nun in einem Transitzentrum der UN-Agentur "Internationale Organisation for **Migration**" (IOM) in Libyens Nachbarland Niger - eine Zwischenstation auf dem von der IOM organisierten Rückweg in seine Heimat Liberia. Das Boot war auf dem Mittelmeer von der libyschen Küstenwache abgefangen worden - die Schlepper hatten nicht die richtigen Leute bestochen. Im libyschen Gefängnis stimmte er seiner Rückkehr nach Liberia zu. "Am Ende war es besser so", sagt der 43-jährige Maschinenbauer, "Es kam schon Wasser an Bord. Gut möglich, dass wir sonst ertrunken wären."

Die IOM-Zentren in Niger sind um 40 Prozent überbelegt, seine Weiterreise zieht sich hin. Tausende aus Nordafrika abgeschobene Migranten finden dort keinen Platz und leben auf den Straßen. Acht Migranten innerhalb und außerhalb der Zentren befragte WELT, ob sie sich noch einmal auf die Schlepper einlassen würden. Jeder einzelne verneinte das entschieden. Die meisten haben für die gescheiterte Reise nach Europa weit über 2000 Euro ausgegeben, traumatisches erlebt - und wie Hayes Zeit im Abschiebekasten in nordafrikanischen Ländern verbracht.

Doch was ist mit denen, die derzeit überlegen, ob sie aufbrechen? Wie schnell und in welchem Umfang bekommen sie sich abzeichnende Änderungen in Europa mit, wie in Deutschland die geplante Reform der Migrationspolitik mit eingeschränkten Leistungen?

Was Migranten in Afrika von Asylreformen wissen In Deutschland sollen die Asylleistungen abgesenkt werden. Aber hält das Menschen davon ab, sich auf den Weg nac....

Wir bleiben nach dem Besuch in Niger Ende Oktober mit Hayes per WhatsApp mit Hayes in Kontakt. Er kennt Hunderte Migranten in Libyen, schließlich hat er dort vor seiner gescheiterten Reise nach Europa jahrelang gelebt und in Restaurants und Geschäften gejobbt. Er sei "so eine Art Anführer" von Migranten aus Subsahara-Afrika gewesen, sagt er. Viele hätten sich ihm mit Informationen zu ausbeuterischen Schleppern anvertraut. Und über sie stehe er auch in Verbindung mit jungen Menschen in Westafrika, die ebenfalls mit dem Gedanken spielen würden, ihr Land zu verlassen.

Davon gibt es viele. Laut der bisher größten Studie zum Thema durch das Umfrageinstitut Afrobarometer aus dem Jahr 2019 haben 37 Prozent der befragten Afrikaner in Erwägung gezogen, auszuwandern. Mit großen regionalen Unterschieden: In Tansania ist es nur jeder Fünfte, in Sierra Leone dagegen jeder Zweite. Nur rund ein Viertel will nach Europa. 36 Prozent gaben andere Länder Afrikas als Zielort an. Allerdings hätten insgesamt nur drei Prozent der Befragten entsprechende Vorbereitungen getroffen. Aktuellere aber weniger repräsentative Studien, wie etwa von der südafrikanischen "Ichikowitz Family Foundation", gehen seit der Pandemie von einem noch weiter gestiegenen Anteil emigrationswilliger junger Afrikaner aus.

Von den in Deutschland diskutierten Reformen bekommt Hayes erst mit, als wir ihn per WhatsApp danach fragen. Er glaubt nicht, dass derartige Entwicklungen schnell in die Herkunftsänder vordringen werden. Die Informationen, die Reisewillige zu Europa bekämen, würden oft von den Schleppern kommen, schreibt Hayes weiter. Und die würden derartige Nachrichten nicht weitergeben, "um das Geschäft nicht zu verlieren. Dieses Geld schmeckt ihnen zu gut." Hayes kennt keinen Migranten, der aktiv die Nachrichten zum Thema eigenständig verfolge. Neben den Schleppern seien Afrikaner, die bereits in Europa lebten, die wichtigste Informationsquelle, schreibt er. "Nigerianer sprechen darüber mit Nigerianern, Senegalesen mit Senegalesen."

Der Migrant hält es für unrealistisch, dass geringere Leistungen für Asylbewerber allzu abschreckend wirken werden. Viele würden schließlich mit dem festen Glauben aufbrechen, schnell Arbeit zu finden. "Wir sind starke Menschen", so Hayes. Derartige finanzielle Einschränkungen würden vielleicht für einige eine Rolle spielen, "den Rest kümmert das nicht allzu sehr". Es werde "wirklich Zeit" brauchen, bis das einen Effekt habe. Zumal immer mehr junge Afrikaner die sich verschlechternden Lebensbedingungen in afrikanischen Ländern nicht mehr hinnehmen wollten. Es sind eben nicht nur die viel zitierten Pull-Faktoren in Europa, die Migration antreiben. Die Push-Faktoren - wie etwa die gestiegene Zahl von Konflikten und Putschen in Afrika, dazu Massenarbeitslosigkeit und Klimawandel - spielen die wohl größere Rolle.

Auf seinem Handy hat Hayes Dutzende Sprachnachrichten von Migranten aus westafrikanischen Ländern, die noch in Nordafrika leben. Einige berichten, dass sie alle Zahlungen an Schlepper von Familienmitgliedern mit mobilen Bezahldiensten abwickeln ließen. Eine weise Entscheidung, denn in anderen Nachrichten berichten Migranten, dass ihr Bargeld mal von Schleppern, mal von Grenzsoldaten oder Polizisten einkassiert wurde. So mancher bricht völlig mittellos auf, zieht von Stadt zu Stadt, bis er genug Geld für die Weiterreise gespart hat. Das kann sich jahrelang hinziehen.

Hayes erzählt von Betrügern, die Migranten abkassieren und dann verschwinden. Und über die dominierenden Schlepper-Netzwerke mit Anführern in Algerien, Libyen, aber auch in Mali. "Sie sind sehr zentralisiert und mit der Polizei in mehreren Ländern verbunden. Wer Ihnen in die Quere kommt, dessen Familie kann ausgelöscht werden." In Libyen gehöre einer der Söhne von einem hochrangigen Mitarbeiter der Küstenwache zu den wichtigsten Menschenschmugglern. Nur wer ihn bezahle, werde auch durchgelassen.

Seit knapp einem Jahr wartet Hayes nun schon auf die Rückreise mit einem von der IOM organisierten Flug in seine Heimat Liberia. Es fehlen noch Unterlagen, zudem erschwert der im Juli erfolgte Putsch in Niger seine Weiterreise, die Grenzen sind geschlossen. Es sind endlose Tage jenseits der 40 Grad in der nigrischen Hauptstadt Niamey.

Zeit zum Reflektieren. Über seine eigene Flucht vor dem Bürgerkrieg in Liberia vor 20 Jahren. Über seinen gescheiterten Traum, in Deutschland zu arbeiten - er hat als Flüchtling in Nigeria das Studium als Maschinenbauer abgeschlossen, lange in Libyen in einer Werkstatt geschraubt. Und er arbeitet an seinem neuen Traum: In Liberia

Was Migranten in Afrika von Asylreformen wissen In Deutschland sollen die Asylleistungen abgesenkt werden.
Aber hält das Menschen davon ab, sich auf den Weg nac....

will er eine Hilfsorganisation für abgefangene Migranten gründen und ihnen bei der Reintegration in der Heimat helfen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Der Migrant Denzel Hayes hat Kontakt zu vielen jungen Afrikanern, die davon träumen, in Europa Arbeit zu finden

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Was von einem zentralen Migrationsbeschluss übrig bleibt; Asylbewerber sollen laut MPK-Beschluss so lange in Erstaufnahmen bleiben, bis sie ihre Anhörung hatten. Doch nicht alle Länder halten sich daran - aus guten Gründen

Die Welt

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 220

Length: 979 words

Byline: Nikolaus Doll

Ricarda Breyton

Body

Es dauerte nur einen Tag nach Bekanntgabe der migrationspolitischen Beschlüsse von Bund und Ländern, als mit Rheinland-Pfalz das erste Bundesland ausscherte. Andere Länder erklärten ebenfalls, in der Frage der Verteilung von Asylverfahren anders vorgehen zu müssen, als Kanzler Olaf Scholz (SPD) und die Ministerpräsidenten gemeinsam entschieden hatten

Der Grund: Viele Länder können Asylbewerber nicht überwiegend in ihren Erstaufnahmeeinrichtungen betreuen; sie haben schlicht nicht mehr die Plätze dafür und leiten einen Teil der Menschen direkt in die Kommunen weiter. Genau das soll nach der Übereinkunft von Bund und Ländern aber nicht mehr der Fall sein. Unter anderem, weil es für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dann schwerer ist, Asylbewerber für Anhörungen zu erreichen - was wiederum die Prozesse, auch Abschiebungen, teilweise deutlich verzögern kann.

Im Beschlusspapier der MPK hieß es, man wolle "weitere Möglichkeiten der Beschleunigung der Asylverfahren" ausschöpfen. Ganz konkret durch folgendes Vorgehen: "Entgegennahme des Asylantrags und Anhörung sollen in der Erstaufnahmeeinrichtung stattfinden." Dort können die Fälle schneller bearbeitet werden als in den kleinen Ausländerämtern in den Landkreisen.

Das weckte bei Vertretern der zum Teil völlig mit der Betreuung von Migranten überlasteten Kommunen die Erwartung, es würden weniger Asylbewerber direkt in die Städte und Gemeinden gebracht. Aber das Gegenteil ist der Fall - wie eben in Rheinland-Pfalz.

Was von einem zentralen Migrationsbeschluss übrig bleibt Asylbewerber sollen laut MPK-Beschluss so lange in Erstaufnahmen bleiben, bis sie ihre Anhörung hatten.....

Dort schrieb das Integrationsministerium den Landräten und Oberbürgermeistern vergangene Woche, schon einen Tag nach Verkündung der MPK-Beschlüsse: "Darüber hinaus ist es nunmehr unumgänglich, Antragstellerinnen und Antragsteller teilweise auch vor der Anhörung beim BAMF in die Kommunen zu verteilen. Durch die hohen Zugangszahlen hat sich die Zeit bis zur Anhörung beim BAMF deutlich verlängert, sodass wir eine Unterbringung bis nach erfolgter Antragstellung nicht mehr in allen Fällen sicherstellen können." Weiter teilt das Ministerium mit, es lasse sich "angesichts der angespannten Gesamtlage nicht vermeiden, die wöchentlichen Verteilzahlen weiter zu erhöhen".

In der zweiten Hälfte dieses Quartals würden daher pro Woche durchschnittlich bis zu 550 Personen in die Kommunen verteilt. Dort reagieren Politiker alarmiert. "Ich bin aus allen Wolken gefallen, als die Mitteilung eingetroffen ist", sagt die Landrätin des Kreises Bad Kreuznach, Bettina Dickes (CDU). "Wir sollen eigentlich nur die Menschen mit Bleibeperspektive aufnehmen. Nun haben wir eine Verschlechterung anstatt der erwarteten Entlastung." Ein anderer Lokalpolitiker meint: "In der MPK wurden einfach nach dem Prinzip Hoffnung entschieden."

Dabei ist Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer bei den Erstaufnahmeeinrichtungen gut aufgestellt und gilt als vorbildlich. Es gibt dort 8000 Plätze; mehr pro Einwohner, an deren Zahl sich der Verteilschlüssel für Migranten unter anderem orientiert, als in anderen Bundesländern. Darum leiten auch andere Länder Asylbewerber schon früh an die Kommunen weiter - zum Teil, bevor das Asylverfahren mit der Anhörung beim BAMF richtig beginnt.

So teilt das zuständige Innenministerium in Niedersachsen auf Anfrage von WELT mit, dass es "aufgrund der hohen Auslastung" der Einrichtungen derzeit möglich sei, "dass Personen vor ihrem Anhörungstermin verteilt werden". Das Integrationsministerium in Nordrhein-Westfalen erklärt, dass man derzeit "von der bewährten und richtigen Praxis der Zuweisung erst nach erfolgter Anhörung in Teilen abweichen muss". Ähnliches ist aus Sachsen-Anhalt zu hören. Sachsen hält dagegen am vorgesehenen Verfahren fest.

"Dass Asylbewerber verstärkt an die Kommunen weitergereicht werden, ist nicht neu", sagt Reinhard Sager (CDU), Präsident des Deutschen Landkreistages. "Aber es hat eine völlig neue Dimension, wenn sich die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler explizit darauf festlegt, dass die Menschen zumindest bis zum Abschluss des Verfahrens vor allem in den Erstaufnahmezentren der Länder versorgt werden sollen, und kurz darauf mitgeteilt wird, dass es munter so weitergeht wie bisher und die Kommunen das Gros der Asylbewerber betreuen müssen."

Was die Länder nun tun, steht nicht nur im Widerspruch zum MPK-Beschluss - sondern auch zu bereits existierenden gesetzlichen Regeln.

So ist in Paragraf 47 des Asylgesetzes festgelegt, dass Asylbewerber in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen müssen. Und zwar nicht nur bis zur Anhörung, sondern "bis zur Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise". Erst nach 18 Monaten sollen sie verteilt werden, falls das Verfahren noch nicht abgeschlossen wurde oder die Ausreise nicht durchgesetzt werden kann. Ausnahmen gelten für Minderjährige und ihre Familien.

Die Hoffnung dahinter: Wenn die Menschen zentral untergebracht sind, können sie die zuständigen Behörden direkt erreichen. Verfahren könnten beschleunigt werden, etwaige Rückführungen leichter organisiert werden. Doch in Krisenzeiten ist der Paragraf weitgehend wirkungslos. Denn die Bundesländer sind nicht verpflichtet, ihn umzusetzen. Viele sehen sich am Limit.

In den Ländern sieht man derweil das Problem auch woanders, dort wird Kritik am BAMF und den schleppenden Prozessen laut. Das Bundesamt wiederum beklagt seinerseits Belastungen. "Das anhaltend hohe Zugangsgeschehen stellt alle Mitarbeitenden des Bundesamts vor große Herausforderungen, insbesondere die für die Bearbeitung der Asylverfahren eingesetzten", sagte Sprecher Jochen Hövekenmeier jüngst WELT. Obwohl die Behörde aufgrund interner Umpriorisierungen bereits mehr Anträge bearbeite als vorgesehen, ergebe sich aufgrund

Was von einem zentralen Migrationsbeschluss übrig bleibt Asylbewerber sollen laut MPK-Beschluss so lange in Erstaufnahmen bleiben, bis sie ihre Anhörung hatten.....

der hohen Zugangszahlen "zwangsläufig eine steigende Zahl von anhängigen Verfahren sowie daraus resultierend eine längere Verfahrensdauer".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 12, 2023

End of Document

Streit über "Bezahlkarten" für Asylbewerber; Einige Regionen planen Ersatz für Barzahlungen

Die Welt

Mittwoch 16. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 158

Length: 680 words

Byline: Johannes Wiedemann

Body

"Bezahlkarten" statt Bargeld: In Bayern, Hamburg und in Niedersachsens Hauptstadt Hannover laufen Vorbereitungen, die Auszahlung des sogenannten Taschengelds für Asylbewerber auf eine andere Grundlage zu stellen. Derzeit bekommt ein alleinstehender Erwachsener nach Asylbewerberleistungsgesetz 182 Euro pro Monat für den "notwendigen persönlichen Bedarf"; darunter fallen Ausgaben abseits von Unterkunft und Gemeinschaftsverpflegung.

Die Überlegungen in den verschiedenen Regionen befinden sich noch in einem frühen Stadium. Vom Grundsatz ähneln sie sich. Das Vorhaben soll nach Angaben aus Hamburg und Hannover vor allem den hohen Verwaltungsaufwand bei der Barauszahlung abschaffen. Allerdings befürchten etwa Flüchtlingshelfer, dass die Ausgaben von Asylbewerbern so einer stärkeren Kontrolle unterworfen würden - in der Hansestadt etwa soll der Einsatz der "guthabenbasierten Kreditkarte" etwa bei Glücksspielanbietern unmöglich sein.

Die Pläne stoßen im Bundestag überwiegend auf ein positives Echo. In der Ampel-Koalition wird dabei vor allem ein verwaltungstechnischer Vorteil betont. So sagt die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Lamya Kaddor, WELT: "In erster Linie sind die Bezahlkarten eine Maßnahme, um die Verwaltung zu entlasten. Anders als die stigmatisierenden Gutscheine ermöglichen die Bezahlkarten weiterhin größtmögliche individuelle Freiheit und schränken nur in wenigen Ausnahmen ein." Gleichwohl betont Kaddor: "Wichtig ist, dass es bei diesen wenigen Ausnahmen bleibt, um den ohnehin schon stark regulierten Alltag der Menschen in Asylbewerbereinrichtungen nicht noch weiter zu erschweren." Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, betont, der Gesetzgeber gebe keine Regeln vor, in welcher Form Asylbewerberleistungen ausgegeben werden. "In dieser Entscheidung, also ob als Bargeldzahlung, über eine Bezahlkarte oder auch in Form von Sachleistungen, sind die Kommunen frei. Das ist auch richtig so, denn so können die Kommunen selbst entscheiden, was für sie die praktikabelste und pragmatischste Lösung ist."

Die Union begrüßt die Pläne ebenfalls - bewertet sie aber vor allem als direkte Folge eines Versagens der Ampel-Koalition bei der Migrationssteuerung. Die Bundesregierung lasse Länder und Kommunen seit Monaten hängen,

Streit über "Bezahlkarten" für Asylbewerber Einige Regionen planen Ersatz für Barzahlungen

sagt Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, WELT mit Blick auf die angespannte Lage bei der Unterbringung und Integration von Migranten vielerorts. "Wenn sie von der Ampel-Regierung keine Hilfe erwarten können, ist es nur richtig, dass sie sich selbst helfen. Bezahlkarten statt Bargeld sind ein sinnvoller Weg, zumal die hohen deutschen Sozialstandards ein starker Anreiz für die irreguläre Migration in unser Land sind." Der Plan für die Bezahlkarten zeigt laut Throm den Ernst der Lage: "Während die Ampel-Regierung diese Krise einfach ignoriert, müssen Länder und Kommunen die Not alleine ausbaden."

Für die AfD-Fraktion sind die Pläne ein "erster Schritt in die richtige Richtung", wie ihr innenpolitischer Sprecher Gottfried Curio sagt. "So wird die Zweckentfremdung des Geldes für Zahlungen an Schleuser oder für Rücküberweisungen in das Herkunftsland erheblich erschwert." Anders als die anderen Fraktionen lehnt die Linke-Fraktion die Bezahlkarten-Pläne ab. Zwar sei der Versuch des Bürokratie-Abbaus im Asylsystem zu begrüßen, so Clara Bünger, Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik. Allerdings moniert sie, dass mit den Bezahlkarten "noch mehr Regulationsmöglichkeiten" geschaffen würden. "Fast alle Aspekte des Lebens von Asylsuchenden werden durch Behörden und Ministerien kontrolliert und eingeschränkt. Das Taschengeld steht ihnen jedoch frei zur Verfügung, niemand kann ihnen vorschreiben, wofür sie dieses ausgeben. Durch spezielle ‚Bezahlkarten', die Sperren für gewisse Ausgaben ermöglichen, würde ihr Grundrecht auf freie Lebensgestaltung verletzt." Zudem sieht sie die Gefahr, dass Behörden künftig kontrollierten, wofür Asylsuchende ihr Geld ausgeben, mit möglicherweise negativen Konsequenzen für die Migranten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 15, 2023

End of Document

"Flüchtlinge sind offenbar nicht mehr so willkommen"; In Zukunft mehr Abschiebungen erreichen und die Asylzuwanderung begrenzen: Bund und Länder setzen auf einen härteren Kurs. Was sagen Migranten dazu?

Die Welt

Donnerstag 23. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 228

Length: 1151 words

Byline: Kaja Klapsa

Philipp Woldin

Body

Ein geflüchteter Afghane, ein Georgier kurz vor der Abschiebung und ein Syrer, der mittlerweile deutscher Staatsbürger ist: Drei Zugewanderte erzählen von ihrem Leben in Deutschland - und wie sie die gegenwärtige Migrationskrise wahrnehmen.

Turki Alyousef, 29, aus Syrien, lebt bei Würzburg

Meine Frau und ich sind 2015 vor dem Krieg in Syrien nach Deutschland geflüchtet. Wir leben in der bayerischen Kleinstadt Kitzingen bei Würzburg. Ich studiere Ingenieurwissenschaft und arbeite in einer großen Logistikfirma; meine Frau studiert Medizin und arbeitet im Krankenhaus. Uns ist aufgefallen, dass die Migrationspolitik in den letzten Monaten strenger geworden ist und Flüchtlinge in Deutschland offenbar nicht mehr so willkommen sind.

Einerseits kann ich das verstehen. Mich ärgert es auch, wenn jemand sechs Jahre in Deutschland lebt und trotzdem noch kaum Deutsch spricht. Oder dass einige Flüchtlinge lieber Bürgergeld beziehen, statt zu arbeiten, weil es für sie finanziell kaum einen Unterschied macht. Aber andererseits bin ich überzeugt, dass diese Gruppe eine Minderheit ist. Die meisten Flüchtlinge, die ich kenne, wollen unbedingt Geld verdienen und etwas erreichen. Kaum jemand riskiert sein Leben und steigt in der Türkei in ein Flüchtlingsboot, um in Deutschland von Sozialhilfe zu leben.

Ich bin froh, dass die Politik jetzt die Asylverfahren beschleunigen will, bei Syrern etwa auf sechs Monate. Ich habe damals zwei Jahre gewartet. Zwei Jahre, in denen ich nicht arbeiten und keinen richtigen Deutschkurs machen konnte. Verlorene Jahre meines Lebens, die mich bis heute sehr traurig machen. Ich könnte jetzt schon meinen Master fertig haben und vielleicht promovieren.

"Flüchtlinge sind offenbar nicht mehr so willkommen" In Zukunft mehr Abschiebungen erreichen und die Asylzuwanderung begrenzen: Bund und Länder setzen auf einen....

Ich halte es für nicht ganz fair, dass die geflüchteten Ukrainer in Deutschland automatisch einen Aufenthaltstitel bekommen, meistens auch gleich eine Wohnung. Sie können direkt anfangen zu arbeiten oder zu studieren. Das ist eine tolle Chance, die ich damals auch gerne gehabt hätte. Worüber ich allerdings sehr dankbar bin, ist, dass meine Frau und ich seit zwei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Für uns ist Deutschland unsere neue Heimat geworden."

Mann aus Georgien, Mitte 40, lebt in Norddeutschland

Ich komme aus Georgien, das Land liegt zwischen Russland und der Türkei. Aktuell stehe ich in Deutschland kurz vor der Abschiebung, mein Asylantrag wurde abgelehnt. Deswegen bleibe ich in diesem Artikel anonym. Ich verstehe, dass Deutschland vor allem Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Kriegsgebieten helfen will. Aber auch wenn in Georgien nicht geschossen wird, geht es den Menschen dort sehr schlecht. Es ist zum Beispiel kaum möglich, einen Job zu finden. Ich habe Gemüse im Garten angebaut und auf dem Markt verkauft. Oft hat das Geld nicht gereicht, um satt zu werden. Vor ein paar Jahren bin ich nach Polen eingewandert, habe dort schwarz als Maler gearbeitet und umgerechnet etwa 400 Euro im Monat verdient. Das Leben war okay, bis ich wegen meiner Krankheiten große Schmerzen bekommen habe. Ich leide an Hepatitis C und Leberzirrhose, konnte in Polen ohne Aufenthaltstitel aber nicht zum Arzt. Bekannte aus Georgien haben mir empfohlen, nach Deutschland zu gehen.

Vor Ort wurde mir schnell klar, dass es ein Fehler war, nach Deutschland zu kommen. In der Asylunterkunft wurde mir gleich gesagt: Georgier haben hier keine Chance. Tatsächlich bekommt kaum jemand Asyl, die Menschen dürfen nicht arbeiten. Ich habe einen Anwalt bezahlt, der Widerspruch gegen die Ablehnung meines Asylantrags eingelegt hat. Es hat nicht geholfen. Wenn ich vorher gewusst hätte, wie schlecht die Chancen in Deutschland stehen, wäre ich in Polen geblieben.

Obwohl ich nicht arbeiten durfte, habe ich immerhin einen Teil der Sozialhilfe an meine Familie geschickt, etwa 50 bis 100 Euro im Monat. Das ist in Georgien sehr viel Geld. Die meisten Männer gehen nach Europa, damit ihre Frau und ihre Kinder in der Heimat über die Runden kommen. Diese Überweisungen sind für uns sehr wichtig. Wenn sie künftig wegen der Einführung einer Bezahlkarte nicht mehr möglich sein sollten, wäre das für uns ein Problem.

Ich habe große Angst vor der Abschiebung. Seit zwei Monaten sitze ich in meinem Zimmer und kann an nichts anderes mehr denken. Ich schäme mich, mit leeren Händen nach Georgien zurückzukehren. Hinzu kommt, dass nach der Abschiebung eine Wiedereinreisesperre verhängt werden würde. Ich könnte danach also nicht mehr nach Deutschland oder in andere EU-Staaten einreisen. Ich überlege daher, noch vor der Abschiebung an einem Freiwilligenprogramm teilzunehmen. Dann sind die Chancen größer, danach noch in einem anderen Land leben zu können, zum Beispiel in Frankreich. Vielleicht könnte ich dort legal Geld verdienen."

Hossein Madadi, 27 Jahre alt, aus Afghanistan, lebt in Hamburg

Mein Eindruck war immer: Deutschland fehlen die Arbeitskräfte, bald stehen noch mehr Stellen offen, und es braucht viele Flüchtlinge wie mich. Deshalb habe ich mich gewundert, dass die Politik jetzt ständig über Abschiebungen redet. Es müsste doch eigentlich darum gehen, dass alle, die hier sind, so schnell es geht arbeiten können - alle werden doch gebraucht!

Ich habe aber mitbekommen, dass die Rechten lauter und beliebter werden, wahrscheinlich will die Regierung jetzt zeigen, dass sie handeln kann. Ich glaube, die Kehrtwende hat auch mit Israel und Palästina und der Eskalation dort zu tun, Deutschland hat Angst, sich Probleme reinzuholen. An einen wirklichen Wechsel der Politik glaube ich aber nicht: Jetzt wird viel geredet - am Ende wird sich wenig ändern.

Ich kam 2011 als minderjähriger Flüchtling nach Deutschland, große Teile meiner Familie, die der verfolgten Minderheit der Hazara angehören, leben immer noch in Parwan, etwa 200 Kilometer nördlich von Kabul. Ich habe zu Beginn in einer Wohngruppe gelebt, meine Situation hat sich Schritt für Schritt gebessert. Mittlerweile habe ich zwei Kinder und bin verheiratet; meine Frau ist auch eine Hazara, sie hat hier in Deutschland Abitur gemacht und auch den deutschen Pass. Im November vergangenes Jahr ging für mich ein Traum in Erfüllung: Wir haben einen

"Flüchtlinge sind offenbar nicht mehr so willkommen" In Zukunft mehr Abschiebungen erreichen und die Asylzuwanderung begrenzen: Bund und Länder setzen auf einen....

Lebensmittelladen für orientalische Speisen eröffnet. Wir backen dort Brot selbst, bald bekommen wir auch eine Fleischtheke. Natürlich gibt es immer Sachen, die besser laufen könnten, ich warte noch auf meinen unbefristeten Aufenthaltstitel. Aber ich bin schon sehr zufrieden mit dem Leben in Deutschland.

Was meine Verwandten in Afghanistan von der Lage in Deutschland mitbekommen? Natürlich nicht viele Details. Sie merken aber, dass es grundsätzlich schwieriger wird für Flüchtlinge. Wir haben davon gehört, dass vielleicht in Zukunft Asylanträge außerhalb von Deutschland und Europa gestellt werden müssen, dass es mehr Abschottung gibt - ein bisschen so, wie es in Australien ist. Deutschland ist neben Schweden auf jeden Fall ein sehr beliebtes Land für Zuwanderer. Bisher zumindest."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Hossein Madadi aus Afghanistan

Load-Date: January 2, 2024

End of Document

Vor Flüchtlingsgipfel Streit um Geld und Abschiebungen; Union will Entwicklungshilfe an Rücknahme abgelehnter Asylwerber knüpfen - Ampel lehnt ab

Die Welt

Montag 8. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 88

Length: 854 words

Byline: Claudia Kade

Body

Kurz vor dem **Migrationsgipfel** von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidenten der Länder rückt neben der Finanzierung nun auch der Umgang mit abgelehnten **Asylbewerbern** in den Fokus. Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) ließ eine Forderung wieder aufleben, Ländern die Entwicklungshilfe zu kürzen, die abgelehnte **Asylbewerber** nicht zurücknehmen. "Wir stehen zum Grundrecht auf **Asyl**. Aber bei Ländern, die einer geordneten Rückführung nicht zustimmen, müssen wir künftig auch über Kürzungen bei der Entwicklungshilfe nachdenken", sagte Söder der "Bild am Sonntag".

Aus der Unions-Fraktion im Bundestag kam Rückhalt. Der CDU-Innenpolitiker Alexander Throm erklärte, jedes Land, das seine eigenen Staatsangehörigen nicht wieder zurücknehme, verstoße damit klar gegen internationales Recht. "Länder, die sich weigern, sollten auch Konsequenzen vor Augen geführt werden. Das kann die Kürzung von Entwicklungshilfe und die Aussetzung von Visaerteilungen zur legalen Einreise sein", so Throm. "Wer Ordnung in die irreguläre **Migration** bringen will, braucht auch Konsequenz bei denen, die nicht **asylberechtigt** sind." Diesen Willen vermisste er bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Die Ampel verwässere zudem den Vorschlag der EU-Kommission zum sogenannten Außengrenzverfahren für schnelle **Asylverfahren** an EU-Außengrenzen. Faeser setze sich für Regelungen ein, die dann kaum noch Menschen betreffen. "Was Faeser will, schadet vor allem dem beliebtesten Zielort irregulärer **Migration**: Deutschland."

Politiker der Ampel-Koalition wiesen den Vorstoß der Union zurück: "Entwicklungshilfe als Druckmittel bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber einzusetzen, ist ein völlig falscher Ansatzpunkt und hätte fatale Folgen", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae, WELT. Der Entwicklungshilfe liege der Gedanke der Humanität zugrunde. "Diesen Ansatz auf das Prinzip von Leistung und Gegenleistung zu übertragen, ist mehr als zynisch und würde den Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe völlig ad absurdum führen." Zum anderen sei Entwicklungshilfe dazu gedacht, die Lebenssituation von Menschen in ihrem Heimatland zu verbessern und dadurch Migrationsströme einzudämmen. "Eine Kürzung hätte somit genau das Gegenteil zur Folge: Es

Vor Flüchtlingsgipfel Streit um Geld und Abschiebungen Union will Entwicklungshilfe an Rücknahme abgelehnter Asylwerber knüpfen - Ampel lehnt ab

würden sich noch mehr Menschen aufgrund schlechter Perspektiven in ihrem Heimatland nach Europa und Deutschland aufmachen", so Thomae. Um Heimatländer zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber zu bewegen, wäre es sinnvoller, Migrationsabkommen zu verhandeln. "Diese könnten Vergünstigungen mit Rücknahmevereinbarungen verknüpfen, beispielsweise bei Visaerleichterungen oder engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit." Die Grünen-Migrationsexpertin Filiz Polat warf Söder Populismus im aufziehenden bayerischen Landtagswahlkampf vor: "Migrationsabkommen mit Herkunftsstaaten zur Rücknahme von ausreisepflichtigen Personen können nur unter der Voraussetzung funktionieren, dass sie, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen", so Polat. "Die unverantwortlichen Rufe der Union nach Abschottung und Abschreckung haben nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden zu tun", sagte die Grünen-Politikerin. "Notwendig ist ein gesamtstaatliches Bekenntnis zu einer Integrationsoffensive, das für alle Geflüchteten gleichermaßen gilt." Sebastian Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, nannte den Vorstoß zur Kürzung von Entwicklungshilfe "unfassbar kurzsichtig". Stattdessen setze die Ampel-Koalition auf partnerschaftliche Migrationsabkommen. Rückführungen seien im Übrigen eine Aufgabe der Länder, die durch den Bund und die Bundespolizei umfangreich unterstützt würden, erinnerte Hartmann.

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel hält es grundsätzlich für sinnvoll, die Höhe der Entwicklungshilfe an die Rücknahmebereitschaft der betreffenden Staaten zu knüpfen. Aber: "Ohne ein Gesamtkonzept zur Unterbindung unkontrollierter illegaler Massenmigration bleibt Söders scheinheilige Übernahme einer alten AfD-Forderung billiger Populismus. Deutschland braucht eine sofortige und umfassende Migrationswende." Dazu gehöre eine wirksame Kontrolle der Grenzen, um illegal und ohne Papiere einreisende Migranten abzuweisen. Weidel forderte zudem eine Verschärfung des Asylrechts mit der Möglichkeit, in Deutschland an kommende Asylbewerber zur Prüfung ihrer Anträge in ein Drittland zu überstellen. Statt Geld- und Sozialleistungen solle der deutsche Staat nur noch Sachleistungen anbieten.

Aus den Reihen der Ministerpräsidenten wurden am Wochenende die Rufe nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes erneuert. Der Bund müsse sich in der finanziellen Mitverantwortung "erheblich bewegen", sagte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Sonntag. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) pochte auf eine Verdopplung des Bundesanteils für die Versorgung der Migranten. Die Bundesregierung will aber offenbar bei ihrer Haltung bleiben und keine wesentliche Erhöhung der finanziellen Hilfen zusagen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 7, 2023

"Wir werden mehr Zäune und Stacheldraht sehen"; Dänemarks Integrationsminister Kaare Dybvad Bek wirbt für die Durchführung der Asylverfahren in Drittländern und erklärt, warum Kopenhagen nur wenigen Asylbewerbern Aufenthaltstitel gewährt

Die Welt

Freitag 10. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 50

Length: 1348 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Der Sozialdemokrat Kaare Dybvad Bek ist seit Mai vergangenen Jahres Minister für Ausländer und Integration. Zuvor war er Wohnungsminister und anschließend Innen- und Wohnungsminister.

WELT:

Vor Kurzem starben mehr 69 **Migranten** bei einem tragischen Bootsunfall vor der italienischen Küste. Wie muss ein EU-**Asylsystem** gestaltet sein, das solche tragischen Ereignisse in Zukunft verhindern kann?

Kaare Dybvad Bek:

Aktuell wird der Migrationsfluss von Menschenhändlern dominiert, die jedes Jahr Milliarden verdienen. Sie schicken Menschen in kleinen Booten über das Mittelmeer und damit in den Tod. Und sie destabilisieren durch ihre Präsenz die Länder Nordafrikas. Wir müssen also ein System schaffen, das die ursprüngliche Idee der Flüchtlingskonvention respektiert, nämlich den Menschen Schutz zu gewähren, die ihn wirklich brauchen - und das so schnell wie möglich. Deshalb hoffen wir, dass wir auf europäischer Ebene die Bearbeitung von Asylverfahren in Drittländern abwickeln können. Im Kongo, in Jordanien, Myanmar oder anderen Ländern warten Zehntausende von Flüchtlingen, die nach dem derzeitigen System nur eine sehr geringe Chance auf ein Leben in Europa haben. Ich hoffe, dass wir das mit einem anderen System ändern können.

Bei dem letzten Migrationsgipfel hat Brüssel beschlossen, mehr Geld für den Ausbau von Infrastruktur an den Grenzen bereitzustellen. Steuern wir auf eine "Festung Europa" mit Zäunen und Stacheldraht zu?

Ja, ich denke, wir werden mehr Zäune und Stacheldraht sehen. Jeder Nationalstaat muss dafür sorgen, dass er die Kontrolle über seine Grenzen hat. Wenn eine Mehrheit in den europäischen Parlamenten eine bestimmte Politik

"Wir werden mehr Zäune und Stacheldraht sehen" Dänemarks Integrationsminister Kaare Dybvad Bek wirbt für die Durchführung der Asylverfahren in Drittländern und

beschließt, dann muss man sie natürlich auch irgendwann durchsetzen. Wir müssen entscheiden können, wie viele Flüchtlinge wir aufnehmen wollen. Das sollte eine demokratische Entscheidung sein. Die Umsiedlung in der EU sollte auf legale und ordnungsgemäße Weise erfolgen - zum Beispiel über das UN-Programm für Kontingentflüchtlinge. Nicht durch Menschen-smuggler.

Dänemark bekam jahrelang Gegenwind aus Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten wegen seiner strikten Asylpolitik. Jetzt zieht die EU selbst härtere Seiten auf, finanziert indirekt den Bau von Grenzzäunen und will Länder unter Druck setzen, die sich bei Abschiebungen bisher wenig kooperativ zeigten. Überrascht sie diese Entwicklung?

Nein, denn zu einem gewissen Grad spiegeln sich darin die wachsenden Migrationszahlen in Europa wider. Das derzeitige System funktioniert nicht. Im vergangenen Jahr stellten rund 966.000 Menschen einen Asylantrag in der EU, damit sind wir nicht weit entfernt von den 1,3 Millionen im Jahr 2015. Wir mussten deshalb nicht erst viele Leute überzeugen. In vielen Ländern verändert sich die Realität und sie kommen mit der Situation nicht mehr zurecht. Österreich, das unser engster Partner in diesen Diskussionen ist, ist in einer sehr prekären Situation, auch die Niederländer fordern Änderungen, ebenso wie die baltischen Staaten und mitteleuropäische Länder wie Tschechien oder die Slowakei.

Entgegen dem europäischen Trend setzt sich die SPD-geführte Bundesregierung eher für eine Liberalisierung des Asylsystems ein. Bundesinnenministerin Nancy Faeser ist etwa dagegen, auf EU-Ebene mehr Druck bei Abschiebungen zu machen und die Visavergabe für rücknahmeunwillige Länder zu erschweren.

Nun, das ist eine politische Entscheidung und ich weiß, dass es Teil des deutschen Regierungsstils ist, dass man zum Beispiel Entwicklungshilfe nicht dazu verwenden sollte, Staaten unter Druck zu setzen, ihre Bürger zurückzunehmen. Und natürlich müssen deutsche Politiker verschiedene Dinge gegeneinander abwägen, so wie wir es in Dänemark tun. Ich bin nicht nach Berlin gekommen, um der deutschen Regierung zu sagen, was sie tun soll.

Welche Rolle erhoffen Sie sich von Deutschland in der weiteren Debatte über das EU-Asylsystem?

Ich hoffe, dass Deutschland ein Partner sein wird, der auf unseren Standpunkt hört. Vor allem, was Abkommen mit Drittländern betrifft. Immerhin hat die Bundesregierung auch den Flüchtlingsdeal mit der Türkei unterstützt und spielte eine Schlüsselrolle bei seinem Zustandekommen. Ich hoffe also, dass wir eine offene Diskussion über diese Fragen führen werden. Sowohl Dänemark als auch Deutschland und andere europäische Länder würden viel gewinnen, wenn wir gemeinsam zu einer demokratischen Kontrolle der illegalen Zuwanderung kommen. Es geht nicht darum, Migration zu verhindern, sondern darum, sie zu kontrollieren.

Dänemark ist das einzige EU-Land, das bereits Verhandlungen über Asylzentren außerhalb der EU führt. Seit 2021 waren Regierungsvertreter mehrmals in Ruanda. Erwarten Sie, dass andere EU-Länder es ihnen bald gleich tun werden?

Ich erwarte vorerst nicht, dass sich andere Länder an dem System beteiligen, denn wir haben in Dänemark andere Bedingungen wie in der Europäischen Union (Für die Zustimmung zum Maastricht-Abkommen hatte das Land einst ausgehandelt, sich nicht an alle Regeln der gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik halten zu müssen, Anm.) Was wir aber sehen, ist, dass es in vielen EU-Ländern Bewegung in der Asyldebatte gibt, und wir versuchen natürlich, unsere Idee auf europäischer Ebene zu fördern. Das Ziel besteht letztlich darin, den Menschen-smuggel im Mittelmeer zu stoppen. Ein einzelnes dänisches Abkommen würde in dieser Fragen keinen großen Unterschied machen.

Ihre Regierung hat erklärt, dass bei solchen Abkommen die Sicherheit der Asylbewerber im Vordergrund steht. Vielen afrikanischen Regierungen, darunter auch die ruandische, werden aber immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Wie wollen sie in solchen Ländern die Sicherheit der Asylbewerber garantieren?

"Wir werden mehr Zäune und Stacheldraht sehen" Dänemarks Integrationsminister Kaare Dybvad Bek wirbt für die Durchführung der Asylverfahren in Drittländern und

Dieses Thema haben wir sehr intensiv diskutiert. Ich denke, dass die Briten ein sinnvolles Modell vorgestellt haben, bei dem ein Team internationaler Experten die Sicherheitslage evaluiert; auch Australien oder die USA suchen Wege, Migrationsangelegenheiten an Drittstaaten auslagern. Ich hoffe, dass wir bei der Ausarbeitung unseres eigenen Modells aus deren Erfahrungen lernen können. Aber es ist natürlich sehr heikel und wir haben die volle Verantwortung für die Menschen, die für ihren Asylprozess in ein anderes Land überstellt werden. Wir müssen sicherstellen, dass sie den vollen Schutz der Menschenrechte genießen.

Anders als etwa Italien, Frankreich oder Deutschland nimmt Dänemark nur sehr wenige Menschen auf. Tatsächlich machten Asylbewerber im Jahr 2021 nur ein Prozent der Menschen aus, die eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Dennoch nimmt die Migrations-Debatte unverändert viel Raum ein. Worüber macht sich Dänemark in dieser Hinsicht Sorgen?

Das dürften die gleichen Sorgen sein, wie in anderen europäischen Ländern. Wenn man Menschen aus anderen Ländern willkommen heißt, muss man sicherstellen, dass sie auch in die Gesellschaft integriert werden. Das setzt grundlegende demokratische Werte voraus, zum Beispiel, dass Männer und Frauen die gleiche Rechte haben, dass Religionsfreiheit herrscht, dass wir unsere Kinder im Sinne der Demokratie erziehen. Was ich aber erlebe, ist, dass wir bei diesen Punkten vor allem bei Migranten aus Ländern des Nahen Ostens Probleme haben. Mitunter ist der Respekt für religiöse Texte größer als für die Verfassung. Menschen mit Migrationshintergrund sind auch in der Kriminalitätsstatistik stark überrepräsentiert. Unter diesen Umständen hat die Zahl der Menschen, die man in die Gesellschaft integrieren kann, einen gewissen Schwellenwert.

Dänemark hat eine relativ neue Regierung, eine fast historische Links-Rechts-Koalition. Hat sich das ausdrückliche Ziel, "Null Asylbewerber" aufzunehmen, in irgendeiner Weise geändert?

Wir haben zwar einige Änderungen vorgenommen, etwa die Familienzusammenführung für Paare zu erleichtern, bei denen ein Partner Dänisch ist und der andere aus einem Land außerhalb der EU stammt. Doch das Gesamtbild der Migrationspolitik ist dasselbe. Unser Ziel ist es, den Anreiz für irreguläre Migration und Menschenschmuggel zu beseitigen. Es geht darum, den Prozess demokratisch zu kontrollieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

Regierung bremst beim Umgang mit Klimaflüchtlingen; Keine neuen Aufnahmeprogramme geplant, aber es könnte andere Migrationswege geben

Die Welt

Dienstag 23. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 98

Length: 1039 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Am Wochenende veröffentlichten mehrere Organisationen der Weltbank auf Twitter eine einprägsame Weltkarte. Die europäischen Staaten sind dort in gelben Tönen gefärbt, mehrere afrikanische Länder südlich der Sahara hingegen orange bis rot. Die Darstellung soll zeigen, welche Erdbewohner künftig besonders vom Klimawandel betroffen sein könnten. Aber nicht nur das. "Der Klimawandel beschleunigt die Binnenmigration", lautet die entsprechende Bildbeschreibung. Im Laufe der Zeit würden sich die Auswirkungen weiter "verschärfen".

Es ist ein Thema, das derzeit unter **Migrationsexperten** wieder vermehrt Aufmerksamkeit erhält - international, aber auch in Deutschland. Als erwiesen gilt, dass Menschen in bestimmten Regionen der Erde ihre Heimat verlassen müssen, weil Wetterextreme und Klimaveränderungen drohen. Viele werden demnach wahrscheinlich in Nachbarländer migrieren. Aber auch Fluchtbewegungen über Grenzen sind denkbar. Zwar gebe es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Klimawandel und **Migration**, sagt der Politikwissenschaftler Hans Vorländer, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und **Migration** (SVR), WELT. Der Klimawandel verstärke aber "soziale, ökonomische und kulturelle Faktoren, die dann dazu führen, dass Menschen migrieren". Jüngst veröffentlichte das von der Bundesregierung geförderte Gremium ein umfassendes Gutachten, in dem es nicht nur das Ausmaß möglicher klimabedingter **Migrationsbewegungen** skizziert, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung gibt. Deutschland könne hier eine "Vorreiter"-Rolle einnehmen, heißt es in dem Bericht - auch indem es etwa in begrenztem Umfang Aufenthaltstitel für Personen aus besonders betroffenen Gebieten vergibt.

Kommt nun der Klima-Pass für Migranten aus Krisenregionen, wie ihn etwa die Grünen gefordert hatten? Oder eine zeitlich befristete Klima-Card, beziehungsweise ein Klima-Arbeitsvisum, wie sie der SVR als zusätzliche Instrumente vorschlägt? Wer das zuständige Bundesinnenministerium danach fragt, erhält eine Antwort, die vor allem eines nahelegt: Dass die Regierung derzeit noch an einer passenden Strategie arbeitet. Zwar komme dem Phänomen der klimabedingten Migration eine "wachsende Bedeutung" zu, teilt ein Sprecher von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) mit. Darüber müsse man sich aber mit internationalen Partnern abstimmen. Im Moment gebe es jedenfalls keine Überlegungen, "neue, an humanitären Aufnahmen orientierte Programme aufzulegen".

Regierung bremst beim Umgang mit Klimaflüchtlingen Keine neuen Aufnahmeprogramme geplant, aber es könnte andere Migrationswege geben

Ähnlich zurückhaltend äußert sich der migrationspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die sich in der vergangenen Legislaturperiode noch dafür ausgesprochen hatte, Klimaveränderungen international als Fluchtursachen anzuerkennen und "wirksame Schutzmechanismen zu schaffen". Mit dem geplanten Fachkräfte-Einwanderungsgesetz schaffe man auch die Möglichkeit für Menschen, nach Deutschland zu kommen, "die vom Klimawandel extrem bedroht sind", sagt Lars Castellucci. Eigene Aufnahmeprogramme für Klimamigranten erwähnt er nicht.

Grund für die Zurückhaltung könnte zweierlei sein: zum einen die Erkenntnis, dass sich spezielle Aufenthaltsrechte für Klimamigranten derzeit kaum politisch würden durchsetzen lassen. Viele Staaten verschärfen derzeit ihre Migrationspolitik. Auch in Deutschland hat sich der politische Wind gedreht, seitdem Bundesländer und Kommunen über steigende Belastungen durch Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber klagen. Unter ethischen Gesichtspunkten sei es vielleicht wünschenswert, wenn Deutschland Aufenthaltsprogramme für Personen schaffen würde, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, sagt der Migrationsexperte Benjamin Schraven, der zu klimabedingter Migration forscht. "Politische Mehrheiten sehe ich dafür aber auf absehbare Zeit nicht." Zum anderen hat Deutschland international mit Blick auf die Migrationspolitik gerade andere Prioritäten. Die Reform des europäischen Asylsystems ist vielen Ampel-Politikern ein Anliegen, das dürfe man aktuell jedenfalls "nicht noch mit weiteren Themen überlasten", sagt Castellucci. "Hier braucht es zunächst Fortschritte in der Regelung von Migration und Verteilung in Europa."

Folgt man dem SVR, lässt sich schwer voraussagen, wie viele Menschen auch wegen Klimaveränderungen migrieren. Die Schätzungen reichen von wenigen Millionen Menschen bis zu mehr als 200 Millionen. Viele Fragen sind offen: etwa die, wie gut sich Treibhausgase eindämmen lassen. Aber auch die, wie gut betroffene Länder selbst und auch Nachbarstaaten auf die Veränderungen reagieren.

Das Expertengremium selbst schlägt deswegen mehrere Maßnahmen vor. Zwar könne Deutschland einige Personen aufnehmen, die besonders von Klimaveränderungen betroffen sind, sagt Vorländer. "Vor allem aber gilt es auch, das Recht zu bleiben zu stärken." Dafür müssten Anpassungsmaßnahmen in den betroffenen Regionen und Ländern noch mehr als bisher gefördert werden. Die Bundesregierung habe sich bereiterklärt, in einen entsprechenden Klimafonds einzuzahlen, das müsse nun umgesetzt werden.

Politikwissenschaftler Schraven erklärt, dass es statt spezieller Aufnahmeprogramme wohl eher auf Unterstützung in der Heimat ankomme. "Kleinbauern in Somalia, die unter der Dürre leiden, haben gar nicht die Mittel, nach Europa zu ziehen", sagt er. Stattdessen müssten regionale Lösungen zum Beispiel in Ostafrika oder Südasien vorangetrieben werden. Das gehe zum Beispiel über Freizügigkeitsräume, damit Betroffene leichter innerhalb der Region migrieren können.

Es ist eine Haltung, die auch die FDP einnimmt. Ihr Migrationsexperte Stephan Thomae erklärt, dass die Genfer Flüchtlingskonvention sehr genau festlege, wer Flüchtlingsschutz oder Asyl erhalte. Klimamigranten seien davon nicht erfasst. Um Betroffenen zu helfen, leiste Deutschland humanitäre Hilfe oder Entwicklungshilfe. "Diese beiden Dinge sollten aber nicht vermischt werden." Mehrere Migrationsexperten der Grünen äußern sich auf Anfrage zunächst nicht zu den neuen Vorschlägen. Katrin Göring-Eckardt, grüne Vizepräsidentin des Bundestags, hatte einen entsprechenden Klima-Pass zuletzt prominent im vergangenen Sommer gefordert.

Vor allem aber gilt es auch, das Recht zu bleiben zu stärken Hans Vorländer, Vorsitzender des Sachverständigenrats

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 22, 2023

Italien will Asylverfahren nach Albanien verlagern; Migranten, die über das Mittelmeer kommen, sollen teilweise auf den Balkan überstellt werden. Doch viele Details sind ungeklärt

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 217

Length: 986 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Albaniens Regierungschef Edi Rama überraschten die Öffentlichkeit am Montag mit einem gemeinsamen Statement. So will Italien künftig einen Teil der aus Seenot geretteten Migranten nach Albanien bringen, um dort deren Asylverfahren durchzuführen. Für diesen Zweck will Rom in den kommenden sechs Monaten zwei Aufnahmezentren in Albanien errichten lassen. Im Frühjahr 2024 sollen diese in Betrieb gehen.

Meloni und Rama unterzeichneten eine entsprechende Absichtserklärung in Rom und erklärten, ihr Ziel sei es, so die Migration über das Mittelmeer einzuschränken. Quellen aus Melonis Umfeld bezeichnen das Abkommen als "historisch", - "nicht nur für Italien, sondern für die gesamte EU". Tatsächlich ist es das erste Mal, dass Italien Migrationszentren in einem anderen Land - noch dazu im EU-Ausland - eröffnet. Albanien ist kein Mitglied des Bündnisses, wenn es auch seit 2014 den Status eines EU-Bewerberlandes hat. Der Plan erinnert an den umstrittenen Versuch Großbritanniens, einen Teil seiner Asylverfahren nach Ruanda auszulagern. Doch bei genauem Hinschauen zeigt sich, der italienische Deal sich in zentralen Punkten davon unterscheidet.

Brüssel äußerte sich noch nicht konkret zu den Plänen. Ein Sprecher der Kommission sagte nur, dass das Abkommen noch in ein Gesetz umgesetzt und implementiert werden müsse. Dabei sei es wichtig, das "EU-Recht und das Völkerrecht vollständig" zu respektieren. Über die Verhandlungen der zwei Länder in dieser Angelegenheit waren zuvor keine Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen. Rückblickend ist allerdings klar, dass sie mindestens seit Mitte August laufen. Denn damals hatte Meloni ihren Sommerurlaub für eine kurze Reise nach Albanien unterbrochen, bei der sie auch Rama traf.

Italien plant, nur volljährige Migranten, die von der italienischen Küstenwache oder Finanzpolizei im Mittelmeer gerettet wurden, nach Albanien zu bringen. Ausgeschlossen sind Minderjährige, schwangere Frauen und

Italien will Asylverfahren nach Albanien verlagern Migranten, die über das Mittelmeer kommen, sollen teilweise auf den Balkan überstellt werden. Doch viele Deta....

besonders verwundbare Menschen sowie jene Migranten, die es auf ihren eignen Booten oder an Bord von NGO-Schiffen bis an die italienische Küste schaffen oder auf dem Landweg kommen. Bis Anfang November hatten rund 144.700 Migranten Italien über das Mittelmeer erreicht. Zu Beginn des Jahres hatte die italienische Küstenwache 54 Prozent dieser Menschen an die Küste gebracht. Ob diese Zahl im Jahresverlauf so hoch blieb, ist nicht bekannt. Wenn allerdings Melonis Pläne aufgehen - zusammen bieten die Zentren 3.000 Menschen Platz und die Ministerpräsidentin rechnet damit, dass jährlich 36.000 Migranten dort den Asylprozess durchlaufen werden - könnte die "Albanien-Lösung" maßgeblichen dazu beitragen, die stets überlasteten Migrationszentren innerhalb Italiens zu entlasten. Rechtlich gesehen werden die Zentren nach dem Vorbild der Regelung für Botschaften auf italienischen Boden stehen und die Asylverfahren von italienischen Beamten durchgeführt werden. Geplant ist, dass diese in einem Schnellverfahren von maximal 28 Tagen Dauer durchgeführt werden.

Während der Text des Abkommens noch nicht veröffentlicht wurde, beschrieben Meloni und Rama einige Details davon. Viele Fragen blieben allerdings offen - allen voran jene, ob es mit diesem Abkommen wirklich gelingen wird, die Migration von Nordafrika in die EU zu reduzieren. Schließlich bietet es keine Lösung für das Hauptproblem der EU-Länder beim Thema Migration: das Scheitern von Abschiebungen.

Bekannt ist bisher, dass Albanien Italien das Territorium überlässt, auf dem die beiden Aufnahmezentren gebaut werden sollen. Das erste soll in der Hafenstadt Shengjin errichtet werden, hier sollen die Migranten ankommen, identifiziert und registriert werden. Das zweite Zentrum soll im wenige Kilometer entfernten Gjader stehen, hier warten die Menschen auf die Durchführung ihres Asylverfahrens. Unklar ist bisher indes, ob die Migranten die Zentren verlassen dürfen. Während die Äußerungen von Rama vermuten lassen, dass dies nicht der Fall sein soll, war die italienische Regierung zuletzt daran gescheitert, Migranten während ihres Asylverfahrens in den italienischen Zentren festzuhalten. Italienische Richter hatten der Inhaftierung nicht zugestimmt.

Die Migranten, die einen positiven Asylbescheid erhalten, sollen nach Italien gebracht werden - worin ein großer Unterschied zur von der britischen Regierung geplanten "Ruanda-Lösung" deutlich wird. Offen ist jedoch, was mit den Menschen geschieht, deren Asylantrag abgelehnt wird. Denn daran, diese abzuschieben, scheitert Italien - ebenso wie der Rest der EU-Länder. Überwiegend deshalb, weil die Herkunftsänder nicht kooperieren. Es ist also anzunehmen, dass auch Abschiebungen aus Albanien scheitern dürften.

In einem Interview mit der italienischen Zeitung "il Fatto Quotidiano" sagte Rama allerdings dazu: "Wenn Italien es nicht schafft, die Abschiebungen durchzuführen, wird es [die Menschen] aufnehmen müssen." Damit wäre der abschreckende Effekt der Asylzentren im EU-Ausland allerdings komplett hinfällig, weil die Migranten dann - genau wie heute - früher oder später in die EU kommen würden.

Der Experte für Migrationsabkommen Gerald Knaus geht im Gespräch mit WELT noch weiter: "Mir ist nicht klar, welchen Sinn Italien in dem Abkommen für sich sieht, weil es nicht dazu führen wird, die Migration zu verringern. Denn die Aussicht, nach Albanien gebracht zu werden, wird nicht abschreckend auf die Migranten wirken." Schließlich liege Albanien dichter an Mitteleuropa als Griechenland. Einen Bruch europäischer Gesetze sieht Knaus in dem Abkommen indes nicht, da Albanien als sicherer Hafen für die geretteten Migranten gelten dürfte. Außerdem würden die Asylanträge auf italienischem Boden bearbeitet werden. Auch in diesem Umstand liegt ein großer Unterschied zum Abkommen zwischen Großbritannien und Ruanda, bei dem die Bearbeitung in Ruanda stattfinden würde.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

Wenn mehr Migranten als Einheimische im Ort leben sollen; Im brandenburgischen Bad Saarow gibt es Pläne, eine Asylunterkunft um 250 Plätze aufzustocken. Bisher funktioniert das Miteinander - doch jetzt zeigen sich diffuse Ängste

Die Welt

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 179

Length: 1141 words

Byline: Nicolas Walter

Body

Vogelgezwitscher, Blätterrascheln, ansonsten Stille. Einmal pro Stunde das Motorgeräusch eines Busses. Junge Männer steigen ein, eine Familie mit Kinderwagen klettert raus. Der Bus fährt ab, die Familie läuft zu ihrer Unterkunft mit der Adresse am Fuchsbau 10. Ausgerechnet von diesem ruhigen Ort geht eine politische Diskussion aus, die die Bürger der Region beschäftigt.

Es ist eine schwierige Konstellation, die sich am Fuchsbau anbahnt. Die **Asylunterkunft** in der brandenburgischen Gemeinde Bad Saarow, genauer gesagt im Ortsteil Petersdorf, bietet rund 300 **Migranten** Platz. Knapp 180 Menschen aus 17 Nationen sind dort derzeit untergebracht. Und es gibt Pläne, die Unterkunft um bis zu weitere 250 Plätze zu erweitern - wie Frank Steffen (SPD), Landrat des zuständigen Landkreises Oder-Spree WELT bestätigt. Damit würden in dem etwa 460 Einwohner zählenden Petersdorf bei voller Auslastung mehr **Migranten** als Einheimische leben.

Eine Konstellation, die angesichts steigender Migrationszahlen bald auch anderen kleineren Gemeinden und Kommunen in Deutschland bevorstehen könnte. Doch kann das überhaupt funktionieren?

Die Unterkunft am Fuchsbau liegt abgeschieden: Rund 900 Meter sind es von der Landstraße, die die beiden brandenburgischen Orte Bad Saarow und Fürstenwalde miteinander verbindet, bis zu dem ehemaligen Kasernengelände mitten im Wald. Die Buslinie 414 wurde eigens für das Asylheim um die Haltestelle am Fuchsbau erweitert. Negative Erfahrungen habe er mit den Migranten bisher nicht gemacht, erzählt Rafael, der seinen Nachnamen nicht nennen möchte. Er kam nach eigenen Worten 1985 aus Polen nach Bad Saarow und arbeitet dort seitdem als Busfahrer. Er sagt, trotzdem herrsche bei den Fahrern Sorge, dass es zu Zwischenfällen kommen könne. Er kenne viele Kollegen, die die Asylsuchenden beim Einstiegen an der Haltestelle nicht ansprechen, wenn das Ticketprüfgerät "nicht gültig" anzeigt. "Auch ich will keine Probleme bekommen", erzählt er.

Wenn mehr Migranten als Einheimische im Ort leben sollen Im brandenburgischen Bad Saarow gibt es Pläne, eine Asylunterkunft um 250 Plätze aufzustocken. Bisher f....

"Wir hatten anfangs befürchtet, dass es Probleme geben könnte, aber es ist alles ruhig geblieben", berichtet ein Mitarbeiter der benachbarten Sommerrodelbahn von den Anfängen der Asylunterkunft. Die Migranten verhielten sich unauffällig. "Essen, trinken und ihren Spaß haben", ergänzt eine Kollegin. Von der neuen Bushaltestelle habe auch ihr Betrieb profitiert. Von der geplanten Erweiterung des Heims wussten die beiden dagegen bisher noch nichts. Die Frau zieht die Augenbrauen nach oben, der Blick des Mannes wird skeptisch. "Solange alles normal bleibt, wäre eine Erweiterung in Ordnung. Aber es kann uns schließlich keiner garantieren, dass das so bleiben wird", sagt er. Ihre Namen wollen die beiden nicht der Öffentlichkeit preisgeben.

So starke Berührungspunkte mit den Migranten, wie es die Sommerrodelbahn hat, gibt es bei den umliegenden Gewerbetreibenden nicht. "Man lebt im Grunde nebeneinander her", sagt eine ältere Frau, die auf dem Schotterparkplatz vor dem Heim auf dem Weg zu ihrem Auto ist. Negatives hätten sie und ihre Kolleginnen zumindest bisher nicht erlebt. Das bestätigt auch eine Gruppe Mitarbeiter einer Bildungseinrichtung, die gerade Mittagspause macht und es sich vor dem Gebäude in der Sonne gemütlich gemacht hat. Auch wenn sich die Menschen rund um den Fuchsbau positiv oder neutral über die Migranten äußern, stehen sie einer Erweiterung des Heims kritisch gegenüber. Woran liegt das?

Neben generellen Ängsten vor künftigen Problemen spielen dabei vermutlich auch Nachrichten von Radikalisierungsentwicklungen eine Rolle. Erst Mitte Juli stufte etwa der Brandenburger Verfassungsschutz den Verein Islamisches Zentrum Fürstenwalde als gesichert extremistisch ein. Petersdorf liegt, obwohl zu Bad Saarow gehörend, näher an Fürstenwalde. Der Verein sei der als Terrororganisation gelisteten Hamas sowie der Muslimbruderschaft zuzuordnen, hieß es in der Begründung des Verfassungsschutzes. Fragt man Menschen rund um die vom Verein betriebene Al-Salam-Moschee, sagen viele, dass sie sich keine Sorgen wegen der Extremismus-Einstufung machen. Und doch sind vereinzelt Stimmen zu hören, die Verbindungen zwischen der Moschee und den Migranten in der Region ziehen. Ein Rentner, der im Auto gerade auf seine Frau wartet, sagt: "Muslimische Migranten sind eben oft sehr gläubig, und das ist auch vollkommen okay. Die Frage ist dann aber, ob Flüchtlingsheime und extremistische Moscheen geografisch so gut zusammenpassen."

Landrat Steffen macht deutlich, dass derartige Entscheidungen auf höherer Ebene getroffen werden müssten. "Wir müssen die Menschen unterbringen, die uns von der Zentralen Aufnahmestelle zugewiesen werden", sagt er. Ein Kernproblem sieht der 52-Jährige an anderer Stelle: "Im Moment konzentrieren wir uns sehr stark auf die Unterbringung. Dabei kommt leider das Thema Integration viel zu kurz." Das möchte er künftig ändern.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass sich die Gewerbetreibenden rund um den Fuchsbau um die eigene Existenz sorgen. Aktuell werden nur zwei der drei Häuserblöcke für die Unterkunft genutzt, im vorderen Block befinden sich dagegen drei Unternehmen. Die Erweiterungspläne sehen vor, dass sich die Firmen neue Standorte suchen müssen. Ein junger Mann, der gerade aus den Räumen einer Gartenbaufirma kommt, sagt: "Ich wollte auch nicht in einem Land leben, in dem Krieg herrscht. Aber es gibt so viele andere freie Gebäude. Stattdessen werden Gewerbetreibende rausgetrieben, das ist der falsche Ansatz. Klar macht man sich da Sorgen um die eigene Zukunft."

Landrat Steffen kann die Sorgen der Bürger verstehen, sagt aber auch, es sei nicht möglich, dass "Migranten überall mit offenen Armen empfangen werden". Er setze sich mit seinen Kollegen für die bestmögliche Lösung ein.

Noch stecken die Erweiterungspläne der Unterkunft am Fuchsbau in den Anfängen, wie Steffen betont. Auffällig ist jedoch schon jetzt, wie groß die Befürchtungen bei Kommunalpolitikern der Region zu sein scheinen, öffentlich etwas Falsches zu sagen und Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Axel Hylla (Linke), Bürgermeister von Bad Saarow, möchte sich mit Verweis auf das frühe Stadium der Ausbaupläne nicht äußern. Fürstenwaldes Bürgermeister Matthias Rudolph von der Wählervereinigung Bündnis zeigt sich grundsätzlich gesprächsbereit - teilt jedoch mit, mindestens eine Woche Vorbereitungszeit zu benötigen. Die Leitung der Unterkunft selbst sowie das zuständige Amt für Ausländerangelegenheiten in Beeskow melden sich auf mehrfache WELT-Anfragen nicht zurück.

Wenn mehr Migranten als Einheimische im Ort leben sollen Im brandenburgischen Bad Saarow gibt es Pläne, eine Asylunterkunft um 250 Plätze aufzustocken. Bisher f....

Petersdorfs Ortsvorsteher Thomas Schoppe von der Freien Wählergemeinschaft Scharmützelsee wunderte sich kürzlich in der "Märkischen Oderzeitung" , dass der Ortsbeirat über die Planungen nicht informiert wurde. Um auf die Sorgen der Bürger in der Region einzugehen, bräuchte es möglicherweise jedoch genau das - eine offene Kommunikation.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten verlassen die Unterkunft in Petersdorf, einem Ortsteil von Bad Saarow in Brandenburg

Load-Date: September 13, 2023

End of Document

Die europäische Plüschtier-Politik ist zu Ende

Die Welt

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 225

Length: 995 words

Byline: Péter Györkös

Body

Als Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im Herbst 2015 mit dem Ausruf "Ich bin euer Burgkapitän" seine Maßnahmen gegen illegale **Migration** illustrierte, stieß das in Deutschland auf Unverständnis. Dabei war die Figur des ungarischen Burgkapitäns im Alltag der Deutschen eine Weile sehr präsent: Ertönten die Mittagsglocken der Kirchen in Europa einst doch nicht nur wegen des sogenannten Angelus-Gebetes, sondern auch zu Ehren János Hunyadis, des berühmtesten ungarischen Burgkapitäns, und seiner Belgrader Heldenaten: Weil Hunyadis im Jahr 1456 dem osmanischen Heer, das Europa bedrohte, die erste große Niederlage beibrachte, ordnete der Papst an, alle Kirchen sollten künftig mittags zum Dank für diesen Sieg ihre Glocken läuten. So geschah es.

Nun dauert die europäische **Migrationskrise** schon mehr als acht Jahre an. Ungarn tut auch jetzt sein Möglichstes zur Unterbindung illegaler Einwanderung sowie zum Schutz der größten europäischen Errungenschaften, des Binnenmarktes und des Schengen-Systems. Dafür gibt es weder moralische noch materielle Unterstützung, vielmehr Kritik, wie der EU-Gipfel in Granada zeigte. Die ungerechtfertigte Kritik fokussiert auf drei Hauptpunkte: Ungarn widersetzt sich den EU-Mehrheitsentscheidungen zur Zwangsverteilung der **Migranten**; winke illegale Einwanderer durch; sei unsolidarisch.

Betrachten wir die Tatsachen. Die Einwanderung ist keine Frage, die mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden kann, sondern eine fundamentale gesellschafts- und sicherheitspolitische Angelegenheit (um nur auf die Entwicklungen der letzten Tage auf westeuropäischen Straßen und Schulhöfen zu verweisen). Als 2015 die Staats- und Regierungschefs einen politischen Konsens zu erreichen versuchten, machte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur forcierten Umdeutung des Gemeinschaftsrechts, um den Europäischen Rat umgehen zu können. Dann kam am 22. September 2015 der Moment der Druckausübung im Rat für Inneres. Als damaliger ungarischer ständiger Vertreter war ich Augenzeuge. Das Ergebnis ist bekannt. Die Zwangsverteilung der Flüchtlinge, die damals beschlossen wurde, ist gescheitert. Mindestens zwanzig Mitgliedstaaten haben sie nicht vollzogen, von den 160.000 Migranten wurden weniger als 40.000 verteilt. Gleichzeitig ist der Migrationsdruck gestiegen. Die Staats- und Regierungschefs erkannten das Übel. Wenn sie auch zu keiner guten Lösung kamen, haben sie 2016, 2018 und 2019 mehrmals festgelegt, man müsse in dieser hypersensiblen Angelegenheit einen Konsens finden. Dann kam im Sommer 2023 der Asylkompromiss der EU: die nächste juristische und politische

Die europäische Plüschtier-Politik ist zu Ende

Druckausübung, eine erneute forcierte Umdeutung des Vertrags, um die Durchsetzung einer lebensfremden, wirkungslosen Verordnung zu erzwingen, deren Grundlage die Zwangsverteilung der Migranten ist. Sogar Viktor Orbáns leidenschaftlichen Kritikern zufolge ist der Vorschlag zur Reform des europäischen Asylsystems sinnlos und wird gar nichts lösen. Das vor den Europawahlen zu erzwingende Paket ist nichts anderes als die Kodifizierung einer Illusion. Nicht davon zu reden, dass es zu seiner Anwendung frühestens Mitte 2026 käme. Wozu also die Hast?

Die Aufgabe des Burgkapitäns ist eine doppelte. Als Erstes muss er Schutzmaßnahmen ergreifen. Wir, Ungarn, haben das getan. Gleichzeitig muss er die Realität beobachten und einordnen. Ungarn kritisiert oder verwirft nicht einfach nur ein lebensfremdes Lösungsmodell, sondern hat ein fundiertes Lösungskonzept. Viktor Orbán hat in und seit 2015 vier Grundthesen formuliert, die stichhaltig sind. Erstens, dass das Problem globaler Migration nicht auf Europas Territorium lösbar ist. Krieg, Terror und Hunger traumatisieren und vertreiben hunderte Millionen. Es ist Zeit, dieser globalen Realität ins Auge zu sehen. Man soll also keine unlösbaren Probleme in die EU importieren, sondern vielmehr europäische Hilfe exportieren.

Laut These zwei gleicht die EU ohne Schutz ihrer Außengrenzen einem Ei ohne Schale. Wir haben nicht vergessen, wie viele seit 2015 die Ansicht wiederholt haben, der Schutz der Außengrenzen sei eine Illusion. Doch die Stimmung scheint sich zu ändern, gewiss nur langsam, und nicht auf Ebene europäischer Institutionen, aber aufgrund von Lebenswahrheiten in den Mitgliedstaaten. Zweifellos ist die prioritäre Behandlung äußerer Aspekte der Migration wichtig. Doch das Alpha und Omega einer jeden Lösung ist die glaubwürdige und, ja, abschreckende Fähigkeit des Schutzes der eigenen Grenzen. Mit Blumen und Plüschtieren geht es nicht.

Drittens ist es eine falsche Behauptung, der einzige humanitäre Maßstab sei die (erzwungene) Verteilung von Migranten. Eine Pflichtaufnahme findet aufgrund internationalen Rechts dann statt, wenn der Flüchtling bei uns den ersten sicheren Ort findet, wie es im Fall der vor der russischen Invasion fliehenden Ukrainer auch geschieht. In allen anderen Fällen kann jegliches Verteilungsmodell ausschließlich auf Freiwilligkeit basieren. Vergessen wir auch nicht, dass die illegalen Migranten auf der Westbalkan-, Belarus- und Mittelmeeroute nicht die bedürftigsten sind. Wenn wir an größeren Übeln leidenden Menschen "vor Ort" helfen, zeigt unser moralischer Kompass in die richtige Richtung.

Schließlich ist die Solidarität nicht gleichbedeutend mit der (Zwangs-)Verteilung von Migranten. Während in Deutschland eine intensive Diskussion über die den Binnenmarkt und das Schengen-System so gefährdenden Binnengrenzkontrollen im Gange ist, schützen Tausende ungarischer Grenzpolizisten die EU-Außengrenzen. In diesem Jahr haben sie bislang circa 150.000 illegale Einwanderer am Grenzübergang gehindert. Die ungarischen Steuerzahler haben bereits mindestens 1,6 Milliarden Euro zum Schutz der Außengrenzen ausgegeben, davon hat Brüssel kaum ein Prozent finanziert. Das Programm "Hungary Helps" bietet hingegen "vor Ort" Hunderttausenden Hilfe, Schutz sowie Chancen auf Überleben und Rückkehr.

Der Autor ist Botschafter Ungarns in Berlin.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 19, 2023

Wie Überforderung aussieht; Im Bundestag schildern Politiker die Folgen der Migrationskrise zu Hause vor Ort. Es werden schwere Vorwürfe gegen die Regierung laut

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 190

Length: 1189 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Das beherrschende Thema dieser Wochen, die **Migrationskrise**, beherrschte am Donnerstag auch den Bundestag. Die Union hatte eine aktuelle Stunde "zum Stopp der irregulären **Migration**" beantragt, und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ging hart mit der Regierung ins Gericht. Er sei zwar "erfreut über das Lebenszeichen des Bundeskanzlers", der seine Ministerinnen für Inneres und für Außenpolitik am Mittwoch in Sachen EU-**Asylreform** auf einen einheitlichen Kurs eingenordet hatte. Aber von Olaf Scholz sei drei Wochen nach Ankündigung "nichts mehr über den Deutschland-Pakt zu hören", schimpfte Dobrindt. "Dem großen Wort folgt das große Schweigen. Das ist kein Deutschland-Pakt, das ist ein Deutschland-Debakel."

Anfang September hatte Scholz einen sogenannten Deutschland-Pakt zur Modernisierung des Landes vorgeschlagen und die Union eingeladen, sich zu beteiligen. Diese erklärte sich zwar zur Zusammenarbeit bereit, machte aber zur Bedingung, dass das erste Projekt die Begrenzung der **Asylzuwanderung** sein müsse.

Wie heftig die Lage inzwischen vor Ort ist, trug Daniela Behrens, die Innenministerin Niedersachsens, mit ruhiger Stimme vor - da war sie eine der wenigen an diesem Tag. Es lebten dort "über 260.000 Geflüchtete, 2015 waren das 50.000, daran kann man sehen, was in den letzten Jahren geschehen ist". Dies zeige, warum die Kommunen oft überlastet seien, sagte die SPD-Politikerin. Man habe "alle regulären Unterkünfte nahezu ausgeschöpft", es gebe Unterbringung in Schulungsräumen der Behörden, man stelle Zelte auf, "wir nutzen jeden Quadratzentimeter". Es gehe aktuell nur darum "Obdachlosigkeit zu vermeiden", von Integration könne man kaum noch sprechen. Es werde schwieriger, Wohnungen zu finden und zu finanzieren, deshalb brauche es seitens des Bundes "ein Zeichen der Wahrnehmung der Überlastung". Es gehe nicht darum, keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen, man brauche aber eine "bessere Kostenverteilung", mehr Geld vom Bund für Wohnraum, Schulen, Kitas. Behrens forderte die Regierung auf, per EU-Asylsystem eine gerechtere Verteilung der "europäisch insgesamt nicht zu hohen Zahl" an Asylsuchenden zu erwirken. Auf einen zustimmenden Zwischenruf der AfD zu ihren Ausführungen zur Überlastung entgegnete Behrens: "Da müssen Sie gar nicht schreien auf der rechten Seite,

Wie Überforderung aussieht Im Bundestag schildern Politiker die Folgen der Migrationskrise zu Hause vor Ort.
Es werden schwere Vorwürfe gegen die Regierung laut

man darf in Deutschland sagen, dass man überlastet ist, ohne dass man populistisch ist. Sie orientieren sich eher am Thema Hass und Hetze. Wir orientieren uns an Mitmenschlichkeit."

Der AfD-Innenpolitiker Gottfried Curio warf der Regierung vor, sie sei gar nicht interessiert an einer Begrenzung, weil sie freiwillige Aufenthaltsprogramme oder mehr Bleiberechte für abgelehnte Asylbewerber geschaffen habe. Scholz habe im Jahr 2002 einmal die "Lufthoheit über den Kinderbetten" gefordert, er solle sich lieber um die Hoheit über die Grenzen kümmern".

Wie schwierig eine solche auf nationaler Ebene ist, machte Alexander Hoffmann von der CSU deutlich. Er warb zwar für strengere Grenzkontrollen, um kurzfristig den Druck von den Grenzen zu nehmen, langfristig bedürfe es aber einer geschlossenen EU-Außengrenze. "Wir müssen das Signal in die Welt aussenden: Macht euch bitte nicht auf den Weg, ihr kommt nicht rein." Nur dieses Signal werde helfen, das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden. Scharf kritisierte er Innenministerin Nancy Faeser (SPD) für ihren vorläufigen Verzicht auf stationäre Kontrollen an den östlichen Grenzen. Ihre Vorstellung, die EU-Asylreform werde die Lage hierzulande bald verbessern, sei illusorisch. Dass Faeser sagte, man wolle es an der östlichen Grenze ähnlich machen wie an der Schweizer Grenze, weil das ein Erfolgsmodell sei, sei "erschütternd". Die Innenministerin habe "keine Ahnung", wie es dort ablaufe, sagte der Abgeordnete. Er wolle das einmal schildern: Die deutschen Bundespolizisten steigen in den Zug, wenn der in der Schweiz losfahre, dann nähmen sie aufgegriffene Migranten ohne Einreisepapiere für Deutschland "mit in die Bearbeitungsstraße", dort gebe es dann eine schnelle Feststellung der Identität und eine Befragung. Dann werde die Person den Schweizer Beamten übergeben, diese machten auf ihrer Seite der Grenze ebenfalls eine Befragung, "und danach dürfen die Migranten wieder gehen. Und wissen Sie, was sie dann machen? Sie steigen in den nächsten Zug oder die nächste Tram und versuchen es wieder." Es gebe Berichte von Beamten, die "dieselbe Person zwei oder drei Mal am selben Tag aufgreifen."

Manuel Höferlin von der FDP stellte die Zwischenfrage: "Wie sollte denn Ihrer Meinung damit umgegangen werden, wenn die Schweizer Polizisten ihn wieder laufen lassen?" Hoffmann antwortete, es müsse zum einen eine personelle Ausstattung vorgenommen werden, dass permanent Züge und Straßenbahnen mit Kontrollkräften besetzt sein könnten, damit die Bundespolizisten nicht überlastet würden. Zum anderen müsse seitens des Bundes ein Vorgehen mit der Schweizer Seite abgesprochen werden, dass die übergebenen Migranten sich nicht so rasch wieder auf den Weg machen könnten. Konkreter wurde er nicht.

Sein Fraktionskollege Philip Amthor (CDU) plädierte dafür, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit "Zurückweisungen von illegal einreisende Menschen" stattfinden könnten. "Ansonsten machen Sie die Bundespolizei zu einem Sammeltaxi für illegale Einwanderer, und das ist nicht die Aufgabe der Bundespolizei", sagte er an die Adresse der Ampel-Regierung. Natürlich habe der Europäische Gerichtshof mit seiner jüngsten Entscheidung, die nationale Zurückweisungsgesetze einschränkte, "es uns nicht leichter gemacht". Aber dies sei "keine Rechtfertigung für eine Kapitulation". "Eine Rechtsordnung, die sinnvolle Migrationsbegrenzung verbietet, muss geändert werden." Um zu einer solchen Änderung der rechtlichen Grundlagen auf EU-Ebene zu kommen, bot Amthor der Ampel die Mitwirkung der Union an.

Natürlich waren auch die Worte von CDU-Chef Friedrich Merz zu den Zahnnarzkosten durch abgelehnte Asylbewerber Thema. SPD, Grüne und Linke warfen Merz vor, die Gesellschaft zu spalten. Konstantin von Notz von den Grünen sagte, Merz' Aussagen seien "objektiv falsch und menschlich niederträchtig". Er sei nicht bereit, sie zu wiederholen, aber Merz sei "auf dem Niveau eines russischen Trollaccounts und eines Oppositionsführers unwürdig". Merz hatte am Mittwochabend im WELT TALK gesagt, die Bürger würden doch wahnsinnig, "wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen". "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine."

Clara Bünger von der Linkspartei warf Merz "billigen Rechtspopulismus" und "widerwärtige Hetze" vor, die zu "Anschlägen" auf Geflüchtete führen würden. Viele bekämen schon "Zahnschmerzen", wenn sie CSU-Landesgruppenchef Dobrindt zuhörten, Merz habe aber mit seiner Zahn-Aussage einen "Talking Point" von der AfD übernommen, zudem liege die von Merz genannte Zahl der Ausreisepflichtigen nicht bei 300.000, sondern bei nur noch etwa 260.000. Und diese könnten zu 80 Prozent wegen Duldungen nicht abgeschoben werden.

Wie Überforderung aussieht Im Bundestag schildern Politiker die Folgen der Migrationskrise zu Hause vor Ort.
Es werden schwere Vorwürfe gegen die Regierung laut

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten mit Gepäck vor der Unterkunft in Bramsche in Niedersachsen

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Wie in Berlin eine "Kleinstadt" für Migranten entsteht; In der Hauptstadt wird eine riesige Unterkunft für Migranten ausgebaut. Am früheren Flughafen Tegel kommen alte und gebrechliche Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unter - und immer mehr Asylsuchende

Die Welt

Dienstag 17. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 201

Length: 1384 words

Byline: Jan Alexander Casper

Body

Baulärm, Maschinen piepen im Rückwärtsgang, metallene Schläge dröhnen über die Ex-Rollbahn von Berlin-Tegel: Bauarbeiter ziehen hier einen neuen Lagerkomplex hoch, zwei weiße Mega-Zelte mit je 750 Betten. Bis Dezember sollen auf dem Flughafengelände 7000 ukrainische Kriegsflüchtlinge und **Asylbewerber** Unterkunft finden. Aziz Bozkurt (SPD), Sozialstaatssekretär und kommissarischer Leiter des Berliner Landesamts für **Flüchtlingsangelegenheiten**, sagt: "Das ist das Größte, was Deutschland jemals in diesem Bereich gemacht hat."

In Tegel entstehe nicht weniger als eine "Kleinstadt" aus **Migranten**, die bräuchten jetzt klare Strukturen, ja einen "Bürgermeister" - ein Wink Richtung Rotes Rathaus, dass die Verwaltung dieser Krise endlich ganz oben in der Landesregierung aufgehängt werden müsste.

Berlin hat, wie Deutschland und die EU insgesamt, ein Verteilungsproblem. Das Landesamt bringt derzeit mehr als 30.000 Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen unter. Dazu kommen Massenunterkünfte wie Tegel mit aktuell 1000 **Asylbewerbern** und 3500 Ukrainern. Die Verhältnisse drehen sich bei den Neuankömmlingen, bis Weihnachten rechnen die Verantwortlichen mit circa 1000 Ukrainern und 2500 **Asylbewerbern** mehr. Bis zu elf Monate leben **Migranten** in Tegel. Bozkurt sagt: Ein reines Ankunftszentrum, ein "Drehkreuz" sei Tegel schon seit Monaten nicht mehr.

Das Problem: Eigentlich müssten 12.000 der Menschen in Obhut des Landesamts längst in den Bezirken untergekommen sein, in kleineren Unterkünften. Dort aber verzögert sich der Bau immer wieder. In Berlin-Pankow protestieren Bürger gegen eine Unterkunft in ihrer Wohnparkanlage, wegen Bäumen und Klima. In Reinickendorf will ein SPD-Parlamentarier im Berliner Abgeordnetenhaus mit Unterstützung seiner Ehefrau, Innensenatorin Iris Spranger (SPD), an einem Unterkunftsstandort lieber eine neue Schwimmhalle errichten. In Marzahn-Hellersdorf

Wie in Berlin eine "Kleinstadt" für Migranten entsteht In der Hauptstadt wird eine riesige Unterkunft für Migranten ausgebaut. Am früheren Flughafen Tegel kommt....

haben Anfang der Woche Linke, SPD, Grüne und AfD gegen die CDU eine der vielen umkämpften Flächen dort als Heim-Standort aus dem Spiel genommen.

Unterdessen läuft die Unterkunft Tegel voll, weitgehend abgeschottet von der Berliner Öffentlichkeit. WELT liegt der Mailverkehr eines AfD-Abgeordneten mit dem Landesamt vor, dem eine Einzel-Besichtigung Tegels verwehrt wurde - und der wie Journalisten auf eine angeleitete Gruppenführung vertröstet wurde. Auf das Tegel-Gelände verirrt sich niemand aus Versehen, die alte Auto-Zufahrt ist mit Bauzäunen und Stacheldraht blockiert.

"Das ist der einzige Unterschied zu 2015: Das Ausmaß der Krise wird der Bevölkerung nicht so bewusst", sagt Detlef Wagner (CDU). Heute ist er stellvertretender Bürgermeister im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, in der Migrationskrise vor acht Jahren hat er Berlins damaliges Ankunftscentrum im Landesamt für Gesundheit und Soziales ("Lageso") und danach ein Registrierzentrum in der Messe gemanagt. Im Gegensatz zu den Schlangen und Camps rund um das berüchtigte "Lageso" damals sehe "man Tegel eben nicht. Und das sind keine schönen Bilder dort. Ich kenne die Technik dieser Zelte. Wenn der Winter kommt, wird keiner erfrieren. Aber das ist nicht, was wir uns unter menschenwürdiger Unterbringung vorstellen würden."

Die Zelte: Mindestens 16 aufgereiht auf der ehemaligen Rollbahn, die Neubauten nicht eingerechnet, strahlend weiß, grell beleuchteter Mittelgang, dünne Wände, Vorhänge statt Türen, bis zu zehn Stockbetten, ein nacktes Metallregal. Die höheren Mitarbeiter des Landesamts sprechen statt Mega-Zelten und Bettenlagern lieber von "Leichtbauhallen" und "Waben". Etwa 650 Kinder leben so, unter ihnen etwa 380 schulpflichtige, denen "schulersetzende Maßnahmen" zukommen. Um die Mittagszeit rennen einige durch die Mittelhalle des Zeltkomplexes B2, an Bierbänken gibt es Paprika-Suppe mit Hähnchen und Toastbrot. Afghanische Familien, alleinreisende Männer aus dem Irak und Ukrainer essen hier, jeder für sich allein.

Am Kopfende eines Tisches löffelt Valentina, 82, bedächtig aus einer Pappschale. Ihren Nachnamen sagt die Ukrainerin nicht. Einige ihrer Zähne sind aus Gold, die Schuhe unter ihrem Rollstuhl glitzern silbern. Drei Tage Tegel, drei Tage Flucht mit ihrem Sohn aus Saporischschja liegen hinter ihr, sagt sie, übersetzt von einem Mitarbeiter des Landesamts. Ihre Nerven, sagt Valentina, hätten es nicht mehr ausgehalten "da, wo der Krieg ist". In Tegel gehe es ihr "wundervoll, es ist wie im Paradies", sie werde zum Arzt gefahren, alle böten ihr Hilfe an.

Die Betriebsleiterin von Tegel, Kleo Tümmler, sagt: Alte Damen wie Valentina kämen immer öfter dort an, Kinder brächten ihre Eltern und Großeltern nach Berlin, um sie vor einem zweiten Kriegswinter zu bewahren. "Die Menschen wissen: Ihre Verwandten sind hier in Sicherheit und gut versorgt", sagt Tümmler. Nicht nur Alte, auch Pflegefälle, seien aus diesem Grund unter den Langzeitbewohnern. Tümmlers Botschaft: Im Rahmen des Möglichen organisieren sie und ihre Mitarbeiter den Flüchtlingen ein einigermaßen geregeltes Leben in Tegel. "Es gibt Kinderbetreuung, Häkel- und Strickkurse, wir haben einen Container mit Kraftgeräten." Ein paar hundert Meter außerhalb von Komplex B2 spielen Kinder Fußball auf einem Sportplatz auf Flughafen asphalt.

Die Dauerverwahrung produziert Leid. Vor vier Wochen veröffentlichten Ukrainer einen Hilferuf, beklagten in dem Brief an die Betreiber willkürliche Regeln, schlechtes Essen, mangelnde Privatsphäre, erhoben auch Vorwürfe gegen Sicherheitspersonal wegen sexueller Übergriffe. Alle in Tegel - Aziz Bozkurt, Kleo Tümmler, auch die Sozialsenatsverwaltung - sagen: Jedem derartigen Vorwurf gehe man nach. Kein einziger habe sich laut Bozkurt und Tümmler bislang erhärtet.

Was es auf jeden Fall gibt: Enge. 2,6 Quadratmeter pro Person laut Berliner Flüchtlingsrat. Blicke anderer Menschen auf den eigenen Körper zu jeder Zeit. Es wird nicht immer durchgesetzt, aber das Anbringen von Sichtschutz an den Betten in den Schlafabteilen ist verboten. Brandschutzgründe. Männer, Frauen, Kinder sind oft zusammen untergebracht. Aziz Bozkurt sagt: Beschwert sich eine Frau, werde das "gehandhabt", das heißt, man versucht, sie anders unterzubringen innerhalb des Komplexes.

Ein Ukrainer, der hier lebt, berichtete WELT: Seit dem Beschwerdebrief habe sich nichts verändert an der Grundproblematik. Es sei "sehr kalt" in den Zelten; das Essen sei manchmal "ein absoluter Alptraum", Kinder säßen den ganzen Tag ohne Beschäftigung herum. In einer Audioaufnahme aus seiner Kajüte sagt er: "Während ich dieses Audio aufnahm, kroch eine Kakerlake an mir vorbei."

Wie in Berlin eine "Kleinstadt" für Migranten entsteht In der Hauptstadt wird eine riesige Unterkunft für Migranten ausgebaut. Am früheren Flughafen Tegel komme....

Ein Sprecher des Sozialsenats widerspricht: "Einen Befall von Kakerlaken können wir derzeit ausschließen." Sicher festgestellt bislang: vier Bettwanzen. Jede Beschwerde, sagt der Sprecher, werde sehr ernst genommen. In Tegel seien Muttersprachler einer unabhängigen Beschwerdestelle präsent. Etwa 300 Beschwerden seien bislang eingegangen, die Hälfte bearbeitet, etwa mit Verweis an Hilfsangebote.

Massenunterkunft heißt, individuelle Bedürfnisse zählen kaum. "Eine individuell abstimmbare Temperatur ist bei einer Anlage wie in Tegel kaum machbar", sagt der Sprecher. Die Qualität des Essens entspreche "den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung". Wer elf Monate in Tegel lebt, isst seit elf Monaten überwiegend Kantinenessen. Die Ukrainer haben Anspruch auf Bürgergeld , die Asylbewerber 182 Euro Taschengeld im Monat; in gewissem Umfang können sie sich in der Stadt verpflegen. Kochen ist im Lager nicht möglich.

Martina Maurer vom Berliner Flüchtlingsrat sagt: Das Massenlager in Tegel "setzt die Menschen großem Stress aus, macht sie krank und führt zu einem Gefühl der permanenten Unsicherheit". Erlebte Traumata könnten dort nicht verarbeitet werden, verfestigen sich mitunter. Der Rat fordert, weil eine Massenunterkunft zwangsläufig Standards unterlaufe, die Schließung von Tegel. Detlef Wagner, der Flüchtlingsmanager von 2015, der die Verteilsituation kennt und die Berliner Unterbringungskapazitäten dem Ende nah sieht, fürchtet: "Bei den Ausmaßen, die Tegel hat, könnten dort auch Zehn- oder Zwanzigtausend untergebracht werden." Sein "christliches Menschenherz" lasse "einfach nicht zu, dass wir hier Menschen auf die Straße schmeißen". Zugleich sei klar: "Wir bekämpfen ja nur das schlimmste Leid. Die Lösung der Flüchtlingskrise liegt in Bundesverantwortung."

Graphic

Die Großunterkunft hat auch einen Sportplatz auf Flughafen asphalt.

Blick in die Kinderbetreuung in Komplex B2 (o.r.) und in die Schlafabteile in den Mega-Zelten (u.)

Load-Date: October 17, 2023

End of Document

Flüchtlingsgipfel: Länder fordern mehr Geld; Ministerpräsidenten einigen sich auf Papier. Bund soll Hilfe 2023 um Milliarde Euro erhöhen

Die Welt

Donnerstag 11. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 91

Length: 675 words

Byline: Dpa

Body

Mit großer Einigkeit sind die Regierungschefs der Länder in die Beratungen über die Folgen der steigenden Zahl von **Flüchtlingen** und **Asylbewerbern** gegangen. Hauptstreitpunkt zwischen dem Bund auf der einen und den Ländern und Kommunen auf der anderen Seite ist die Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration der Schutzsuchenden. Der Bund verwies vor Beginn des **Flüchtlingsgipfels** auf seine bereits geleisteten Beiträge in Milliardenhöhe. Das Treffen war zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht abgeschlossen. Die Länder fordern ein System, bei dem die Zahlungen des Bundes automatisch steigen, wenn mehr Menschen ins Land kommen, die versorgt werden müssen. Teilergebnisse, die kein Einstieg in dauerhafte Finanzierungszusagen bedeuten würden, wären "kein Ergebnis" der Bund-Länder-Runde zur **Flüchtlingspolitik**, sagte der Vizevorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU).

In Vorgesprächen einigten sich die Ministerpräsidenten auf ein gemeinsames Papier für die Gespräche mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und weiteren Vertretern der Bundesregierung. Die Länder wollen an einem - bis 2021 aus ihrer Sicht bewährten - Vier-Säulen-Modell festhalten, zu dem vor allem die vollständige Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geflüchtete zählt. Außerdem pochen die Länder auf Zahlung einer monatlichen Pro-Kopf-Pauschale nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für Integration sowie für unbegleitete Flüchtlinge. Die Ministerpräsidenten wollten sich im Zweifel eher vertagen, als sich auf eine Einmalzahlung einzulassen. "Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder werden bis spätestens November 2023 erneut zusammenkommen, um über die konkrete Umsetzung dieses Modells abschließend zu beraten", heißt es in ihrem Papier. Für das laufende Jahr enthält ihr Beschluss die Forderung, die Flüchtlingspauschale um eine Milliarde Euro zu erhöhen, "damit die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren". Das solle aber nur Teil einer dauerhaften Lösung sein. Wüst: "Es darf hier kein dauerhaftes Feilschen geben bei diesen sensiblen Themen."

Flüchtlingsgipfel: Länder fordern mehr Geld Ministerpräsidenten einigen sich auf Papier. Bund soll Hilfe 2023 um Milliarde Euro erhöhen

Konsens zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungschefs der Länder sei, dass über die Finanzierungsfragen hinaus grundsätzliche Entscheidungen auf europäischer Ebene anzugehen seien, heißt es im Papier der Ministerpräsidenten weiter. Vorrangig gehe es um die Wahrung der humanitären und rechtlichen Verpflichtungen, die möglichst frühzeitige Erfassung von Zahl und Status der nach Deutschland kommenden Migranten, eine Beschleunigung der Verfahren und Verwaltungsprozesse im Inland, eine angemessene Unterbringung, Betreuung und Integration der Geflüchteten. Ausreisepflichtige Ausländer, die Deutschland nicht freiwillig verlassen. Insbesondere Straftäter sollten konsequent abgeschoben werden.

Er wolle sich nicht vorstellen, nach der Bund-Länder-Runde ohne Ergebnis auseinanderzugehen, sagte der Vorsitzende der MPK, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Er sei aber kein Freund von Nachtsitzungen. "Nach meinen Erfahrungen ist da noch nie was Vernünftiges raus gekommen."

In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 101.981 Asylerstanträge entgegengenommen. Das ist eine Zunahme der Antragszahlen um rund 78 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hauptherkunftsländer waren seit Jahresbeginn Syrien, Afghanistan und die Türkei.

Wüst forderte Führung von Scholz ein. "Der Kanzler muss das Thema jetzt zur Chefsache machen, Verantwortung übernehmen und Führung zeigen", sagte er nach dem Treffen der Ministerpräsidenten. Es müsse eine dauerhafte faire und verlässliche Finanzierung der Kosten und auch eine bessere Steuerung der Migration geben. Weil der Bund über die Steuerung des Zuzugs entscheide, müsse er auch die finanzielle Verantwortung für die Folgen tragen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

Ringen um Sozialleistungen; Die Zahl der Asylzuwanderer steigt - und damit rückt ihre finanzielle Versorgung in den Fokus: So werden Rufe von Politikern und Kommunen lauter, das Niveau abzusenken

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 192

Length: 1273 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Deutschland erlebt gerade einen Flashback. Es ist wieder **Migrationskrise**, und zahlreiche Vorschläge zur Eindämmung werden neuerlich diskutiert. Folgende Beispiele zeigen, welchem Muster die Debatten folgen:

Da wäre der Vorschlag, die Grenzen Deutschlands oder der Europäischen Union zu schließen. Geht das? Nein. Denn das verstößt gegen das Grundrecht auf **Asyl** und das Europäische Einigungsprojekt. Oder der Vorschlag, abgelehnte **Asylbewerber** und Kriminelle abzuschieben. Das funktioniert auch meist nicht mangels Rücknahmebereitschaft der Herkunftsstaaten oder menschenrechtlicher Hürden, falls der Herkunftsstaat zu gefährlich ist, der **Migrant** zu krank, die Kinder zu klein oder die Eltern zu lange in Deutschland leben oder schon hier arbeiten.

Bleibt neben der Einreisekontrolle und der Steigerung der Ausreisen die Forderung nach der dritten Hauptvariante der **Migrationssteuerung**: nämlich die Reduzierung der Anreize. Viele eher konservative Politiker sind der Auffassung, dass einer der vielen Gründe für Deutschlands international herausragende Anziehungskraft für **Flüchtlinge** und andere **Migranten** die relativ hohen Sozialleistungen sein dürften.

Also liegt das politische Ziel nahe, diese Leistungen abzusenken, sodass illegal einreisende Schutzsuchende - die schon auf ihrem Weg nach Deutschland in anderen EU-Staaten geschützt waren - häufiger in dem jeweiligen Durchreisestaat bleiben. Etwa in Polen, Österreich oder Frankreich oder in ihrem EU-Ersteinreisestaat wie Griechenland, Bulgarien oder Italien - oder außerhalb der EU, etwa in der Türkei oder Tunesien.

Doch selbst wenn politische Einigkeit herrschen würde: Regierung und Bundestag könnten derartige Schritte nicht einfach beschließen, wenn sie das für richtig hielten. Denn das Bundesverfassungsgericht urteilte 2012 - übrigens dem bislang letzten Jahr, in dem die Asylanträge in Deutschland unter der 100.000er-Marke lagen - dass die bis dahin viel geringeren Asyleistungen verfassungswidrig seien. Ihre Entscheidung hängten die Richter denkbar hoch

Ringen um Sozialleistungen Die Zahl der Asylzuwanderer steigt - und damit rückt ihre finanzielle Versorgung in den Fokus: So werden Rufe von Politikern und Komm....

auf. Nämlich an Artikel 1 des Grundgesetzes, also der Menschenwürde, sowie an Artikel 20, dem Sozialstaatsprinzip.

Daraus folgte dann, ähnlich wie bei der Karlsruher Begründung der Hartz-IV-Gesetze, dass es ein Menschenrecht auf ein "menschenwürdiges" Existenzminimum gibt, bei dem der Gesetzgeber lediglich noch gewisse Spielräume bei der Ausgestaltung habe, worauf der Konstanzer Asylrechtsprofessor Daniel Thym vor einiger Zeit in der WELT AM SONNTAG hingewiesen hatte.

In Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz, das auf die Entscheidung von 2012 folgten, kam Karlsruhe zu dem Schluss, dass dies im Prinzip auch auf Asylbewerber während ihres Verfahrens oder sogar nach einer Ablehnung ihrer Anträge übertragbar sei. Dem Gesetzgeber, also den gewählten Politikern, bliebe nur noch für einzelne Konstellationen nachzuweisen, warum bestimmte "Minderbedarfe" bestehen.

Erst im vorigen November wurde allerdings so ein "Minderbedarf" von Karlsruhe gekippt, weil er nicht konkret genug nachgewiesen wurde. Dabei ging es um eine Sollleistungskürzung für alleinstehende abgelehnte Asylbewerber mit Duldung, die in Sammelunterkünften leben. Für sie hatte die damalige Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD 2019 eine "Sonderbedarfsstufe" eingeführt. Schwarz-Rot war der Ansicht, dass in den Sammelunterkünften ein Zusammenwirtschaften "erwartet werden" könne. Einspareffekte beständen zum Beispiel beim Essen, "indem Lebensmittel oder zumindest der Küchengrundbedarf in größeren Mengen gemeinsam eingekauft und in den Gemeinschaftsküchen gemeinsam genutzt werden", wie es in der Gesetzesbegründung heißt.

Doch Karlsruhe urteilte, eine Kürzung um zehn Prozent der sonst üblichen Asylbewerberleistungen verstöße gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.

Die von der Union und auch anderen Politikern erwünschten grundsätzlichen Kürzungen der Sozialleistungen auf ein EU-weit niedrigeres Niveau ist wegen der Anknüpfung der Richter an Artikel 1 und 20 fast ausgeschlossen, argumentiert Asylrechtler Thym: "Natürlich kann man das Grundgesetz ändern, und theoretisch könnte man auch hineinschreiben, dass Asylbewerber und Ausreisepflichtige viel weniger Sozialleistungen erhalten sollen, als Deutsche. Sie bekommen dann aber ein Problem mit Artikel 79, Absatz 3 des Grundgesetzes, nämlich der Ewigkeitsklausel", sagt der Professor. Dort steht geschrieben: "Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche () die in den Artikeln 1 (Menschenwürde) und 20 (Sozialstaatsprinzip) niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig."

Das Bundesverfassungsgericht hänge seine gesamte Rechtsprechung zum Asylbewerberleistungsgesetz an den beiden Garantien auf. Thym überzeugen die Urteile nicht, aber es handele sich um eine verfestigte Rechtsprechung, weshalb Karlsruhe seine Meinung wahrscheinlich nicht ändern werde. "Deutschland geht diesbezüglich einen Sonderweg, andere europäische Sozialstaaten machen es ganz anders als die Bundesrepublik. Auch in den USA wäre es undenkbar, dass Illegale so hohe Sozialtransfers erhalten wie in Deutschland."

Doch es gibt auch prominente Stimmen, die es nicht akzeptieren möchten, dass die Bundesrepublik auf alle Zukunft die höchste Versorgung für Asylsuchende in der EU gewähren muss - auch wenn dies möglicherweise tief greifende rechtliche Änderungen bedeuten würde.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), argumentiert, eine generelle Kürzung dürfte "zwar tatsächlich schwierig sein, da die Höhe der Leistungen aus Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes abgeleitet wird". Allerdings habe Deutschland "eine ganze Reihe von Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft". Beispielsweise könnten laut Frei die im Vergleich zum sogenannten Bürgergeld abgesenkten Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes "länger als nur für die ersten 18 Monate gelten". Heute werden als Asylsuchende eingereiste Personen nach ihrer Anerkennung einheimischen Arbeitslosen gleichgestellt, sie erhalten dann also oft etwa neun Monate nach Einreise das Bürgergeld. Wenn das Verfahren sich länger hinzieht oder der Asylantrag schon abgelehnt ist, steigen die Asylbewerberleistungen 18 Monate nach Einreise auf das Bürgergeld-Niveau.

Ringen um Sozialleistungen Die Zahl der Asylzuwanderer steigt - und damit rückt ihre finanzielle Versorgung in den Fokus: So werden Rufe von Politikern und Komm....

Der CDU-Politiker sagt WELT: "Die Union wollte schon in der letzten Wahlperiode eine Ausdehnung auf 24 Monate durchsetzen, ist aber an der SPD gescheitert." Auch verstärkte Sach-, statt Geldleistungen würden Deutschland im Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten weniger attraktiv machen. Und Frei hält es auch für denkbar, dass per EU-Recht die Sozialleistungen für bestimmte Asylzuwanderergruppen für alle Mitgliedstaaten verbindlich festgelegt würden. "Möglicherweise könnte man über europarechtliche Regelungen auch einen Leistungsausschluss für bestimmte Gruppen erreichen", sagt der Jurist. "Jedenfalls sollten jetzt alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden."

Auch die kommunalen Spitzenverbände denken über die Möglichkeit nach, auf dem Umweg über das EU-Recht die im deutschen Recht bestehenden Hürden für Leistungskürzungen zu überwinden. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg sagte am Montag der "Rheinischen Post": "Es ist wichtig, die Leistungen für Flüchtlinge europaweit, gemessen an der Kaufkraft, zu vereinheitlichen."

Ähnlich äußerten sich auch schon weitere Politiker. Eine solche Vereinheitlichung würde für Deutschland eine deutliche Absenkung des Leistungsniveaus bedeuten, weil viele EU-Staaten nicht in der Lage oder willens wären, ihrerseits die Bezüge für Asylzuwanderer auf ein ähnliches Niveau wie in Deutschland hochzuschrauben.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Asylbewerberin mit ihren Kindern auf dem Weg zur Zentralen Ausländerbehörde im brandenburgischen Eisenhüttenstadt

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Nach den "kleinen Paschas" nun das Zahnparkadies Deutschland; Können Asylbewerber sich die Zähne neu machen lassen? Friedrich Merz hat mit dieser Aussage provoziert. Stimmt sie? Ein Faktencheck

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 190

Length: 756 words

Byline: Alexander Dinger

Body

Ein Satz von Friedrich Merz erregt das Land - und wieder geht es um Migration. "Der Leistungsbezug für die Asylbewerber hier in Deutschland gehört auf den Prüfstand", sagte der CDU-Chef in der Fernsehsendung WELT-Talk. "Wir müssen uns über die Pull-Faktoren hier in Deutschland unterhalten."

Deren Existenz aber werde von den Grünen bestritten. Die Bürger, so Merz, würden doch wahnsinnig, "wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen".

Was hat Merz dann gesagt?

"Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine. Was Sie hier machen, ist eine Katastrophe für dieses Land." So fuhr er fort. Und diese Aussage des CDU-Parteichefs sorgte in sozialen Netzwerken umgehend für Aufsehen, sie wurde vielfach geteilt, zitiert und diskutiert. Damit spiele er die "Schwächen gegen die Schwächen" aus, hieß es etwa. Andere verteidigten den CDU-Chef. Merz habe ausgesprochen, was die Menschen auf der Straße sprechen.

Über welche Gruppe von Migranten sprach Merz?

Ende 2022 lebten in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 304.308 ausreisepflichtige Ausländer, davon waren 248.145 geduldet. Geduldete sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können - etwa wegen fehlender Ausweispapiere, mangelnder Kooperation ihres Herkunftsstaates oder einer Krankheit. Duldungen sind immer befristet.

Können abgelehnte Asylbewerber sich die Zähne neu machen lassen?

Asylsuchende und Geduldete sind in den ersten 18 Monaten in Deutschland nicht krankenversichert. Medizinische Leistungen sind in den Paragraphen 4 und 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) geregelt. In Paragraph 4

Nach den "kleinen Paschas" nun das Zahnparadies Deutschland Können Asylbewerber sich die Zähne neu machen lassen? Friedrich Merz hat mit dieser Aussage provozie....

heißt es etwa: "Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist."

Nach 18 Monaten dann erhalten Asylbewerber und Geduldete eine "Gesundheitskarte für Flüchtlinge" und damit Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Leistungen sind ähnlich denen für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Kosten trägt das Sozialamt, eine tatsächliche Mitgliedschaft in einer Krankenversicherung besteht nicht. Migranten mit Aufenthaltstitel werden später Mitglieder in der GKV, da in Deutschland Versicherungspflicht besteht. Sie haben damit Anspruch auf die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse.

Wie grenzt die Zahnärztekammer akute von mitgebrachten Fällen ab?

In ihrem Merkblatt "Zahnärztliche Behandlung von Asylbewerbern" schreibt die Bundeszahnärztekammer: Eine Behandlung samt Versorgung mit Medikamenten und sonstiger Leistungen erfolge nur im Falle "akuter Erkrankungen und Schmerzzustände". Weiter heißt es dort, eine Kostenübernahme für Zahnersatz - oder wie Merz salopp sagt, "Zähne neu machen" - werde nur gewährt, wenn dies "im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar" sei. Jeder Zahnarzt müsse nach der individuellen Situation entscheiden, welche Untersuchungen und Behandlungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz abgedeckt seien.

Eine ärztliche Ermessensfrage also. Ist ein Zahnproblem akut oder aus der Heimat mitgebracht? Bei der "Abgrenzung von akuten und chronischen Erkrankungen" handele es sich "um eine oft nicht eindeutig zu klärende medizinische Frage", stellte die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung in Bayern schon 2015 fest. Sozialbehörden forderten hier oft die Stellungnahme eines Amtsarztes an.

Was ist das Fazit?

Fakt ist: In den ersten 18 Monaten bekommen Migranten in Deutschland nur Zugang zu einer abgespeckten Akutversorgung - die allerdings dem behandelnden Arzt einen gewissen Ermessensspielraum gibt. Nach 18 Monaten besteht in den allermeisten Fällen Zugang zum Gesundheitssystem, ähnlich wie ihn gesetzlich Versicherte haben. Was wiederum Stressfolgen für das Versorgungssystem hat. Aus den Kommunen kommen seit fast einem Jahr vermehrt Hilferufe. Beklagt werden etwa Wohnungsnot und eine Unterversorgung mit Schul- und Kitaplätzen, aber auch Termine bei Ärzten seien immer schwerer zu bekommen.

Die Bundeszahnärztekammer teilte auf Anfrage mit, "Behandlungszahlen von Asylbewerbern und/oder ausreisepflichtigen Personen" liegen nicht vor. Ihr Präsident widersprach Merz: Die Zahnärzte würden "nicht überrannt". Belegt sind Merz' Aussagen also nicht. Sind sie widerlegt? Um wirklich zu wissen, wie es in der Praxis läuft, müssten alle 16 Länder ihre Zahlen abgleichen.

Behandlungszahlen von Asylbewerbern liegen nicht vor Bundeszahnärztekammer

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 29, 2023

Länder streiten über Verteilung von Schutzsuchenden; Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wollen die Migrantenzuweisung neu regeln. Bayerns Innenminister Herrmann (CSU) weist die Vorstöße zurück

Die Welt

Dienstag 10. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 7

Length: 644 words

Byline: Marcel Leubecher

Ulrich Exner

Body

Wegen der starken Zuwanderung dringen die Stadtstaaten auf eine tiefgreifende Reform der **Flüchtlingsverteilung** innerhalb Deutschlands. Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) sowie Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher und Bremens Regierungschef Andreas Bovenschulte (beide SPD) beklagen fehlende Wohnungen und Kindergartenplätze. Sie halten den sogenannten Königsteiner Schlüssel, nach dem alle nach Deutschland kommenden **Asylsuchenden** sowie die Ukraine-**Flüchtlinge** auf die Länder verteilt werden, für ungerecht.

Kipping sagte WELT: "Das Hauptproblem bei der Unterbringung ist der Platz. In Städten ist der Grund und Boden deutlich begrenzter als in Flächenländern. Man müsste den Königsteiner Schlüssel, der die Kontingente nach der Finanzkraft der Länder verteilt, dahingehend ändern." Bei diesem Schlüssel richtet sich die Verteilung zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen eines Bundeslandes und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl.

Hamburgs Erster Bürgermeister Tschentscher forderte seine Kollegen bereits im Oktober in einem ersten Vorstoß dazu auf, den Verteilungsmodus zu überdenken. Doch die überwiegende Mehrheit ließ den Hanseaten kühl abprallen. Eine solche Reform der Migrantenverteilung habe derzeit keine Priorität, hieß es. Im Übrigen stießen nicht nur die Stadtstaaten, sondern auch die Flächenländer bei der Unterbringung längst an ihre Kapazitätsgrenzen. Dem Vorschlag des amtierenden Vorsitzenden der Ministerpräsidenten-Konferenz, des Niedersachsen Stephan Weil (SPD), die Stadtstaaten mögen den anderen Bundesländern doch einen ausgearbeiteten Entwurf für eine Neuordnung der Verteilung vorlegen, ist bis heute niemand gefolgt.

In den meisten Flächenländern sieht man die Forderungen der Stadtstaaten kritisch. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte WELT: "Wenn Berlin und Hamburg den Verteilschlüssel ändern wollen, dann ist

Länder streiten über Verteilung von Schutzsuchenden Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wollen die Migrantenzuweisung neu regeln. Bayerns Innenminister

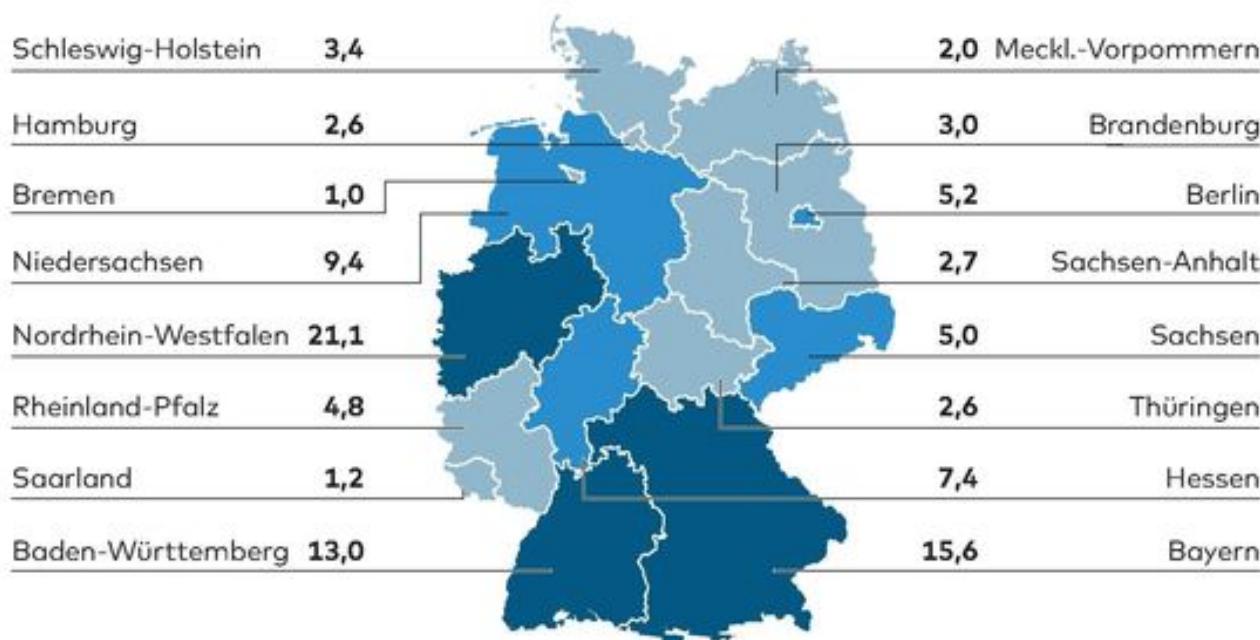
das eine unsolidarische Kirchturmpolitik zulasten der anderen Bundesländer. Vielmehr sollte der Hamburger Bürgermeister Tschentscher seine Parteifreunde wachrütteln, dringend die aktuelle Politik der Bundesregierung mit einer Vielzahl zusätzlicher Migrationsanreize schleunigst zu ändern." Es gebe keinen nachvollziehbaren Grund, bei der Migrantenverteilung einen neuen Maßstab anzulegen. "Denn problematisch ist weniger die Verteilung der Personen, sondern die mittlerweile wieder sehr hohe irreguläre Migration als solche. Flächenbundesländer sind hier ebenso wie Stadtstaaten am Limit", so Herrmann.

Auch in der Bundespolitik werden die Versuche, am bisherigen Verteilungssystem zu rütteln, eher skeptisch betrachtet. Lars Castellucci, der migrationspolitische Sprecher der SPD im Bundestag, sagte WELT: "Es ist gut, dass wir den Königsteiner Schlüssel haben, sonst müssten wir ständig verhandeln, welches Bundesland wie viele Migranten aufnehmen soll. Denkverbote für bessere Lösungen der Verteilungsfrage gibt es seitens des Bundes aber nicht."

Grundsätzlich böte das deutsche Asylgesetz den Ländern ausdrücklich die Möglichkeit, die Asylverteilung innerhalb des Bundesgebiets neu zu regeln und den Königsteiner Schlüssel hinter sich zu lassen. In Paragraf 45 steht: "Die Länder können durch Vereinbarung einen Schlüssel für die Aufnahme von Asylbegehrenden durch die einzelnen Länder (Aufnahmekurve) festlegen." Bis zum "Zustandekommen dieser Vereinbarung" richte sich die Aufnahmekurve nach dem Königsteiner Schlüssel. Wegen der seit anderthalb Jahren ansteigenden irregulären Migration und der Ukraine-Flüchtlinge sind seit vielen Monaten Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland für Zuweisungen aus anderen Teilen Deutschlands nach dem Königsteiner Schlüssel gesperrt, seit dem Herbst auch Sachsen, wie WELT aus den Innenbehörden erfuhr. Überall dort kommen mehr Schutzsuchende an, als diese Länder nach dem Schlüssel aufnehmen müssen.

Aufnahme von Schutzsuchenden

Verteilung entsprechend des Königsteiner Schlüssels* auf die Bundesländer
Angaben in Prozent



* Berechnung nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl; rundungsbedingte Differenz; Stand 2022

Länder streiten über Verteilung von Schutzsuchenden Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wollen die Migrantenzuweisung neu regeln. Bayerns Innenminister

Load-Date: January 9, 2023

End of Document

Das Ringen um eine Arbeitspflicht für Migranten; Rufe nach gemeinnütziger Tätigkeit für Asylbewerber mehren sich. Ist der Plan praktikabel?

Die Welt

Dienstag 1. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 147

Length: 1515 words

Byline: Diana Pieper

Body

Wohnungsmangel, ein massiv unter Druck stehendes Gesundheitssystem und Kommunen, die immer häufiger an ihre Leistungsgrenzen stoßen": Die Bestandsaufnahme von Landräten des Landkreistags Baden-Württemberg, die sich vor einigen Tagen mit einer gemeinsamen Resolution zur Migrationspolitik an den Bund richteten, fällt vernichtend aus. Integration könne nur noch ansatzweise geleistet werden - oder falle sogar komplett aus, heißt es.

Neben der Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung durch den Bund findet sich im Maßnahmenbündel auch ein anderer Vorschlag, die "Verpflichtung Schutzsuchender zur Annahme von auch gemeinnütziger Arbeit". Die Idee: Asylbewerber zu Tätigkeiten im kommunalen und gemeinnützigen Bereich verpflichten, etwa in der öffentlichen Daseinsvorsorge oder in der Pflege. Unter anderem bei der Union rennen die Kommunalpolitiker damit offene Türen ein: CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach sich dafür aus, Migranten, die in Deutschland Leistungen beziehen, "stärker in die Mitwirkungspflicht" zu nehmen. "Ein Angebot zur Arbeit muss dabei Teil der Integrationsleistung sein. Wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, muss es Leistungskürzungen geben." Arbeitsmarktexperten bewerten den Vorstoß dagegen kritisch. In manchen Kommunen hält man den Vorschlag gar für realitätsfern und hat Zweifel am gewünschten Entlastungseffekt.

"Schon jetzt sind Geflüchtete vor wahnsinnig viele Hindernisse auf dem Weg in den Arbeitsmarkt gestellt und kämpfen - abhängig von ihrem jeweiligen Status - immer wieder mit Arbeitsverboten", sagt Belit Onay (Grüne), Oberbürgermeister von Hannover. Das betreffe sogar Personen, die qualifiziert sind und einen Zugang zum Arbeitsmarkt hätten. Vor Ort fehlten Kapazitäten, um ausreichend Sprachkurse und Kinderbetreuung anzubieten. Zugleich würden Abschlüsse qualifizierter Arbeitskräfte, die unbedingt gebraucht würden, beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher und Pflegerinnen und Pfleger, nicht anerkannt. "Die Forderung nach einer Arbeitspflicht geht also an der Realität vorbei, sowohl communal als auch bundespolitisch."

Anerkannte Flüchtlinge dürfen zwar grundsätzlich arbeiten, für Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen gilt jedoch ein dreimonatiges Beschäftigungsverbot. Während des Asylverfahrens hat das weiterhin Bestand, kann aber unter bestimmten Voraussetzungen und nach Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit von den Ausländerämtern

Das Ringen um eine Arbeitspflicht für Migranten Rufe nach gemeinnütziger Tätigkeit für Asylbewerber mehren sich. Ist der Plan praktikabel?

aufgehoben werden. Laut Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), ist das aber die Ausnahme. "Unternehmen gehen Risiken ein, wenn sie jemanden einstellen, der in einem Asylverfahren mit offenem Ausgang hängt", so Brücker. Die Folge: Viele Asylbewerber sind zum Nichtstun verpflichtet.

Erleichterungen sieht das von der Ampel-Koalition eingeführte Chancenaufenthaltsrecht vor, das seit Anfang des Jahres gilt. Asylbewerber sollen schneller arbeiten dürfen, ausreisepflichtige Ausländer, die bis zu einem Stichtag nach Deutschland gekommen sind, unter bestimmten Voraussetzungen bleiben können. Bessere Chancen für Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt soll auch der im Juni im Rahmen der Reform des Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes beschlossene sogenannte Spurwechsel bieten. Asylbewerber, die vor dem 29. März 2023 eingereist sind und eine qualifizierte Tätigkeit ausüben oder in Aussicht haben, sollen arbeiten dürfen und damit ihre Chancen auf ein Bleiberecht erhöhen.

Die Bundesregierung sieht darin einen "Paradigmenwechsel". Von einer Pflicht zur Arbeit hält man in der Koalition nichts. "Dass der Vorschlag einer Arbeitspflicht für Asylbewerber aus der Ecke kommt, die sich seit Jahren gegen die Abschaffung aller Arbeitsverbote für Asylbewerber wehrt, offenbart die populistische Idee hinter dem Vorschlag. Stattdessen sollten wir durch die Abschaffung aller Arbeitsverbote sowie ausreichend Integrations- und Sprachkurse den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber erleichtern", sagt die Grünen-Bundestagsabgeordnete und Arbeitsmarktexpertin Misbah Khan WELT. Kritik kommt auch von den Liberalen: "Der Vorschlag unterstellt, dass Geflüchtete nicht arbeiten wollen", sagt Pascal Kober, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, WELT. "Viele möchten, sind aber bisher daran gescheitert, dass sie vom Asyl- nicht in das Erwerbssystem wechseln konnten. Das haben wir mit dem Chancenaufenthaltsrecht und dem Spurwechsel im Fachkräfte-Einwanderungsgesetz geändert." Eine Arbeitspflicht sei "zu kurz gedacht und schlichtweg nicht umzusetzen".

Im Juni dieses Jahres waren laut dem Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit 950.746 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit arbeitslos. Das entspricht rund 37 Prozent aller Arbeitslosen.

Rechnet man ukrainische Flüchtlinge heraus und schaut nur auf Personen aus den Asylherkunftsländern, waren es 266.460 Menschen, also rund zehn Prozent. In Hannover etwa steigt die Zahl der Migranten, nach Angaben des Landesinnenministeriums halten sich in Niedersachsen mehr als 250.000 Personen mit Migrationskontext auf. Ende des Jahres mietete die Stadt angesichts der angespannten Situation Messehallen als Notunterkünfte an, um die hohe Zahl von Migranten unterzubringen. Zugleich ist der Fachkräftemangel oberste Priorität, wie Oberbürgermeister Onay berichtet. "Das Thema Fachkräftemangel trifft uns mit aller Härte. Wir brauchen jeden: von der Erzieherin über Grünflächenpflege bis hin zu IT-Expertinnen und -Experten." Doch der Ruf nach einem Zwang zur Arbeit geht aus Sicht des Grünen-Politikers am Bedarf vorbei. Vielmehr müsse das System weiter liberalisiert werden, sodass Menschen mit Potenzial schnell ermöglicht wird, qualifizierte Jobs zu übernehmen. Onay stört sich auch am Bild, das der Vorstoß in der Öffentlichkeit provozieren könnte: "Mit Blick auf die aktuelle Stimmung im Land sind die Forderungen brandgefährlich und zynisch: Wider besseres Wissen suggeriert dieser Vorschlag, faule geflüchtete Menschen wollten in Deutschland die Sozialkassen plündern."

Ökonomen weisen zudem darauf hin, dass eine solche Arbeitspflicht auf viele Jobs nicht anwendbar sei. "Für Stellen, die über rudimentäre Jobs hinausgehen, braucht es ausreichende Sprachkenntnisse. Viele Jobs etwa in der Pflege oder Erziehung fallen also weg", so Brücker vom IAB. Was bleibt da noch übrig? "Mir fallen da auf kommunaler Ebene vor allem das Grünflächenamt oder die Straßenreinigung ein." In der Praxis könnte eine solche Pflicht damit auch weitreichende Folgen für den Arbeitsmarkt haben, dann nämlich, wenn Geflüchtete den Wechsel in den regulären Arbeitsmarkt nicht schaffen. "Wenn die Beschäftigung außerhalb des regulären Arbeitsmarkts erfolgen soll, droht die Gefahr, dass die entsprechenden Maßnahmen reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. Zudem besteht das Risiko, dass es zu einem Lock-In-Effekt kommt und noch weniger Asylbewerber in den ersten Arbeitsmarkt übergehen", sagt der Volkswirt Wido Geis-Thöne, Experte für Migrationsfragen am arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (DW).

Das Ringen um eine Arbeitspflicht für Migranten Rufe nach gemeinnütziger Tätigkeit für Asylbewerber mehren sich. Ist der Plan praktikabel?

"Was kurzfristig sinnvoll erscheint, fällt uns langfristig auf die Füße. Denn wir wollen qualifizierte Fachkräfte. Schieben wir Asylbewerber in unqualifizierte Tätigkeiten, verharren sie dort, und viele von ihnen werden von ergänzenden Sozialleistungen abhängig bleiben", bilanziert auch FDP-Arbeitsmarktpolitiker Kober.

Das Vorhaben weckt außerdem Erinnerungen an die ehemaligen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Jobcenter. Mit dem vom Staat bezuschussten Instrument sollte Arbeitslosen über niedrigschwellige Tätigkeiten die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert werden, 2012 wurde die Maßnahme abgeschafft. Zu Recht, wie Brücker meint: "Zwingt man Menschen in solche Maßnahmen, demotiviert man sie. Ihre Unproduktivität muss dann aber an anderer Stelle personell und finanziell ausgeglichen werden, es entsteht ein hoher Aufwand bei Betreuung und Anleitung." Die Kosten könnten den Nutzen leicht übersteigen. Statt einer Win-win-Situation sieht er vielmehr eine "Lose-lose-Situation, sowohl für Asylbewerber als auch für Kommunen". Denn letztere müssten den bürokratischen Mehraufwand stemmen.

Die Gefahr einer Mehrbelastung fürchtet auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Diskussion über eine Arbeitspflicht "geht in weiten Bereichen an der Realität vorbei, betrifft im Zweifel nur Einzelfälle und produziert einen enormen bürokratischen Aufwand", heißt es. Ob eine Arbeitspflicht also Entspannung für die Kommunen bringen würde, ist also fraglich.

Zumal aktuell, da die Ausländerbehörden in zahlreichen Kommunen völlig überlastet seien, wie Grünen-Kommunalpolitiker Onay berichtet. Auch er hält den zusätzlichen organisatorischen Aufwand für "nicht machbar und vor allem auch nicht zielführend". "Ich lehne es ab, sinnfreie Aufgaben zu erfüllen, nur um damit subjektive politische Gefühle zu befrieden, die am Kern des Problems vorbeigehen und sogar integrationsschädlich sind."

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 31, 2023

End of Document

Diskussionen in Irland über die Willkommenskultur; Krawalle setzen die Regierung in Dublin unter Druck

Die Welt

Montag 18. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 245

Length: 885 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Wenn Besucher in Irland eine Stadtgrenze überqueren oder einen Pub betreten, fällt ihr Blick häufig auf ein Schild mit den Worten "Céad míle fáilte". Die irisch-gälische Redewendung bedeutet "Eintausend Mal willkommen". Diese Willkommenskultur ist Teil der irischen Identität. Während in anderen europäischen Ländern über die Regelung der Migration gestritten wurde, empfing Irland Einwanderer lange Zeit mit offenen Armen.

Nach langen Perioden, die von Flucht als Folge von Hungersnöten und Bürgerkriegen geprägt waren, etablierte sich die Willkommenskultur in Irland aus einer praktischen Notwendigkeit heraus. Denn Irland brauchte ausländische Arbeitskräfte, um nach Jahrzehnten des Verfalls wirtschaftlich zu florieren. Irland wurde zum beliebten Einwanderland. Eine Tatsache, die auch heute noch gilt: 20 Prozent der aktuell in Irland lebenden Menschen wurden nicht dort geboren. Besonders aufnahmebereit zeigte sich die Republik, die aktuell von einer Regierungskoalition aus den bürgerlichen Parteien Fianna Fáil und Fine Gael sowie den Grünen regiert wird, nach Ausbruch des Ukraine-Krieges. Im April 2022 verkündete Justizministerin Helen McEntee, Irland werde "keine Obergrenze" für Ukraine-Flüchtlinge festlegen.

Nach Angaben der OECD hat Irland bislang rund 86.600 Ukrainer aufgenommen. Das sind, gemessen an der Bevölkerung, mehr als jedes andere Land in Westeuropa - 17 Ukrainer pro 100.000 Einwohner, bei 5,2 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das Verhältnis bei 13 zu 100.000. Es sei die "Rolle" Irlands in diesem Konflikt, Flüchtlinge aufzunehmen, sagt Nick Henderson, Chef der NGO Irish Refugee Council. Es kommen aber auch mehr Menschen aus anderen Ländern, im April lag die Gesamteinwanderung auf dem höchsten Stand seit 17 Jahren.

Doch mit der Aufnahmefähigkeit könnte es bald vorbei sein. Kürzlich erklärte die Dubliner Regierung, keine freien Plätze mehr für Asylsuchende zu haben. Auch die Stimmung in der Bevölkerung kippt. In den vergangenen Monaten häuften sich im ganzen Land Proteste gegen Flüchtlinge, angeheizt durch eine Wohnungskrise, die die

Diskussionen in Irland über die Willkommenskultur Krawalle setzen die Regierung in Dublin unter Druck

Mietpreise in die Höhe und viele Iren in die Obdachlosigkeit treibt. Proteste gegen Flüchtlinge sind in Irland kein neues Phänomen, seit Jahren flammen sie vereinzelt in Gegenden auf, in denen Asylunterkünfte entstehen. An Intensität gewinnen sie seit Herbst vergangenen Jahres, als Reaktion auf eine Vielzahl temporärer Unterkünfte, die die Regierung für die vielen Flüchtlinge aus der Ukraine errichtete.

Viele Iren sind frustriert, dass die Regierung so schnell für die Ukrainer da war, während sie selbst seit Jahren unter der akuten Wohnungsnot und dem maroden öffentlichen Dienst leiden. Im Oktober waren rund 13.200 Menschen in Irland obdachlos - ein Rekord. Eine Umfrage aus dem November zeigt, dass drei von fünf Iren finden, das Land nehme zu viele Ukrainer auf. "Wir müssen versuchen, den Menschen zuzuhören", sagte der stellvertretende Vorsitzende von Fine Gael, Simon Coveney. In der Hoffnung, weniger Menschen anzuziehen, kündigte die Regierung an, die Gelder für ukrainische Flüchtlinge ab nächstem Jahr zu kürzen.

Auch die wachsende Gefahr von rechts beschäftigt die Regierung. Rechtsradikale Gruppen, gewaltbereite Einzelpersonen und weit rechts des konservativen Spektrums stehende Parteien nutzen die angespannte Lage, um ihre eigene Agenda voranzutreiben. Diffus zusammengesetzte Gruppen, teilweise während der Covid-Pandemie im Internet radikalisiert, traten in den vergangenen Monaten auf Protesten auf, riefen rassistische und nationalistische Parolen und unterbrachen den Demonstrationsverlauf. Ihre Botschaft: Migranten seien eine Gefahr für das ethnisch-irische Volk, dessen Wohl über allen anderen Gruppen stehen müsse. Politiker sprechen von einem "Kapern der Proteste".

Den Höhepunkt erreichte die Gewalt im November in Dublin. Angestachelt durch Aufwiegler im Internet wüteten rund 500 Menschen durch die Innenstadt, plünderten Geschäfte und zündeten Autos an. Zuvor war ein Mann wegen einer Messerattacke auf drei Kinder und eine Frau festgenommen worden. Kurz nach der Tat wurde im Internet über die Herkunft des Tatverdächtigen spekuliert und Aufrufe zur Gewalt gegen Ausländer verbreitet. "Egal welcher Ausländer, tötet ihn", schrieb ein Beteiligter in den sozialen Netzwerken. Gelangt Rechtsaußen-Partei ins Parlament? Aus dieser Bewegung speisen sich kleine Parteien wie die Irish Freedom Party (IFP) und die National Party - beide ohne Repräsentation im Parlament. Insbesondere die anti-europäische IFP nutzt die aktuelle Debatte, schon mit Blick auf die Parlamentswahlen im Frühjahr 2025. Parteimitglieder nehmen an Demonstrationen teil und attackieren die Regierung.

Könnte es also bald die erste Rechtsaußen-Partei im Parlament geben? Ohne eine "entschiedene Reaktion" sei das ein realistisches Szenario, schrieb Kirsten Bokenkamp, Kommunikationsdirektorin bei Amnesty International USA, im "Irish Echo" im März. Zumaldest würden Parteien wie die IFP bewirken, dass Irland in der Migrationspolitik nach rechts rückt. "Eintausend Mal willkommen". Ein Satz, der für viele Iren auch heute noch gilt. Doch nun teilt er sich die Aufmerksamkeit mit anderen Sprüchen, die durch das Internet geistern und auf Protesttafeln zu lesen sind: "Irland ist voll."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 17, 2023

End of Document

Wo Asylbewerber sich für Sozialhilfe qualifizieren sollen; Schwedens konservative Regierung will ein System schaffen, das den Zugang zum Wohlfahrtsstaat für Zuwanderer begrenzt. Doch nicht alle Experten halten das für sinnvoll

Die Welt

Mittwoch 29. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 232

Length: 956 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

In Europa waren in den vergangenen Jahren vor allem jene Länder das bevorzugte Ziel von **Migranten**, in denen der Sozialstaat gut ausgebaut ist. Die Menschen strebten nach Deutschland, Frankreich, Österreich - oder Schweden, während die Zahl der **Asylbewerber** in süd- und osteuropäischen Ländern mit vergleichsweise schwächerem sozialem Netz geringer war.

Die zuletzt wieder stark steigende Zuwanderung nach Europa führte dazu, dass nun in einigen Ländern intensiv über eine Absenkung von Leistungen nachgedacht wird. Auch in Deutschland beschloss die Ampel jüngst erstmals eine leichte Reduzierung der **Asylbewerberleistungen**.

In Schweden regiert derzeit eine konservative Regierung, die von den rechtsnationalen Schwedendemokraten unterstützt wird. Dies wäre in Deutschland vergleichbar mit einer schwarz-gelben Koalition mit Unterstützung der AfD. Das Bündnis strebt einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik an - und plant dabei auch eine Verschärfung der Bedingungen für Sozialleistungen, die sich nochmals schärfer ausnehmen als in Deutschland. Eine derzeit in Schweden hitzig diskutierte Idee, ist es, ein System zu schaffen, bei dem sich Zuwanderer für Sozialleistungen qualifizieren müssen.

"Wir können nicht das großzügigste Sozialsystem der Welt haben, ohne Forderungen und hohe Erwartungen an diejenigen zu stellen, die zu uns kommen", sagt die schwedische Sozialministerin Anna Tenje im Gespräch mit WELT. Flüchtlinge und Nicht-Bürger dürfen nicht vom ersten Tag an alle Sozialleistungen bekommen. Stattdessen sollten sie sich sukzessive, durch das Bemühen um Arbeit, dafür qualifizieren. Ein Job sei der wichtigste Faktor, um auf eigenen Beinen zu stehen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Hintergrund für die Pläne ist, dass im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte der Menschen, die in Schweden Sozialhilfe bezogen, im Ausland geboren wurden. Bei Ehepartnern oder Lebensgefährten waren es sogar 90 Prozent.

Wo Asylbewerber sich für Sozialhilfe qualifizieren sollen Schwedens konservative Regierung will ein System schaffen, das den Zugang zum Wohlfahrtsstaat für Zuwa....

Bislang genügte es, eine Aufenthaltsgenehmigung zu haben und seit mindestens einem Jahr in Schweden gemeldet zu sein, um ein Anrecht auf sogenannte "Analogleistungen" zu haben - also dieselben Sozialleistungen wie Einheimische zu erhalten. Nach der Reform sollen die Analogleistungen nach einem Jahr nicht mehr automatisch fließen. Künftig muss man sich dafür qualifizieren, also nachweisen, dass man sich um die Integration bemüht. Wie genau die neuen Anforderungen ausgestaltet sein werden, wird derzeit von einem Komitee geprüft.

In Deutschland gibt es kein solches System der Qualifizierung. Allerdings wurde der Zeitraum, ab dem Analogleistungen fließen, zuletzt von 18 auf 36 Monate verdoppelt. Anders als in Schweden fließen die Leistungen dann aber sogar für abgelehnte, aber im Land geduldete Asylbewerber, was in Europa nahezu einmalig ist. Die Analogleistungen belaufen sich in Schweden für einen Alleinstehenden auf eine Grundunterstützung von bis zu 540 Euro pro Monat. Zusätzlich kann man sowohl zwischen 70 und 130 Euro pro Kind - je nach Alter aber maximal rund 400 Euro - als auch bis zu 340 Euro Wohngeld bekommen. Eine Familie mit zwei Kindern kann so insgesamt zwischen 1560 und 1680 Euro erhalten, um damit die Kosten für Lebensmittel, Miete, Verkehr und alles andere für vier Personen zu decken.

Das Niveau gehört damit zu den höchsten in Europa, wobei in Deutschland die Hilfen aus dem Bürgergeld noch höher sind, da hierzulande auch die Wohnkosten oft in voller Höhe übernommen werden. Hinzu kommt, dass die Lebenshaltungskosten in Schweden rund 14 Prozent höher als in Deutschland sind. In Zukunft würde es in Schweden dann weniger Sozialhilfe für Asylbewerber als in Deutschland geben - und nicht mehr automatisch, sondern nur für eine Gegenleistung. Es gibt aber auch vehementen Gegner der neuen Regelung.

"In Schweden ist es heute im Grunde ein Vollzeitjob, Sozialhilfe zu beziehen, weil die Anforderungen so hoch sind, dass man auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sein muss", sagt etwa Anna Lundberg, Professorin für Rechtssoziologie an der Universität Lund. Sie argumentiert, der hohe Anteil von im Ausland geborenen Leistungsbeziehern sei auch auf Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Lundberg sagt außerdem, dass die strengerer Anforderungen für den Familiennachzug nach der Migrationskrise dazu führten, dass viele Menschen, vor allem in Kombination mit verschiedenen Traumata, großer psychischer Belastung ausgesetzt seien und sich deshalb schwer auf dem Arbeitsmarkt etablieren könnten. Das Ziel der Reform sei Abschreckung.

"Wenn die Regierung eine integrative Gesellschaft schaffen wollte, hätte sie auf die verfügbaren Forschungsergebnisse hören sollen", kritisiert die Expertin. Aus ihrer Sicht stützt die Wissenschaft die geplanten Reformen nicht. Sie warnt, dass es für Menschen, die sich außerhalb des Sozialhilfesystems befänden, äußerst schwierig sein werde, ihren Lebensunterhalt legal zu verdienen.

Ministerin Tenje entgegnet, es müsse stärker betont werden, dass man in Schweden arbeiten und seinen Beitrag zur Gesellschaft leisten müsse. Auf die Frage, ob die Gefahr bestehe, dass das Qualifizierungssystem diejenigen aussortiert, die nicht als produktiv gelten, antwortet die Ministerin, dass es in Schweden bereits heute eine Art Zweiklassengesellschaft gebe. "Die größte Kluft in unserer Gesellschaft besteht heute zwischen denen, die eine Arbeit haben, und denen, die keine haben", argumentiert sie. "Also gibt es keine wichtigere Maßnahme, als Menschen in Arbeit zu bringen." Das skandinavische Land arbeitet nun aktiv daran, sogenannte Pull-Faktoren, die Migranten anziehen könnten, zu verringern. "Wenn man nicht daran interessiert ist, zu arbeiten, ist Schweden in Zukunft keine gute Wahl mehr", fasst Tenje zusammen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Flüchtlinge registrieren sich in Stockholm im Jahr 2015: Seitdem hat Schweden die Regeln für Asylbewerber verschärft

Wo Asylbewerber sich für Sozialhilfe qualifizieren sollen Schwedens konservative Regierung will ein System schaffen, das den Zugang zum Wohlfahrtsstaat für Zuwa....

Load-Date: November 28, 2023

End of Document

London verschärft Zuwanderungsrecht; Neues Asylabkommen für Abschiebungen nach Ruanda. Hürden für ausländische Fachkräfte

Die Welt

Mittwoch 6. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 237

Length: 406 words

Byline: Dpa

Body

Mit deutlich schärferen Hürden für ausländische Fachkräfte sowie einem neuen Asylpakt für Abschiebungen nach Ruanda will sich Großbritannien gegen Migranten abschotten. Innenminister James Cleverly unterzeichnete am Dienstag in dem ostafrikanischen Land einen Vertrag, mit dem die konservative Regierung ein Urteil des obersten britischen Gerichts umgehen will.

Für die Tories hat Migration einige Monate vor der nächsten Wahl an Bedeutung gewonnen. Für viele konservative Wähler hat das Thema laut Umfragen Priorität. Daher setzt der rechte Parteiflügel Premierminister Rishi Sunak unter Druck, die Nettozuwanderung von zuletzt 745.000 Menschen zu senken. Denn eigentlich sollte der Brexit doch die Migration stoppen sowie bessere und besser bezahlte Jobs für Briten schaffen - so lautete ein Kernversprechen der Konservativen.

Die Vereinbarung sieht vor, dass Asylsuchende, die irregulär nach Großbritannien einreisen, ungeachtet ihrer Herkunft mit einem "One-Way-Ticket" nach Ruanda geschickt werden. Eine Rückkehr ins Vereinigte Königreich ist ausgeschlossen. Dies hatte der Supreme Court kürzlich als rechtswidrig abgelehnt und dabei auf rechtsstaatliche Defizite in dem ostafrikanischen Land verwiesen. Das neue Abkommen soll nun Zusicherungen der autoritären ruandischen Führung vorsehen, keine Asylbewerber in ihre Heimat abzuschieben - und so die Bedenken des Supreme Court aus dem Weg räumen. Sollte Ruanda einen Migranten ausweisen wollen, etwa wegen einer Straftat, sollen britische und ruandische Richter gemeinsam entscheiden, ob die Person in Afrika bleibt oder zurück nach Großbritannien geholt wird. Als Nächstes soll das britische Parlament noch Ruanda zum sicheren Drittstaat erklären. Sorge bereitet Beobachtern, dass Sunak unter dem Druck der Rechten die Europäische Menschenrechtskonvention verlassen könnte, um juristischen Widerstand aus Straßburg zu vermeiden.

Mit dem Anti-Migrations-Kurs will Sunak die Wende schaffen. Die vor allem symbolische Ruanda-Politik ist dabei aber nur ein Baustein. Einen viel stärkeren Einfluss dürften die Maßnahmen haben, die Cleverly am Montag im Parlament angekündigt hatte. Künftig müssen ausländische Fachkräfte mindestens 38.700 Pfund (45.150 Euro)

London verschärft Zuwanderungsrecht Neues Asylabkommen für Abschiebungen nach Ruanda. Hürden für ausländische Fachkräfte

statt bisher 26.200 Pfund Jahresgehalt beziehen, damit sie ins Land kommen dürfen. Pflegekräfte sind ausgenommen, dürfen dafür aber ebenso wie Studenten ihre Angehörigen nicht mehr mitbringen. Seiten 5 und 10

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

SPD sieht Sozialleistungen für Flüchtlinge "objektiv" nicht als Pull-Faktor; Ukrainer und Asylberechtigte aus anderen Ländern werden beim Bürgergeld deutschen Arbeitslosen gleichgestellt. Umstritten ist, ob das Migranten anzieht

Die Welt

Dienstag 11. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 70

Length: 988 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Klar ist, dass **Asylsuchende** aus ihren Erstankunftsstaaten im Süden Europas besonders oft nach Deutschland weiterziehen. Und klar ist auch, dass die Bundesrepublik für die Ukraine-**Flüchtlinge**, abgesehen vom direkten Nachbarland Polen, der beliebteste Aufenthaltsort ist.

Aber ob die Anziehungskraft der Bundesrepublik unter anderem durch die Höhe der Sozialleistungen beeinflusst werden kann oder sollte - darüber besteht unter den Bundestagsparteien keine Einigkeit. WELT fragte bei ihnen an, ob die Bundesregierung bei der Auszahlung des Bürgergeldes die sofortige Gleichstellung der Ukrainer sowie die Gleichstellung von **Flüchtlingen** ab Anerkennung (oft schon nach etwa neun Monaten) mit einheimischen Arbeitslosen zeitlich nach hinten ziehen sollte.

Fraktionsvize Dirk Wiese von der Kanzlerpartei SPD sagt dazu: "Die deutschen Sozialversicherungssysteme werden immer wieder als verstärkender Pull-Faktor vermutet. Objektiv ist das aber nicht so. Leider verfährt dieser Mythos oft genug und wird auch regelmäßig gezielt gefüttert. Man denke nur an Friedrich Merz (CDU-Chef, d. Red.) und seinen unsäglichen Vorwurf des 'Sozialtourismus', während wir doch über Menschen sprechen, die vor Krieg und Gewalt fliehen." Auch andere Staaten hätten im Verhältnis sehr viele Ukrainer aufgenommen, besonders Tschechien und die Slowakei, so Wiese. Außerdem könne man möglichem Missbrauch "auch heute schon durch Kürzungen der Leistungen" begegnen.

Sein Ampel-Kollege Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, argumentiert: "Leistungskürzungen für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine würden nicht dazu führen, dass weniger Menschen aus der Ukraine Zuflucht in Deutschland suchen. Diese Menschen mussten oft von heute auf morgen ihre Heimat verlassen, um vor dem russischen Angriff zu fliehen." Zu unterstellen, den ukrainischen Flüchtlingen gehe es allein um möglichst hohe Sozialleistungen, sei unangebracht. Laut Thomae machen Beschäftigungsperspektiven und der

SPD sieht Sozialleistungen für Flüchtlinge "objektiv" nicht als Pull-Faktor Ukrainer und Asylberechtigte aus anderen Ländern werden beim Bürgergeld deutschen Ar....

allgemeine Lebensstandard "unser Land so attraktiv, dass wir auch bei niedrigeren staatlichen Leistungen weiterhin zu den Hauptzufluchtsländern gehören werden". Nun müsse man "verstärkt Maßnahmen entwickeln, wie die Flüchtlinge aus der Ukraine schnell an den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gebracht werden können. Das würde den Flüchtlingen nicht nur eine Perspektive und Selbstständigkeit geben, sondern hilft auch dem Arbeitskräftemangel in unserem Land."

Filiz Polat, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, kritisiert: "Jedes Mal, wenn die Zahl der Geflüchteten in Deutschland steigt, wird von rechts außen über die sogenannten Pull-Faktoren diskutiert. Diese Theorie aus den 1960er-Jahren ist nicht nur überholt, sondern von der Migrationsforschung widerlegt. Diese Debatte dient lediglich der Verunglimpfung von Asylsuchenden."

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist eine Anhängerin der These, dass die Höhe der Sozial- und Integrationsleistungen keinen Einfluss auf die Attraktivität eines Staats für Schutzsuchende habe. WELT AM SONNTAG fragte sie im Dezember, ob es auch an unterschiedlichen Zuwanderungsanreizen der dänischen und der deutschen Regierung liegen könnte, weshalb nach Deutschland monatlich rund 20.000 Asylzuwanderer ziehen und ins benachbarte Dänemark nur etwa 200. Faeser sagte: "Ich bleibe dabei: Es gibt keine Anreize, die wir setzen."

Alexander Throm (CDU) hingegen, innenpolitischer Sprecher der oppositionellen Unionsfraktion, hält das Niveau der Sozialtransfers für einen Faktor, warum Migranten sich ungleich in der EU verteilen. "Es braucht eine Angleichung der Sozialleistungen in Europa. Es kann nicht sein, dass in einem EU-Staat wie Italien oder Griechenland die geringsten Sozialstandards nicht erfüllt werden, sodass unsere Gerichte eine Rückführung von Flüchtlingen dorthin untersagen. Das ist einer EU nicht würdig." Auch deshalb müssten "unsere Sozialleistungen auf den Prüfstand, soweit eine Reduzierung rechtlich möglich ist. Solchen Überlegungen verweigert sich die Ampel komplett", so Throm. Für anerkannte Asylbewerber seien aber auch "verpflichtende gemeinnützige Integrationsdienste sinnvoll, um einen Übergang von der Sozialhilfe in ein ordentliches Arbeitsverhältnis zu fördern", so Throm. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Ukrainer sofort nach ihrer Ankunft mit einheimischen Arbeitslosen gleichzustellen, hält der CDU-Politiker für angemessen. "Bei unseren europäischen Nachbarn aus der Ukraine hat sich bewährt, dass diese sofort Bürgergeld erhalten. Sie durchlaufen kein Asylverfahren und sind sofort bleibe- und arbeitsberechtigt. Und gerade gegenüber unseren europäischen Nachbarn haben wir, angesichts des akuten Angriffskrieges, dem sie ausgesetzt sind, eine besondere Verantwortung."

Für René Springer, den sozialpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, ist Deutschland "ein reiner Sozialstaatsmagnet, der endlich abgestellt werden muss. Gegen die meist wirtschaftlich motivierte Zuwanderung in unser Asylsystem brauchen wir effektive Maßnahmen zur Migrationsabschreckung." Seine Partei fordere "Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber", ebenso sollten Asylbewerber vor ihrer Anerkennung oder nach einer Ablehnung nicht arbeiten dürfen. Zudem sollten Ukraine-Flüchtlinge, sowie anerkannte Asylbewerber aus anderen Ländern frühestens nach zwei Jahren mit einheimischen Arbeitslosen gleichgestellt werden. Deswegen sei "der Rechtskreiswechsel für Ukrainer umgehend rückgängig zu machen". Statt Bürgergeld sollten sie wie andere Asylsuchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, so Springer. "Der Übergang von den Asylbewerberleistungen zu den höheren Bürgergeldleistungen soll zukünftig erst nach 24 Monaten erfolgen. Das Bürgergeld darf nicht zu einer Zuwanderungsprämie verkommen."

Es braucht eine Angleichung der Sozialleistungen in Europa Alexander Throm (CDU), Innenpolitiker der Unionsfraktion

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 10, 2023

SPD sieht Sozialleistungen für Flüchtlinge "objektiv" nicht als Pull-Faktor Ukrainer und Asylberechtigte aus anderen Ländern werden beim Bürgergeld deutschen Ar....

End of Document

Sie schaffen das nicht mehr; Unterbringung von Migranten überfordert viele Kommunen - so auch Salzhausen. Die Akzeptanz für die Aufnahme sinkt, sagt der Bürgermeister

Die Welt

Montag 6. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; **THEMA DES TAGES;** S. 2; Ausg. 215

Length: 1433 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Salzhausen

Immerhin: Es sind noch ein paar Betten frei. Jeweils drei stehen in den schmalen Zimmern der beiden aus zwei mal zwanzig nagelneuen, rot lackierten Stahlcontainern zusammengesetzten Häuser am Rand von Oelstorf im niedersächsischen Gemeindeverbund (Samtgemeinde) Salzhausen. 30 Menschen, Asylbewerber, sind hier bereits untergekommen. Bis zu 35 weitere sollen noch hinzukommen. Dann wird auch die fünfte Sammelunterkunft voll belegt sein.

Knapp 5000 Einwohner haben die 13, rund zwanzig Kilometer vor den Toren Lüneburgs gelegenen Dörfer der Samtgemeinde. 460 Flüchtlinge und Asylbewerber leben hier derzeit, die meisten kommen aus Afghanistan, Syrien, der Ukraine. Ende November werden es 500 sein, wenn es bei den aktuellen Ankündigungen der Landesregierung bleibt. "Danach ist Schluss", sagt Salzhausens parteiloser Bürgermeister Wolfgang Krause. Der 67-Jährige ist zugleich Sprecher der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Harburg. Weitere geeignete, mit angemessenem Aufwand erschließbare Grundstücke stünden nicht mehr zur Verfügung.

Um fast 10.000 auf 261.000 ist die Einwohnerzahl des Landkreises in den vergangenen zwei Jahren gestiegen, berichtet Krause, Flüchtlinge und Asylbewerber nicht mitgerechnet. Entsprechend leer gefegt sei der Wohnungsmarkt. Und wenn doch mal was frei werde, lassen sich nach Angaben des Bürgermeisters nur sehr wenige Vermieter dazu überreden, Flüchtlinge als Mieter zu akzeptieren. "Wir suchen krampfhaft", sagt Krause - man finde aber nichts mehr. Es sei deshalb absehbar, dass Neuankömmlinge im Landkreis Harburg demnächst wieder in Notunterkünften wie der alten, fast schon baufälligen Schützenhalle in Buchholz in der Nordheide untergebracht werden müssen.

Wie Krause geht es derzeit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern quer durch die Republik. Ob im Münsterland oder in der Lausitz, ob in der bayerischen Oberpfalz oder im Stadtstaat Hamburg - wo immer man in

Sie schaffen das nicht mehr Unterbringung von Migranten überfordert viele Kommunen - so auch Salzhausen.
Die Akzeptanz für die Aufnahme sinkt, sagt der Bürgerme....

diesen Tagen hinschaut, warnen die Verantwortlichen von Kreisen und Kommunen vor dem Kollaps der Aufnahmesysteme. "Bei weiteren Zuweisungen wird eine massive Überforderung eintreten", prognostizieren die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des nordrhein-westfälischen Landkreises Borken in einer in der vergangenen Woche veröffentlichten, an Bund und Länder gerichteten gemeinsamen Erklärung. "Wir können und wollen nicht mehr", zitiert der Bayerische Rundfunk die Landräte der Oberpfalz nach deren Treffen Ende Oktober in Moosbach (Landkreis Neustadt an der Weinstraße). Die Kreise würden gezwungen, "gegen die Bevölkerung oder die Bürgermeister eine Politik zu implementieren, die ein gesundes Mittelmaß aus den Augen verliert".

"Wir können den Menschen vor Ort das alles nicht mehr erklären. Die Stimmung kippt ein Stück weit", berichtet Siegurd Heinze (parteilos), Chef des brandenburgischen Landkreistages. "Wir können es nicht mehr lange stemmen." "Wir sind jetzt am Limit", schildert die für Integration zuständige Hamburger Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) die Lage an der Elbe. Bislang habe die Hansestadt bei der Flüchtlingsunterbringung Maßstäbe gesetzt. "Jetzt kommen wir aber an Grenzen, und wenn wir hier in Hamburg jetzt an Grenzen stoßen, dann sind wir in einer nationalen Notlage." Entsprechend hoch sind die Erwartungen, die Kreise und Kommunen an den Bundeskanzler sowie die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben, die sich an diesem Montag im Berliner Kanzleramt zusammensetzen, um die Migrationspolitik von Bund und Ländern grundsätzlich neu zu justieren. Und den Kommunen zudem bei den Kosten für Unterbringung und Integration verlässlich unter die Arme zu greifen.

Reinhard Sager (CDU), Präsident des Deutschen Landkreistages, lässt auf Anfrage von WELT keinen Zweifel: "Wir erwarten, dass sich Bund und Länder endlich zu den Finanzierungsfragen einigen. Die frühere Regelung zur vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Geflüchtete hat sich bewährt. Damit würde das Geld direkt bei den betroffenen Landkreisen und Städten ankommen. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern ohne diese Komponente ist für uns inakzeptabel. Die Kommunen dürfen nicht erneut hinten runterfallen, wenn ohne sie über die Flüchtlingskosten verhandelt wird."

14 Millionen Euro Flüchtlingskosten, rechnet Salzhausens Bürgermeister Krause vor, seien allein im vergangenen Jahr 2022 am Landkreis Harburg hängengeblieben. Geld aus den Haushalten der zwölf Kommunen des Kreises, für das es keinerlei Kompensation von Bund und Land gegeben habe. Eine Summe, in der die Kosten für die in den jeweiligen Behörden anfallende Mehrarbeit, für zusätzliche Schul- und Kitaplätze noch nicht einmal enthalten seien. Salzhausen, eine im Grunde finanziell gut aufgestellte Gemeinde, werde sich künftig "bei den Ausgaben auf Maßnahmen beschränken müssen, die zwingend notwendig sind".

Geldmangel und Unterkunfts-Engpässe sind bei Weitem nicht das einzige Problem, mit dem Kreise, Kommunen in diesen Wochen und Monaten kämpfen. Auf einen Sprachkurs - erste Bedingung für eine möglicherweise gelingende Integration - müssen Asylbewerber und Geflüchtete im Landkreis Harburg mittlerweile bis zu 13 Monate warten. 600 Bewerber finden sich derzeit auf den Wartelisten. Es fehlt schlicht und ergreifend an Deutschlehrern, auch an Unterrichtsräumen.

Sozialarbeiter und ehrenamtliche Helfer, die für ein einigermaßen gutes Miteinander innerhalb und außerhalb der Unterkünfte sorgen, sind laut Krause kaum noch zu finden im Landkreis Harburg. Folge: "Die Akzeptanz vor Ort sinkt", sagt der Bürgermeister. Eine Erfahrung, die nicht nur Salzhausen macht.

Im nordrhein-westfälischen Grevenbroich zog die Stadtverwaltung in dieser Woche eine Beschlussvorlage vorerst zurück, auf deren Grundlage eine Flüchtlingsunterkunft für 600 Menschen gebaut werden sollte. Der Grund waren Anwohnerproteste.

Im oberbayrischen Rott am Inn wehren sich die Einheimischen derzeit gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft für 500 Menschen. Auf einer Bürgerversammlung in der vergangenen Woche hagelte es Buh-Rufe und wütende Proteste für die verantwortlichen Politiker vor Ort.

Im hessischen Wiesbaden wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft für bis zu 350 Personen in einem Villenviertel. In dieser Woche gab es Proteste vor dem Rathaus. Die Initiative hat nach einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen" einen Antrag auf Untersagung sämtlicher Bauarbeiten auf dem vorgesehenen Gelände gestellt.

Sie schaffen das nicht mehr Unterbringung von Migranten überfordert viele Kommunen - so auch Salzhausen.
Die Akzeptanz für die Aufnahme sinkt, sagt der Bürgerme....

In Dresden kletterten Asylgegner in dieser Woche auf das Dach einer geplanten Asylunterkunft und entrollten dort ein Plakat mit der Aufschrift "Kein Platz für Überfremdung". Schon am Wochenende hatte es in Sachsen's Landeshauptstadt eine Demonstration gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge gegeben.

Er würde Gemeinden wie Salzhausen ja gerne entlasten, indem er die Zahl der Landesunterkünfte erhöhe, hat Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) jüngst bei einem Besuch der zentralen niedersächsischen Aufnahmebehörde in Braunschweig versichert. Von derzeit 10.000 auf 20.000 Plätze will Weil die Zahl der Plätze der landeseigenen Unterkunftsplätze in den kommenden Monaten aufstocken.

"Aber überall da, wo wir in Kommunen geeignete Einrichtungen ausfindig gemacht haben, ist die Begeisterung natürlich sehr überschaubar und wir haben es wiederum mit ganz erheblichen Widerständen zu tun", berichtet Weil. Ende der Woche akquirierte Weils Landesregierung den Hildesheimer Volksfestplatz für ihre Zwecke. Dort sollen in sieben winterfesten Zelten bis zu 1000 Menschen untergebracht werden.

Insofern ist es kein Wunder, dass Deutschlands Ministerpräsidenten an diesem Montag im Kanzleramt nicht nur mehr Geld haben wollen für die Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration. Im Gepäck haben die 16 Regierungschefs ein ganzes Forderungspaket. Dessen vordringliches Ziel ist es, "dass weniger Menschen nach Europa und nach Deutschland kommen, die keine Aussicht auf Bleiberecht haben, und Menschen mit Bleiberecht solidarisch in der EU verteilt werden", wie es in einem Beschlusspapier von Mitte Oktober heißt. Ziel von Bund und Ländern, so heißt es in den Staatskanzleien, müsse eine "Kehrtwende in der Asylpolitik" sein.

Mit anderen Worten: "Wir schaffen es nicht mehr." So drückt es jedenfalls Bürgermeister Krause aus, dessen Gemeinde schon am kommenden Dienstag erneut einen Teil jener 80 Menschen aufnehmen soll, die dem Landkreis Harburg derzeit wöchentlich zugewiesen werden. Sie werden aller Voraussicht nach einen der beiden roten Container-Häuser am Rande von Oelstorf beziehen.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Zwei aus jeweils 18 Container-Modulen zusammengesetzte Migrantenunterkünfte in Oelstorf.

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Baerbock gegen Auslagerung von Asylverfahren; Von Ruanda-Modell hält Außenministerin nichts

Die Welt

Dienstag 19. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 246

Length: 467 words

Byline: Afp

Body

Bei ihrem Besuch in Ruanda hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Kritik am sogenannten Ruanda-Modell geübt - also dem Plan, irregulär eingereiste Geflüchtete aus Europa in Drittländer zu bringen. Baerbock warf am Montag in Kigali insbesondere konservativen Politikern vor, mit solchen Forderungen vom eigentlichen Ziel abzulenken - der Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik. Ruandas Außenminister Vincent Biruta hingegen verteidigte das Modell, das sein Land mit Großbritannien vereinbart hat und für das Ruanda weitere Partner sucht.

Baerbock verwies auf "hohe Hürden" für eine solche Drittstaaten-Regelung, wie sie etwa die CDU fordert. Derzeit sei es so, dass sich "mehrere Gerichte intensiv damit beschäftigen, was die rechtlichen Voraussetzungen sind". Baerbock zeigte sich in Kigali "etwas verwundert" darüber, dass "insbesondere von konservativen Politikern" die Forderung erhoben werde, Geflüchtete aus Europa in Länder wie Ruanda zu bringen. Gerade konservative Kräfte hätten immer eine gemeinsame europäische Migrationspolitik gefordert, sagte Baerbock. Sie müssten nun konstruktiv dazu beitragen, dass die vorliegenden Vorschläge eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommen. "Es wäre aus meiner Sicht auch im Sinne der deutschen Migrationsdebatte, wenn die Konservativen endlich ihre volle Kraft dafür bereitstellen - im Europäischen Parlament, aber auch in der deutschen Diskussion", fügte Baerbock hinzu. Die Forderung nach Übernahme des Ruanda-Modells sei nur eine "theoretische Diskussion".

Die Vereinbarung zwischen Großbritannien und Ruanda sieht vor, dass irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags aus Großbritannien in das afrikanische Land geschickt werden. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Davon erhofft sich die britische Regierung eine abschreckende Wirkung auf Migranten. Um das Abkommen mit Kigali zu schließen, hatte das britische Parlament auf Initiative der Regierung in der vergangenen Woche Ruanda zum sicheren Herkunftsland erklärt. Das verabschiedete Gesetz sieht außerdem vor, Teile des britischen Menschenrechtsgesetzes nicht auf Abschiebungen anzuwenden, um den Rechtsweg für Migranten einzuschränken. Kritiker sehen in dem Vorgehen Londons einen Verstoß gegen internationales Recht. Der ruandische Außenminister Biruta zeigte sich nach dem Treffen mit Baerbock offen dafür, die bislang auf Großbritannien beschränkte Asylzusammenarbeit auf andere Länder auszuweiten. Auf die Frage, ob

Baerbock gegen Auslagerung von Asylverfahren Von Ruanda-Modell hält Außenministerin nichts

Ruanda zu einer solchen Zusammenarbeit auch mit Deutschland bereit wäre, sagte Biruta: "Ruanda ist bereit, mit jedem Partner zusammenzuarbeiten, um die globale Migrationskrise zu lösen." Kritik an dem Abkommen mit Großbritannien bezeichnete Biruta als "unfair für Ruanda".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 18, 2023

End of Document

EU schließt Migrationsabkommen mit Tunesien; Tunis soll illegale Einwanderung eindämmen und erhält dafür erhebliche finanzielle Unterstützung

Die Welt

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 137

Length: 1104 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Dpa

Afp

Body

Brüssel

Es seien "wichtige Maßnahmen, um die Bemühungen zur Beendigung der irregulären **Migration** zu verstärken", schrieb der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte auf Twitter. Die "strategische Partnerschaft" sei gegen Menschenhändler gerichtet, enthalte Vereinbarungen zur Stärkung der Grenzkontrollen und zur verbesserten Registrierung und Rückführung von **Migranten**, so Rutte. Tunesien und die Europäische Union haben eine sogenannte Absichtserklärung (Memorandum of understanding) zur Eindämmung von Einwanderung vereinbart. Sie soll nach dem Willen der EU Vorbild sein für weitere **Migrationsabkommen** mit nordafrikanischen Ländern.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sprach von einer "operativen Partnerschaft gegen Schleuserkriminalität". In den vergangenen Monaten waren tausende Menschen aus Afrika ohne Papiere in die tunesische Stadt Sfax gekommen, um von dort mit Booten nach Europa zu gelangen. Das Abkommen hat "die volle Unterstützung der Mitgliedstaaten und damit auch der Bundesregierung", teilte eine Regierungssprecherin am Montag mit. Man verbinde damit die Hoffnung, gemeinsam mit Tunesien irreguläre **Migration** zurückzudrängen. WELT beantwortet die wichtigsten Fragen zum neuen Brüsseler Anti-**Migrationsplan**.

Wieso reiste Kanzler Scholz nicht nach Tunis?

Die Zusammensetzung der EU-Emissäre war eng abgestimmt, auch mit Berlin. Kommissionschefin von der Leyen vertrat die EU-Institutionen, ihre Behörde wird die Maßnahmen für Tunesien auch weitgehend finanzieren. Rutte

EU schließt Migrationsabkommen mit Tunesien Tunis soll illegale Einwanderung eindämmen und erhält dafür erhebliche finanzielle Unterstützung

wiederum repräsentierte die Gruppe der Migrations-Hardliner in Europa, wozu auch Österreich, Schweden und Dänemark gehören. Und Giorgia Meloni regiert mit Italien dasjenige Land, das die meisten Ankünfte aus Tunesien und Libyen verzeichnet. Von 75.000 Ankünften zwischen Januar und Juli (Vorjahreszeitraum: 32.000) kam weit mehr als die Hälfte aus Tunesien.

Was ist genau geplant?

Die Erklärung, die keinerlei rechtlich bindende Wirkung hat, sieht eine engere Zusammenarbeit in vier Bereichen vor: eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen, den Aufbau einer "nachhaltigen und grünen Partnerschaft" durch den Ausbau eines klimafreundlichen Energiesektors in Tunesien, erleichterte Einreise von Fachkräften und Studenten aus dem nordafrikanischen Land in die EU und schließlich eine Zusammenarbeit bei Grenzschutz, Seenotrettung und der Rückführung von illegalen Migranten.

Was kostet die EU der Deal?

Tunesien ist praktisch bankrott und kann Geld aus Europa gut gebrauchen. 900 Millionen Euro aus Brüssel fließen als zinsgünstige Kredite (Makrofinanzhilfen) direkt in den tunesischen Staatshaushalt - allerdings nur, wenn Tunisiens Präsident Kais Saied ein seit Ende 2022 ausgehandeltes Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,75 Milliarden Euro umsetzt, das jedoch unpopuläre Reformmaßnahmen erfordert. Hinzu kommen 150 Millionen als "Brückenfinanzierung", also Geldgeschenke ohne Auflagen, plus 150 Millionen Euro Investitionen in ein Untersee-Datenkabel und 300 Millionen Euro für eine Unterwasser-Stromleitung zwischen Italien und Tunesien. Macht insgesamt 1,6 Milliarden Euro - ein gigantischer Betrag.

Wer profitiert von der neuen Zusammenarbeit?

In jedem Fall der autokratische Präsident Saied, der regelmäßig gegen Flüchtlinge in seinem Land hetzt und eine menschenunwürdige Behandlung der Betroffenen bis hin zur Verschleppung in der Wüste toleriert. Er kann mit den riesigen Summen aus Brüssel, aber auch mit Extra-Finanzhilfen aus bilateralen Abkommen mit Deutschland, Italien und Frankreich, seinen klammen Haushalt stützen, ohne dass die Geldgeber genau wissen, wohin die Mittel fließen und inwieweit sich Tunis tatsächlich an die Vereinbarungen hält. In jedem Fall dürfte die Zahl der Migranten aus Tunesien demnächst infolge des Geldregens aus Brüssel zumindest vorübergehend sinken, weil die tunesischen Behörden die Grenzen besser kontrollieren werden. Damit würde auch Europa einen wichtigen Erfolg verbuchen.

Wo liegen die Probleme?

Ob die Grenzkontrollen und die Seenotrettung indes von Dauer sein werden, wenn sich immer mehr Migranten aus Afrika im Transitland Tunesien sammeln und Präsident Saied deswegen innenpolitisch unter Druck geraten sollte, ist alles andere als sicher. Außerdem wird die EU durch einen Autokraten erpressbar bleiben. Saied ist zudem ein Spieler: Er hat bereits damit begonnen, seine Hand auch in Richtung Moskau und Peking auszustrecken. Hinzu kommt, dass völlig unklar ist, ob Tunesien tatsächlich auch solche illegalen Migranten aus Europa zurücknehmen wird, die keine tunesische Staatsangehörigkeit haben - dies ist die eigentliche Achillesferse der neuen Vereinbarung von Tunis. Sollte sich Tunesien weigern, ließen sich die Beschlüsse der EU-Innenminister von Anfang Juni über schnelle Verfahren an den Außengrenzen und Abschiebungen von illegalen Migranten nach sechs Monaten kaum umsetzen.

Profitiert Deutschland von den Beschlüssen?

Das bleibt abzuwarten. In jedem Fall wäre der größte Profiteur Italien. Berlin hofft nun, dass weniger Ankünfte in Italien auch zu weniger Asylanträgen hierzulande führen. Ob das gelingt, hängt auch davon ab, wie viele Migranten Italien am Ende in Richtung Norden durchwinkt und wie stark die Westbalkan-Staaten ihre Grenzen kontrollieren. Die meisten Migranten, die von Tunesien aus in Richtung EU fliehen, stammen zudem aus der Elfenbeinküste, Guinea, Ägypten und Pakistan. Die meisten Antragssteller in Deutschland kommen dagegen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei und gelangen über andere Routen als Tunesien ins Land.

EU schließt Migrationsabkommen mit Tunesien Tunis soll illegale Einwanderung eindämmen und erhält dafür erhebliche finanzielle Unterstützung

Wie wird der Deal bewertet?

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes betonte, es sei wichtig, "dass bei allen Maßnahmen im Bereich Migration in Tunesien Menschenrechte und humanitäre Verpflichtungen eingehalten werden". Darauf werde Deutschland bei der Umsetzung der Absichtserklärung ganz besonders achten. Aktuelle Berichte über die Lage von Flüchtlingen in Tunesien und über den Umgang mit ihnen "besorgen uns sehr", so der Sprecher. Er verwies auf Berichte über die Verschleppung von Flüchtlingen in das libysch-tunesische und algerisch-tunesische Grenzgebiet. Der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag Anton Hofreiter (Grüne) kritisierte das Abkommen. Die Vereinbarung sei "sowohl humanitär als auch geostrategisch nicht klug", sagte er dem Nachrichtensender WELT. Als Tunesien auf einem "guten demokratischen Weg" gewesen sei, habe die EU es "mehr oder weniger hängen lassen". Jetzt schließe die EU ein Abkommen mit einem Land, "wo ein Autokrat an der Macht ist, dessen Sicherheitskräfte Menschen in die Sahara verschleppen und dort ohne Wasser aussetzen".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein libyscher Grenzbeamter bewacht Migranten, die nach eigenen Angaben von den tunesischen Behörden in die Wüste transportiert und dort zurückgelassen wurden, nachdem es in der Stadt Sfax zu Ausschreitungen gekommen war

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Das Asylrecht ist überholt

Die Welt

Dienstag 11. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 70

Length: 403 words

Byline: Stefan Aust

Body

Es könnte in Anbetracht eines furchtbaren Krieges in Europa "keine Höchstgrenzen für Menschlichkeit" geben, hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gesagt. Sie liegt damit voll auf der Linie von Angela Merkel, die einst sagte, es gebe für Asyl keine Obergrenze. Was sich höchst moralisch anhört, kollidiert mit der Wirklichkeit und führt den Artikel 16a des Grundgesetzes ad absurdum.

Als die Mütter und Väter des Grundgesetzes den schlichten Satz "Politisch Verfolgte genießen Asyl" in die Verfassung schrieben, hätten sie sich nicht träumen lassen, dass dieser Artikel einmal zum "Sesam-öffne-Dich" für alle Menschen dieser Welt werden könnte, einklagbar durch alle Gerichtsinstanzen. Die unkontrollierte Zuwanderung, das war schon zur Zeit der Merkelschen "Refugees Welcome"-Politik klar, blendet die Realitäten der Gegenwart aus.

Eine gute Million Flüchtlinge, Migranten und andere Schutzsuchende strömten damals nach Deutschland, davon gut zwei Drittel junge Männer im "wehrfähigen Alter" - mehr, als Bundesrepublik und DDR zur Zeit des Kalten Krieges unter Waffen hatten. Und bekanntlich sind junge Männer die gefährlichste Spezies der Welt. Die Bundesinnenministerin kennt die gegenwärtigen Kriminalitätsstatistiken und hat sogar eine mitfühlende Begründung dafür: "Menschen, die aus dem Krieg geflüchtet sind, bringen furchtbare Erfahrungen mit. Solche Gewalterfahrungen können nachwirken." Eine Begrenzung der Migration lehnt Faeser konsequent ab - auch damit liegt sie auf Merkels Linie, die damit nebenbei ein Konjunkturprogramm für Rechtsradikale durchzog.

Noch nie gab es so viel Kommunikation auf der Erde, noch nie so viel Beweglichkeit. Kein Wunder, dass es so viele - vor allem junge Männer - in die reichereren Länder zieht. Und wenn jeder Migrant de facto ein sozial abgefederter Bleiberecht bekommt, sobald er das Wort "Asyl" sagt, umso mehr. Die aktuelle Konfliktlage zwischen Städten und Gemeinden und dem Bund macht überdeutlich: Ein Sozialstaat ohne Grenzen wird auf Dauer kein Sozialstaat mehr sein können.

Das Asylrecht ist überholt

Es führt kein Weg daran vorbei, das gesamte gegenwärtige Asylrecht zu überdenken. Wenn jeder Bürger eines Staates, dessen System unseren demokratischen Kriterien nicht entspricht, prinzipiell einen Asylanspruch für sich reklamieren kann, ist der Sinn des Asylparagrafen durch die schiere Menge der Asylsuchenden ausgehebelt.

stefan.aust@welt.de (stefan.aust@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 10, 2023

End of Document

Bund lässt Streit mit Ländern über Integration eskalieren; Vor dem Flüchtlingsgipfel am kommenden Mittwoch: Das Kanzleramt will den Forderungen der Ministerpräsidenten nach höherer Beteiligung an den Eingliederungskosten nicht nachgeben

Die Welt

Freitag 5. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 87

Length: 699 words

Byline: Ulrich Exner

Hannelore Crolly

Claus Christian Malzahn

Body

An diesem Donnerstag ließ der Kanzler seine Karten auf den Tisch legen. Während Olaf Scholz (SPD) selbst gerade im Landeanflug auf Äthiopien, der ersten Etappe seiner Afrika-Reise war, rechnete das Kanzleramt in Berlin vor, wie viel Geld der Bund in diesem Jahr für Unterbringung und Integration von Migranten investieren wird. 15,6 Milliarden Euro, dazu vier Milliarden Euro, die Berlin in diesem Zusammenhang für die sogenannten "Kosten der Unterkunft" (KdU) beisteuert. Macht gut 20 Milliarden Euro allein für 2023.

Ein ordentlicher Batzen also und eine klare Botschaft: Die Ampel-Koalition will dem Drängen der Bundesländer auf eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten nicht nachgeben. Die 16 Ministerpräsidenten sollen mit jenen 2,75 Milliarden Euro, die der Bund ihnen für 2023 bereits zugesagt hat, auskommen. Ein Entgegenkommen des Kanzlers beim Flüchtlingsgipfel am kommenden Mittwoch soll es in dieser Frage nicht geben. Ein Ende des seit Monaten schwelenden Streits zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die Finanzierung und Steuerung der Migration ist damit nicht in Sicht.

Im Gegenteil. Auch bei der Begrenzung der Zuwanderung kommen Bund und Länder nicht wirklich weiter. Insbesondere Landesregierungen, an denen die Grünen beteiligt sind, sperren sich zum Beispiel gegen die Anerkennung weiterer sicherer Herkunftsänder, zum Beispiel der Maghreb-Staaten. Ein entsprechender Bundestagsbeschluss schmort seit Jahren im Bundesrat. Bisher zeichnet sich nicht ab, dass die Länderkammer sich auf ihrer nächsten Sitzung, am 12. Mai, mit diesem Thema befassen könnte. Auch der Vorschlag von

Bund lässt Streit mit Ländern über Integration eskalieren Vor dem Flüchtlingsgipfel am kommenden Mittwoch:
Das Kanzleramt will den Forderungen der Ministerpräsi....

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Asylverfahren künftig in sogenannten "Registrierungszentren" an den EU-Außengrenzen abzuschließen, stößt in den Ländern zumindest auf geteilte Meinungen.

Einig sind sich die Landesregierungen dagegen, wenn es darum geht, den Bund stärker an den Kosten der Integration von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und Asylsuchenden aus anderen Staaten zu beteiligen. Ob Hendrik Wüst, der Christdemokrat aus Nordrhein-Westfalen, Winfried Kretschmann, der Grüne aus Baden-Württemberg, oder Stephan Weil, der Sozialdemokrat aus Niedersachsen - sie alle haben den Bund in den vergangenen Wochen wieder und wieder dazu aufgefordert, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Einzig Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) mühte sich, das Streithema möglichst gar nicht anzusprechen. Er fürchtet, dass die nun schon seit Monaten schwelende Migrationskrise wie schon in den Jahren 2015/2016 vor allem Protestparteien zugutekommen könnte. Damals vervierfachten sich die Umfragewerte der AfD binnen eines Jahres von vier auf 16 Prozent. In Bremen wird vier Tage nach dem Flüchtlingsgipfel gewählt, und es gibt erste Anzeichen dafür, dass die dort kandidierende Kleinpartei "Bürger in Wut" dabei besser abschneiden könnte als bisher erwartet. Die tief zerstrittene Bremer AfD hat keinen gültigen Wahlvorschlag eingereicht.

Im Kanzleramt spielen Bovenschultes Überlegungen dagegen keine Rolle. Kleinteiligst wurde dort aufgelistet, wie viel Geld die Steuerzahler in diesem und in den vergangenen Jahren bereits für die Integration von Geflüchteten ausgegeben haben - ohne dass Bund und Länder die Probleme in den Griff bekommen. "Sozialleistungen im SGB II - fünf Milliarden Euro", "Integrationsleistungen 2,7 Milliarden Euro", "Erhöhung KdU vier Milliarden". So geht das über Seiten. Zudem, so das Kanzleramt, habe es in den vergangenen Jahren eine "drastische Einnahmeverschiebung zugunsten des Bundes gegeben". Entsprechend leer seien dessen Kassen.

Die Länder, so viel ist klar, werden all diese Zahlen nicht sonderlich beeindrucken, wie Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) in seiner Reaktion auf den Kassensturz andeutete. "Die Kommunen und die Länder sind mit der Aufnahme von Flüchtlingen auch finanziell überfordert. Hier steht der Bund in der Verantwortung", so Haseloff zu WELT. Angesichts knapper Ressourcen erwarte er aber auch eine stärkere Differenzierung der verschiedenen Migrantengruppen. "Wer braucht wirklich unsere Hilfe, wer kann sich nicht auf das Recht auf Asyl berufen?"

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 4, 2023

End of Document

Kein Asyl mehr in Deutschland; Aus Moldau und Georgien kommen bisher viele Anträge. Um Migration zu begrenzen, erklärt Berlin sie nun zu sicherer Herkunftsländern

Die Welt

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 169

Length: 996 words

Byline: Ricarda Breyton

Carolina Drüten

Gregor Schwung

Body

Seit Beginn des Ukraine-Krieges blickt der Westen besorgt auf ein zweites verwundbares Land in Europa: die Republik Moldau. Der Kleinstaat, auf der Landkarte eingeklemmt zwischen Rumänien und der Ukraine, ist im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine die Schwachstelle der Region, weil er kaum Ressourcen hat und durch eine russische Separatistenrepublik destabilisiert wird. Nun rückt Moldau aus einem anderen Grund in den Fokus: Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will das Land ebenso wie Georgien zu einem sicheren Herkunftsland erklären - und so die irreguläre Zuwanderung weiter begrenzen.

Zwar machen die **Asylbewerber** aus den beiden Ländern nur einen Bruchteil der in Deutschland gestellten Anträge aus: Von Januar bis Juli im laufenden Jahr waren es im Falle Georgiens 3,5 Prozent (6612 von 188.967 Anträgen), im Falle Moldaus sogar nur 1 Prozent (1910 Anträge). Doch offenbar ist die Ablehnungsrate überproportional hoch: "Mehr als jeder zehnte abgelehnte **Asylantrag** kommt aus diesen beiden Ländern", sagte Faeser. Nur in wenigen Einzelfällen wurde Antragstellenden demnach ein Schutzstatus gewährt.

Dass Menschen aus Moldau nach Deutschland migrieren, hat vor allem mit ihren Lebensumständen in der Heimat zu tun. Das Land gehört trotz einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren zu den ärmsten in Europa. Die Pandemie, die Energiekrise und die vielen Flüchtlinge aus der Ukraine belasten das System zusätzlich.

Hinzu kommt die ständige Sorge vor einem russischen Angriff auf Moldau, der zwar nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, aber nicht unwahrscheinlich ist. Aus Moskaus Sicht liegt das Land in der eigenen

Kein Asyl mehr in Deutschland Aus Moldau und Georgien kommen bisher viele Anträge. Um Migration zu begrenzen, erklärt Berlin sie nun zu sicheren Herkunftsländer....

Einflusssphäre; dem Kreml ist daran gelegen, die proeuropäische Regierung zu destabilisieren. Auch Georgien fürchtet einen (erneuten) russischen Einmarsch und fährt gleichzeitig eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Moskau. Offiziell, weil man den Kreml nicht provozieren will. Tatsächlich gilt die georgische Regierungspartei Georgischer Traum aber als russlandnah, was in Brüssel mit Sorge gesehen wird.

Derweil liegt der Lebensstandard in Georgien deutlich unter dem der EU, wenn auch höher als in Moldau. Georgische Asylsuchende indes dürfen sich auf die innenpolitische Lage im Land berufen. Die Regierung in Tiflis steht in der Kritik, weil politische und bürgerliche Rechte eingeschränkt sind. Nur wegen massiver Proteste tausender, meist junger Menschen, zog die Regierung vor wenigen Wochen ein geplantes Gesetz zurück, mit dem ausländische Medien und Organisationen als Agenten eingestuft werden sollten. Im Demokratieindex des britischen "Economist" rangiert das Land auf Platz 90 und wird als "hybrides Regime" geführt; Moldau landet auf Platz 69 und gilt als "defizitäre Demokratie".

Staatsbürgern sowohl aus Moldau als auch Georgien steht der Weg nach Deutschland offen, denn sie können als Touristen visumsfrei in den Schengenraum einreisen. Damit dürfen sie sich 90 Tage innerhalb von 180 Tagen im Land aufhalten. Offenbar nutzen einige dies, um im Anschluss Asyl zu beantragen. Die Erklärung zu sicheren Herkunftsstaaten soll nun Abhilfe schaffen. Tatsächlich könnte die neue Regelung dazu führen, dass künftig insgesamt weniger Menschen irregulär aus diesen Staaten nach Deutschland kommen. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, muss mit einer Reihe von Verschärfungen im Asylverfahren rechnen, was einen Asylantrag für nicht-schutzbedürftige Migranten vergleichsweise unattraktiv machen dürfte.

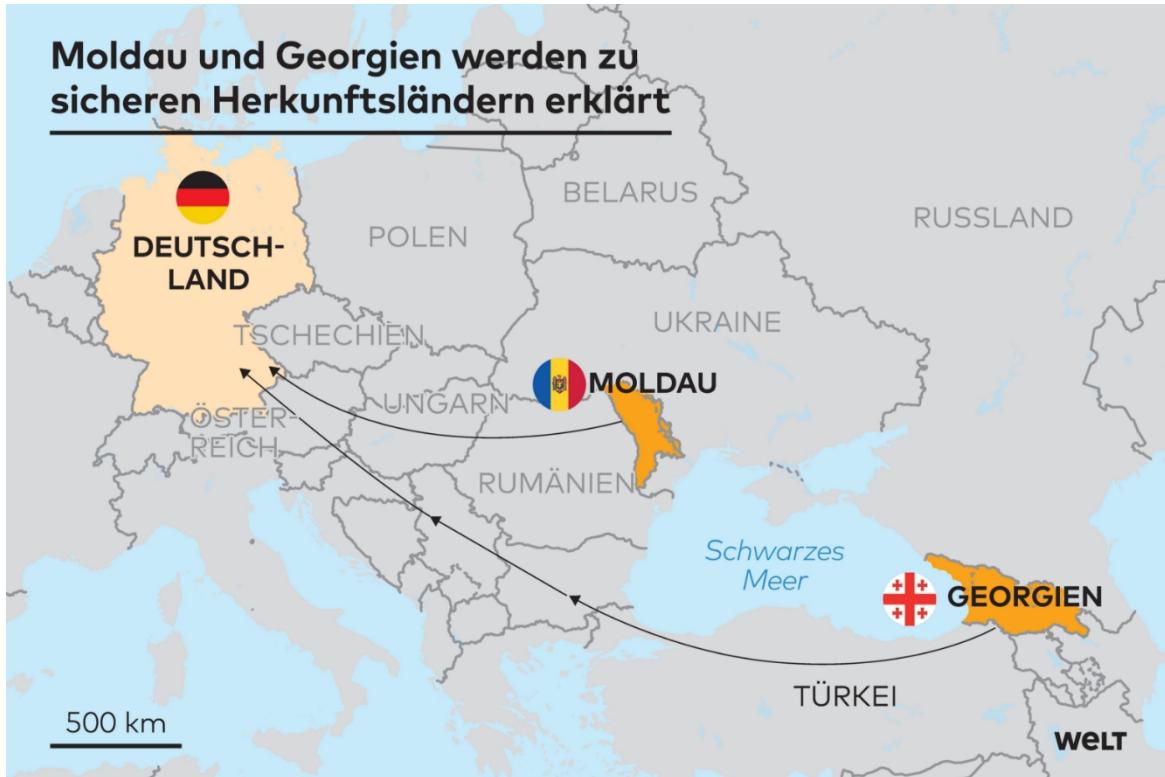
Die Verfahren sind beschleunigt, das Ankommen in Deutschland wird erschwert, außerdem sind Rückführungen leichter möglich. Während so von vornherein aussichtslose Asylanträge reduziert werden sollen, will die Bundesregierung zugleich Arbeitskräfte aus beiden Ländern legal nach Deutschland holen - über sogenannte Migrationsabkommen.

Kritiker bemängeln an dem Vorhaben, dass Angehörige sexueller Minderheiten in Moldau und Georgien nicht sicher seien. Die Nichtregierungsorganisation Freedom House kommt zu dem Schluss, dass in Moldau LGBTQ-Personen mit Anfeindungen von politischem Engagement abgehalten und am Arbeitsplatz häufig diskriminiert werden. Im Falle Georgiens seien queere Menschen "Zielscheibe schwerer Gewalt", zudem erhielten sie wenig - auch juristischen - Schutz. Im Juli erst musste die Pride-Parade in Tiflis abgebrochen werden, weil Rechtsaußen-Gruppen das Event stürmten. Gleichzeitig gilt: Trotz einer absehbaren Deklarierung beider Staaten als sichere Herkunftsländer können ihre Staatsbürger in Deutschland Asyl erhalten, wenn es individuelle Gründe gibt und der Fall plausibel dargelegt wird.

Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf bereits beschlossen, nun müssen Bundesrat und Bundestag noch zustimmen. Die FDP, die die Einstufung vorangetrieben hatte, begrüßt neben der SPD den Gesetzentwurf: Die Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer sei "ein sinnvolles Mittel, um Asylverfahren zu beschleunigen und Abschiebungen zu erleichtern", sagte FDP-Migrationsexperte Stephan Thomae zu WELT. "Für beide Länder liegt eine sehr geringe Anerkennungsquote vor, was ein Indiz dafür ist, dass abgeschobene Menschen aus diesen Staaten in aller Regel keine politische Verfolgung befürchten müssen."

Die Grünen erneuerten dagegen am Mittwoch ihre Kritik. Sie hatten sich in den letzten Wochen deutlich gegen eine Einstufung ausgesprochen, auch weil sie die Lage für Minderheiten in beiden Ländern für problematisch halten. "Wir Grüne halten das Konzept der sicheren Herkunftsländer bekanntermaßen für falsch", sagte die Migrationsexpertin der Bundestagsfraktion Filiz Polat am Mittwoch zu WELT. "Es löst die komplexen Herausforderungen in den Kommunen vor Ort nicht und stuft die Lage eines Landes aus innenpolitischen Erwägungen heraus pauschal als sicher und menschenrechtlich unproblematisch ein." Stattdessen brauche es schnelle und faire Asylverfahren. Über die Details des Gesetzentwurfs muss in den nächsten Wochen der Bundestag beraten.

Kein Asyl mehr in Deutschland Aus Moldau und Georgien kommen bisher viele Anträge. Um Migration zu begrenzen, erklärt Berlin sie nun zu sicheren Herkunftsländer....



Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Ein Mann bietet in der moldauischen Hauptstadt Chisinau seine Waren an

Load-Date: August 30, 2023

End of Document

Deutschlands Problem mit dem Westbalkan; Innenministerin Nancy Faeser besucht die Grenze zwischen Ungarn und Serbien. Irreguläre Migration über die Balkanroute trifft vor allem die Bundesrepublik

Die Welt

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 230

Length: 1219 words

Byline: Carolina Drüten

Body

Athen

Am Montag wird Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf Einladung ihres ungarischen Amtskollegen in Röszke erwartet, einem Ort im Süden des Landes, unmittelbar an der Grenze zu Serbien. Ungarn hat dort vor acht Jahren einen 165 Kilometer langen und vier Meter hohen Zaun errichtet, der Migranten abhalten soll.

Seitdem haben die Behörden nach eigenen Angaben knapp eine Million irregulär einreisender Menschen aufgegriffen. Aus Sicht der ungarischen Regierung, deren erklärt Ziel "null Migration" ist, liegt das Problem in der Balkanroute. Der Weg über das ehemalige Jugoslawien ist eine Hauptroute in die EU. Seit Jahren steigt dort die Zahl der irregulären Grenzübertritte. Die meisten Migranten wollen nach Deutschland. Schmugglernetzwerke setzen sich zunehmend fest - die organisierte Kriminalität kontrolliert das Geschäft. Ungarn selbst, das wie kaum ein anderes EU-Land für eine radikal strikte Migrationspolitik steht, nimmt eine undurchsichtige Rolle ein.

Viktor Marsai, Direktor des ungarischen Instituts für Migrationsforschung (MKI), vermutet, dass viele Einreisen in der Region gar nicht registriert werden. "Es müssen Zehntausende sein", sagt er. "Denn wenn man sich die Zahl der Asylanträge in den westeuropäischen Ländern ansieht, dann ist sie viel höher als jene der irregulären Grenzübertritte auf der Westbalkanroute."

Das MKI ist eine Initiative des Mathias-Corvinus-Collegiums. Die Denkfabrik ist eng mit der rechtskonservativen Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán verbunden - und nimmt in der Migrationsdebatte daher eher die Perspektive Budapests ein.

Der Westbalkan ist ausschließlich von EU-Staaten umgeben. Migranten auf dieser Route haben in der Regel also zuvor ein europäisches Mitgliedsland durchquert: Griechenland oder Bulgarien, die beide an die Türkei grenzen.

Deutschlands Problem mit dem Westbalkan Innenministerin Nancy Faeser besucht die Grenze zwischen Ungarn und Serbien. Irreguläre Migration über die Balkanroute t....

Dort beginnt der unmittelbare Weg in die EU. Zuvor sind die Menschen auf unterschiedlichste Weise in die Türkei eingereist.

Jene auf dem Landweg kommen zum Beispiel aus dem Irak oder Syrien, aus Bangladesch, Afghanistan oder Pakistan, und reisen über den Iran ein. Oder aus nordafrikanischen Ländern wie Tunesien oder Marokko, wo Staatsbürger für die Einreise in die Türkei kein Visum benötigen. Von dort nehmen sie einen Flug nach Istanbul. Aus der Türkei setzen die Migranten in einem Boot auf eine griechische Insel über oder nehmen den Landweg nach Griechenland oder nach Bulgarien. Weil die griechische Landgrenze in den vergangenen Jahren stark aufgerüstet wurde und die Grenzschützer zahlreichen Berichten zufolge äußerst brutal vorgehen, ist der Weg über Bulgarien immer beliebter geworden. Dort steht zwar auch ein Zaun, er sichert aber nur Teile der Grenze und kann leichter überwunden werden. Die Route ist dennoch gefährlich. Im Februar wurden 18 tote Afghanen in einem Lastwagen entdeckt; im August vergangenen Jahres starben zwei Polizeibeamte in ihrem Auto, weil ein von Schleusern organisierter Bus sie rammte. Sofia bemüht sich um Gelder aus Brüssel, um die Grenzanlage auszubauen, scheiterte aber bislang.

In Griechenland und Bulgarien will kaum ein Migrant bleiben. Also schlagen sich die Menschen durch verschiedene Westbalkanstaaten gen Nordwesten durch. Die meisten auf dieser Route wollen nach Deutschland, wie eine Umfrage der Internationalen Organisation für Migration (IOM), einer UN-Agentur, aus dem vergangenen Jahr ergab.

Dreh- und Angelpunkt der Balkanroute ist Serbien. Vor Kurzem führte für Staatsangehörige aus Burundi, Kuba, Tunesien und Indien ein direkter Weg dorthin, weil sie für die Einreise kein Visum brauchten. Nachdem die EU allerdings Druck auf Belgrad machte, verschärfe die dortige Regierung die Regelungen. Menschen aus der Türkei indes können weiterhin ohne Visum nach Serbien einreisen. Türkische Staatsbürger stellten zuletzt in Deutschland die größte Gruppe unter den Asylsuchenden.

"Die höchste Konzentration von Migranten in den letzten Jahren ist in Serbien zu verzeichnen", sagt Laura Lungarotti, die Westbalkan-Koordinatorin der IOM. Die Fluktuation sei hoch. Vor drei Jahren hätten sich Migranten durchschnittlich 90 Tage in den westlichen Balkanstaaten aufgehalten, heute seien es weniger als sieben Tage, sagt Lungarotti. "Das zeigt, dass die meisten dieser Reisen extrem gut organisiert sind, höchstwahrscheinlich von Menschenhändlern und Schmugglern." In verschiedenen Städten in Nordserbien sollen sich Schleuserbanden etabliert haben, die organisierte Kriminalität soll mittlerweile weite Abschnitte der Balkanroute beherrschen, berichtet auch der Rechercheverbund von WDR, NDR und "Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf deutsche Sicherheitskreise. In dem Gebiet kampieren Tausende Migranten in der Hoffnung, die Grenze nach Ungarn zu überqueren. Manche nehmen auch den Umweg über Rumänien. An der dortigen Grenze zu Ungarn steht kein Zaun und die Kontrollen sind weniger streng.

Die Schleuser warten in Fahrzeugen, um die Menschen nach dem Grenzübergang weiterzutransportieren. Aus Ungarn führt eine Route nach Österreich, eine andere über die Slowakei und Polen nach Deutschland. Auf ungarischem Boden ist es unmöglich, einen Asylantrag zu stellen - Menschen ohne gültige Papiere werden zurückgeschickt. Weil das Asylrecht damit faktisch ausgesetzt ist, eröffnete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Budapest. Ungarns Rolle bei Migrationsfragen ist mindestens undurchsichtig.

Ministerpräsident Orbán propagiert die Erzählung, die EU sei mit ihrer laxen Politik an der irregulären Migration schuld, und er allein wolle in Europa für Recht und Ordnung sorgen. Auf der anderen Seite wurden in diesem Jahr 1468 Menschenhändler aus ungarischer Haft entlassen, angeblich wegen überfüllter Gefängnisse. Mit der einzigen Auflage, dass die Täter das Land innerhalb von 72 Stunden verlassen. Beobachter sehen darin ein Machtspiel Orbáns im Streit mit Brüssel um die EU-Migrationspolitik. Eine offene Frage ist zudem, wie dieses Jahr verhältnismäßig viele Migranten über Ungarn in die Slowakei gelangen konnten - trotz der offiziell harschen Politik Budapests.

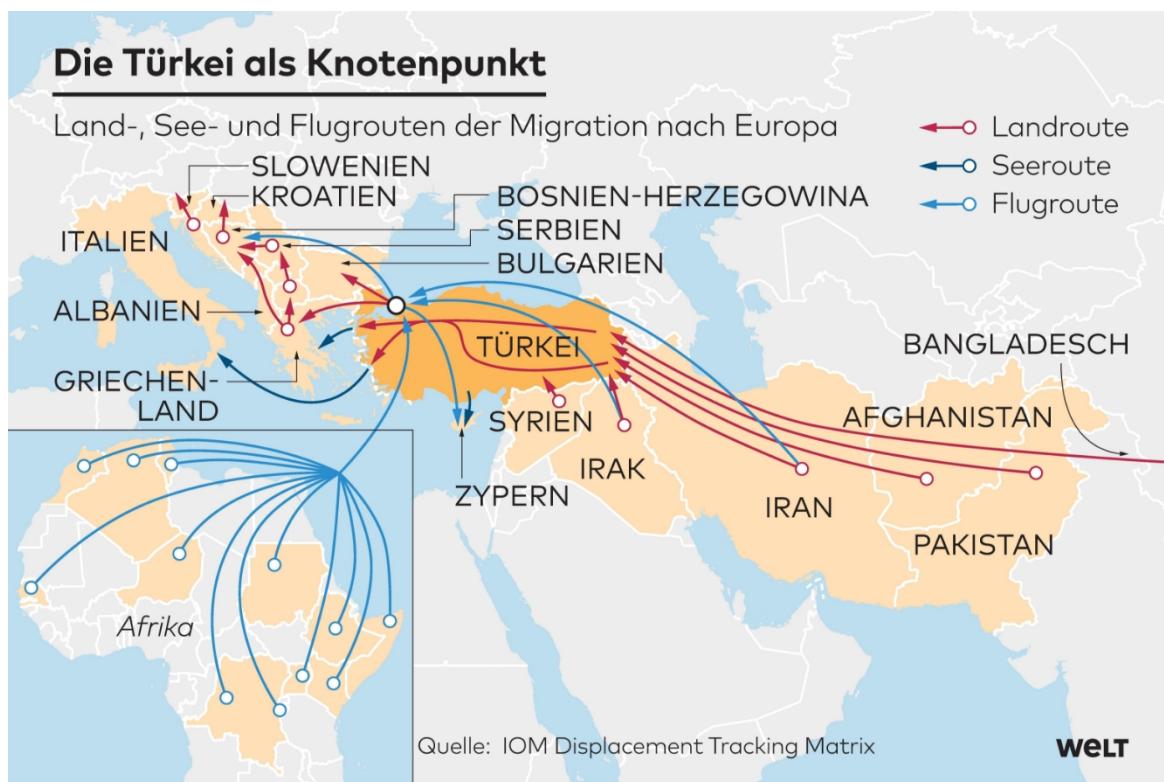
Die Migranten entlang der Balkanroute indes nehmen immense Risiken auf sich. Minderjährige sind besonders gefährdet. Die Organisation Save the Children befragte im vergangenen Jahr Kinder und Jugendliche in Serbien

Deutschlands Problem mit dem Westbalkan Innenministerin Nancy Faeser besucht die Grenze zwischen Ungarn und Serbien. Irreguläre Migration über die Balkanroute t....

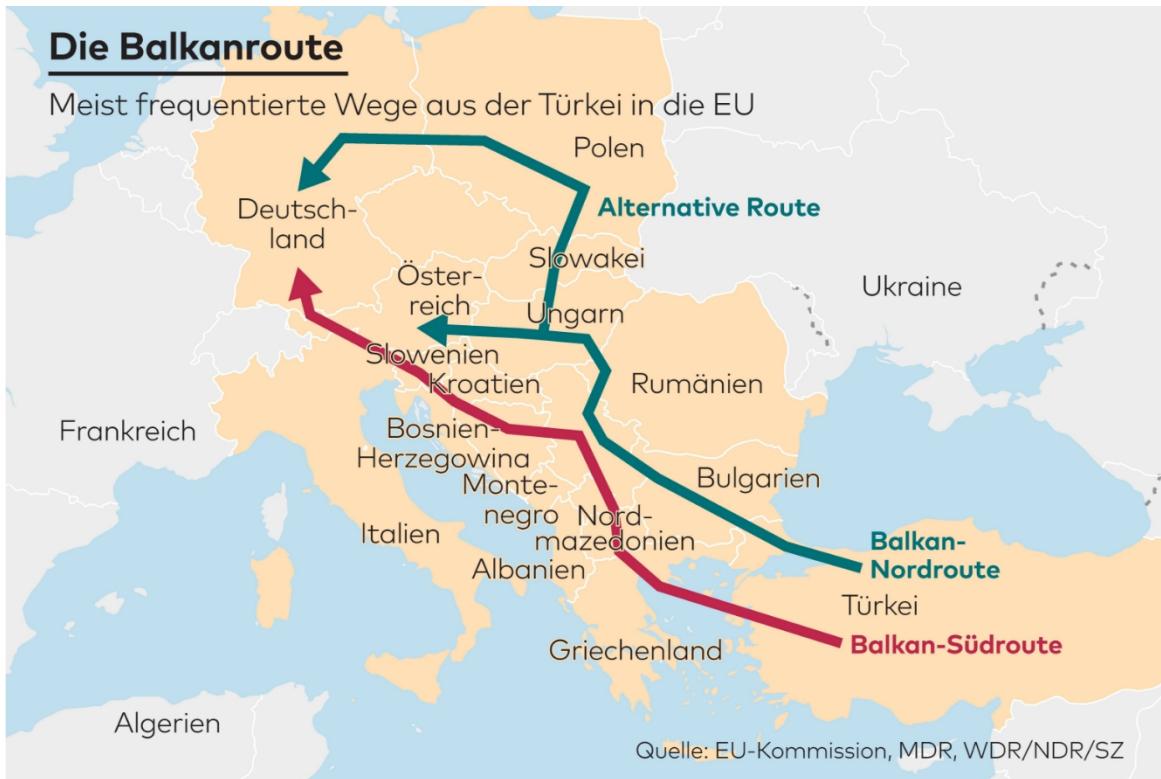
und Bosnien-Herzegowina nach ihren Erfahrungen auf der Flucht. Demnach beschrieben sie Gewalt durch Grenzpolizisten, etwa, dass sie nackt ausgezogen wurden, in der Kälte stehen mussten und Elektroschocks und Stockschläge erhielten. Hinzu kamen Schilderungen sexuellen Missbrauchs, oftmals durch Schmuggler.

Lungarotti von der IOM sieht die Wurzel des Problems auch im Fehlen legaler Einreisemöglichkeiten. "Viele Menschen wenden sich an Schleuser, weil es leider nicht genügend reguläre Wege gibt, um Europa zu erreichen", sagt sie. Grenzzäune würden das Problem nicht lösen, sondern in die Hände professioneller Schmuggler verlagern.

In Ungarn scheint die Regierung vom Gegenteil überzeugt zu sein. Nancy Faesers Amtskollege Sandor Pinter dient bislang insgesamt 17 Jahre als Orbáns Innenminister. Unter ihm baute Ungarn den berüchtigten Grenzzaun, Pinter verantwortete die Aushebelung des Asylrechts maßgeblich mit. 2022 registrierte Ungarn nur 45 Asylanträge, so wenig wie kein anderes EU-Land .



Deutschlands Problem mit dem Westbalkan Innenministerin Nancy Faeser besucht die Grenze zwischen Ungarn und Serbien. Irreguläre Migration über die Balkanroute t....



[Original Gesamtseiten-PDF](#)

[Original Gesamtseiten-PDF](#)

Graphic

Viele Migranten bleiben - zumindest vorübergehend - an Grenzen im Westbalkan hängen. Der Weg ist strapaziös, mental und körperlich

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Länder fordern Arbeitspflicht für Asylbewerber; Auch Umstellung auf Sachleistungen im Gespräch

Die Welt

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 198

Length: 435 words

Byline: Epd

Afp

Body

Die Bundesländer wollen bei der am Donnerstag beginnenden Ministerpräsidentenkonferenz eine Verpflichtung von **Asylbewerbern** zu gemeinnütziger Arbeit sowie eine mögliche Umstellung des Regelbedarfs auf Sachleistungen als Forderungen an den Bund beschließen. "Die bestehenden Regelungen müssen so verändert werden, dass eine Pflicht zur Arbeitsaufnahme gilt, sobald arbeitsfähige **Geflüchtete** aus der Erstaufnahmeeinrichtung an die Kommunen zugewiesen werden", hieß es in der Beschlussvorlage.

Mit einer zügigeren Arbeitsaufnahme solle die Integration verbessert werden, hieß es in der unter der Federführung Niedersachsens erstellten und - auch von den SPD-regierten Ländern mitgetragenen - Beschlussvorlage der Länderkonferenz weiter. "Mit Blick auf den stetig zunehmenden Arbeitskräftemangel ist es nicht länger hinnehmbar, dass viele Geflüchtete nicht in Arbeit und Beschäftigung gebracht werden können", zitierte die Zeitung aus dem Papier. Für die Kommunen sollte die Möglichkeit der Heranziehung für gemeinnützige Arbeiten geschaffen werden, fordern die Länder.

Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen, sollten verstärkt bei der Integration unterstützt werden. "Das Warten auf Sprach- und Integrationskurse darf nicht weiter Grund für die verzögerte Integration in den Arbeitsmarkt sein", hieß es.

Zudem fordern die Länder bessere Möglichkeiten zur Umstellung der Leistungen für Asylsuchende auf Sachleistungen und bargeldlose Zuwendungen. "Die in Erprobung befindlichen Systeme zur Einführung von Bezahlkarten sollen schnellstmöglich evaluiert und hinsichtlich einer bundesweit einheitlichen, auch Verwaltungsaufwand sparenden Umsetzung geprüft werden", fordern die Länderchefs. Dies könne auch "einen Beitrag zur Reduzierung von Fehlanreizen für irreguläre Migration leisten", hieß es. Die Länder fordern daher das

Länder fordern Arbeitspflicht für Asylbewerber Auch Umstellung auf Sachleistungen im Gespräch

Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, unverzüglich eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der die Anrechnung von Sachleistungen auf den Regelbedarf ermöglicht werde.

Kritiker bemängeln, dass Sach- anstelle von Geldleistungen mit einem sehr viel höheren Verwaltungsaufwand verbunden sind. Der niedersächsische Flüchtlingsrat nannte das Vorhaben am Mittwoch in Hannover "schäbig". Es löse die eigentlichen Probleme nicht, die nach wie vor Flüchtlingen den Zugang in den Arbeitsmarkt erschweren, Flüchtlingsratssprecher Sigmar Walbrecht. "Es wird das rassistische Bild von faulen Asylsuchenden bedient, die nur wegen der Sozialleistungen kämen." Es löse die eigentlichen Probleme nicht, die nach wie vor Flüchtlingen den Zugang in den Arbeitsmarkt erschweren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 12, 2023

End of Document

Unions-Krisentreffen zum Kurs in der Asylpolitik; Nach internem Streit bemüht Merz sich um Konsens

Die Welt

Donnerstag 26. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 19

Length: 930 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Am Ende wählte der Unions-Fraktionsvorsitzende eine Formulierung, die die meisten Politiker von CDU und CSU unterschreiben dürften - egal ob sie nun klassisch konservative Positionen vertreten oder eher liberale. Deutschlands **Migrationspolitik** brauche beides: "Humanität und Ordnung", sagte Friedrich Merz (CDU) laut Teilnehmerangaben am Ende einer internen Aussprache der Unionsfraktion zum Thema "**Asylmigration** und Integration". Zuvor hatten Abgeordnete am Dienstagabend rund zwei Stunden mit Experten diskutiert, vor welchen **asylpolitischen** Herausforderungen Deutschland steht - und wie sich die Unionsfraktion dazu positionieren könnte.

Mehrere Teilnehmer berichteten, dass der Austausch - bis auf einen strittigen Moment - auffallend nüchtern verlaufen sei. Das war nicht abzusehen angesichts der migrationspolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen. Insbesondere der Ton, mit dem Spitzenpolitiker von CDU und CSU zuletzt über Migranten sprachen, hatte innerhalb der Union für Zwist gesorgt, aber auch die fehlende eigene Positionierung zu zentralen migrationspolitischen Vorhaben der Ampel-Koalition. Beispiel "kleine Paschas", eine Formulierung, mit der Merz arabischstämmige Jugendliche bezeichnet hat, die sich in deutschen Schulen nicht an Regeln halten. Dadurch hätten sich "viele persönlich angegriffen gefühlt", die gar nicht gemeint gewesen seien, kritisierte Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Beispiel "Verramschen der Staatsbürgerschaft", ein Begriff, mit dem CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die Einbürgerungspläne der Ampel kommentiert hatte. Auch hier war es Günther, der das Wort ergriff. Die Union solle doch bitte eine "positive Sprache" verwenden, mahnte er im "Tagesspiegel". Beispiel "Sozialtourismus" - ein Vorwurf, den Merz ukrainischen Flüchtlingen im Herbst gemacht und später zurückgenommen hatte. "Erst Grenzen überschreiten, dann zurückrudern", kritisierte der CDU-Sozialflügel damals. Damit habe Merz "die übliche Methode der Rechtspopulisten" angewandt.

Zum öffentlichen Dissens war es Anfang Dezember im Bundestag gekommen, als sich 20 CDU-Abgeordnete gegen die Linie der Fraktionsführung wandten. An jenem Tag stand das Chancen-Aufenthaltsrecht der Ampel zur Abstimmung, mit dem die Regierung mehr als 100.000 eigentlich ausreisepflichtigen Ausländern einmalig eine Bleibechance geben will. Statt das Vorhaben abzulehnen, wie es als Oppositionsfraktion üblich gewesen wäre,

Unions-Krisentreffen zum Kurs in der Asylpolitik Nach internem Streit bemüht Merz sich um Konsens

enthielten sich die 20 Abgeordneten. Darunter waren auch der frühere CDU-Vorsitzende Armin Laschet und der ehemalige Kanzleramtschef Helge Braun.

Ziel der "fraktionoffenen Sitzung" sei es, alle Abgeordneten auf denselben "Faktenstand" zu bringen, sagte eine Person, die mit den Vorbereitungen vertraut war. In weiteren Sitzungen wolle man sich mit den Themen Staatsangehörigkeit und Fachkräfte beschäftigen - beides Bereiche, in denen die Ampel-Koalition in den nächsten Monaten Erleichterungen plant. Dass mehr als ein Dutzend Abgeordnete anders abstimmen als die Fraktionsführung, soll wohl so schnell nicht noch einmal vorkommen.

Zunächst sprachen die Experten, die von der Fraktionsspitze eingeladen worden waren. Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer, referierte die Asyllage in Deutschland. Er betonte laut Teilnehmern, wie sehr die Asylbewerberzahlen in den vergangenen Monaten gestiegen seien. Die Gesamtschutzquote sei hoch, weil viele, die aktuell kämen, schutzbedürftig seien. Dublin-Überstellungen - also Rückführungen in andere europäische Staaten - gelängen oft nicht. Der Konstanzer Rechtsprofessor Daniel Thym sprach vor allem zur Frage, wie Rückführungen in Herkunfts- und Transitländer gelingen könnten. Als Beispiel nannte er die USA, die gerade ein Migrationsabkommen mit Mexiko geschlossen haben. Es erlaubt den USA, illegal eingereiste Venezolaner nach Mexiko abzuschlieben. Die USA nehmen dafür andere Venezolaner unter bestimmten Bedingungen legal auf. Der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen sprach zur Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Er vertrat laut Teilnehmern die These, dass ungesteuerte Migration mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sei - was kurz Widerspruch hervorrief. Zwei Abgeordnete kritisierten demnach, dass Raffelhüschen alte Zahlen verwende und Ausländer und Flüchtlinge vermengte. Ansonsten aber gab es keinen Dissens, vor allem nicht innerhalb der Fraktion. "Die Fronten spielten keine Rolle", sagte nach der Sitzung ein Teilnehmer. "Insgesamt sehr gut. Sachlicher Ton", kommentierte ein anderer.

Warum? Waren doch im Vorfeld zentrale Differenzen ausgeräumt worden? Die Erklärung ist wohl eher im Format der Aussprache zu finden. Durch die geladenen Experten hatte sie eher den Charakter einer Sachverständigen-Anhörung als den einer fraktionsinternen Auseinandersetzung. Außerdem wurden keine Beschlüsse gefasst. Wie sich die Union nun zu den geplanten Migrationsgesetzen der Ampel aufstellen und welche Sprache sie dabei verwenden will: weiter offen. Beim Thema doppelte Staatsbürgerschaft etwa könnte es noch Klärungsbedarf geben. Bislang galt in der CDU die Linie: Eine generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft wird abgelehnt, es gibt aber Ausnahmen für einige Staaten. Etwa für jene, die nicht aus der eigenen Staatsbürgerschaft entlassen. Diese Ausnahmen sind aber inzwischen zur Regel geworden, wie es von einem CDU-Mann heißt. Mehr als die Hälfte der Einbürgerungen finde schon heute unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit statt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 25, 2023

End of Document